

**Historisch-po...
Jahresübersi...
für ...**

Gottlob Egelhaaf

106578 X

Library
of the
University of Wisconsin



P. i. R. Minnöllor
Juni 1919.

... ..
... ..

Egelhaafs

Historisch-politische Jahresübersicht

für 1918

von

Gottlob Egelhaaf

Elfter Jahrgang
der Politischen Jahresübersicht

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gufmann
1919

Alle Rechte, insbesondere das der Uebersetzung in fremde Sprachen und
das des Hbdruckes einzelner Teile, vorbehalten.

Copyright 1919 by Carl Krabbe Verlag,
Erich Gussmann in Stuttgart

Carl Hammer (Inh. Wilh. Herget), Hofbuchdruckerei, Stuttgart

287135

JAN 30 1925

F0802

EG2

11

Inhalt

Erstes Buch. Geschichte der einzelnen Staaten		Seite
I. Das Deutsche Reich		5
II. Die einzelnen Bundesstaaten		42
III. Österreich-Ungarn		71
IV. Rußland und Finnland		88
V. Skandinavien		110
VI. Die Balkanhalbinsel		114
VII. Italien		123
VIII. Frankreich		125
IX. England		129
X. Belgien, Niederlande, Schweiz, Spanien, Portugal		135
XI. Afrika		143
XII. Asien		144
XIII. Australien		150
XIV. Amerika		151
XV. Die christlichen Kirchen		159
Zweites Buch. Der Weltkrieg		
I. Der Krieg im Westen		167
II. Der Krieg im Osten		179
III. Der Krieg auf dem Balkan		180
IV. Der Krieg in Italien		180
V. Der türkische Krieg		185
VI. Der Krieg in Ostafrika		187
VII. Der See- und Luftkrieg		189
VIII. Verhandlungen		194
Dokumentarischer Anhang		
1. Wilsons 14 Punkte		205
2. Brief Kaiser Karls an den Prinzen Sixt von Bourbon		209
3. Totenfeier in Helsingfors		211
4. Die Verfassung der russischen Sowjet-Republik		212
5. Bernhard Shaw's Urteil über die Engländer		221

Bisher erschienen:

- Politische Jahresübersicht für 1908**
1909. 96 Seiten geh. Mf. 1.50, geb. Mf. 2.75.
- Politische Jahresübersicht für 1909**
1910. 122 Seiten geh. Mf. 2.—, geb. Mf. 3.25.
- Politische Jahresübersicht für 1910**
1911. 124 Seiten geh. Mf. 2.—, geb. Mf. 3.25.
- Politische Jahresübersicht für 1911**
1912. 137 Seiten geh. Mf. 2.25, geb. Mf. 3.50.
- Politische Jahresübersicht für 1912**
1913. 143 Seiten geh. Mf. 2.25, geb. Mf. 3.50.
- Hist.-pol. Jahresübersicht für 1913**
1914. 181 Seiten geh. Mf. 2.75, geb. Mf. 4.—.
- Hist.-pol. Jahresübersicht für 1914**
1915. 159 Seiten geh. Mf. 2.50, geb. Mf. 3.75.
- Hist.-pol. Jahresübersicht für 1915**
1916. 175 Seiten geh. Mf. 2.75, geb. Mf. 4.—.
- Hist.-pol. Jahresübersicht für 1916**
1917. 191 Seiten geh. Mf. 3.—, geb. Mf. 4.25.
- Hist.-pol. Jahresübersicht für 1917**
1918. 208 Seiten geh. Mf. 4.—, geb. Mf. 5.25.

Erstes Buch.

Geschichte der einzelnen Staaten.

I.

Das Deutsche Reich.

a. Reichstag, Reichsbehörden, Reichssteuern. Am 19. Januar wurde der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts v. Valentini, eine der Stützen des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, durch den Oberpräsidenten von Ostpreußen, v. Berg, ersetzt, erhielt aber zum Abschied die Bezeugung warmen kaiserlichen Dankes dafür, daß er sich als Freund und Berater des kaiserlichen Hauses treu bewährt habe. Der Hauptausschuß des Reichstags verlangte am 23. Januar, daß der Reichskanzler insofern, als das in Artikel 68 der Reichsverfassung in Aussicht gestellte Kriegszustandsgesetz nicht erlassen sei, den Militärbehörden gegenüber in Fragen der Zensur und des Versammlungsrechts als oberste Aufsichts- und Beschwerdestelle eintreten solle. Der Staatssekretär des Innern Wallraf lehnte aber diese Forderung ab, weil dem Reichskanzler daraus eine ungeheure Vermehrung seiner Arbeitslast erwüchse. Den Anlaß hatte das auf einige Tage ausgesprochene Verbot des Vorwärts und des Berliner Tageblatts gegeben. Am 28. Januar sprach sich der Reichskanzler im Hauptausschuß über die 14 Punkte aus, in denen Wilson am 8. Ja-

nuar seine Kriegsziele zusammengefaßt hatte. Hertling wälzte die Schuld am Krieg den Gegnern zu, insbesondere Eduards VII. Einkreisungspolitik, bezeichnete die Zurücknahme Elsaß-Lothringens durch uns 1871 recht eigentlich als die von den Franzosen ausgespielte désannexion, nicht als annexion, erinnerte an Carlyles Wort: „es gibt kein Naturgesetz und keinen Beschluß eines himmlischen Parlaments, wonach Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre einen Teil seines Raubs zurückzugeben, wenn die ursprünglichen Eigentümer eine günstige Gelegenheit dazu erlangen“, und erklärte sich mit Wilsons 14 Punkten in weitgehendem Maß einverstanden; doch verlangte er einen Frieden, der auch Oesterreich-Ungarns berechtigten Ansprüchen genüge und die Unversehrtheit der Türkei sichere. Graf Czernin ging noch weiter und bezeugte Lust mit Wilson Verhandlungen anzuknüpfen; die französische und englische Presse nannte aber Hertlings Worte herausfordernd und angesichts der Lage und Aussichten Deutschlands unbegreiflich. Ball Mall erklärte den vollen Sieg für notwendig, wenn nicht die Tyrannen Europas mit ungeheurem Gewinn und der Möglichkeit völliger Befriedigung ihrer Gelüste aus dem Krieg hervorgehen sollen.

Der Reichshaushalt für 1918 schloß mit 7332 699 306 Mark in Ausgaben und Einnahmen ab. Das ergab gegen 1917 (wo die entsprechende Summe 4491 876 060 betragen hatte) eine Zunahme von nahezu 3 Milliarden. Das erklärte sich vor allem aus dem Anwachsen der für die Verzinsung der Reichsschulden erforderlichen Summe von 3361 612 248 auf 5907 578 249. Ueber die künftige Zusammensetzung des Reichstags bestimmte ein am 16. Februar veröffentlichter Gesetzentwurf, daß die Zahl der Abgeordneten von 397 auf 441 vermehrt werden solle, um den sog. Riesenwahlkreisen, die seit 1867 durch den

Volkszuwachs entstanden waren, zu einer ausgiebigeren Vertretung zu verhelfen. Im einzelnen wurde vorgeschlagen: 1) die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München, Dresden und das hamburgische Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis mit Verhältniswahl auf Grund gebundener Listen, so daß auch die Minderheiten zu ihrem Recht kommen. 2) Weiter werden Verhältniswahlkreise gebildet für Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Duisburg, Hannover, Leipzig, Stuttgart. Der „Proporz“ gilt auch für Niederbarnim, Teltow, Königshütte, Hindenburg, Kiel, Reddinghausen, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim u. Barmen. Darnach sollte Berlin 10 Abgeordnete wählen (statt bisher 6), Teltow 7, Hamburg 5, Bochum und Leipzig 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München, Dresden 3, die andern 2. Maßgebend war dabei die Erwägung, daß die Ungerechtigkeit der bestehenden Wahlart tunlichst beseitigt, aber die Zahl der Abgeordneten nicht so groß werden sollte, daß die Arbeit des Reichstags dadurch leide. Im Fall die Seelenzahl eines Wahlkreises dauernd über 300 000 steigt, soll von selbst die Vermehrung der Vertreter eintreten. Die Vorlage fand am 8. Juli die Genehmigung des Reichstags in 2., am 11. in 3. Lesung.

Der Vizekanzler v. P a y e r stellte die konservative Opposition am 25. Februar mit der der unabhängigen Sozialdemokraten gleich und rief dadurch auf der rechten Seite des Parlaments eine begreifliche Erbitterung hervor. (Zurufe: „roter Staatsmann!“). Am 18. März nahm er im Hauptausschuß eine Flugschrift vor, in welcher der frühere Botschafter in London, F ü r s t L i c h n o w s k y, seine Wirksamkeit dargestellt, Sir Edward Grey als aufrichtigen Friedensfreund bezeichnet und die deutsche Reichsregierung der Schuld am Krieg bezichtigt hatte, weil sie ihm, Lichnowsky, einen Erfolg seiner Friedenspolitik nicht gegönnt habe.

v. Bayer erklärte, daß die von L. behaupteten Tatsachen im Widerspruch zur objektiven Wahrheit stehen; der Generalstabschef v. Moltke habe durchaus nicht zum Krieg gedrängt, und ein Kronrat vom 5. Juli 1914, in welchem das Wort gefallen sei: „es würde nichts schaden, wenn auch ein Krieg mit Rußland daraus entstünde,“ habe überhaupt nicht stattgefunden. Da ein früheres Mitglied der Krupp'schen Oberbehörde, Mühlön, auch von diesem Kronrat und dem Kriegswillen Deutschlands geschrieben hatte, so stellte die Nordd. Allg. Z. um dieselbe Zeit fest, daß Mühlön ein nervenkranker, unzurechnungsfähiger Mann sei, und der frühere Staatssekretär v. Jagow trat in der Nordd. Allg. Z. gegen Richnowsky in die Schranken. Am 24. November kam der revolutionäre bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner Richnowsky durch Veröffentlichung eines Gesandtschaftsberichtes eines Herrn v. Schön vom 18. Juli 1914 nachträglich zu Hilfe; dieser Bericht läßt aber die eigentliche Frage der letzten Kriegsursachen völlig unberührt.

Am 18. April gingen dem Reichstag die neuen Steuervorlagen zu. Sie betrafen 1) die Errichtung eines Branntweinmonopols in der Art, daß aller von den Brennern erzeugte Branntwein an die Monopolverwaltung abzuliefern sei. Die Leitung sollte die Spirituszentrale mit einem Beirat von 20 Männern besorgen: 5 vom Bundesrat, 5 vom Reichstag, 5 landwirtschaftliche und 5 gewerbliche Brenner; die letzten zehn sollte die Verwaltung vorschlagen. Das Reich sollte 800 Mk. von jedem Hektoliter beziehen. Ertrag 643 Millionen (ursprünglich waren 650 angenommen). 2) Die Biersteuer (Fabrikatsteuer und Kontingentierung). Ertrag 325 Millionen. 3) Eine Weinsteuer von 20% des Wertes; Ertrag 103 Millionen. 4) Die Schaumweinsteuer von 3 Mark auf die Flasche (die Staffelung von 1—3 Mk. ward fallen gelassen); Ertrag 20 Mil-

tionen. 5) Eine Steuer auf Mineralwasser und künstliche Getränke; ferner ein Zoll auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade (130 Mark auf den Doppelzentner Kaffee, 230 auf Tee, 140 auf Kakao und Schokolade); Ertrag 85 Millionen. 6) Uebermalige Erhöhung der Postgebühren (Ortsbriefe 10 Pfg. bis 20 Gr., 15 Pfg. bis 250 Gr.; Postkarten 10 Pfg., Drucksachen 5 Pfg.) und der Telegraphensätze (8 Pfg. für das Wort, 10% beim Telefon); Ertrag 125 Millionen. 7) Kriegsteuer auf den Mehrgewinn von Gesellschaften von 10—50%; 600 Millionen. 8) Reichsstempel ($\frac{1}{10}$ vom 1000 bei Papieren, $\frac{2}{10}$ bei Kriegsanleihen, $\frac{7}{10}$ bei ausländischen Papieren, 5 vom 1000 bei Geldumsätzen, 15 Pfg. bei Wechseln unter 250 Mark, 30 Pfg. bis 600, 45 bis 750, 60 bis 1000; für jedes weitere Tausend 60 Pfg.); 214 Millionen. 9) Umsatzsteuer, 5% vom 1000, und Luxussteuer auf Edelmetalle, Edelsteine, Kunstwerke, Altentümer, Klaviere, Handwaffen, Motorfahrzeuge zu Wasser und zu Land, Teppiche und Pelzwerk; 1000 Millionen. 10) Bierzoll von Fässern über 15 Liter 19 Mark 35 Pfg., unter 15 Liter 25 Mark; 25 Millionen. 11) Ein Gesetz gegen die Steuerflucht (Steuerpflicht für 5 Jahre nach Verlegung des Wohnsitzes; Steuerhinterziehung wird mit Ausweisung aus dem Reich bestraft). Zusammen rechneten die Regierungen einen Ertrag von etwa 3179 Millionen heraus. Der Reichstag beriet die Vorlage sehr sorgfältig, gestaltete die ursprünglich in ein Stempelgewand gehüllte Umsatzsteuer zu einer selbständigen Steuer um, wodurch sie die Grundlage für die allgemeine Verbrauchssteuer der Zukunft werden sollte, und erhöhte, um die indirekte Steuer der Massen durch direkte der Reichen zu ergänzen, die Zahl und den Ertrag der Steuern durch Hinzufügung einer Steuer auf das Mehreinkommen gegenüber dem letzten Friedenseinkommen und einer Steuer

auf das am 31. Dezember 1917 festgestellte Vermögen auf volle 4 Milliarden (12. Juli). Am 13. Juli bewilligte er wieder 15 Milliarden für den Krieg. Auch stimmte er der längst als notwendig erkannten Errichtung eines Reichsfinanzhofs zu, der oberste Spruch- und Beschlußbehörde in allen Reichsabgabefachen sein sollte (für Wehrbeitrag, Kriegsabgaben, Besitz- und Erbschaftssteuer usw.). Er sollte erst angerufen werden, wenn die landesherrlichen Rechtsmittel erschöpft seien und deren Entscheidung aus gewissen, genau benannten, Gründen anfechtbar erscheine. Der Kaiser sollte die Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrats ernennen. Als Sitz der neuen Behörde wurde München bestimmt; Präsident wurde der wirkliche geheime Rat Jahn, dem infolge dieser seiner Eigenschaft der Titel Erzellenz zukam. Am 1. Oktober wurde die neue Behörde eröffnet.

Am 24. April ging dem Reichstag ein Gesetz über die Gestaltung der Arbeiterkammern zu, die der Pflege der Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber und der Einigung beider dienen sollen, und ein Gesetz über Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der von zwei Seiten getadelt worden war, einesteils, weil er eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit darstelle, andernteils, weil er nicht genug Schutz gegen Mißbrauch der Koalitionsfreiheit gewähre. Die Begründung der Vorlage besagte, daß die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Beleidigung, Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung und Erpressung Handhaben genug darböten, um strafwürdige Fälle zu treffen; eine Verfolgung von Amtswegen, welche der Beleidigte selbst nicht wolle, solle also künftig unterbleiben, obwohl zugegeben werden mußte, daß der Beleidigte oft nur aus Furcht eine Verfolgung nicht verlange.

(Der Wortlaut des § 153 lautet: „Mit Gefängnis bis zu 3 Monaten wird bestraft, wer durch körperlichen Zwang, Droh-

ungen, Ehrverletzung oder Berrufserklärung andere bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen oder Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder wer andere durch dergleichen abhält oder zu hindern versucht von solchen Verabredungen zurückzutreten.“)

Am 4. Mai gab der Vizekanzler v. Payer im Hauptauschuß Auskunft über die Friedensschlüsse im Osten. Mit dieser waren die Anhänger der „öflichen Orientierung“, des Einvernehmens mit Rußland, die zugleich abgefagte Gegner Englands sind, nicht einverstanden, weil sie glaubten, daß Rußland wegen der Abtrennung der Ostseeprovinzen dauernd unser Feind sein werde und wir damit England gegenüber gelähmt sein würden. Der bekannte Zentrumsabgeordnete Erzberger schlug am 8. Mai im Hauptauschuß drei „Richtlinien“ für unsere Ostpolitik vor, was als Vorstoß gegen Hertling und Hindenburg aufgefaßt wurde. Die Zentrumsfraktion erklärte aber am 10. Mai, daß es sich nicht um einen solchen Vorstoß handle, und die Regierung nach wie vor das volle Vertrauen der Partei habe. Hertling empfing von da an den Abgeordneten Erzberger nicht mehr, und Professor Spahn in Straßburg schrieb am 31. Mai im „Tag“: „Erzberger spielt während des Kriegs eine ähnliche Rolle wie Wetterle vor dem Krieg. . . Es ist beispieldlos in der Parlamentsgeschichte, daß eine Fraktion, die dem Reich den leitenden Staatsmann stellt, zu ihrem Sachwalter in den heikelsten Fragen der äußeren Politik einen Abgeordneten bestellt, mit dem der leitende Staatsmann nicht einmal mehr Verkehrsbeziehungen aufrecht zu halten vermag. Die Partei steht geradezu gegen die Fraktion.“

Am 6. Juni wurde ein Gesetz angenommen, welches die Taggelde der Reichstagsmitglieder wegen der Teuerung von 3000 auf 5000 Mark erhöhte; im Fall unentschuldigter Abwesenheit sollten statt 20 Mark künftig 30 abgezogen werden. Am 8. Juli wurde die am 12. Januar 1917 abge-

laufene Wahlperiode des Reichstags abermals um ein Jahr verlängert, ebenso die des Landtags für Elsaß-Lothringen.

Da der Präsident des Reichstags R ä m p f (geb. 1842 als Sohn eines Gymnasialdirektors, 1871 Vorstand der Filiale der Darmstädter Bank in Berlin, Ältester der Berliner Kaufmannschaft, 1903 im Reichstag, 1912 sein Präsident) am 25. Mai starb, so mußte eine Neuwahl stattfinden. Sie fiel auf den von der z. B. stärksten Fraktion, dem Zentrum, vorgeschlagenen Abgeordneten F e h r e n b a c h, einen Badener; er erhielt 270 von 286 abgegebenen Stimmen. Zu Vizepäsidenten wurden gewählt der volksparteiliche D o v e mit 262 Stimmen, der Sozialdemokrat S c h e i d e m a n n mit 194 und der nationalliberale P a a f s c h e mit 187. Die konservative Seite des Reichstags enthielt sich der Beteiligung am Präsidium. An Scheidemanns Stelle wurde sein Fraktionsgenosse E b e r t 1. Vorsitzender des Hauptausschusses; zum 2. Vorsitzenden wurde S t r e s e m a n n, der Führer der Nationalliberalen, bestellt.

Der Staatssekretär des Auswärtigen v. R ü h l m a n n hielt am 25. Juni im Reichstag eine Rede, in der er sagte: „ohne einen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen, auch überseeischen, Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein Ende nicht erwartet werden können.“ Hierüber und über den ganzen „müden und schwunglosen“ Ton der Rede entstand in weiten Kreisen, besonders zur Rechten, eine große Verstimmung, und der Reichskanzler hielt es für nötig, tags darauf zu versichern: „von einer Erlahmung unseres energischen Willens, von einer Erschütterung unserer Siegeszuversicht kann selbstverständlich keine Rede sein.“ Auch v. Kühlmann selbst suchte seinen Worten einen an-

nehmbareneren Sinn unterzulegen, verdarb es aber dadurch annähernd ebenso mit der Linken, wie er vorher die Rechte abgestoßen hatte. Damals wurde er auch genötigt, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Alldeutschen Blätter“ zu verklagen, weil sie ihn bezichtigt hatten, daß er während der Verhandlungen in Butareß sich in sittlicher Hinsicht leichtfertig betragen habe. Der Prozeß wurde wegen Ladung neuer Zeugen am 3. Juli vertagt, und am 9. Juli wurde v. Kühlmann entlassen, worauf die zwei Blätter, die ihren Vorstoß nur aus politischen Gründen unternommen hatten, ihre Angaben zurücknahmen. Das erledigte Staatssekretariat erhielt der Admiral v. H i n z e, damals Gesandter des Deutschen Reichs in Christiania.

Der Staatssekretär der Kolonien, Dr. S o l f, wandte sich am 20. August bei einem Empfang in der „Deutschen Gesellschaft“ zu Berlin gegen eine Rede Balfours. Dieser wolle Deutschland vernichten und jede von fern drohende Friedensmöglichkeit verhindern; er spreche von Englands Kulturzielen, während er Englands Gewalttaten totschweige, und habe keinen Sinn dafür, daß die Menschheit, wenn sie aus der jetzigen Drangsal wieder ins Freie kommen wolle, sich wieder ihrer gemeinsamen Aufgaben erinnern müsse. Am 12. September erklärte sich v. Payer in Stuttgart für unbedingte Herausgabe Belgiens, aber Festhalten am Ostfrieden.

Der H a u p t a u s s c h u ß trat am 24. September wieder zusammen, unter dem Eindruck einer verstärkten Strömung für Durchführung der „Parlamentarisierung“ der Regierung. Da es sich vor allem um den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter in die höheren Staatsämter des Reiches und Preußens handelte, so stellte die sozialdemokratische Fraktion folgende Mindestbedingungen auf. 1) Uneingeschränktes Bekenntnis zum Beschluß vom 19. Juli, zum Ge-

danken eines Völkerbundes und der allgemeinen Abrüstung. 2) Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros; Verständigung über eine Entschädigung Belgiens. 3) Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis des allgemeinen Friedens sein. Die noch besetzten Staaten sind freizugeben und demokratische Vertretungen einzurichten. 4) Autonomie für Elsaß-Lothringen und allgemeines Wahlrecht für alle Bundesstaaten. 5) Einheitliche Reichsregierung, keine unverantwortliche Nebenregierung, Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung (der die Unvereinbarkeit eines Sitzes im Bundesrat und Reichstag festsetzt), vorherige Mitteilung aller Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden an den Reichskanzler. 6) Herstellung der Versammlungs- und Pressfreiheit; Fortbestehen der Zensur nur für rein militärische Dinge. Der Reichskanzler erklärte am 24. September: wenn die Lage auch ernst sei, so bestehe doch kein Grund zum Kleinmut. Der Unterseebootkrieg erfülle seine Aufgabe zwar langsam, aber sicher. Die Organisation eines Völkerbundes werden wir fördern helfen. Am 25. September versprach Hertling, daß die bis jetzt rein militärisch geregelte und eingeschränkte Press- und Vereinsfreiheit hergestellt werden solle, entweder durch Eingreifen des Generalkommandos selbst, oder durch gesetzliche Neuordnung, oder durch Hereinnahme bürgerlicher Elemente in die betr. militärischen Stellen. Gegen den preussischen Kriegsminister v. Stein, dessen hervorragende Befähigung zu seinem Posten niemand bestreiten konnte, wurden lebhaftere Angriffe gerichtet, weil er Versammlungen von Friedensaposteln und Wahlrechtsfreunden beanstandet hatte. Die Nachricht von dem am 25. September abends 5 Uhr erfolgten einseitigen Waffenstillstandsgefuß Bulgariens, wodurch unsere Stellung auf dem Balkan und unsere Verbindung mit der Türkei schwer bedroht wurde, war geeignet

dem Hauptauschuß das Bedenken naheulegen, ob jetzt der richtige Augenblick für die Umgestaltung der Reichsverfassung sei. Der Ausschuß bejahte aber diese Frage, weil die erschwerte Lage erst recht das Betreten neuer Bahnen erheische. Da Hertling es mit seinen politischen Anschauungen nicht vereinigen konnte, den vollen Parlamentarismus im Reich einzuführen, von wo aus er natürlich auch auf die Einzelstaaten übergreifen mußte, und durch Aufhebung von Artikel 9 die Selbständigkeit des Bundesrats gegenüber dem Reichstag preiszugeben, verlangte die Sozialdemokratie mit Schärfe seinen Rücktritt. Er bat denn auch den Kaiser um seine Entlassung, welche dem vornehmen, charakterfesten, aber mit 75 Jahren doch nicht mehr voll rüstigen Staatsmann am 30. September gewährt wurde, in den gnädigsten, anerkennendsten Formen und unter Verleihung des hohen Ordens vom schwarzen Adler.

Zu seinem Nachfolger wurde der Neffe des Großherzogs Friedrich II. von Baden, der Thronanwärter in Baden, Prinz Max (geb. 10. Juli 1867) ernannt, der durch mehrere gehaltreiche und von hohem Idealismus getragene Reden (so am 22. August 1918 bei der Feier des 100jährigen Bestehens der badischen Verfassung) sich Beachtung in weiten Kreisen erworben hatte und auch der Sozialdemokratie genehm war. Der Prinz sah sich vor eine doppelte Aufgabe gestellt. Einmal hatte er im Innern die Beschränkung der Kaisergewalt und das parlamentarische System durchzuführen, worauf sowohl die gesamte Linke als Wilson drängte, der wiederholt jede Verhandlung mit einer bloß auf persönlicher Willkür beruhenden Gewalt ablehnte. Dann galt es nach außen zum Frieden zu gelangen. Der Prinz beabsichtigte, wie er am 16. November nach seinem Sturz in einem Sonderheft der Preussischen Jahrbücher dargelegt hat, nicht um Waffenstillstand zu bitten, was der neuen Regierung als

Schwäche ausgelegt werden mußte, sondern ein ins einzelne gehendes Kriegszielprogramm aufzustellen, das vor aller Welt die Übereinstimmung Deutschlands mit den Grundsätzen Wilsons und die Bereitwilligkeit betunden sollte, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. In diesem Augenblick, am 1. Oktober, verlangte aber die oberste Heeresleitung unter Hinweis auf die verzweifelte Lage an der Front ein sofortiges Waffenstillstandsgesuch, und als der Prinz antwortete, er erhoffe von seiner Kundgebung eine günstige Wirkung im Sinn des Friedens, erklärten die militärischen Autoritäten, auf diese Wirkung könne nicht gewartet werden; die Lage an der Front erfordere das Gesuch binnen 24 Stunden. Wenn der Prinz es nicht abgebe, so müßte noch Hertling es herausbringen. Darauf entschloß sich der Prinz seine Regierung zu bilden und das Waffenstillstandsgesuch mit der neuen unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche, also am 8. Oktober, eröffneten ihm die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der pessimistischen Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten, d. h. daß sie nicht so verzweifelt sei, wie sie angenommen hatten. Der Pfeil war aber schon vom Bogen geschneit und nahm seinen Lauf; schon am 4. Oktober war das verhängnisvolle Gesuch erfolgt.

Die neue Regierung bestand aus einigen Staatssekretären ohne Geschäftszweig, G r ö b e r (geb. 1854) und E r z b e r g e r (geb. 1875) vom Zentrum, S h a u ß m a n n (geb. 1857) von der Volkspartei, S c h e i d e m a n n (geb. 1865) von der Sozialdemokratie. Das Reichsamt des Innern übernahm statt Wallrafs T r i m b o r n (geb. 1854) vom Zentrum, das vom Wirtschaftsamt abgetrennte Arbeitsamt der Sozialist B a u e r (geb. 1870), unter dem der katholische Gewerkschaftssekretär G i e s b e r t s Unterstaatssekretär wurde. Das Auswärtige erhielt der bisherige Staatssekretär der Kolonien S o l f,

unter dem der Sozialist David Unterstaatssekretär wurde (geb. 1863, früher Gymnasiallehrer für neuere Sprachen und Geschichte). Gemäß kaiserlichen Erlasses vom 4. Oktober wurde allen Staatssekretären für die Dauer ihres Amtes der Titel Exzellenz beigelegt. Die Stelle eines Kabinettschefs des Kaisers wurde unter Verabschiedung v. Bergs, der dem neuen Kurs nicht genehm war, dem früheren Staatssekretär des Innern Delbrück übertragen. Der Kriegsminister v. Stein (s. oben S. 14) mußte dem General Scheuch weichen, der der Linken genehm war. Am 5. Oktober stellte sich der Prinz mit seinen Mitarbeitern dem Reichstag mit einer Rede vor, in welcher er sich aufs entschiedenste zur Demokratie bekannte, die in Deutschland und Preußen unverrückbar feststehe. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sollten auch in den andern Ländern nach dem Frieden eingeführt werden. Die Ostvölker sollten demokratische Versammlungen wählen und ihr Schicksal selbst bestimmen. Für Belgien bot der Prinz eine Entschädigung an. Sollten unsere Gegner eine vom Willen uns zu vernichten diktirte Antwort geben, so sei Deutschland zu einem Kampf auf Leben und Tod bereit.

Der Erklärung folgte rasch eine Reihe von Maßregeln im Sinn der Demokratisierung des Reichs durch Beschränkung der Kaisergewalt. Den Staatssekretären wurde, da Artikel 9 die Unvereinbarkeit eines Sitzes im Reichstag und Bundesrat aussprach und die Aufhebung des Artikels die Selbständigkeit des Bundesrats untergraben mußte, das Recht gewährt, jederzeit Namens des Reichskanzlers das Wort zu ergreifen; der Eintritt in ein Reichsamt sollte den Verlust des Reichstagsmandats nicht mehr im Gefolge haben. Am 15. Oktober wurde verfügt, daß der Kriegsminister Anweisungen mit verbindlicher Kraft für die bisher durch das Gesetz über den

Belagerungszustand allmächtigen Militärbefehlshaber erlassen könne, und daß die Befehlshaber ihre Befugnisse im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung, d. h. den Oberpräsidenten, auszuüben hätten. Dann wurde am 26. Oktober Artikel 11 der Reichsverfassung dahin geändert, daß zur Erklärung des Kriegs auch die Zustimmung des Reichstags erforderlich sei. In Artikel 15 wurde für künftig vorgeschrieben, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung das Vertrauen des Reichstags bedürfe, womit das parlamentarische System, das in andern Staaten nur auf dem Herkommen beruht, in Deutschland ausdrücklich und formell eingeführt war. In Artikel 17 wurden die Worte gestrichen: „welcher dadurch die Verantwortung übernimmt“. In Artikel 53 wurde ein Absatz 1 eingefügt: Die Ernennung, Befetzung, Beförderung und Berabschiedung von Offizieren und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Artikel 64 lautet künftig: der Höchstkommandierende des Kontingents wird vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt, und in Artikel 66 wurde ebenso die Ernennung, Beförderung und Berabschiedung der Offiziere des Landheeres an die Gegenzeichnung des Kriegsministers geknüpft. Der neue Kriegsminister Scheuch erklärte, daß durch alle diese Veränderungen das Gefüge des Heeres nicht erschüttert und daß namentlich das persönliche Verhältnis zwischen dem König und dem Offizierskorps davon nicht berührt werde. Die deutsche Mannestreue werde auch in Zukunft die beste Stütze unseres Heeres sein. Der volksparteiliche Abgeordnete Müller-Meinigen verwies darauf, daß alle vorgeschlagenen Veränderungen schon seit 1869 vom Reichstag gefordert worden seien und daß Bismarck in seiner 1892 zu Jena gehaltenen Rede die Stärkung der Rechte des Reichstags befürwortet habe. Der Kaiser sprach in einem

vom 28. Oktober datierten und am 2. November veröffentlichten Erlaß es aus, daß mit der Neuordnung wichtige Rechte des Kaisers auf das Volk übertragen seien und daß damit eine Periode abgeschlossen werde, welche vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen werde. Der Kaiser und seine hohen Verbündeten treten den Beschlüssen mit dem festen Willen bei, alles, was an ihnen liege, zu deren Durchführung beizutragen. „Das Kaiseramt ist Dienst am Volke! So möge unser Volk aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft gewinnen!“

Die bisher vollzogenen Veränderungen hatten zum Ziel, wie Prinz Max in seiner Veröffentlichung (S. 15) gesagt hat, dem Kaiser ungefähr die Stellung des englischen Königs zuzuweisen und diese ihm zu erhalten. Wilson war damit ursprünglich befriedigt, und man hoffte, daß auch die deutschen Arbeiter daran sich genügen lassen würden. Aber die bei der Wahlbewegung in den Vereinigten Staaten immer mehr sich kundgebende Gehässigkeit der republikanischen Führer und Massen gegen Deutschland veranlaßten Wilson (nach Prinz Max) als weiteres Zugeständnis die Abdankung des Kaisers zu fordern, und die Sozialdemokratie glaubte ohne diesen Schritt der Unabhängigen nicht Herr werden zu können. In diesem Augenblick kam es in Kiel unter dem Eindruck des Gerüchts, daß die Flotte auf Drängen der „Alldeutschen“ zu einer großen, voraussichtlich ungünstig auslaufenden Seeschlacht in See gehen sollte, am 3. November zu einer schweren blutigen Meuterei der Flotte, „die 80 000 Menschen nicht nutzlos geopfert sehen wollte“. Die Zuverlässigkeit jenes Gerüchtes steht durchaus nicht fest; es ist halbamtlich gesagt worden, daß es nur um ein Zusammenwirken der Flotte mit dem von der flandrischen Küste abgedrängten Landheer und um dessen Unterstützung sich gehandelt habe. Jedenfalls galt es bisher als selbstverständ-

lich, daß die Soldaten die Befehle zum Kampf befolgen und nicht kritisieren. So oder so — die Helden vom Skagerrak waren nicht mehr da; die Meuterei, der in Kiel 37 Offiziere zum Opfer fielen, sprang auf Travemünde, Lübeck und Hamburg über; die Schiffe Markgraf, Nassau, Oldenburg, Ostfriesland u. a. hielten schmählicher Weise die rote Fahne statt der deutschen Farben, und ein Versuch des Staatssekretärs Haußmann und des sozialistischen Abgeordneten Roste Del auf die Wogen zu gießen hatte keinen nachhaltigen Erfolg. In Lübeck und Hamburg kam es zur Gewalt Herrschaft der mit den Seeleuten zusammenhaltenden Massen und zu Plünderungen der Vermöglichen. Die Sozialdemokratie forderte nun von dem Prinzen Max, daß er den Kaiser zur sofortigen Abdankung veranlasse, und drohte andernfalls mit ihrem Austritt aus der neuen Regierung. Die Ausrufung der Republik in München (8. November) und das Bekanntwerden der furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen am 9. November schlugen vollends dem Faß den Boden aus. Der Prinz Max stand jetzt vor der herben Erkenntnis, „daß seine Politik, die nicht auf Bergewaltigen, sondern auf Ueberzeugen gerichtet war, zusammengebrochen sei“. Am 9. November wurde des Kaisers Entschluß dem Thron zu entjagen bekanntgegeben, und das gleiche wurde bezüglich des Kronprinzen erklärt, ohne daß indessen von diesem selbst etwas vorlag. Der Kronprinz erschien als Nachfolger seines Vaters unmöglich, da er längst als „Alldeutscher“ verschrien war, überdies sein Lebenswandel während des Krieges den Anforderungen, die unbedingt an ihn gestellt werden mußten, widersprochen haben sollte. Der Kaiser wollte ursprünglich in durchaus richtiger Ahnung nicht abtreten, da dies den Sieg des Bolschewismus nach sich ziehen werde, sondern als Offizier seinen Platz behaupten. Da aber die Heerführung für

seine persönliche Sicherheit nicht mehr einsehen zu können erklärte, so begab er sich bitter ungerne am 11. November auf das Schloß Amerongen bei Arnheim in Holland, das der Graf Bentinck ihm zur Verfügung stellte; der Kronprinz ging am 23. auf die Insel Wieringen in der Zundersee, wo er im Pfarrhaus Wohnung nahm. Die Kaiserin traf am 28. November bei ihrem Gemahl ein. Am gleichen Tag verzichtete der Kaiser auf den Thron und entband alle Offiziere und Beamte ihres Treueides. Am 5. Dezember sprach auch der Kronprinz seinen Verzicht auf die Krone Preußens und die Kaiserkrone aus. Prinz Max wollte ursprünglich wenigstens noch solange im Amt bleiben, „bis die mit dem Verzicht des Kaisers und des Kronprinzen und der Einsetzung einer Regentschaft für den 12jährigen Sohn des Kronprinzen Wilhelm zusammenhängenden Fragen geregelt seien“; er wollte also das zweifelloste Recht des genannten Prinzen und die Dynastie retten. Ebert sollte dann Reichskanzler werden und eine verfassunggebende Reichsversammlung zusammentreten, welche die künftige Staatsform des deutschen Reiches und der Volkstelle, welche in dasselbe eintreten wollten (Deutschösterreich), festsetzen sollte. Noch am 9. November traten aber der Prinz, sein Stellvertreter v. Paner und die ganze Regierung des 1. Oktober zurück, ohne daß die erwähnten Maßnahmen getroffen waren, und es erging eine Ansprache des von dem Prinzen eingesetzten neuen Reichskanzlers Ebert „an die deutschen Bürger,“ worin er seinen Amtsantritt kundgab und ein Aufruf, in dem er „auch die, welchen es schwer falle, mit den neuen Männern zu arbeiten,“ einlud aus Liebe zum Vaterland mitzuwirken und ein Versagen der deutschen Organisation in dieser schweren Stunde zu verhüten. Dieser Aufruf ward auch überall willig befolgt. Am 10. November siegte aber in

Berlin der volle Umsturz, wobei u. a. der kaiserliche Marstall, in dem kaisertreue Offiziere sich zur Wehr gesetzt haben sollen (gefunden hat man keine) der Schauplatz einer heftigen Schießerei wurde. Im ganzen verlief der Umsturz indessen unter ungeheurem Aufmarsch der Arbeiter unblutig. Der unabhängige Sozialist Ledebour hat sich offen gerühmt, daß die Revolution seit 1916 systematisch von seiner Partei vorbereitet worden sei, und seine Genossen Barth und Däumig haben ihm beigepflichtet; der Streik vom 28. Januar wurde als erste Probe für die Revolution bezeichnet, und der Unabhängige Cohn-Nordhausen hat zugestanden, daß er aus Rußland bolschewistisches Geld zur Förderung des Umsturzes erhalten habe, weshalb er am 5. Januar 1919 seines Amtes als Beigeordneter des Reichsjustizamtes entkleidet wurde. Die deutsche Allg. Z. (die frühere Nordd. A. Z.) gab Ende Dezember 1918 bekannt, daß 12½ Millionen Mark russische Gelder zu dem genannten Zwecke übersandt worden seien.

Durch Verständigung der Sozialdemokratie und der Unabhängigen wurde am 11. November eine neue Regierung der „Volksbeauftragten“ gebildet, zu der die erste Richtung Ebert, Scheidemann und Landsberg, die zweite Haase, Dittmann (der infolge einer Amnestie wie Liebknecht auf freiem Fuß war) und Barth stellte. Unter ihr blieben der preußische Kriegsminister Scheuch und der Staatssekretär der Marine v. Mann, und die bürgerlichen Staatssekretäre, so Erxberger und Solf (für das Auswärtige). Das Staatssekretariat der Finanzen übernahm der Nationalliberale Schiffer, des Innern der volksparteiliche Professor Preuß, das Ernährungsamt der Sozialdemokrat Wurm. Die Volksbeauftragten erließen am 12. November eine Verfügung „mit Gesetzeskraft“, gemäß deren der Belagerungszustand aufgehoben, Freiheit für Versammlungen, Vereine und Zeitungen und für alle Religionsbekenntnisse verkündet, eine Amnestie

für politische Strafen erlassen, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufgehoben, die Gesindeordnung und die Ausnahmebestimmungen für Landarbeiter beseitigt und der 8stündige Arbeitstag ab 1. Januar 1919 eingeführt, der Schutz des Eigentums gegen private Eingriffe verkündigt und Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung mit dem Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Jahr an angeordnet wurden. In ganz Deutschland brachen nun sämtliche Throne zusammen. Ueberall bildeten sich nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte, die als „Vertreter des werktätigen Volks“ die oberste Instanz zu sein beanspruchten. Ein „Vollzugsausschuß“ geberdete sich als Träger der Souveränität und nahm das Recht in Anspruch die Regierung ein- und abzusetzen. Der örtliche A.- und S.-Rat von Groß-Berlin suchte die Gewalt über das ganze Reich an sich zu reißen und die Berufung einer verfassunggebenden Reichsversammlung zu verschieben, oder gar, da alle Parlamente überlebte Einrichtungen seien und das Proletariat die Diktatur unmittelbar an sich nehmen müsse, ganz zu verhindern. Das widersprach denn doch dem Wunsch und Willen der überwiegenden Massen des Volks schnurstracks, und auch die Sozialdemokratie wies eine solche Vergewaltigung des Volkswillens als dem Gedanken der Demokratie völlig zuwiderlaufend verständiger Weise weit von sich. Solche äußerste Bestrebungen führen mit Naturnotwendigkeit zur Reaktion, die dann mindestens eben so berechtigt ist als die Revolution. Alle Arbeiter- und Soldatenräte, erklärte die Sozialdemokratie, dürften nur vorübergehende Anstalten sein, bis die Reichsversammlung auf den Plan trete und die Regierung bestimme. Die Soldatenräte außerhalb Berlins selbst wiesen, so sehr sie für die soziale Republik einstanden, alle extremen Bestrebungen zurück, namentlich die der „S p a r t a k u s g r u p p e“, die, nach dem Namen

des bekannten Gladiatorenführers der Jahre 78—71 v. Chr. sich benennend, gleich diesem verzweifelten Mann gegen alle Besitzenden den Krieg der Besitzlosen bis aufs Messer predigte. Der Soldatenrat bei der obersten Heeresleitung, an deren Spitze der edle Generalfeldmarschall v. Hindenburg auch jetzt zu bleiben die Seelengröße hatte, verlangte am 26. November, daß ein Terror (Schreckensherrschaft) weder von rechts noch von links geübt werden dürfe, und kehrte sich entschieden „gegen die erbärmlichen und gewissenlosen Versuche das Reich zu zerreißen und durch Schwärmer oder Gewaltmenschen Heimat und Volk in den Abgrund zu stürzen.“ Ausdrücklich verwarf dieser S.-R. die Anmaßung des Berliner Vollzugsausschusses, dem keinerlei Reichsgewalt beiwohne. Ebenso sprachen sich „500 000 Frontsoldaten“ der eben damals über den Rhein zurückgehenden 4. Armee in einem aus Crefeld am 24. November an Ebert gesandten Telegramm aus. Im Süden aber erregten die Berliner Quer- und Lollköpfe solche Erbitterung, daß der Ruf: *Los von Berlin!* (wenn auch nicht vom Reiche!) immer lauter anschwell. Die neuen Regierungen von Hessen und Bayern, an deren Spitze die Sozialisten Ulrich und Eisner (ein Unabhängiger) standen, richteten in diesem Sinn scharfe Drohungen nach Berlin, und schließlich erwies sich, daß, seit der dynastische Reif um das Reich geplagt war, auch die Einheit des Reichs selbst durch Sondergelüste bedroht wurde. Trotz dieser Gefahr verkündete das von den Berliner Terroristen beherrschte Wolffsche Telegraphenbüro am 27. November rund heraus: die Revolution habe ein neues Staatsrecht geschaffen, wonach die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte sich befinde, um die Errungenschaften der sozialistischen Republik zu bewahren und die Gegenrevolution niederzuhalten. Solange bis eine Delegiertenversammlung aller

deutschen A.- und G.-Räte einen Vollzugsausschuß gewählt habe, übe der Berliner Vollzugsrat dessen Befugnisse aus(!). Er berufe die Mitglieder der Regierung und rufe sie ab und sei auch vor Berufung der (als Arbeitspferde notwendigen) Fachminister zu hören. Die vorläufige Regierung lud auf 25. November eine etwa 70 Köpfe starke „Reichskonferenz“ revolutionärer Minister nach Berlin, die sich für Erhaltung der deutschen Einheit, möglichst rasche Berufung der Reichsversammlung und Beschleunigung des Präliminarfriedens aussprach. In einer Beratung der Berliner Soldatenräte vom 28. November wurden die bittersten Klagen über die Berliner Wirtschaft laut. Der Leutnant Müllner sagte, daß unter dem alten System viele Fehler gemacht worden seien; jetzt aber sei es noch weit schlimmer, und wenn es so fortgehe, müsse eine Reaktion eintreten. Der Vollzugsrat habe eine ungeheure Masse von Kriegsgütern und Lebensmitteln verschleudert. Ein Leutnant Roß wies darauf hin, daß die Räte ihren Mitgliedern 50 Mk. Taggeld bewilligten, den Schreibfräulein 30 Mk.; damit solle man die Bezüge der Kriegsbeschädigten vergleichen! Die Generale der heimkehrenden Heere v. Böhn und v. Mudra weigerten sich Befehle der Räte anzunehmen, da diesen eine solche Gewalt nicht zustehe, und da die in kleineren Trupps heimkehrenden Krieger an der Grenze von den Revolutionären entwaffnet und ihrer Kokarden beraubt wurden, so entstand unter den Frontsoldaten vielfach eine sehr gereizte Stimmung; in Lennep wurden die roten Fahnen unter dem Jubel der Bevölkerung verbrannt. Der Kriegsminister Scheuch nahm am 15. Dezember seine Entlassung, weil die Schürung des Hasses gegen die Offiziere, von denen 39% (gegen 19% der Mannschaft) gefallen seien, ihm die Herstellung der Ordnung unmöglich mache. An seine Stelle trat der württembergische Oberst Reinhardt. Die Engländer und Franzosen

aber weigerten sich mit Vertretern der Räte überhaupt zu verhandeln und erkannten ihnen irgendwelche Gesetzmäßigkeit gar nicht zu. Eine Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte, die vom 16.—20. Dezember in Berlin abgehalten wurde, übertrug die vollziehende und gesetzgebende Gewalt den sechs Volksbeauftragten, unter Ausschaltung des Volkzugrats, und schob die Wahl der verfassunggebenden Reichsversammlung, die erst auf 16. Februar anberaumt war, auf den 19. Januar vor. Am 24. Dezember kam es, nachdem bereits am 5. ein Zusammenstoß zwischen den Spartakusleuten und der Garde stattgefunden hatte, zu einem blutigen Kampf zwischen meuterischen Matrosen, die das kaiserliche Schloß inne hatten, und der Gardereiterei, wobei 68 Mann getötet wurden; die Regierung, in sich gespalten, ließ ein energisches Auftreten sehr vermessen; sie machte Zugeständnisse; doch räumten die Matrosen schließlich das Schloß. Der aus 27 Mann bestehende „Zentralrat“, der als oberste Instanz bestellt war, bewirkte am 27. Dezember die Herstellung einer einheitlichen Regierung, indem die Unabhängigen Barth, Dittmann und Haase austraten und durch zwei Mehrheitssozialisten, Noske und Bissel, ersetzt wurden. Von diesen wurde namentlich ein Einschreiten gegen die Polen erwartet, die mit maßloser Frechheit sich Oberschlesiens und Posen bemächtigt hatten. Statt Solfs wurde am 20. Dezember der Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär des Auswärtigen.

b. Parteiangelegenheiten. Am 7. Januar wurde in einem Saal des Abgeordnetenhauses in Berlin unter dem Vorsitz von Professor Dr. Franke der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ gegründet, der der „Vaterlandspartei“ und den Konservativen entgegenwirken sollte und angeblich 4 Millionen Mitglieder gewann, Männer und Frauen. Der Bund bezeichnete Eintracht im Innern, gleiches Wahlrecht, Reform des Herrenhauses, Er-

richtung der vollen Koalitionsfreiheit für die Arbeiter als seine wesentlichen Ziele. Kurz nachher verlangte der „Ausschuß für einen Arbeiterfrieden“, hinter dem die „wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiter standen, unter Hinweis auf seine 290 000 eingeschriebenen Mitglieder — das waren mehr als damals die Sozialdemokratie noch aufweisen konnte — den Abschluß eines Friedens, bei dem der Arbeiter noch gedeihen könne. „Vor dem Krieg sind jährlich 170 000 Familien vom Land in die Stadt abgewandert, infolge mangelnder Gelegenheit zum Erwerb einer eigenen Scholle. Der Hektar, der in Posen und Westpreußen 1891 noch 859 bzw. 753 Mk. kostete, stand 1913 auf 1835 bzw. 1806 Mk. Solche Preise gefährden die Ertragsmöglichkeit der Güter und verhindern, daß kleine Leute sich ankaufen können. Wir haben in Deutschland wohl 1½ Millionen Hektar Heide-land und 2,3 Millionen Hektar Moore; darauf könnten 300 000 Familien sich ansiedeln. Aber wegen der verwickelten Besitz- und Verkehrsverhältnisse und aus juristischen und kulturtechnischen Schwierigkeiten ist diese Verwertung fast unbrauchbar. Wir brauchen also Siedlungsland; in den baltischen Provinzen ließen sich 250 000 Familien ansäßig machen; also soll der Friede diese Provinzen an Deutschland angliedern.“

Die Berliner Arbeiterschaft ließ sich durch landesverräterische Heizer am 28. Januar aus Anlaß der knappen Ernährungsverhältnisse zu einem Streik veranlassen, der die Herstellung von Munition, also die Führung des Krieges, schwer gefährdete. Nach amtlichen Angaben des Staatssekretärs Wallraf überstieg indessen die Zahl der Ausständigen in Berlin nicht 90 000 (vor allem bei Löwe, Borfig, Daimler), in Hamburg 25 000, in Spandau 4000 (von 70—80 000). Die Gewerkschaften erließen eine Rundgebung, durch die sie sich für neutral erklärten; die christlichen Ge-

werkchaften, die polnischen Arbeiter in Rattowitz, die wirtschaftsfriehlichen (sog. „gelben“) Vereine waren gegen den Streik. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen ersuchten Balltraf mit den Ausständigen zu verhandeln; der Staatssekretär lehnte dies aber ab und wollte nur mit den Abgeordneten verhandeln, nicht mit den Ausständigen direkt, die auch politische Forderungen erhoben (Friedensschluß auf bolschewistischer Grundlagen, gleiches Wahlrecht in Preußen für Männer und Frauen von 20 Jahren). Am 30. Januar wurde der verschärfte Belagerungszustand in Hamburg verkündet, am 31. in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neu-Cölln, Pichtenberg, Spandau und in den Landkreisen Teltow und Niederbarnim. Am 31. Januar kam es in Moabit zu einem Zusammenstoß, wobei ein Wachtmeister durch einen Bauchschuß getötet und 4 Schußleute verwundet wurden. Der Streik erlosch anfangs Februar, und das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ schrieb in einem Schlußwort: „vom gewerkschaftlichen Standpunkt muß die Haltung der Unabhängigen aufs schärfste zurückgewiesen werden. Sie hat die Politik der schlimmsten Arbeiterfeinde gefördert und hat die sofortige Militarisierung einiger Großbetriebe mit dem damit zusammenhängenden Verlust wichtiger Arbeiterrechte herbeigeführt. Die Berliner Arbeiter verdanken ihnen eine politische und wirtschaftliche Niederlage, wie sie schlimmer noch nie zu verzeichnen war.“ Eine Anzahl Räbelsführer wurde von den außerordentlichen Kriegsgerichten wegen Landesverrats zu Strafen von 6—9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Reichstagsabgeordnete Dittmann (unabhängiger Sozialist) wurde am 4. Februar wegen versuchten Landesverrats zu 5 Jahren Festung und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Hedfcher veröffentlichte

im Hamburger Fremdenblatt die Angabe, daß einem angesehenen deutschfreundlichen Neutralen von der amerikanischen Gesandtschaft seiner Heimat gesagt wurde (weil man seine Gesinnung nicht kannte): von englischer und amerikanischer Seite arbeite man mit großen Geldmitteln an der Herbeiführung innerer Unruhen in Deutschland. Darnach sehe man, zu wessen Nutzen deutsche Arbeiter heute streiten. (S. oben S. 22.) Am 26. Januar wurde in Niederbarnim (Stadthagens Wahlkreis) der Sozialdemokrat Wiffel mit 25 293 Stimmen gegen den Unabhängigen Breitscheid gewählt.

Mitte April bildete sich in Berlin ein Ausschuß pro Palaestina zur Förderung des Zionismus, der die jüdische Besiedelung des heiligen Landes anstrebt. Alle Parteien von der Konservativen bis zu den Sozialdemokraten Scheidemannscher Richtung nahmen daran Teil, weil sie den Zionismus als wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas und damit für die Türkei ansahen; es sollte ihr durch Pflege der deutschen Kultur und Wirtschaftsinteressen genügt werden. Die völlige Einnahme Palästinas durch die Engländer wird die Tätigkeit des Ausschusses freilich — vorerst mindestens — lahm legen.

Vom 11.—14. Mai hielten die deutschen (wirtschaftsfriedlichen) Werkvereine ihren Bundestag in Hannover. Mit 395 Vereinen und fast 150 000 Mitgliedern haben sie den vollen Bestand von 1914 wieder erreicht, was keine andere Arbeiterorganisation von sich sagen kann. Ihr Hauptgesichtspunkt ist: „vom Gedeihen der Unternehmung hängt die Arbeitsmöglichkeit und die günstige Gestaltung der Arbeitsbedingungen ab. Die Werkvereine stehen in grundsätzlichem Widerspruch zur Sozialdemokratie; sie verwerfen den Klassenkampf, verlangen freiwillige Schiedsämter und sehen den Streik nur als Mittel der Notwehr an. Die Arbeitsbedingungen sollen so günstig als möglich gestaltet wer-

den; die Sozialreform ist fortzuführen.“ Ueber die Handhabung des Kriegszustandes teilte der General v. Wisberg am 6. Juni im Reichstag mit, daß 1917 im Ganzen 8011 Versammlungen gestattet, 99 verboten wurden, und zwar nur wegen beabsichtiger notorischer Hegereien. Volksparteiliche Versammlungen fanden statt 849, verboten wurden 14, gewerkschaftliche 2741 und 19. Anfangs Juni eroberte der Pole Korfanty den Zentrumswahlkreis Lublinitz-Gleiwitz mit rund 14 000 Stimmen gegen 9000.

Am 1. August wurde berechnet, daß der Weltkrieg in den vier ersten Jahren 650—700 Milliarden Mark verschlungen hat. Unsere Gegner brauchten am Ende des 4. Jahres monatlich 15,3 Milliarden gegen 5,8 des Vierbundes. Auch ohne Rußland und Rumänien brauchte der Raubverband fast das dreifache des Vierbundes. Bisher haben unsere Gegner von 500 Milliarden Aufwand nur 125,6 fest aufgebracht, wir von 186 aber 134,3. Deutschland hat 88 Milliarden = 71% seiner Ausgaben langjährig untergebracht, England 32%, Frankreich 30%. Die Mittelmächte haben Anlehen fast nur im eigenen Land gemacht, die Gegner viele im Ausland. Die Gewerkschaftsblätter aller Art erklärten am 1. August, daß die deutschen Arbeiter ihre Pflicht gegen das Vaterland voll erfüllt und zahlreiche, genau angegebene, Auszeichnungen erhalten hätten. „Wenn ihr Arbeiter im Ausland glaubt, daß das deutsche Volk die Geschäfte derer besorgen werde, die uns ihre militärische Macht fühlen lassen wollen, so irrt ihr euch! Ihr werdet nicht triumphieren über ein Volk, das moralisch für immer gerichtet wäre, wenn es einer aus aller Welt zusammengeholt Soldateska das deutsche Land, unser Heim und unsere Familien preisgeben würde. Was wir mit viel Fleiß und rastlosem Streben aufgebaut haben, gehört auch uns, der deutschen Arbeiterschaft. Ihr könnt uns mit euren

asiatisch-afritanischen Horden nicht eine freiere Entwicklung bringen. Die deutsche Zukunft liegt fest verankert im Willen der deutschen Arbeiterschaft durchzuhalten und auszuhalten.“

Am 9. August begann in Frankfurt ein Prozeß der Frankfurter Zeitung gegen den bekannten Schriftsteller Stuart Chamberlain, der, geborener Engländer, Schwiegersohn Richard Wagners, deutscher Bürger geworden ist und in prachtvollen Schriften unsere Sache im Weltkrieg verteidigt hat. Er hatte in einem Aufsatz in der Deutschen Zeitung im November 1917 die Frankfurter Zeitung beschuldigt, daß sie alles, was deutsch sei — politisch, gedanklich, künstlerisch, wirtschaftlich — ohne Unterlaß grundsätzlich bekämpfe, herunterreiße und womöglich zerstöre, und daß sie in unmittelbaren Beziehungen zur englischen Regierung stehe. „Sie ist ein Organ der Hochfinanz, welche international ist, führte Chamberlain vor Gericht aus, und gehört einem Amerikaner Simon, also einem Feind; Simon, alias Semon, ein Enkel Sonnemanns, hat sich selbst an der Riviera als Besitzer der Gazette de Francfort eingeschrieben.“ Wegen des Bezichts der Beziehungen der Zeitung zur englischen Regierung erhoben 18 Mitglieder des Aufsichtsrats Klage, darunter Professor Dr. Köhler, Professor Dr. Cohnstädt, Stadtrat a. D. Herkheimer, Justizrat Dr. Herß, Dr. Heinrich und Kurt Simon und ihre Mutter Therese Simon-Berlin, und die zehn Schriftleiter Busching, Cohnstädt, Drill, Feiler, Geß, Goldschmidt, Guttmann, Hörth, Kircher, Stern. Sie bestritten, daß das Blatt in fremdem Besitz sei; Sonnemann habe dagegen testamentarisch Vorsorge getroffen. Chamberlain erhob Gegenklage, weil die Fr. Ztg. ihn einen Renegaten genannt hatte, der gar nicht im Stande sei, einem Deutschen, wo es auch sei, an die Ehre zu rühren. Am 16. August wurde Chamberlain verurteilt, aber nicht zu Gefängnis, wie die Kläger beantragt hatten, sondern zu

1500 Mk. Geldstrafe; er hatte das Urteil in 21 Zeitungen zu veröffentlichen.

Am 7. September erließ Hindenburg eine Ansprache an das deutsche Volk, aus der Folgendes hervorgehoben sei: „Weil der Feind weiß, daß Deutschland und seine Verbündeten mit Waffen allein nicht zu besiegen sind, hat er den Kampf gegen den deutschen Geist aufgenommen. Im Mai lieferten unsere Feldgrauen 84 000, im Juni 120 000, im Juli 300 000 Flugblätter ab, welche von Fliegern abgeworfen waren, den Ueberläufern gute Behandlung versprachen und zum Kampf gegen Hohenzollern und Kapitalismus aufforderten; die unsinnigsten Gerüchte sollen unsere Widerstandskraft brechen. Deutsches Heer und deutsches Heim, bedenke, daß diese Giftblätter vom Feinde stammen, daß vom Feinde nichts kommt, was Deutschland frommt. Verachte sie! wehre dich!“ Der angeblichen guten Behandlung unserer Gefangenen stellte der Generalfeldmarschall die abschreckende Wirklichkeit der französischen Gefangenenlager gegenüber. Wie nötig Hindenburgs Aufruf war, bewies der Artikel der Times vom 7. August: „Die Moral der Deutschen muß erschüttert werden. Der Verlust des Selbstvertrauens ist es, nicht der Verlust an Boden, Mannschaft und Material, was Sieg oder Niederlage ausmacht. Der Feind muß den Glauben an sich selbst und an seine Führer verlieren. Sobald über die Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht eine Meinung besteht, wie bisher, sondern zwei, wird der Zusammenbruch der Moral der Deutschen beginnen, und dann werden wir so schnell 50 Meilen vorrücken als heute 5.“ Um die Nation über das Ziel unserer Feinde aufzuklären, hielt der Kaiser am 11. September an die Kruppschen Arbeiter in Essen eine passende Ansprache, in der er ausrief: die Gegner erstreben die Vernichtung unseres Daseinsrechts!

Die Vorstände der Gewerkschaften erschienen am 13. September bei dem Reichsanzler Grafen Hertling, um ihm zu sagen, daß die Ernährung der Arbeiter auf dem Tiefpunkt angekommen sei, daß ihre körperliche Kraft in besorgniserregender Weise abnehme. Schuld sei der Schleichhandel; die Schleichhändler sollten aufgehängt werden. Keine fleischlosen Wochen! Mehr Kartoffeln! Die Arbeitszeit solle herabgesetzt, die schwankende Politik im Innern aufgegeben werden. Die Aufregung unter den Arbeitern sei ungeheuer. Hertling versicherte, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgeführt werde, und der Staatssekretär v. Waldow erklärte, daß vom 1. Oktober an die Ernährung besser sein werde, bestimmt nicht schlechter als bisher.

Im September wurde namentlich in Süddeutschland ein Flugblatt verbreitet, das giftige Stellen über die Süddeutschen enthielt und von dem „Preußenbund“ herühren sollte. Dessen Leitung wies aber jeden Zusammenhang mit dem Flugblatt entriistet von sich, so daß man hier ein handgreifliches Beispiel von der Art hat, wie die von dem berüchtigten Lord Northcliffe, früher Harmsworth und noch früher Stern von Frankfurt, gelieferte Heharbeit unserer Feinde betrieben wurde. Am 7. Oktober veranstaltete die Stadt Köln für die Vertreter der mit uns in Freundschaft lebenden Staaten ein Festmahl im Gürzenich. Anwesend waren die Vertreter von Norwegen, Persien, der Schweiz, Spanien, Dänemark, Mexiko und Argentinien. Der Oberbürgermeister Adenauer hielt die Rede auf die Gäste, in deren Namen der Norweger für das Gesehene und Gebotene dankte und den deutschen Fleiß pries.

Am 18. November schloßen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften einen Vertrag, wonach sie die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft aner-

kannten und jede Verbindung mit den wirtschaftsfriedlichen Arbeitern abbrachen.

c. Soziales. Wirtschaftliches. Am 1. Januar traten durch kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober die § 3 und 4 des Hausarbeitergesetzes vom 20. November 1911 in Kraft, die von der kostenlosen Ausgabe von Lohnverzeichnissen oder vom Aushängen von Lohn tafeln in den Räumen handeln, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben und angenommen wird, durch die Personen, welche Arbeit ausgeben.

Am 1. Januar stand unsere Valuta so: in Holland waren 100 fl. = 220,75 Mk. (Ende Oktober 1917 311,75), in der Schweiz 100 Fr. = 117,50 Mk. (vorher 155), in Schweden 100 Kronen = 171,75 Mk. (vorher 153). Das Silber stand 1870 in London auf 60 $\frac{7}{8}$ Pence, was einem Verhältnis zwischen Silber und Gold von 1:15 $\frac{1}{2}$ gleichkommt. 1875 stand das Silber auf 56 $\frac{3}{4}$, 1885 auf 48 $\frac{1}{2}$, 1893, nach Aufhebung der freien Silberprägung in Indien, auf 35 $\frac{1}{2}$, 1902 auf 21 $\frac{3}{4}$. Seit dem Krieg galt es wieder 55 Pence. Mexiko, das früher $\frac{1}{3}$ der ganzen Silbererzeugung lieferte, mit 73,9 Millionen Unzen, ist auf 36—37 Millionen zurückgegangen. Mitte Oktober mußte man in der Schweiz wieder für den Franken 1,45 Mk. geben. Nach den deutschen Kriegsnachrichten vom 11. Februar gab Deutschland damals seiner Bevölkerung wöchentlich 2006 gr Brot, England 2010, Frankreich 1400, die Niederlande 1778, Oesterreich 1553 ohne Streckungsmittel, Bulgarien 2100, Italien 1750, die Schweiz 1692, Dänemark 2205, Schweden 1800, Finland 1820, die Türkei 1750, Norwegen 1400, St. Petersburg 1428. Die Frauen bekamen in England nur 1588 gr, sonst das gleiche wie die Männer.

Am 16. Februar wurde der deutsche Industrierrat aus Vertretern des Zentralverbandes der deutschen

Industriellen, des Bundes der Industriellen und des Zentralvereins für chemische Industrie gebildet. Am 8. März verhandelte der Hauptausschuß des Reichstags über die Daimlerwerke. Der Berichterstatter behauptete, daß Daimler monatlich 4 Millionen Mark über den gewöhnlichen Gewinn verdiene und sich weigere ausreichende Unterlagen über die Nachprüfung der Preise zu geben. Die Firma habe 11% Gewinn angegeben, aber 173% verdient. Die Werke wurden deshalb unter militärische Aufsicht gestellt. Die Leitung erließ ein Rechtfertigungsschreiben, und es wurde festgestellt, daß ihre Erzeugnisse hervorragend gut und die Preise gegenüber dem Wettbewerb nicht zu hoch seien. Wer hat nun Recht? (Vgl. unten S. 38.) Der Bundesrat erließ am 15. März eine Verordnung gegen den empörenden Gleichhandel, der zur Verstimmung und Verdrossenheit des Volks mehr beitrug als alle Northcliffe-Wühlerei. Die Verordnung richtete sich gegen den gewerbsmäßigen, aus Gewinnjucht zur Weiterveräußerung erfolgenden Aufkauf landwirtschaftlicher Lebens- und Futtermittel und schrieb vor, daß hinfort bei Verurteilungen stets nicht auf Geld-, sondern auf Freiheitsstrafen, nötigenfalls auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden solle. Am 21. März setzte der Bundesrat die monatliche Getreidemenge für Selbstversorger von 8,5 kg auf 6,5 herab, bis zur Erreichung der erwarteten Einfuhr aus der Ukraine (aus der zunächst in den ersten zwei Monaten nur Oesterreich-Ungarn versorgt wurde). Ab 1. April durfte man alle Arten von Schuhwaren mit Ausnahme von Sohlen, die nur aus Leder bestanden, ohne Bedarfschein kaufen.

Die achte Kriegaanleihe ergab am 18. April, bzw. 18. Mai 15 100 425 400 Mk., die neunte bis November 10,3 Milliarden, angesichts der damaligen Lage immer noch ein sehr stattliches Ergebnis. Die erste hat ergeben 4460,

die zweite 9060, die dritte 12 101, die vierte 10 712, die fünfte 10 652, die sechste 13 122, die siebente 12 625 Millionen.

Am 16. Mai erging eine Verordnung des Bundesrats, welche (wegen des Ausbleibens der Zufuhren aus der Ukraine) ab 16. Juni den Brotanteil für etwa 6 Wochen von 200 gr täglich auf 160 herabsetzte; dazu kamen 20 gr Streckungsmittel. Zum Ausgleich wurden im Monat 750 gr Zucker und 450 gr Nahrungsmittel gewährt, so daß der Ausfall erregt wurde. Aus der Ukraine wurden statt 100 000 t für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nur 30 229 verladen; befördert wurden gar nur 22 269 t, und zwar nach Deutschland 5846, nach Oesterreich-Ungarn 16 850. Angekommen sind in Deutschland nur 1852 t. Da unser Schweinebestand von 13 Millionen im März 1917 auf 5,7 herabgegangen war und das Schlachtgewicht des Rindviehs von 210 kg auf 130 sank, so brauchten wir statt 900 000 Stück Rindvieh 1 600 000, um wöchentlich auf den Kopf 250 gr Fleisch geben zu können. Durch die Erlaubnis zu Mehrschlachtungen mußte die Versorgung mit Milch und Fett noch mehr gefährdet werden. (S. unten S. 38.)

Am 25. Mai tagten die südwestdeutschen Handelskammern in Frankfurt a. M., unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Engelhardt aus Mannheim, und legten Einsprache ein gegen die fast lückenlose Zentralisierung der Kriegswirtschaft in Berlin. Diese habe die schwersten Nachteile im Gefolge, vor allem die Aufsaugung des leistungsfähigen und kapitalkräftigen Handels. Mit dieser Zentralisation müsse gebrochen und die Uebergangswirtschaft auf der Grundlage der zusammengehörenden Wirtschaftsgebiete aufgebaut werden. „Südwestdeutschland, bemerkte die Frankfurter Zeitung vom 27. Mai, hat nicht einen einzigen Vertreter im Beirat des Reichswirtschafts-

amts und im Finanzbeirat des Reichsschatzamts erhalten, und dabei handelt es sich um ein Gebiet von elf Millionen Menschen, mit einer wirtschaftlichen Energie, welche in keiner ihrer Leistungen hinter dem Reichsdurchschnitt zurückbleibt, mit ihren kulturellen Leistungen aber vielfach an der Spitze marschiert. Da heißt es darauf achten, daß nicht durch ein schädliches Uebermaß von Zentralisation das Gesunde erdrückt und die Gleichmäßigkeit unserer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung vernichtet wird."

Am 19. Juni schrieb die Frankfurter Zeitung: „von 1700 Spinnereien und Webereien in Deutschland arbeiten noch 70 Höchstleistungsbetriebe, von 45 000 Seidenstühlen noch 2500, von 720 Oelbetrieben noch 15, von den Schuhfabriken noch die Hälfte. Von unserer Handelsflotte ist bis Ende 1917 etwa die Hälfte verloren gegangen; $\frac{1}{3}$ ist uns auf alle Fälle gesichert, auch wenn die Neutralen vollends abfielen; das ist 1,8 Millionen Bruttoregister-tonnen (von 5 Millionen) mit 2,5 Millionen Tonnen Tragkraft. Ende 1917 haben Reichstag und Bundesrat beschlossen eine Beihilfe für die Reedereien von 1200—2000 Millionen Mark aufzubringen. Unsere *Baluta* ist durch die Absperrung von Ein- und Ausfuhr sehr schlecht gewesen; sie ist jetzt noch in der Schweiz auf 33% unter dem Normalfuß. Aber der Wechsel auf *Paris* steht in Zürich 30 $\frac{3}{4}$, der auf London 26, der auf Newyork 25 unter pari. Das ergibt, daß die Mark gegenüber dem Dollar und dem Pfund Sterling nur noch 18—16 $\frac{2}{5}$ % minderwertig ist (im Oktober 1917 dagegen 55,4 und 58,2%). Die Rolle des *Kali* wird überschätzt; zu unserer Gesamtausfuhr von 10 891 Millionen Mk. hat es nur 100 beige-steuert. An Krediten bei Neutralen und an deutschen Noten, welche in besetzten Gebieten umlaufen, werden wir bei Friedensschluß einige Milliarden Auslandsschulden haben, obwohl wir abgesperrt waren. Die Einfuhr wird

unter dem Disagio und den Riesenpreisen leiden, die Ausfuhr wegen Warenhunger im Inland nur langsam in Gang kommen, auch wegen fehlender Rohstoffe. Allein unser Kredit wird wieder mobil werden, und die Erfahrung, wie kraftvoll Deutschland gewesen ist im Krieg mit einer solchen Uebermacht, wird unsern Kredit mächtig stärken. Eine Regulierung des Uebergangs wird aber notwendig sein, und der Bundesrat hat jetzt schon verfügt, daß z. B. Schiffsverkäufe ans Ausland und Fahrten für ausländische Rechnung verboten sein sollen.“

Mitte Juni hielt die zur Förderung des Handels mit Rußland gestiftete deutschrussische Gesellschaft eine Sitzung; sie hatte 960 Mitglieder. Am 28. Juni stellte die Daimler'sche Motorenfabrik (s. S. 35) in ihrer Generalversammlung fest, daß sie 1917 an Löhnen 44 899 000 Mark ausbezahlt hatte, an sozialen Leistungen 9 015 000 (bei einer gesetzlichen Verpflichtung zu nur 1 079 000), an Steuern einschließlich Kriegsteuer 31 045 000, für Dividenden fast 2 400 000, das macht $\frac{1}{35}$ des ganzen Umsatzes. Krupp bezahlte rund 30 Millionen Mark an Steuern, also weniger als sie.

Am 1. August wurde verfügt, daß für drei Monate je eine fleischlose Woche im Monat einzulegen sei und die Fleischgabe von 250 gr wöchentlich auf 200 gr herabgesetzt werden solle, unter Gewährung von 250 gr Mehl oder 1500 gr Kartoffeln zum Ersatz. Infolge davon wurden in 3 Monaten über 300 000 Rinder weniger geschlachtet und täglich 750 000 kg Milch oder 500 000 kg Butter mehr gewonnen. Andernfalls wäre die Versorgung mit Milch und Fett und der Viehbestand schwer gefährdet gewesen. (Vgl. S. 36.)

Am 19. Juli teilte der württembergische Ministerpräsident Freiherr v. Weissbächer in der ersten Kammer mit, daß in Wiesbaden die Eisenbahnerverwaltungen eine

Beratung gehalten hätten, welche auf die Kriegsnöthigkeiten Bezug hatte und einheitliche Maßnahmen im Bau, Betrieb und Verkehr und in der Verwaltung zum Ziel hatte. Eine organische Zusammenfassung des Betriebs der deutschen Bahnen sei notwendig, und es wäre zu begrüßen, wenn mit der Zusammenkunft ein kräftiger Schritt zum Zusammenschluß gemacht wäre. Württemberg habe schon bisher dieses Ziel verfolgt. Wer Sonder Vorteile zu erringen suche, werde keinen Erfolg davon haben. Das Ziel der Einheit der inneren Verwaltung der Bahnen werde erreicht werden.

Am 26. Juli schrieb der „Konfektionär“: „In kurzer Frist kann mit einer durchgreifenden Verbesserung in der Versorgung mit Stoffen gerechnet werden. Unter dem Namen Zellulosegarn ist eine kurze Faser hergestellt worden, aus der Kleiderstoffe jeder Art, sowohl für Männer als für Frauen, und vor allem Wirkstoffe in höchster Vollkommenheit hergestellt werden können. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten (die Anfertigung der Stapelfaser durch jede dazu bereite Firma, nicht bloß durch die patentierte, und Beschaffung der Chemikalien, ohne den Heeresbedarf zu schädigen) können als überwunden gelten.“ Nachher hieß es aber doch, daß die Rücksicht auf den Heeresbedarf die Sache verzögere.

Im Juli, August und September wurde von den Schulen in den Wäldern *Laubheu* gesammelt, um daraus Laubheutuchen für die Heerespferde als Ersatz für das fehlende Hartfutter herzustellen. Mitte August waren 2 029 800 kg Laubtuchen gebaden. Die *Ernteschätzungen* für 1918 lauteten dahin, daß der Ertrag 10—15% reicher ausgefallen sei als fern. Auch der Anbau von *Deifrüchten* war sehr gesteigert worden. Am 4. August verfügte der Reichskanzler, daß in der Person des Unterstaatssekretärs im preu-

fischen Ministerium für öffentliche Arbeiten, des Freiherrn v. Coels v. der Brücken, ein Reichskommissär für das Wohnungswesen bestellt werden sollte. Er sollte verfügbare Heeresvorräte für Bauzwecke verteilen, die Erzeugung von Baustoffen fördern, ihren Absatz regeln und aus den im Reichshaushalt einzusetzenden Mitteln Bauzuschüsse gewähren. Er wurde dem Reichswirtschaftsamt angegliedert, dessen Staatssekretär er für die oben genannten Aufgaben vertreten sollte. Auch die Rückwanderung der Deutschen aus Rußland sollte von dem Kommissär nach Möglichkeit geregelt werden. Am 17. September wurde berichtet, daß die Universität und die technische Hochschule zu Breslau den Plan entworfen hätte, in Breslau ein Osteuropa-Institut zu gründen. Es sollte das Studium von Land- und Forstwissenschaft, von Bergbau, Handel, Verkehr und Industrie, Soziologie und Statistik, Recht, Religion, Sprache und Literatur der Osteuropäer fördern und Deutschlands Weltstellung durch Entwicklung seiner östlichen Beziehungen fest verankern, den „weltpolitischen“ Phantasien Halt gebieten und dem nüchternen Wirklichkeitsinn Bahn brechen, der allein dauernde Grundlage weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Erfolge sein könne. Das Institut sollte noch 1918 eröffnet werden; die erforderlichen Mittel erhoffte man vom Staat, von den wirtschaftlichen Interessengruppen und von Einzelnen zu erlangen.

Am 1. Oktober wurde für Groß-Berlin die frühere Brotgabe von 1950 gr wöchentlich hergestellt.

In Rauen ist 1906 ein Turm für drahtlose Telegraphie errichtet worden von 100 m Höhe mit 35 Pferdekraften und 2—3000 Kilometer Reichweite. Heute stehen dort 9 Türme von 120—150 m Höhe, 1000 Pferdekraften und einer Reichweite von 10 000 Kilometern. Das Kabelmonopol Englands war damit zerstört; Rauen war die

größte Telefunkenstation der Welt. Es war bei Kriegsausbruch von höchstem Wert für unsere überall zerstreuten Schiffe und Geschwader und diente auch der Verbreitung unserer Kriegsberichte an die Neutralen. Togo und selbst Windhuf standen so in direkter Verbindung mit Berlin. Auch wurde allen Schiffen und Tauchbooten die astronomische Uhr zugefunkt, sodaß sie ihre Zeitmesser und ihren Schiffsort genau nachprüfen, bzw. feststellen konnten.

Am 4. Februar schrieb l'Heure in Paris: „Die öffentliche Sittlichkeit in Deutschland ist in erschreckendem Niedergang. Die Eifersuchtsdramen sind nicht zu zählen; die Ehemänner erheben keine gerichtliche Klage mehr, sondern verschaffen sich mit dem Revolver Genugtuung, ohne bestraft zu werden. Eine Baronin hatte ein Verhältnis mit einem Schlächter, eine andere mit ihrem Chauffeur. Der Kaiser scheint gegen das alles seine Augen zu verschließen und nur für den Bevölkerungszuwachs Stimmung zu machen. Reiche Frauen kaufen daher den Armen ihre Kinder ab und stellen sie dem Kaiser vor, um ihn glauben zu machen, sie seien seiner Anregung gefolgt.“ Der Petit Parisien schrieb: „Die Doppellehe nimmt in Deutschland zu, und die Gerichte fällen milde Urteile, ein Beweis, daß die Behörden diese Strömung begünstigen. Ein Unteroffizier in München hat erklärt, daß er sich grundsätzlich in jedem Urlaub verheiratet; soweit er sich entsinnen könne, habe er zur Zeit fünf Frauen.“ Bemerkungen überflüssig.

Am 19. Juni kam der erste Zug freigegebener Eingewiesener aus der Schweiz in Konstanz an. Es wurde mitgeteilt, daß binnen 4 Wochen 200 Offiziere, 6000 Soldaten, 1000 Bürger frei sein werden. An ihre Stelle kamen in die Schweiz die Offiziere und Mannschaften, die mindestens 18 Monate lang kriegsgefangen waren. Deutscherseits wurde ebenso mit französischen Gefangenen verfahren.

Am 14. Juli wurde auch mit England ein Vertrag über Gefangenenaustausch abgeschlossen,

In die psychiatrische Klinik zu Frankfurt wurden 1907 bis 14 im Durchschnitt jährlich 8650 Alkoholiker eingeliefert, 1915 nur 372, 1917 noch 251 und auf 1. Januar 1918 nur 44. Der Rückgang erklärt sich aus der Verminde- rung der Herstellung alkoholischer Getränke, aus der Geringwertigkeit des Bieres und aus der Kostspieligkeit des Weines, von dem das Liter in Stuttgart zu Ende des Jahres etwa 4—5 Mk. kostete, in den Wirtshäusern 8 Mk.

Die Zahl der an den Hochschulen anwesenden Studenten betrug im Sommer 1918 im ganzen 12186; Studentinnen waren es 6393; in Marburg und Heidelberg waren sie sogar in der Mehrzahl.

II.

Die einzelnen Bundesstaaten.

a. Preußen. Der Posener Provinzialverein des Ostmarkenvereins beschloß angesichts der maßlosen Forderungen der Allpolen, daß zu erstreben sei eine strategische Sicherung im Osten, ein lebendiger Wall deutscher Bauern von Ostpreußen bis Schlesien, damit die preußischen Polen vom künftigen Königreich Polen abgeschnitten seien, und Schutz gegen das drohende gleiche Wahlrecht, welches für das in der Minderheit befindliche Deutschtum des Ostens unabsehbare Gefahren mit sich bringen müsse. Die Nordd. Allg. Z. stellte am 14. Januar fest, daß in Posen 1546 katholische und paritätische Volksschulen bestünden. In 1400 Schulen wurde der Religionsunterricht schon früher auf der Unterstufe polnisch gegeben; nun sei durch Weisung des Kultusministers das für weitere 130 Schulen vorgeschrieben worden,

so daß nun 87% der polnisch sprechenden Kinder auf Polnisch in der Religion unterrichtet würden. Trotzdem sagte der Abgeordnete Dr. Trampejnski im Abgeordnetenhaus, daß die polnische Minderheit in Preußen andauernd vergewaltigt werde und deshalb ein internationales Schiedsgericht nötig sei; das über den Schutz dieser Minderheit bestimmen solle. Darauf antwortete der Minister des Innern Drews, daß er diese unerhörte Zumutung auf das schärfste zurückweise; es widerspreche der Ehre und Würde des Staats mit diesem Gedanken auch nur zu spielen. Am 6. März sprach sich die polnische Fraktion gegen den „schmachvollen“ Frieden von Brest-Litowsk mit der Ukraine und für die nie verjährten Forderungen der polnischen Nation aus. Der Vizepräsident des Ministeriums, Dr. Friedberg, antwortete, daß die Polen nichts für die Befreiung ihres Landes getan hätten und daß das Leben des Vaterlandes von uns nicht nach den polnischen Wünschen, sondern nach unsern eigenen Bedürfnissen geordnet werde. Am 25. Oktober sagte der radikale polnische Abgeordnete Korfanty im Abgeordnetenhaus, daß Danzig zwar eine unzweifelhaft deutsche Stadt sei, vom Friedenskongreß aber hoffentlich zu Polen geschlagen und sich mit den andern Minderheiten trösten werde. Am 26. Januar veröffentlichte der Staatsanzeiger einen kgl. Erlaß, daß Oberlehrer nach 12jähriger Dienstzeit bis zur Hälfte der Gesamtzahl den Titel Studienrat mit dem Rang auf der 4. Stufe erhalten sollten; die Direktoren und besonders bewährte Studienräte den Titel Geh. Studienrat. Die bisherigen Gymnasial-Professoren vertauschen diesen Titel mit dem eines Studienrats. Die Lehramtskandidaten sollen Studienreferendare und nach erlangter Anstellungsfähigkeit Studienassessoren heißen. Am 9. April erklärte der Kultusminister Dr. Schmidt im Haushaltsauschuß, daß die wissenschaftliche Einjährigen-Prüfung künftig wegfallen und dann

die höheren Schulen ihrer eigentlichen Aufgabe sich widmen könnten.

Der Professor Fritz Eulenberg-Machen stellte fest, daß nach der preussischen Einkommens- und Vermögensstatistik für 1914—16 gehörten:

Zur Steuergruppe			1914	1916
900—3000	M.		55,5 %	54,2 %
" "	3000—9500	"	20,1	18,9
" "	9500—30500	"	10,2	10,2
" "	30500—100000	"	7,0	7,7
" "	über 100000	"	7,2	9,0

Nur 9% des gesamten Einkommens gehörten Steuerzahlern mit über 100 000 Mk. Einkommen. Während in England die Mittelklassen durch die Reichsten wesentlich zurückgedrängt sind, ist es bei uns um die erstere Klasse weit besser bestellt. $\frac{3}{4}$ des Einkommens gehören Steuerzahlern bis 10 000 Mk. Einkommen; die Mittelklassen machen 20%, die unteren 50—60%, die oberen 20% aus.

Durch die egl. Osterbotschaft von 1917 und die egl. Erklärung vom 11. Juli desselben Jahres war die Reform des preussischen Landtagswahlrechts die brennendste Frage der inneren Politik Preußens geworden, und die Regierung hatte am 24. November dem Landtag Entwürfe vorgelegt, nach denen das gleiche Wahlrecht unter der Voraussetzung 3jähriger Staats- und 1jähriger Gemeindezugehörigkeit und auch die Neugestaltung des Herrenhauses vorgeschlagen wurde. Der nationalliberale „Preußentag“ nahm das gleiche Wahlrecht mit 419 gegen 127 Stimmen an; aber die Hälfte der nationalliberalen Landtagsfraktion war dagegen, weil sie von dem gleichen Wahlrecht das Ueberwiegen des Zentrums und der Sozialisten im Westen, der Polen im Osten befürchtete und durch beides wesentliche

staatliche und nationale Interessen schwer bedroht sah. Da alle Konservativen mit Ausnahme des Abgeordneten Wallbaum und die Freikonservativen außer Arendt, Bredt, v. Kardorff und Wagner derselben Ansicht waren, so wurde die Vorlage am 2. Mai mit 235 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Vom Zentrum gehörten zu der ablehnenden Mehrheit die Abgeordneten Ed. v. dem Hagen, Graf Händel-Donnersmard, Freiherr v. Loë, Lorenz, Peter, Reinhard, Freiherr v. Reichenstein-Pilgramsdorf, Graf v. Spee (der im feldgrauen Rock eine schneidige Rede gegen den Abfall der Regierung von ihrem früheren Standpunkt hielt und Vertagung bis zur Heimkehr der Krieger verlangte), Graf v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf v. Strachwitz-Parchowitz, Freiherr v. Wolf-Metternich, Graf v. Zieten, Prodmann, Graf Droste zu Bischoering, im ganzen 15 Mann; es enthielten sich vom Zentrum Frigen, Werdenberg, Bönisch. Von den Nationalliberalen stimmten mit Rein Althoff, Bacmeister, Bartling, Beumer, Boisly, Cramer, Flathmann, Fuhrmann, Fürbringer, Haarmann, Häuser, Hausmann, Hirsch-Essen, Kaudler, Knupe, Krawinkel, Künzer, Levy-Hohensalza, Lohrmann, Macco, Martens, Matthias, Mattsen, Menzel, Meyer zu Jerrendorf, Neubarth, Röchling, v. Schubert, Schwandeneder, Schweighoffer, Thönnies, Westermann, Wiersdorf; zusammen 33. Am 6. Mai wurden die sechs „Sicherungsanträge“ des Zentrums abgelehnt, die forderten 1) Abgrenzung der Wahlbezirke durch ein mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit beschlossenes Gesetz; 2) die Aufrechterhaltung der Befugnisse der evangelischen und der katholischen Kirche in ihrem jetzigen Umfang; 3) ebenso die der kirchlichen Anstalten, Stiftungen und Gelder; 4) der konfessionellen Volksschule; 5) Erledigung von Meinungsverschiedenheiten der beiden Häuser in einer gemeinsamen Sitzung; 6) Abänderung der verfassungsmäßigen Rechte der Preußen durch beide Kammern jeweils mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit.

Der konservative Antrag ein Mehrstimmen-Wahlrecht zu schaffen fiel am 14. Mai mit 220 gegen 191 Stimmen. Dagegen ging am 11. Juni ein nationalliberal-konservativ-freikonservativer Antrag Lohrmann-v. Hendebrand-Lübcke, der für Wähler von 50 Jahren eine Zusatzstimme und für selbständige Berufstätigkeit, leitende Stellung, 10jährige Bekleidung eines Amtes im staatlichen oder Gemeindedienst oder in Kirche und Schule und für eine gehobene Anstellung ohne Leitung eine weitere Zusatzstimme verlangte, mit 251 konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Stimmen durch; auch ein Teil des Zentrums stimmte dafür. Weiter wurden angenommen der Antrag, 2jährige Zugehörigkeit zur Gemeinde zu verlangen, und ein anderes, der in den Industrievierteln und in den polnischen Wahlbezirken die Verhältniswahl vorschlug, sowie die Vorschrift, daß zu Verfassungsänderungen nicht bloß eine $\frac{2}{3}$ -, sondern eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich sein solle. Am 4. Juli wurde der „Kompromiß“ auf diesen Grundlagen mit ungefähr derselben Mehrheit genehmigt; etliche 30 Nationalliberale und 30 vom Zentrum waren dafür. Die Regierung erklärte, daß sie an ihrem Entwurf unentwegt festhalte, daß sie im äußersten Fall das Abgeordnetenhaus trotz des Krieges auflösen, aber vorerst dem Herrenhaus das verfassungsmäßige Recht sich auch zur Sache zu äußern nicht verschränken werde; sie hoffe bei diesem Haus Unterstützung zu finden. Darin sah sie sich nicht getäuscht. Von Anfang an zeigte sich im Herrenhaus eine beträchtliche Zahl geneigt, in Würdigung der immer schwerer werdenden äußeren und inneren Lage des Staats das unvermeidliche Opfer eigener Ueberzeugungen zu bringen, und der Umschwung, der am 30. September zum Rücktritt des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling und zur Ernennung des Prinzen Max von Baden führte, verhalf dieser Richtung zum Siege. Am 14. Oktober gab selbst

die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses die Erklärung ab, daß sie, um die Bildung einer Einheitsfront gegen außen zu gewährleisten, dem gleichen Wahlrecht nicht länger widerstrebe; ähnlich verhielten sich die Freikonservativen und die Nationalliberalen, und am 24. Oktober genehmigte das Herrenhaus die Wahlreform nach den im wesentlichen dem Regierungsentwurf angepaßten Ausschlußbeschlüssen. Die „alte Fraktion“, d. h. die Rechte des Hauses, enthielt sich dabei der Abstimmung.

In diesem Moment hatte die Lage aber schon die äußerste Zuspizung erfahren, und am 9. November brach mit der Abdankung des Kaisers die Revolution über Preußen herein. Sie führte dazu, daß am 12. November von dem Arbeiter- und Soldatenrat ein sozialdemokratisches Ministerium eingesetzt wurde, in dem die beiden Richtungen vertreten waren. Den Vorsitz führten Hirsch und Ströbel; das Kultusministerium erhielt der „Unabhängige“ Adolf Hoffmann, der in einer Flugschrift „bewiesen“ hatte, daß in Deutschland die zehn Gebote nicht in Geltung stünden, und der daher „der Zehngebotehoffmann“ hieß, und neben ihm der Mehrheitssozialist Hänisch; die Finanzen übernahm Südekum. Hoffmann, einer der radikalsten Unabhängigen, kündigte an, indem er sich unerhörter Weise gesetzgebende Kraft beilegte, daß vom 1. April an Staat und Kirche getrennt und die Beihilfe des Staats zu den Ausgaben der Kirchen eingestellt werden solle, und schrieb vor, daß der Geschichtsunterricht künftig in sozialdemokratischem Geist erteilt werden müsse. Am 27. November erklärten er und Hänisch die geistliche Ortschulaufsicht für abgeschafft; am 29. hob ein Erlaß den bisherigen Religionsunterricht auf. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats verfügte am 15. November, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst und das Herrenhaus beseitigt sei. Dagegen legte der

Präsident des Herrenhauses, Graf Arnim-Boitzenburg, am 28. November Protest ein, da weder der Regierung noch dem Vollzugsrat gesetzgebende Gewalt zustehe. Am 23. November wurde die Beschlagnahme des preußischen Kronfideikommisses ausgesprochen. Der Eisenbahnminister Breitenbach trat am 26. November zurück und wurde, da die Gewalthaber sich offenbar selbst die Fähigkeit zur Verwaltung eines Eisenbahnnetzes von 30—40 000 Kilometern nicht zutrauten, durch den Ministerialdirektor Hoff ersetzt. Ebenso erhielt der Justizminister Spahn am 28. November von der Regierung seine Entlassung, und die Rechtsanwälte Rosenfeld und Wolfgang Heine wurden mit Wahrnehmung der Ministerialgeschäfte betraut. Die Erbitterung der katholischen und eines großen Teils der evangelischen Bevölkerung über den Erlaß vom 29. November bewog Hänisch am 28. Dezember die Ausführung des Erlasses überall da aufzuschieben, wo vorerst Schwierigkeiten entständen.

b. Bayern. Am 16. Januar kam Graf Podewils nach Brest-Litowsk, „um als Vertreter Bayerns bei den Friedensverhandlungen den bundesstaatlichen Charakter des Reichs nach außen hin zum Ausdruck zu bringen“. Zu diesem auffälligen und in weiten Kreisen mit großem Befremden aufgenommenen Schritt bemerkte die „Bayerische Staatszeitung“ vom 16. Januar: „nach Verabredung mit der Reichsleitung wird auch ein bayerischer Vertreter an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Er wird als ein Mitglied der Delegation des Deutschen Reichs durch den Reichskanzler seine Anweisung erhalten. Als bayerischer Vertreter ist mit Genehmigung des Königs Staatsminister a. D. Graf v. Podewils bestimmt worden.“ Die Nordd. Allg. Z. bemerkte dazu: „Im Anschluß an die Versailler Uebereinkunft vom 23. November 1870 wurde eine Vereinbarung zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preußischer Seite am 14. Fe-

bruar 1871 ratifiziert. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, welche nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter S. M. des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichstanzler, seine Instruktionen erhält.“ Die Kritik, welche sich gegen diesen Vorgang richtete, hob hervor, daß er an sich sehr unerfreulich sei (worüber in der That nicht viel Worte nötig sind) und daß er rechtlich nicht haltbar sei, weil das Vorrecht Bayerns die Zustimmung der andern Staaten, denen die ganze Sache 1870 und 1871 gar nicht mitgeteilt wurde, nicht erhalten habe; nur wenn sie damals befragt worden wären und zugestimmt hätten, würde das bayerische Vorrecht gelten. 1871, nach Errichtung des Reichs, konnte Preußen gar kein gültiges Zugeständnis mehr machen, ohne die Bundesgenossen zu befragen. Im Sommer hieß es, daß Bayern eine besondere Gesandtschaft in Sofia errichten wolle, worauf Sachsen gereizt dasselbe in Aussicht stellte; quod licet Jovi, licet bovi. Der bulgarische Zusammenbruch hat wenigstens das Gute gehabt, daß den Deutschen das betrübende Schauspiel solcher Orgien des Partikularismus im Moment der äußersten Todesnot unferes Vaterlandes erspart blieb.

Im März starb der bekannte geniale Orthopäde Hofrat Friedrich v. H e s s i n g, der vom Schlossergesellen zum Besitzer großer Anwesen in Göggingen bei Augsburg und in Rothenburg und zum Leiter des Bades Rissingen geworden war und europäischen Ruf besaß. Er vermachte sein Vermögen von 11½ Millionen Mark einer Stiftung für wohltätige und gemeinnützige Zwecke; die „Hofrat Friedrich Hessingsche orthopädische Heilanstalt Göggingen-Augsburg“ sollte vom Stadtmagistrat von Augsburg verwaltet werden. Am 26. Mai fand die Feier d e s 1 0 0 j ä h r

rigen Bestehens der Staatsverfassung statt, wobei ein Festgottesdienst und Ansprachen der Präsidenten der Kammern, des Fürsten Fugger und Hofrats v. Fuchs, und eine Antwortrede des Königs Ludwig im Residenzschloß gehalten wurden. Der König gedachte dabei des Eintritts Bayerns ins Reich und der fest geschmiedeten deutschen Einheit und gelobte dem bayerischen Volk Treue um Treue. Am 2. Juli wurde mitgeteilt, daß bei der Sammlung von Anzügen für die Munitionsarbeiter die für München festgesetzte Zahl von 11 508 um einige tausend überschritten worden war. Am 23. August wurde die Verlobung des Kronprinzen Ruprecht mit der Prinzessin Antonie von Luxemburg (geb. 1899) bekannt gegeben; die Heirat sollte im November erfolgen. Aber am 7. November wurde eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung auf der Theresienwiese in München, am Fuße der Bavaria, gehalten und unter Vorantritt von Musik ein Massenzug vor das königliche Schloß veranstaltet. Obwohl die Reden dieses Tages verhältnismäßig noch glimpflich lauteten, war die Versammlung doch die Generalprobe zu der unblutigen Revolution, die am 8. November die Wittelsbacher noch vor den Hohenzollern wegsetzte und zur Ausrufung der bayerischen Republik führte. Im Landtagshaus hielt der A.- und S.-Rat eine Sitzung unter Vorsitz des von galizischen Juden abstammenden Kurt Eisner, eines Unabhängigen, ernannte diesen zum Ministerpräsidenten und verbürgte die Sicherheit von Person und Eigentum. Die Justiz übernahm Timm, die Finanzen der Professor von der Handelshochschule Jaffé, die soziale Fürsorge der (im Dezember 1917 wegen Erregung von Unruhen eingesperrte) Unterleistner, das Polizeipräsidium der Soldat Steiner. Die kgl. Familie floh nach dem Schloß Wildenwarth am Chiemsee, von wo aus König Ludwig III. nach sechs-jähriger Regierung am 13. November unter der Versicherung,

daß er Zeit seines Lebens mit dem Volk und für das Volk gelebt habe, alle Beamten, Offiziere und Soldaten ihres Treueides entband und ihnen die Unterstützung der neuen Regierung frei gab. Einen förmlichen Thronverzicht hat der König nicht ausgesprochen. Der Ministerpräsident des Volksstaats Bayern erlaubte daraufhin dem König und seiner Familie sich frei wie jeder Bürger in Bayern zu bewegen, solange er nichts gegen den Bestand des Volksstaats unternahme. Der General Krafft v. Dellmensingen, der Sieger vom Rotenturmpaß, der eine militärische Gegenrevolution versuchen wollte, wurde verhaftet, nach einiger Zeit aber freigelassen. Der jähe Sturz der Wittelsbacher nach einer Herrschaft von rund 740 Jahren erklärt sich aus der von den Sozialisten seit Jahrzehnten mit Erfolg in den Großstädten betriebenen republikanischen Wühlerei, und aus der persönlichen Unbeliebtheit des Königs, der den Bauern für geizig galt. Vom deutschen Standpunkt hat Ludwig III. trotz mancher löblichen Eigenschaft sich unverzeihlich dadurch veründigt, daß ihm sein bayerisches und wittelsbachisches Sonderinteresse stets vor allem ging und er deshalb hartnäckig die Einverleibung des Elsasses in Bayern als Kriegslohn und Gegenleistung für etwaige preußische Vorteile betrieb. Auch ist er in der Zeitschrift „Mitteleuropa“ Nr. 49, vom 3. Dezember 1918, beschuldigt worden, daß er noch in den letzten Tagen seines Regiments einen südwestdeutschen Rheinbund geplant und bereits „in kindischer Eiferjucht auf Norddeutschland“ die Einheit des deutschen Volkes durch den Gedanken der Errichtung eines katholischen süddeutschen Reiches abermals verraten habe. Es wurde die Veröffentlichung von Akten hierüber in Aussicht gestellt. Die Zentrumsabgeordneten Dr. Heim und Schlittenbauer stellten sich zur Erhaltung der Ernährung der neuen Regierung zur Verfügung, was den strammen bayerischen

Partitularisten durch Eisners tragbürtiges Verhalten gegen berechtigte und unberechtigte Berliner Maßnahmen erleichtert wurde. In dem Zentrumsblatt „Bayerischer Kurier“ schrieb am 27. November die Jüdin Rahel Kabinowitz: „es berührt äußerst komisch, wie die große Mehrzahl der deutschen Intellektuellen eine solche Furcht hat in den Geruch des Antisemitismus zu geraten, sodaß sie überhaupt nicht mehr wagen, die Wahrheit zu sagen und einen Juden als Juden zu bezeichnen. Wäre Eisner statt Freidenker ein wirklich überzeugter Jude, so würde er sich vermutlich mit der Verwaltung unserer Gemeinden befassen, statt sich die Leitung der Geschicke eines Volkes anzumäßen, von dem er nichts versteht und nichts verstehen kann. Er ist eben kein Deutscher, kein Bayer, sondern ein Jude, ein Fremdling, und es ist nicht ein Ausfluß niederster Instinkte, sondern ein durchaus berechtigtes gesundes Gefühl, wenn das bayerische Volk sich dagegen wehrt von Fremden regiert zu werden. Wir Juden würden uns die Zumutung doch sehr verbitten an die Spitze einer unserer Gemeinden Nichtjuden zu stellen. Eisner lebt ganz in internationalen pazifistischen Ideen. Nicht daraus erwächst ihm ein Vorwurf, daß er Jude ist und als solcher dem Deutschtum ewig fremd gegenübersteht, sondern daraus, daß er als Jude die ungeheuerliche Anmaßung besaß sich bei dieser Sachlage an die Spitze des Staats zu stellen. Unentwegt behauptet Eisner, Deutschland trage die Schuld am Ausbruch des Weltkriegs. Ich als neutrale Jüdin nenne das unwahr, feige, zwecklos. Nicht bloß Fürsten und Regierungen haben, wie Eisner behauptet, den Krieg gebilligt, sondern am 4. August der ganze Reichstag (weil er überzeugt war, daß das Deutsche Reich überfallen sei und sich seiner Haut wehren müsse). Es ist kein erfreulicher Anblick, wie das große deutsche Volk auf Geheiß des Fremdlings Eisner demütig um die Großmut

des zynischen Siegers winselt. Ebert sprach in der gleichen Sache viel männlicher.“ Dabei behauptete Erich Ruttner am 28. November im Vorwärts, daß Eisner ihn 1914 in dringlichster Weise versichert habe, der Kriegsausbruch sei lediglich die Schuld Rußlands, und daß er mit aller Macht dafür gewirkt habe, daß die ganze Sozialdemokratie sich hinter die Regierung stelle und die Kriegskredite bewillige. Und jetzt suche Eisner aus einem Bericht der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 18. Juli 1914 die Schuld auf die damalige deutsche Regierung zu wälzen! Am 18. Dezember schaffte Eisner die geistliche Schulaufsicht in Bayern ab.

c. W ü r t t e m b e r g. Am 17. Januar erwarb die Stadt Stuttgart von der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin 3549 Aktien der elektrischen Straßenbahn zum Preis von 180%; die Kaufsumme betrug 6 338 200 M. Die Firmen Robert Bosch und Daimler erwarben zum gleichen Preis 1750 Aktien mit der Klausel, daß die Stadt sie später von ihnen kaufen könne. 1781 Stück waren noch in Privatbesitz. Die Dividende für 1917 sollte höchstens 10% betragen (in Wahrheit bei dem genannten Kurs nur 5%). Der Gemeinderat stimmte dem Kauf mit 22 gegen 9 Stimmen zu. Am 27. Januar ernannte die philosophische Fakultät der Universität in Straßburg den Herzog Albrecht, der damals noch als voraussichtlicher Thronfolger zu gelten hatte, zum Ehrendoktor, weil er das Land vor feindlichem Einbruch behüte und damit auch dem edlen Studium Schutz gewähre. Die zweite Kammer genehmigte am 13. März die Zulagen für die Beamten bis zum 31. März 1919. In Klasse I betrugen sie 700, in II 850, in III 1000, in IV 1150, in V 1300, in VI 1400 Mark für Verheiratete, Geschiedene oder Ledige mit eigenem Haushalt. Für Unverheiratete ohne eigenen Haushalt betrugen die Sätze 550, 600, 650, 700, 750 und 800 Mark. Aufgewandt

wurden, was lehrreich ist, für *RI.* I 34,5 Millionen, für II 13, für III 8,6, für IV 1,55, für *RI.* V 800 000 *Mk.* und für VI 0,25 Millionen. Der Aufwand für die höheren Beamtenklassen war also verschwindend gering wegen deren kleiner Zahl. Für Pensionäre wurden 4,5 Mill. ausgeworfen. Für Kinder wurden besondere Zulagen von 100 *Mk.* gewährt, außerdem Beihilfen, die sich nach den Gehaltsätzen richteten; an Verheiratete bis zu 3000 *Mk.* Gehalt wurden 200 *Mk.* und 80 für jedes Kind gezahlt, für 3000—4500 175 und 70, für 4500—6000 150 und 60, für 6000—7200 125 und 25. Unverheiratete Beamte erhielten 120—200 *Mk.* Beihilfe. Die erste Kammer stimmte am 19. März diesen Sätzen ohne Erörterung nach dem Antrag ihres Ausschusses zu. Am 23. September wurden noch einmalige Zuschüsse im Betrag von 500—750 *Mk.* gewährt, ebenso an Weihnachten.

Am 21. März trat der Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens, Dr. v. Habermaas (geb. 1856), in den Ruhestand; seine Stelle übernahm der Minister des Innern, Dr. v. Fleischhauer (geb. 1852), der schon 1906—1912 Kultusminister gewesen war. Das Ministerium des Innern erhielt der Bundesratsbevollmächtigte v. Köhler (geb. 1868). Auf die achte Kriegsanleihe wurden am 18. April 619 Millionen gezeichnet (auf die 1. 108, auf die 2. 310, auf die 3. 432,1, auf die 4. 414, auf die 5. 403, auf die 6. 555, auf die 7. 500). Der Finanzminister Dr. v. Piistorius sagte am 11. Mai in der zweiten Kammer die beherzigenswerten Worte: „Arbeiten und sparen muß die Lösung sein. Durch den Krieg ist eine völlige Verschiebung der Einkommen zu Ungunsten des Mittelstandes eingetreten, die dem deutschen Volk verhängnisvoll werden kann. Ein normaler Preisstand und die damit zusammenhängende Herstellung unserer Valuta ist ein unbedingtes Erfordernis für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Nicht nur die

hohen Löhne, sondern auch die hohen Preise werden nach dem Krieg wie Seifenblasen zusammenbrechen. Je früher das kommt, desto besser; sonst wäre eine Schwindelzeit und ein Krach zu befürchten, stärker und größer als der von 1873.“ Der neue Minister des Innern, v. Rö h l e r, besuchte am 20. Juni das Stuttgarter Rathaus, um eine innige Fühlung zwischen Stadt und Staat anzubahnen, wobei der Oberbürgermeister Lautenschlager und der Minister sehr freundliche Worte wechselten. Der Kultusminister v. Fleischhauer erklärte am 16. Juli im Finanzausschuß: „Die Förderung begabter junger Leute ist bei uns einfacher als sonstwo. In Stuttgart fallen auf die Volksschulen nur 47,8% der Schüler, in Berlin 83%, in Hamburg 80, in Frankfurt 66; unsere soziale Schichtung ist besser als die im Norden. Die Robert-Bosch-Stiftung von 2 Millionen Mark zu diesem Zweck wird gut wirken. Unsere höheren Beamten stammen zu 71% von nichtstudierten Vätern.“ Bezüglich der von den Volksschullehrern leidenschaftlich verlangten sog. Einheitschule erklärte der Minister am 24. Juli in der Kammer: „Man soll das Versteckspielen aufgeben und klipp und klar sagen, was man eigentlich darunter versteht und was man damit will. Dann wird es sich sofort zeigen, um was für ein tiefgreifendes Problem es sich dabei handelt. In der Lehrerschaft bestehen hierüber sehr verschiedene Ansichten.“ Ein Antrag Wieland verlangte am 25. Juli, daß im Lehrplan der höheren Schulen deutsche Sprache und deutsche Geschichte mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden. Der Minister verwies darauf, daß das ja bereits seit 1917 ausgiebig geschehe. Ein Antrag Hausmann forderte, daß an die technische Hochschule eine Abteilung angegliedert werde, durch die Techniker wie Kaufleute auf den Gebieten des Rechts, der Wirtschaft und Verwaltung die für ihren Beruf erforderliche wissenschaftliche Ausbildung erhalten

könnten. Die Antwort des Ministers lautete auch hier, daß das an der allgemeinen Abteilung der Hochschule ja bereits geschehe!

Die Ludendorffspende ergab in Württemberg rund 2 700 000 Mark. Im Oktober erklärte der Ministerpräsident Freiherr v. Weizsäcker, daß die Regierung zur Errichtung von drei Kapuzinerklöstern auf dem schönen Berg bei Ellwangen, in Weggental bei Rottenburg und in Weingarten ihre Genehmigung erteilt habe.

Fliegerangriffe auf Stuttgart erfolgten am 10. Mai, 30. Juli und 15. September; bei dem letzten wurde das Haus Heusteigstraße 19 gänzlich zerstört und 9 Menschen getötet, darunter 5 Kinder, und 9 verwundet. Bei dem zweiten Angriff wurde einiger Gebäudeschaden angerichtet. Das Londoner Blatt *the people* phantasierte folgendermaßen: „Durch 200 Bomben wurden der Hauptbahnhof, das kgl. Schloß und eine Anzahl wichtiger Kriegsbetriebe in einen Trümmerhaufen verwandelt und Tausende von Menschen getötet oder verwundet; die ganze Stadt kann als zerstört betrachtet werden. Seit diesem Angriff ist in Stuttgart kein Zug mehr aus- und eingefahren.“

Die Revolution ergriff auch Württemberg, obwohl König Wilhelm II. anerkanntermaßen ein so redlicher, wohlwollender und volksfreundlicher Herrscher war, daß die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ vor einigen Jahren erklärte, wenn ein Präsident für eine württembergische Republik zu wählen wäre, würde der König der erste sein, dem diese Stellung zukäme. Am 4. November fand ein großer Arbeiteraufmarsch der Daimlerwerke statt. Am 9. sollten die Arbeiter durch die Führer der gemäßigten Sozialdemokratie zu abwartender Haltung ermahnt werden, da der König das Ministerium Weizsäcker entließ, ein neues bildete, in dem Liesching (Volkspartei) den Vorsitz und die Justiz, v. Sieber

(nationalliberal) den Kultus, Kiene (Zentrum) die Verkehrsanstalten und Lindemann (Sozialist) die Kriegswirtschaft übernahm. Der König wolle nicht, daß seine Person ein Hindernis der Entwicklung sei; eine von allen 20jährigen Württembergern, Männern und Frauen, gewählte Landesversammlung solle über die künftige Staatsform entscheiden. Allein die Unabhängigen waren damit nicht zufrieden; sie hatten — unter Duldung seitens der Gemäßigten — schon lange den Aufruhr vorbereitet und führten nun die Massen gegen den kgl. Palast, den Wilhelmsbau an der Neckarstraße. Der König befahl, daß die von dem Leutnant Botsch, einem evangelischen Theologen, befehligte, unbedingt zuverlässige Schloßwache von 18 Mann und eine im nahen Waisenhaus untergebrachte Maschinengewehrabteilung jedes Blutvergießen vermeiden und also die Waffen nicht gebrauchen sollte. So wurden die Soldaten vom Pöbel entwaffnet und Leutnant Botsch, der seinen Degen nicht abgab, mißhandelt, aber von Mitgliedern des Soldatenrats beschützt und verbunden. Auf dem Wilhelmsbau, des Königs Privatbesitz, wurde die rote Fahne gehißt und der König nach dem Jagdschloß Bebenhausen gebracht. Das Ministerium Riesching wurde nach eintägigem Bestand gestürzt, und ein neues wurde von beiden Richtungen der Sozialisten unter Zuziehung dreier bürgerlicher Minister gebildet. Es waren dies der Volksparteiler Riesching (Finanzen), v. Kiene vom Zentrum (Justiz) und Baumann von den Nationalliberalen (Ernährung). Den Vorsitz hatte der Sozialist Blos, das Innere der Unabhängige Crispian, den Kultus Heymann, die Arbeitersachen Lindemann, den Krieg zuerst ein Unteroffizier Schreiner, dann ein Feldwebel Fischer; der erste war Spartakusmann, der zweite ein Unabhängiger. Am 30. November erließ der König aus Schloß Bebenhausen einen überaus vornehm gehaltenen, rührenden und

herzlichen „Scheidegruß“ an das württembergische Volk. Er wolle kein Hindernis sein für eine freie Entwicklung des Landes, lege deshalb die Krone nieder und danke den heldenmütigen Truppen für ihren durch vier Jahre bewährten Opfermut aus Herzensgrund. Erst mit seinem letzten Atemzuge werde seine Liebe zur teuren Heimat erlöschen. Die vorläufige Regierung dankte dem König, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volk getragen gewesen sei und mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt habe. Der König nahm den Titel eines Herzogs von Württemberg an. Der dem Recht nach nunmehrige Träger der Krone, Herzog Albrecht, leistete keinen Verzicht.

d. S a c h s e n. Nach einer amtlichen Statistik war die Zahl der Fabriken am 1. Mai 1918 von 35 000 auf 24 000 gesunken, die der Arbeiter (einschließlich der Bergarbeiter) von 523 000 auf 300 000, um 40%. Die Zahl der Arbeiterinnen hat sich anfänglich um 255 000 vermindert, dann aber um dieselbe Zahl wieder gehoben. Jugendliebe Arbeiter gab es 42 000, 1000 weniger als am 1. Mai 1914. In der Metallindustrie stieg die Zahl der Arbeiter von 205 000 auf 241 000. Ganz traurig waren die Verhältnisse der Weberei und Wirkerei, wo aus Mangel an Rohstoffen die Arbeiterzahl von 254 000 auf 119 000 zurückging. Am 26. Oktober nahm der Staatsminister und Minister des Aeußeren Graf Bixthum von Eckstädt im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Einführung des Parlamentarismus und des gleichen Wahlrechts seine Entlassung. An seine Stelle trat der national-liberale Justizminister Dr. Heinze, der zugleich den Vorsitz im Ministerium erhielt; das Finanzministerium erhielt Dr. Schröder, das des Innern Dr. Koch, das des Kultus und öffentlichen Unterrichts der Gesandte v. Rostig-Wallwitz. Am 11. November wurde König Friedrich August vom A. und

S.-Rat abgesetzt und das Aufhören der Dynastie Wettin verkündet. Die erste Kammer wurde für abgeschafft, die zweite für aufgelöst erklärt. Am 13. verzichtete der König auf den Thron. Bei den Wahlen zum Soldatenrat erhielten am 24. November die Kandidaten der Sozialdemokratie 117 000, die der Unabhängigen 7500.

e. B a d e n. Am 1. Februar nahm die zweite Kammer die Vorlage an, nach der alle Arbeiter, Beamten und Lehrer eine einmalige *T e u e r u n g s z u l a g e* von 200 Mark für Verheiratete (und 20 Mark für jedes Kind) und 100 Mark für Ledige erhalten sollten. Weiter wurde allen staatlichen Arbeitern eine *K r i e g s z u l a g e* von 50 Pfg. täglich bewilligt und die bisherige Kriegszulage für Beamte und Lehrer im Betrag von 360, 450, 540 und 630 Mk. um je 180 Mark aufs Jahr ab 1. Februar erhöht. Am 24. Februar legte die Regierung den Ständen einen Gesetzentwurf vor, nach dem in Abänderung des Gesetzes von 1860 1) zur Zulassung zu einem Kirchenamt eine allgemeine wissenschaftliche Vorbildung nicht mehr gehören sollte. Darin lag, daß Ordensleute künftig ohne Erfüllung dieser Vorbedingung amtierend dürfen. 2) Die Studenten der Theologie müssen nicht mehr drei Jahre auf einer deutschen Universität studieren, sondern nur noch drei Halbjahre. 3) Die Strafen, welche das Gesetz von 1874 gegen ungesetzlich amtierende Pfarrer aussprach, werden aufgehoben, ebenso die Strafen für kirchliche Ober, welche Kirchenfunktionen gegen die gesetzlichen Bestimmungen übertragen. (Tatsächlich waren diese Strafen seit Jahren nicht mehr vollzogen worden.) Der Landtag wurde am 7. Juli nach 7monatlicher Dauer geschlossen, nachdem er alle Vorlagen außer der über das sog. *M u r g w a s s e r w e r k* erledigt hatte. Der Grund war, daß die zweite Kammer dieses Werk, weil es Monopolcharakter trägt, rein staatlich machen wollte, die erste Kammer aber einen ge-

mischten Wirtschaftsbetrieb für richtig hielt. Auch die Verfassungreform wurde nicht fertig, weil das Zentrum den Proporz (Verhältnismahl) ganz ablehnte, während die Liberalen ihn mindestens für die großen Städte wollten. Die Sozialdemokraten wünschten ihn auf das ganze Land anzuwenden, um mit den städtischen Stimmen die Landkreise des Zentrums und der Konservativen zu erdrücken. Daß die Klassenwahl in den Gemeinden fallen sollte, war allgemeine Ansicht. Bei der Besprechung der Soldatenverhältnisse und des Militärabkommens von 1870 wurden gegen Preußen Ausfälle gerichtet, „welche an die schlimmsten Zeiten partikularistischer Hochflut erinnerten“ (Schwäbischer Merkur 9. Juli). Der General L u d e n d o r f f erhielt anläßlich der Besetzung Dorpats durch unsere Truppen am 2. März den Titel eines Ehrendoktors der medizinischen Fakultät in Freiburg. Anfangs August richteten die christlichen Arbeitervereine das Gesuch an die Regierung, sie möge dafür sorgen, daß die Weinpreise nicht so hoch getrieben würden, daß sie für arme Kranke ganz unerschwinglich würden. Am 22. August wurde das 100jährige Bestehen der badischen Verfassung festlich begangen. Der Großherzog, die Regierung und beide Kammern versammelten sich im Haus der zweiten Kammer, wobei der Präsident der ersten Kammer, Prinz Max von Baden, eine formvollendete und gedankenreiche Rede über die freiheitliche Entwicklung Deutschlands hielt. An eben diesem Tag bewarfen feindliche Flieger zum so und so vielen Mal Karlsruhe wahllos mit Bomben, wodurch 9 Menschen getötet und 9 verwundet wurden. Die Beschießung anderer Städte, Offenburgs, Freiburgs, Mannheims vor allem, geschah so oft, daß wir auf eine genaue Verzeichnung verzichteten. Am 19. Oktober hielt der Staatsminister v. B o d m a n mit den Fraktionsführern eine Besprechung über die Demokratisierung der Verfassung und

öffentlichen Einrichtungen Badens, wobei „eine weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten“ erzielt wurde. Alles aber stürzte auch hier die Revolution um. Der Großherzog Friedrich II. gab am 14. November die Bildung eines Ministeriums zu, an dessen Spitze der Sozialdemokrat Geiß trat; das Innere übernahm der Volksparteiler Haas, das Außere der nationalliberale Bürgermeister Dietrich von Konstanz. Am 23. November verzichtete Friedrich II. für sich und den Prinzen Max und dessen Nachkommenchaft auf den Thron, worauf die Minister dem waderen Fürsten bezeugten, daß er am Sturz der alten Ordnung keine Schuld trage.

f. Hessen. Der Staatsminister Ewald erklärte am 26. Oktober im Verfassungsausschuß der zweiten Kammer, daß die Regierung nach dem Vorgang Preußens das gleiche Wahlrecht ohne Mehrstimmen und den Proporz für mehrmännige Wahlkreise vorschlagen wolle, falls sich dafür eine Mehrheit erwarten lasse, und daß sie bei Ernennung von Ministern künftig sich vorher überzeugen werde, ob die zu Berufenden auch vom Vertrauen der parlamentarischen Körperschaften getragen seien. Am 10. November setzte der A.- und S.-Rat den Großherzog Ernst Ludwig ab und rief die Republik aus. An die Spitze des Ministeriums trat der Sozialdemokrat Ulrich, durch dessen Empfang bei Hof einst Ernst Ludwig viel Aufsehen hervorgerufen hatte.

g. Elsaß - Lothringen. Nach einer Schrift des Altelsäffers Prof. Lic. W. Rapp („ist Elsaß-Lothringen als autonomer Bundesstaat denkbar?“ Berlin, Springer) stand es so, daß mit Nein geantwortet werden mußte, weil 1) die Elsässer und Lothringer an Charakter ganz verschieden seien, 2) Lothringen industriell mächtig emporstrebe und die Kriegsschäden des Oberelsaß nicht mitdecken wolle, 3) der Gegensatz zwischen den 400 000 Altdeutschen und 1 474 000 Einheimischen noch nicht überwunden sei, 4) bloß Stammes-

gefühl, nicht aber deutsches Nationalgefühl bestehe; auch der Krieg habe wegen des durch ihn vier lange Jahre geübten Druckes ein solches Nationalgefühl nicht aufkommen lassen, es ja sogar in Deutschland selbst herabgestimmt. 5) Das Reichsland brauche wegen seines bloß provinziellen Lebens notwendig endlich den Anschluß an ein größeres Ganzes, auch 6) weil es kein geschichtliches, sondern ein 1871 entstandenes künstliches Gebilde sei. Wir reihen an diese heute mit doppeltem Schmerz zu lesenden Sätze einen Artikel der „Deutschen Kriegsnachrichten“ vom Oktober 1918, der Folgendes ausführte: Das Reichsland hat unter deutschem Szepter sich außerordentlich entwickelt. Straßburg hatte 1871 85 000 Einwohner, heute 180 000. 1871 gab es 154 höhere Schulen mit 2403 Schülern, heute 499 mit 10 915. Die Zahl der Arbeiter wuchs von 245 799 im Jahr 1875 auf 421 158. Im Jahr 1871 gab es 768 Kilometer Eisenbahnen, 1902 aber 1212. 1874 kam eine Postanstalt auf 7232 Menschen, 1907 schon auf 1232. Der Hektar ertrug 1873 an Getreide 0,93 t, 1912 dagegen 1,57 t; an Kartoffeln 5,49 t und 13,53 t. 1873 gab es 418 484 Rinder, 1907 aber 544 664. An Eisen wurden 1872 gefördert 685 000 t, 1912 aber 20 Millionen, Kohlen 290 000 t und 3 500 000 t. Die Ausfuhr stieg zwischen 1884 und 1912 von 1½ Millionen t auf 12¼ Millionen. Sparkassen gab es 1875 erst 22, heute 131, und die Einlagen hoben sich von 7 auf 177 Millionen. So stellt sich die angebliche „Vernachlässigung und Mißhandlung“ des Landes durch Deutschland in Wirklichkeit dar.

Am 8. Februar wurde mitgeteilt, daß das Mitglied des oberelsässischen Bezirkstags Tempe, der 1916 in Schutzhaft genommen worden war, durch das Reichsmilitärgericht zu Berlin für schuldlos erkannt und frei gelassen worden war. Gegen die französische Verdrehung, daß die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich nicht eine Annexion sei, sondern

nur désannexion (= Rückgängigmachung einer Einderung), erließ der Statthalter v. Dallwitz am 13. März einen öffentlichen Aufruf: nicht Liebe zum elsass-lothringischen Volk, sondern Rachsucht sei die Triebfeder der Franzosen; im 17. und 18. Jahrhundert hätten sie Elsaß und Lothringen geraubt; es sei eine Lüge, daß diese Länder 1870 ihrem Mutterland entzogen worden seien; im Gegenteil habe damals eine désannexion stattgefunden. Am 11. Mai wurde festgestellt, daß ein Dr. med. Bucher, der sich Busché aussprechen ließ, 1900 la revue Alsacienne gründete, um in französischem Sinne zu wirken. Er war nichts als ein Agent Frankreichs, ließ das Banner des Protests wieder flattern und sah als einziges Heilmittel den kriegerischen Einfall französischer Heere an. Er war ein Freund des nationalistischen Hegers Maurice Barrès, dem er Stoffe zu Hegeromanen lieferte, und stand in Beziehungen zu dem französischen Botschafter Jules Cambon in Berlin. Er handhabte die „diskrete Methode“ als die fruchtbarste: d. h. er wirkte durch Aufsätze und Vorträge über angeblich rein ästhetische und künstlerische Gegenstände und gewann als Mitarbeiter und Feigenblätter selbst zwei deutsche Universitätslehrer. Es wurden zur Verherrlichung des Franzosentums Feste im „elsässischen Museum“ veranstaltet, Vereine wie der souvenir français, la Lorraine sportive gegründet und für Einführung der französischen Sprache in der Volksschule (!), für französisches Theater, französische Inschriften, französische Jagdpachtungen gewirkt. Bgl. hierüber die bei Wyß in Bern erschienene Schrift „Zehn Jahre Minenkrieg im Frieden, ein neues Schulbuch, Frankreichs Propaganda in Elsaß-Lothringen.“ Dem Schwäbischen Merkur wurde am 26. Juni aus dem Feld geschrieben: „die ärgste französische Lüge ist doch die elsässische. Die Haltung der elsässischen Bevölkerung in dem von Frankreich besetzten Frontabschnitt gegen die

französischen Soldaten ist sehr kühl und zurückhaltend. Mais ce sont des boches comme les autres, sagt jeder neu ankommende Franzose. Als Clemenceau vor kurzem in der Gegend von Niederaspach war, nahm das Volk keine Notiz von ihm; die Berichte der französischen Blätter über den begeisterten Empfang forderten förmlich den Spott der Soldaten heraus. Die Kinder müssen in den Schulen französisch sprechen und singen; trotz des Verbots sprechen sie, aus der Schule heraus, sofort wieder deutsch. Viele meiden den Verkehr mit den französischen Soldaten so sehr als möglich. Das Elsaß ist und bleibt ein deutsches Land.“

Am 26. Juni dehnte der Oberbefehlshaber Herzog Albrecht das *Rauch- und Wirtschhausverbot* für Leute unter 18 Jahren zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr früh auf Elsaß-Lothringen aus und ordnete für sie den *Sparzwang* an. Es sollten den jungen Leuten wöchentlich nur 24 Mk. Lohn ausgehändigt, das andere in einer öffentlichen Sparkasse angelegt werden. Abholung solcher Gelder war nur mit Erlaubnis des Bürgermeisters zulässig. Im Juli wurde eine Gesellschaft „*Westmarkt*“ mit $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark Stammkapital gegründet, um auf den früher in französischem Privatbesitz gewesenen, nun aber liquidierten Gütern zuverlässige deutsche Inhaber anzusiedeln. Von Seiten des Zentrums und der Sozialdemokratie wurde der Plan als eine Uebertragung des Hakatismus von der Ost- auf die Westmark bekämpft, von ersterem auch als ein Mittel zur Protestantisierung katholischer Gegenden verdächtigt. Die Regierung in Straßburg machte geltend, daß sie ursprünglich beabsichtigt habe, aus den bereits bestehenden gemeinnützigen deutschen Siedlungsgesellschaften das Kapital, die Menschen und die Erfahrungen zu einer neuen solchen Gesellschaft zu gewinnen; die Banken stellten aber so ungemessene Ansprüche, daß von ihnen abgesehen werden mußte.

Der Plan selbst wurde von vielen Seiten lebhaft befürwortet und darauf verwiesen, daß das süddeutsche und auch das katholische Element nicht im geringsten ausgeschlossen seien. Da im Kreis Saarburg 12 000, in dem von Chateau-Salin 17 000, im Meher Landkreis 24 000 Hektar in französischem Besitz seien und die meisten französischen Grundbesitzer und Jagdpächter Auspäherei trieben, so sei ein Einschreiten im deutschen Interesse unbedingt geboten. Die Pächter, welche Verträge meist nur auf 6 Jahre hätten, empfänden auch keine Lust Verbesserungen vorzunehmen. Als die Gefahr des Rückfalls des Landes an Frankreich, die noch im August ausgeschlossen schien, immer näher rückte, wurde am 5. Oktober der „E l s ä s s e r B u n d“ gestiftet, der den Umstand, daß Elsaß ein zu 87% deutschredendes Land sei, geltend machen sollte. An der Spitze stand der oben erwähnte evangelische Theologe Prof. Lic. Kapp; im Vorstand war auch der Professor der katholisch-theologischen Fakultät Erhard in Straßburg. Kurz darauf wurde der Beschluß gefaßt, dem Reichsland v o l l e A u t o n o m i e zu gewähren. Der Statthalter v. Dallwitz trat am 11. Oktober zurück; an seine Stelle kam am 22. Oktober der Straßburger Bürgermeister S c h w a n d e r, der 1917 ein paar Monate Staatssekretär des Wirtschaftsamts gewesen war. Staatssekretär wurde der Abgeordnete H a u ß, ein Führer des reichsländischen Zentrums. Der Präsident der zweiten Kammer aber, Dr. med. Ricklin, sprach am 23. Oktober im Reichstag die schwerwiegenden Worte: „was jetzt geschieht, kommt zu spät, um auf die Stimmung im Elsaß zu wirken. Rechtzeitig gewährt, konnte die Autonomie vieles bessern, vielleicht diesen Krieg verhüten.“ Der Abgeordnete Häggy kritisierte die deutsche Regierung in Elsaß herb; in diesem katholischen Land sei die Regierung katholikenrein gewesen. Ob mit diesen Erklärungen der geschichtliche Sachverhalt wahr-

heitsgetreu gezeichnet ist, steht auf einem andern Blatt. Weder Ricklin noch Hägy schienen etwas davon zu wissen, daß es für Deutschland unmöglich war, einem Land unbedingte Autonomie zu gewähren, in dem der *souvenir français* und Männer wie Wetterle und Blumenthal, die 1914 sich durch Flucht ihrer wohlverdienten Strafe entzogen, die erste Rolle spielen durften. Hätte das Elsaß sich voll und ganz zum Reiche bekannt, so würde ihm die volle Gleichstellung alsbald gewährt worden sein, und 1911 ist sie ja bis auf den Rest monarchischer Gewalt, der auch überall in Alt-Deutschland bestand, eingeführt worden. Wiegt das alles nichts? Auch regte sich in Straßburg doch mancher Einspruch gegen Ricklin, und er wurde beschuldigt, daß er entgegen dem Sinn seiner Fraktion eigenmächtig gesprochen habe. Der Reichstag genehmigte die notwendigen Aenderungen der elsäß-lothringischen Verfassung am 25. Oktober in allen drei Lesungen, und Schwander erklärte, daß das Reichsland sich seine Selbständigkeit von niemand mehr nehmen lasse. Aber er brachte nicht einmal ein Ministerium zusammen, da die ins Auge gefaßten Männer schon nach Frankreich hinüber schielten, das auf der Rücknahme des Landes *sans phrase* und ohne Volksabstimmung bestand. Der Landtag, der wiederholt während des Krieges die Unlösbarkeit des Landes vom Reich verkündet hatte, sprach jetzt das unvergängliche Recht der Rückkehr zu Frankreich aus, ehe er auseinanderging. Elsäßische Studenten rissen in Straßburg das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. mit Striden um, schlugen ihm den Kopf ab und warfen ihn vor die Füße des Standbilds des Generals Kleber, das die Deutschen seit 1871 unangetastet gelassen hatten. Auf Grund des Waffenstillstandes vom 11. November besetzten die französischen Heere das Land; am 19. November zog Marschall Petain in Metz ein, am

22. wurde Straßburg besetzt. Festungen, die keinen Schuß erhalten hatten, oder nur mit Luftbomben beworfen worden waren, an denen unter anderen Umständen die stärksten Heere sich die Zähne ausgebissen hätten, gingen dank des deutschen Zusammenbruchs kampflos in die Hand des Feindes über. Poincaré stattete in Straßburg einen Besuch ab, wobei alles vor Begeisterung troff. Die welche trauerten, mußten schweigen. Die Altdeutschen wurden in brutalster Weise aus dem Lande vertrieben und durften von ihrer Habe nur ganz wenig mitnehmen. Der Pöbel beschimpfte sie aufs rohste. Dem Correspondant vom 25. Dezember war es aber doch nicht recht geheuer. Er stellte fest, daß die deutsche Verwaltung zwar grausam und gehässig gewesen sei und mit dem Knüttel sich Achtung verschafft habe; aber sie sei gediegen (solide) gewesen und der Gang des öffentlichen Dienstes tadellos. Die französische Verwaltung solle zusehen, daß sie der deutschen nicht bloß nicht unterlegen sei, sondern nicht einmal unterlegen *sich eine*. Aus diesen Worten spricht die Sorge, daß über die Elsäßer einmal ein Heimweh nach dem Vaterlande kommen könnte, das sie jetzt von sich stießen — ein Heimweh, das bei der Hoffnungslosigkeit der Lage alle Qualen der auf ewig Verdammten an sich tragen müßte.

h. Die andern deutschen Staaten.

Am 22. März fiel im Westen Prinz Heinrich von Reuß jüngere Linie, Oberleutnant im Kürassierregiment Königin (2. pommerisches), der Sohn des verstorbenen Prinzen Heinrich und Charlottes von Mecklenburg. Im Oktober fiel auch ein Prinz von Weimar.

Der Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg - Strelitz (geb. 1882), kam am 23. Februar von einem Spaziergang nicht mehr zurück und wurde im Kammerkanal mit einer Schußwunde in den Schläfen gefunden.

Es hieß, er sei schon länger schwermütig gewesen; Gerüchte, welche den Fall mit einer Frau aus dem hohen schlesischen Adel in Beziehung setzten und mancherlei anfügten, als ob der Großherzog Militärisches unvorsichtig ausgeplaudert habe, lassen wir auf sich beruhen. Das Strelitzer Staatsministerium erließ am 4. März eine Erklärung, nach der sich der Großherzog mit einer Fürstentochter verloben wollte, deren Liebreiz und Anmut ihn gefesselt hätten. Er mußte zu diesem Zweck eine frühere unebenbürtige Verbindung lösen; als dies auf Schwierigkeiten stieß, sei er schwermütig geworden. Da der Erbe des Großherzogshutes, Herzog Michael, als russischer General gegen Deutschland gekämpft hatte, überdies unauffindbar war, nahm der Großherzog Friedrich Franz von Schwerin die Regentschaft einstweilen an sich. Gegen eine etwaige Verschmelzung der beiden Mecklenburg regte sich in Strelitz starke Abneigung. Mein Vaterland muß kleiner sein! war die Losung. Die Revolution stieß alles um, und am 14. November verzichtete „gemäß Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats“ der Großherzog von Schwerin für sich und sein Haus auf den Thron. Am Abend des 8. November mußte des Kaisers Schwiegersohn, der Herzog Ernst August von Braunschweig, ab danken, am 11. der Großherzog Friedrich August von Oldenburg für sich und sein Haus verzichten. In Braunschweig übernahm ein Schneider Merzjes die Präsidentschaft der Republik und ließ sich 70 000 Mark Gehalt, täglich 114 Mark, aus dem Schweiß des Volkes auszahlen; ein Waschweib oder eine frühere Bordellmutter wurde Kultusministerin. So hat der württembergische Zentrumsabgeordnete Andre in seinem Korrespondenzblatt angegeben. Bei den Wahlen zu einer Landesversammlung entfielen auf die Sozialisten 88 000 Stimmen und 31 Sitze, auf die Bürgerlichen 81 000 und 29.

Der Herzog Friedrich II. von Anhalt (geb. 1856), der 1904 Herzog geworden war, ein künstlerisch als Dichter, Komponist und Maler reich veranlagter Fürst, ein großer Verehrer Richard Wagners, starb am 20. April. Mit Hilfe seines Ministers v. Dallwig (der 1910 in Preußen Minister des Innern und 1914 Statthalter in Straßburg wurde) reformierte er das Steuerwesen seines wohlhabenden Ländchens und erzielte nach 10jähriger Arbeit sogar Ueberschüsse. Sein Nachfolger Herzog Edward starb ebenfalls 57 Jahre alt im Krankenhaus zu Berchtesgaden am 13. September. Auf ihn folgte der unmündige Herzog Joachim Ernst, in dessen Namen sein Vormund am 12. November auf das Thronfolgerrecht verzichtete.

In Lippe - Detmold stiftete der Fürst Leopold am 30. Mai die „Fürst Leopold - Akademie“. Die Sitzung des Ehrenausschusses der neuen Akademie fand im Kronsaal des alten Residenzschlosses statt. „Die Akademie soll den tüchtigsten der deutschen Söhne den Weg bahnen zum Wohl der Gesamtheit. Gott dienen heißt dem Nächsten dienen.“ Den Vorsitz übertrug der Fürst dem Professor des Rechts in Berlin, Dr. Kahl; außer den fürstlichen Zuwendungen erfolgten auch andere, so die Stiftung einer halben Million Mark von Baurat Kellner in Barmen. Der Eröffnung folgten ein Konzert und Gesangsvorträge, abends ein Zapfenstreich und ein Feuerwerk. Am 4. Oktober befahl der Fürst dem Staatsministerium, daß es eine Vorlage über eine Wahlreform ausarbeite, um das Band zwischen der Krone und dem in dieser schweren Zeit so treu bewährten Volke fest und unauflöslich zu knüpfen. Am 11. November aber sah der wackere Fürst sich gezwungen, dem Thron zu entsagen. In Schaumburg - Lippe tat Fürst Adolf, des Kaisers Schwager, am 15. November dasselbe für sich und sein Haus. Da der Fürst von Waldeck das Gleiche zu tun sich weigerte, wurde er am 13. November abgesetzt.

In Koburg traf der Zar Ferdinand von Bulgarien am 7. Oktober ein, um nach seiner Abdankung daselbst zu wohnen. Herzog Karl Eduard, der trotz seiner Erziehung in England (als Herzog von Albany) gut deutsch gesinnt war, entsagte am 13. November dem Thron. In Sachsen-Weimar wurde der Großherzog Wilhelm Ernst nach heftigem Widerspruch und „dramatischen Momenten“ am 8. November gegen Versicherung persönlicher Sicherheit zur Entfugung gezwungen. Dasselbe tat am 10. der Herzog Bernhard von Meiningen, am 11. Fürst Heinrich XXVII. von Reuß j. L., am 5. der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Handelskammer von Bremen telegraphierte am 8. Januar an den Reichskanzler, um den schärfsten Protest gegen Lloyd Georges Satz zu erheben, daß England nur gegen den deutschen Militarismus kämpfe, nicht gegen das deutsche Volk. Seit Anbeginn des Kriegs habe England vielmehr überall in der Welt deutsche Arbeit vernichtet, alle Deutschen in Konzentrationslager abgeführt, deutsche Firmen zwangsweise liquidiert und das Privateigentum mit Beschlagnahme belegt; alles unter krassem Rechtsbruch. Auch in den Hansestädten setzte eine Wahlreformbewegung ein; die Revolution aber warf auch hier die alten Ordnungen völlig über den Haufen und rief sogar eine Pöbelherrschaft hervor, bei der Raub und Plünderung verübt wurden. Doch blieb in Lübeck der Bürgermeister Fehling ein Glied der neuen Regierung und vertrat seine Stadt auf der Reichskonferenz vom 25. November in Berlin.

III.

Österreich-Ungarn.

a. Oesterreich. Die Mehlmenge wurde am 18. Januar für Nichtselbstversorger von 1400 gr wöchentlich auf 1115 gr, für Selbstversorger von 2100 gr auf 1575 herabgesetzt, was zu Unruhen und Ausständen und zu stürmischem Friedensbegehren führte. Gleichwohl wurde es am 18. Juni notwendig, den Brotanteil von 1260 gr wöchentlich auf 630 herabzusetzen; an Kartoffeln konnte schon lange wöchentlich nur ein halbes Pfund gewährt werden. Man machte das Ministerium Seidler dafür verantwortlich; seine Ernährungsmaßnahmen seien unter aller Kritik; er lasse fünf gerade sein. Das zielte darauf, daß die Kornreichen tschechischen Bezirke Böhmens den industriereichen deutschen Bezirken einfach nichts gaben. Der deutsche Volktrat in Böhmen verlangte deshalb rücksichtslose Opposition gegen das fahrlässige Ministerium; es lasse Deutschböhmen zu einem großen Spital, ja einem großen Friedhof machen. 1917 seien in Böhmen 22 842 Menschen aus Hunger erkrankt, davon 19 651 in Deutschböhmen, nur 3191 in Tschechisch-Böhmen; gestorben seien dort 1026, hier 2! Eine Versammlung in Gablenz forderte deshalb, daß für den Rest des Krieges die Randbezirke Böhmens an das reichsdeutsche Verpflegungsgebiet angegliedert werden sollten. Die „Arbeiterzeitung“ aber schrieb Ende März: „mit Ausnahme jener lärmbegierigen Clique unter den Deutschbürgerlichen ist die Begeisterung für den Krieg unter den Nullpunkt gesunken. Er hat in den Gefühlen der Massen nicht den geringsten Stützpunkt mehr; die Völker wollen nichts als den Frieden. Die Qual dieser Kriegsanleihe wird den Herrschenden klar gemacht haben, daß sie nur eine Pflicht vor sich sehen müssen: Frieden zu schließen.“ Hat man in Berlin von all dem nichts gewußt?

Die Zerklüftung Oesterreichs machte ständige Fortschritte. Der tschechische Reichsrats- und der Landtagsklub hielten am 6. Januar in Prag eine Zusammenkunft und forderten unter Teilnahme der von Kaiser Karl begnadigten Hochverräter Kramarcz, Rafin, Choc, Bojna und Burzival nicht mehr den auf der Theorie des „böhmischen Staatsrechts“ aufzubauenden Bundesstaat gleichberechtigter Nationen, an dem die Tschechen noch am 30. Mai 1917 festgehalten hatten, sondern einen nach außen und innen möglichst selbständigen demokratischen Tschechenstaat und in seinen historischen Grenzen (Böhmen, Mähren und Schlesien) und mit Einschluß des slowakischen Zweiges in Ungarn. Die Loslösung von der Monarchie war nicht direkt ausgesprochen, lag aber in der notwendigen Konsequenz der Erklärung. Die deutschnationalen Abgeordneten, welche früher den „Nationalverband“ gebildet hatten, schlossen sich (mit Ausnahme von 2 unter 96) am 22. Januar zu dem „Verband deutschnationaler Parteien im österreichischen Abgeordnetenhaus“ zusammen, unter dem Obmann Waldner, dessen Vertreter Wolf und Sylvester waren, und die Deutschböhmern forderten, daß ein gesondertes deutschböhmisches Kronland mit eigenem Landtag errichtet werde, und daß dieser aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgehen solle. Die Polen grollten dem Ministerium Seidler und dem Minister des Auswärtigen Grafen Czernin, weil im Frieden zu Brest-Litowsk das früher zu Kongreßpolen gehörige Cholmer Land der Ukraine zugeteilt worden war, und verlangten, da gegen Czernin nur in den Delegationen anzukommen war, daß Seidler zurücktreten müsse. Um die Anwendung des Notparagraphen 14 der Verfassung „und ein Gewaltregiment unter Ausschaltung des Parlaments zu verhüten“, enthielten sie sich aber am 7. März bei der Abstimmung über den vorläufigen Staatshaushalt, so daß er mit 240 Stimmen gegen 121 (Tschechen, Jugo- oder

Südflawen und Sozialisten) angenommen wurde. Der Reichsrat wurde dann am 4. Mai vertagt, weil er nicht arbeitsfähig war. Am 19. Mai veröffentlichte Seidler die Verordnung, nach der in Böhmen 12 Kreisbehörden errichtet werden sollten, deren Vorstände als Stellvertreter des Statthalters amtieren und eine zweckmäßige Verwaltung ermöglichen sollten; es war ein Zugeständnis an die Deutschen, denen Seidler auch ein eigenes Kreisgericht in Trautenuau zusagte, das am 1. August eröffnet wurde. Da mittlerweile die Südflawen immer schärfer die Errichtung eines südflawischen Staats im Staat verlangten, erschienen am 25. Mai einige Abordnungen aus den südlichen Alpenländern vor dem Kaiser Karl in Gegenwart Seidlers und legten Einsprache dagegen ein, daß die historischen Grenzen der Kronländer niedergedrissen und der nationale Frieden gestört werde. Dabei waren auch Vertreter derjenigen Südflawen, welche als „Stajno-Partei“ für den Zusammenhang der Kronländer und ein mächtiges Oesterreich etwas übrig hatten; sie hatten aber nicht viel Anhang.

Um eine feste Mehrheit zu gewinnen, die den Staatsgedanken stützen und das Ausharren im Krieg bis zu einem annehmbaren Frieden ermöglichen sollte, war es notwendig zwischen den Polen und den Deutschen eine Verständigung zu erzielen. Es wurde also verhandelt, und die Polen verlangten Angliederung von ganz Galizien (einschließlich des ukrainischen Ostens vom Sanfluß ab) an Polen, das dafür mit Oesterreich durch Personalunion verbunden sein sollte („aufropolnische Lösung“); die ursprünglichen Grenzen Kongreß-Polens mit Cholm; Grenzbarschaft mit Rußland; Regelung der freien Weichselschiffahrt durch Vertrag mit Deutschland. Die Deutschen verlangten: Bewilligung der Kriegsausgaben und Unterstützung gegen den deutsch- und staatsfeindlichen Plan der Tschechen

und Südslawen. Es ergab sich, daß über alle diese Punkte grundsätzliche unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden; dagegen stellten sich die Polen Seidler gegenüber durchaus feindlich, während die Deutschen es ihm sehr anrechneten, daß er am 16. Juli im Abgeordnetenhaus verspätet zwar, aber offen aussprach: die Deutschen seien das Rückgrat des Staats, was der Krieg jedem Mann gezeigt habe, und die Regierung müsse darnach ihre Stellung nehmen. Der am 14. April entlassene Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, erklärte am 19. Juli im Herrenhaus: „unsere Politik krankt daran, daß wir zwar in der äußeren Politik Gott sei Dank den deutschen Kurs steuern, im Innern aber ein planloses Herumlawieren stattfindet und die Regierung die haßgeschwängerten tschechischen und südslawischen Angriffe gegen alles, was deutsch ist, mit gleicher mütterlicher Liebe umfaßt. Das Geschrei: los von Deutschland! setzt eine Felonie (Verräterei) voraus, die überdies blödsinnig wäre... der Krieg ist im Wesentlichen ein Kampf zwischen Deutschland und England. Ein Vergleich zwischen beiden macht sofort dem Krieg ein Ende, trotz aller französischen und italienischen Utopien.“ Seidler konnte sich schließlich ohne die Polen nicht halten, und so nahm der Kaiser am 22. Juli seinen Rücktritt an und übertrug ihm den hohen Vertrauensposten des k. k. Kabinettsdirektors an Stelle des Grafen Bolder-Hoditz, dessen Einfluß keineswegs in deutschfreundlichem Sinn gewirkt hatte. Ministerpräsident wurde der Freiherr Hussarek v. Heinlin, der der konservativ-kerikalen Richtung nahe stand. Nun wurde der vorläufige Staatshaushalt auf sechs Monate und ein Sechsmilliardenkredit für den Krieg mit 215 gegen 196 Stimmen bewilligt. Die Mehrheit bestand aus den bürgerlichen Deutschen, Polen, Rumänen und einigen Italienern.

Kurz nachher ergab sich aber, daß unter den Polen die

radikale Richtung über die konservative, die den österreichischen Staatsgedanken unter Vorbehalt ihrer polnischen Interessen vertrat, einen völligen Sieg davon trug. Der Radikale Tertil wurde zum Obmann des polnischen Reichsratsklubs gewählt, und am 17. August fand eine Zusammenkunft aller österreichischen Slawen, der Tschechen, Südslawen und Polen, in Laibach statt, deren Eindruck der radikale Tscheche Kofac in die Worte faßte: „wir haben uns die Hände gereicht, und es wird niemand gelingen, sie wieder auseinander zu reißen!“ Zum ersten Mal haben die Polen an dieser slawischen Versammlung Teil genommen, und es geschah unter der Losung einer slawischen Gemeinschaft von Danzig bis Triest!

Diese slawischen Bestrebungen zwangen die Deutschen zur Abwehr, um so mehr, als der wegen Hochverrats mit Kriegsbeginn aus Prag flüchtig gewordene Professor Masaryk, der Präsident des in Paris in partibus infidelium tagenden tschechisch-slowakischen Nationalrats, bei Wilson einen Besuch abstattete und die Zusicherung empfing, daß er sich aller Unterdrückten in der Welt, also auch ihrer, annehmen wolle. Am 10. Oktober schlossen sich alle deutschen Fraktionen, der Verband der deutsch-nationalen Partei, die Christlich-Sozialen, der freisinnige Verein, die Deutschradikalen und die deutschen Sozialdemokraten, zu dem Zweck zusammen, daß sämtliche deutsche Gebiete Oesterreichs in dem voraussichtlich zu errichtenden Bundesstaat zu einem nationalen Gemeinwesen vereinigt werden sollten; jede Unterwerfung deutscher Gebiete Oesterreichs unter ein fremdes nationales Gemeinwesen (also Deutschböhmens unter die Tschechen) lehnten sie unbedingt und für immer ab. Was hier angedeutet war, trat am 16. Oktober ans Licht: ein kaiserliches Manifest „an meine getreuen Völker“ verkündete, daß Oesterreich dem Willen seiner Völker gemäß

ein Bundesstaat werden solle, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes Gemeinwesen bilde. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat solle jedoch in keiner Weise vorgegriffen sein (!). „So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen (!), die es umschließt, als ein Land freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen.“ Nach den halbamtlichen Begleitfägen dieses rührend naiven Manifests sollte ein deutscher, tschechischer, ukrainischer und südslawischer Staat errichtet werden; der erste umfaßte voraussichtlich 9,6, der zweite 6,2, der dritte 3,3, der vierte 2,04 Millionen Menschen. Nun folgten die Ereignisse aber mit überstürzender Schnelligkeit auf einander. Am 18. Oktober erließ Wilson eine Note, in der er mitteilte, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den tschecho-slowakischen Nationalrat als eine de facto kriegführende Regierung anerkannt hätten und der Präsident also darauf bestehen müsse, daß diese Regierung zu bestimmen habe, welche Handlungen der österreichischen Regierung ihr befriedigend erscheinen, welche nicht. Am 21. Oktober bildete sich aus den deutschen Abgeordneten zum Reichsrat die vorläufige deutsche Nationalversammlung unter Vorsitz des sozialdemokratischen Abgeordneten Volksschullehrers Seiß, und setzte einen Vollzugsausschuß ein, der am 29. Oktober, aus 20 Mann und 3 Vorsitzenden bestehend, den Titel Staatsrat annahm. Er beschloß Staatssekretariate für Aeußeres, Heer, Inneres, Unterricht, Finanzen, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel, öffentliche Arbeiten, Volksernährung, soziale Fürsorge und Uebergangswirtschaft zu errichten. Die Staatssekretäre zusammen sollten das Ministerium des deutsch-österreichischen Staats darstellen. Eine Versammlung von 200 deutschen Vertrauensmännern des deutschen Volksrates in Böhmen, die zu Auffig am 27. Ok-

tober stattfand, forderte als erste Aufgabe eine staatsrechtliche Verbindung mit dem deutschen Reich und sprach dem Reichskanzler Prinzen Mag in einem Telegramm die Absicht aus die unzerreißbare Gemeinschaft mit den deutschen Stammesbrüdern zu erhalten und das eigene Schicksal mit dem des gesamten deutschen Volkes zu verbinden, schrieb also dem vom Kaiser angekündigten Bundesstaat den Absagebrief. In Agram übernahm der am 5. Oktober gebildete Zentralausschuß der Slowenen, Kroaten und Serben die Leitung der nationalen Politik und erklärte, das gesamte südslawische Volk — also auch die zu Oesterreich gehörigen Teile desselben — müsse ohne Rücksicht auf Provinzen oder Staatsgrenzen in einem souveränen demokratischen Staat vereinigt werden und bei den Friedensverhandlungen vertreten sein. Das kaiserliche Manifest wurde ausdrücklich abgelehnt. In Prag, wo Rasin mit geübter Verschwörertaktik alles vortrefflich vorbereitet hatte, übergaben am Abend des 28. Oktober die Feldmarschall-Leutnants Restranek und Janantoni dem tschechischen Nationalrat die Militärgewalt; der Rat nahm den Beamten den Eid ab und trat als Landesregierung auf. Mit Wien, so war die Losung, verhandeln wir überhaupt nicht mehr! Die Soldaten und Offiziere warfen die kaiserlichen Kokarden weg; der kaiserliche Adler am Postgebäude wurde heruntergerissen und mit Füßen getreten. Kramarcz wurde Ministerpräsident und Masaryk zum Präsidenten der tschechischen Republik gewählt.

Dem Kaiser Karl zerrann sein Reich unter den Händen; so versuchte er einen letzten Verzweiflungstreich: er ernannte statt des Freiherrn Burian am 24. Oktober den Grafen Andrássy zum Minister des Auswärtigen, und dieser machte alsbald am 27. Oktober ein Angebot eines Sonderfriedens („ohne den Ausgang anderer Verhandlungen, näm-

lich der deutschen, abzuwarten“). Das Angebot wurde erst am Tag vor der Abfindung in Berlin bekannt gegeben, ohne daß über das Angebot selbst eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Grafen Wedel oder mit dem auswärtigen Amt in Berlin stattgefunden hätte. Zugleich wurde für Oesterreich der Professor an der Wiener Universität *Lammajsch*, ein ausgesprochener Gegner des deutschen Bündnisses und Pazifist, zum Ministerpräsidenten ernannt. Er fand nichts mehr zu tun als das alte Oesterreich vollends zu liquidieren. Am 31. Oktober, an welchem Tag auch in Ofen-Pest die Revolution losbrach, wurde ein deutsch-österreichisches Ministerium aus allen Parteien unter dem Vorsitz des klugen und erfahrenen Sozialistenführers *Viktor Adler* gebildet, der aber schon am 11. November vor Ueberanstrengung starb. Im Namen des tschecho-slowakischen Staats sprach dessen Bevollmächtigter Tuszar das innigste Beileid am Tod „dieses treuen Demokraten und gerechten Mannes“ aus. Das Ministerium hatte einen stark nationalen Einschlag; die Würde eines Kanzlers erhielt der gemäßigte Sozialdemokrat *Renner*. Am 3. November wurde in Wien in allen Kasernen auf Befehl des Ministeriums ein Soldatenrat gewählt, der hälftig aus Offizieren, hälftig aus Soldaten bestand und als Beschwerdeannahmestelle gedacht war. Die Farben des deutsch-österreichischen Staats sollten rotweißrot sein. Am 11. November erließ der Kaiser, nachdem das Friedensangebot an *Wilson* nichts, aber auch gar nichts genügt hatte und die Waffenstillstandsbedingungen vom 4. November Oesterreich-Ungarn zur völligen Wehrlosigkeit herabgedrückt hatten, ein Manifest, in dem es hieß: „von unwandelbarer Liebe zu meinen Völkern erfüllt, will ich ihrer freien Entwicklung meine Person nicht als ein Hindernis entgegenstellen. Im Voraus erkenne ich die Entscheidung an, welche Deutsch-Oesterreich über seine künftige Entscheidung

trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte heute auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften. Gleichzeitig enthebe ich meine österreichische Regierung ihres Amtes.“ Am gleichen 11. November nahm die vorläufige deutsche Nationalversammlung, nachdem Verhandlungen mit den slawischen Staaten ergeben hatten, daß die Tschechen auf Deutsch-Böhmen nicht verzichten wollten, einstimmig ein Gesetz an, das die deutsch-österreichische Republik verkündigte und sie zugleich für einen Bestandteil der deutschen Republik erklärte, also die Habsburger und den österreichischen Staatsgedanken in aller Form für erledigt bezeichnete. Das ganze Deutschland soll es sein, o Gott vom Himmel sieh darein! war die Losung, die auch in Deutschland einen vollen Widerhall fand, soweit die eigenen Nöte den Sinn für anderes nicht ersticken. Besondere Gesetze sollen die Teilnahme Deutsch-Oesterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik regeln, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs der deutschen Gesetzgebung und Einrichtungen auf Deutsch-Oesterreich. Als Gesandter in Berlin wurde der Sozialist L u d o H a r t m a n n, Professor der Geschichte, bestimmt, der an der Reichskonferenz der deutschen Republiken in Berlin am 25. November teilnahm. Den Anschluß an Deutschland vertraten vor allem die Sozialdemokraten, die Anhänger des Nationalverbandes und die Christlichsozialen, denen freilich eine monarchische Gestaltung der Dinge an sich lieber gewesen wäre. Gegnerisch verhielten sich die Anhänger des Hauses Habsburg, die zwar zunächst ohne Bedeutung waren, aber auf die Bauern ihre Hoffnung setzten — aus Gefühlsgründen wie aus religiösen, würden diese monarchisch stimmen. Die Flucht Kaiser Karls nach der Schweiz war aber dieser Partei nicht nützlich. Die Tschechen suchten den Verlust Deutsch-

Böhmens mit Gewalt zu verhindern; am 12. Dezember besetzten sie unter der Leitung englischer und französischer Offiziere, welche ja überall freien Weg hatten, Karlsbad, dann Tetschen und Bodenbach, und die Entente suchte den Zusammenschluß der gesamten deutschen Nation nach allen Kräften zu hintertreiben, „damit nicht Deutschland stärker werde als vorher“. Am 11. Dezember mußte die deutschböhmische Regierung ihren Sitz nach Zittau in Sachsen verlegen, und der Präsident der tschecho-slowatischen Republik Masaryk erklärte am 22. Dezember, daß Deutschböhmen ein Bestandteil der Republik bleiben solle.

In Galizien kam es zu blutigen Kämpfen zwischen den Polen und den Ukrainern um Lemberg. Anfänglich fiel diese Stadt und auch Przemyśl den ersteren in die Hand; dann verloren sie sie wieder an die Ukrainer. Gegen die Juden fanden zur Zeit der polnischen Herrschaft furchtbare Pogrome in Lemberg statt, wobei u. a. über 100 Juden in einer Synagoge verbrannt worden sein sollen. Der Anschluß des Landes an den polnischen Staat wurde als selbstverständlich behandelt, und die unheilvolle Revolution in Deutschland spielte den Polen nach Auflösung des Ostheeres auch Posen in die Hand.

b. Ungarn. Am 1. Januar wurde mitgeteilt, daß von der 7. Krieganleihe Ungarn 3,6 Milliarden aufgebracht habe; Oesterreich 6. Bei dem Reichsrat lag damals eine von Bekerle eingebrachte Wahlreformvorlage, welche das Wahlrecht allen Staatsbürgern verlieh, die das 24. Lebensjahr zurückgelegt hatten, lesen und schreiben konnten, dazu allen Inhabern der Tapferkeitsmedaille, allen, die 10 Kronen Steuer zahlten, die ihrer Militärpflicht genügt hatten und die auf Grund behördlicher Zulassung ein Gewerbe ausübten. Auch die Frauen, welche den entsprechenden Anforderungen an Alter, Schulbildung und Leistungen genügten, sollten

wahlberechtigt sein. Wählbar sollte sein, wer das 24. Jahr zurückgelegt hatte und der magyarischen Staatsprache in Wort und Schrift mächtig war. Man rechnete aus, daß die Zahl der Wähler von 1,7 Millionen auf 2,9 steigen werde. Die Abstimmung sollte in den Städten geheim, auf dem Lande öffentlich sein. Alkoholverkauf am Wahltag wurde verboten, den Wählern an diesem Tag freie Eisenbahnfahrt zum Wahlort verheißen und die Strafen für Mißbrauch der Amtsgewalt bei den Wahlen verschärft. Allen Beamten, die als Kandidaten auftreten wollten, wurde der Urlaub verbürgt. Darauf erfolgte am 26. Januar eine Umbildung des Kabinetts, in das u. a. Graf Apponni, ein Führer der Opposition, als Minister für Kultus und Unterricht, Graf Zichy, auch ein Oppositioneller, das Haupt der klerikalen Volkspartei, als Minister am kgl. Hoflager eintraten. Die Partei des Grafen Michael Karolyi, die es mit der Entente hielt, wurde nicht beigezogen. Apponni und sein Freund Graf Julius Andrássy wurden dadurch gewonnen, daß Bekerle von König Karl die Zusicherung erlangte, nach dem Krieg solle das ungarische Heer „unter der Wahrung der Einheit der Verteidigung“ selbständig gemacht, also ein alter Wunsch eigentlich aller Magyaren erfüllt werden. Am 7. Februar bildete sich die neue Regierungspartei unter Graf Andrássys Führung. Die Wahlreform trat in zweite Linie, und da Graf Tisza's Anhang die Mehrheit des Abgeordnetenhauses ausmachte und er nach wie vor nur eine Reform zugeben wollte, welche die magyarische Vorherrschaft im Königreich nicht gefährde, so wurde die Vorlage schließlich in sehr abgeschwächter Form am 20. Juli im Abgeordnetenhaus, am 31. vom Magnatenhaus angenommen. „Die Zahl der magyarischen Wähler, sagte Tisza, hat sich zwar von 61,2% auf 61,6% erhöht; aber es ist zu fürchten, daß eine Zersplitterung eintritt, wie unter den Deutschen in Oesterreich, wo

43 deutsche Sozialisten nicht einmal die Indemnität bewilligten. Das allgemeine Wahlrecht hat in der ganzen Welt nichts hervorgerufen als Niedergang und Verwüstung“. Das Gezeß soll in seiner endgültigen Form fast einer Million Wähler das ihnen von Bekerle ursprünglich in Aussicht gestellte Wahlrecht wieder entzogen haben. Bekerle bot dem König Mitte Oktober seine Entlassung an; sie wurde aber abgelehnt, wie Bekerle im Parlament am 16. Oktober mitteilte. Am gleichen Tag gab er die Erklärung ab, daß, nachdem Oesterreich sich auf föderativer Grundlage organisiert habe, Ungarn sich auf den Standpunkt der reinen Personalunion stelle und sich politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig selbständig organisieren werde. „Den Krieg haben wir verloren; demgemäß wollen wir auf Grund der 14 Punkte Wilsons Frieden schließen und ihn für die ungarische Nation möglichst vorteilhaft gestalten. Wir sind es dem guten Ruf der ungarischen Nation schuldig zu betonen, daß die Neuorientierung unserer auswärtigen Politik nichts in sich begreifen kann, was als Treulosigkeit gegen unsere deutschen Bundesgenossen gedeutet werden könnte.“ (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und links.) Bekerle's Stellung war aber so erschüttert, daß die Meuterei eines kroatischen Regiments (Nr. 79) in Fiume (22. Oktober), das die südslawischen Farben anlegte und sich nicht entreißen ließ, und die Honvedkaserne und den Bahnhof in Besitz nahm, aber dann durch drei Szeklerbataillone entwaffnet wurde, seinen Sturz herbeiführte. Er erklärte nicht der Mann für die Lage zu sein, die ein Koalitionskabinett erfordere. Der König entsandte den Erzherzog Joseph als Homo regius (Königsmann, besonderen Bevollmächtigten) nach Pest, wo er am 28. Oktober einen Aufruf erließ, daß der König ihn beauftragt habe die vollständige Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns zu verwirklichen; im Innern solle das Wohl der breiten

Volkschichten Leitstern sein. Die Haltung Wilsons, der die tschechoslowakischen und südslawischen Bestrebungen völkerrechtlich anerkannte, wirkte auch auf Ungarn; im Abgeordnetenhaus nahmen Deutsche, Slowaken, Rumänen und Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch, wobei die Rumänen aber zunächst nicht den Anschluß an das Königreich Rumänien im Auge hatten, dessen Verhältnisse ihnen nicht verlockend erschienen, sondern eine völlige Autonomie im Rahmen des ungarischen Staats. Ungarn wurde jetzt gleichwohl von derselben Zerfetzung ergriffen wie Oesterreich. Da Graf Michael Karolji, der ein völliger Anhänger der Entente (und des gleichen Wahlrechts) war, als Ministerpräsident doch nicht annehmbar schien, so wurde am 30. Oktober Graf Hadik zum Ministerpräsidenten ernannt. Er fand bereits die Losfagung des kroatischen Landtags von dem 1000jährigen Verband mit Ungarn und dem Vertrag von 1868 und die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens vor (29. Oktober) und wurde durch einen Staatsstreich beseitigt, vermöge dessen der von Karolji geleitete „Nationalrat“ sich zum Leiter der Geschäfte Ungarns erklärte. Karolji leistete noch den Treueid für König Karl in die Hände des Erzherzogs Joseph (31. Oktober), ersuchte aber tags darauf um Loszählung von diesem Eid, die auch erfolgte. Am 31. Oktober wurde Graf Tisza durch einige Soldaten mit Revolvergeschüssen getötet. Am 16. November wurde auch in Ofen-Pest die Republik ausgerufen. Am 12. Dezember rückten französische Truppen in Ofen-Pest ein und bemächtigten sich des Generalfeldmarshalls Mackensen, der in einem Schloß bei Neusäß untergebracht und mit einem Teil seines Heeres festgehalten wurde. Die Kroaten schickten sich an mit allen Südslawen, also mit den Serben, den Bosniern und den Herzegowinern, eine südslawische Republik ins Leben zu rufen. Die rumänische Nationalversammlung beschloß am 1. Dezember, daß

alle Rumänen in Ungarn, Siebenbürgen und im Banat mit Rumänien sich vereinigen und das ganze Banat zwischen Theiß und Donau beanspruchen. Am 19. Dezember besetzten rumänische Truppen die Kohlenbergwerke von Petroseny und Jfitol.

c. Allgemeines. Am 17. Januar unternahm das als halbamtlich geltende „Fremdenblatt“ einen Vorstoß gegen den Fürsten Bülow, von dem es hieß, daß er sich zum Leiter der deutschen auswärtigen Politik berufen glaube. Das Vertrauen der österreichischen Regierung und der Völker Oesterreich-Ungarns genieße er nicht; ihren Wunsch möge er aus seiner Rechnung streichen; niemand habe die Rolle vergessen, die er in der Zeit spielte, welche der Kriegserklärung Italiens vorherging. Die Boffische Zeitung wollte indeß wissen, daß die Beziehungen des Fremdenblatts zum auswärtigen Amt am Ballplatz seit dem 1. Januar gelöst seien, also der Artikel nicht auf Graf Czernin zurückgehe. Dieser erklärte am 24. Januar in der österreichischen Delegation: „Wir wollen Frieden ohne Annexionen und Kompensationen; wir verlangen von Rußland keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer. Hinsichtlich der Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und Deutschland über das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker und der Räumungsfrage muß ein Mittelweg gefunden werden. Wir sind nicht in der Lage, daß wir lieber heute einen schlechten Frieden schließen müssen als morgen einen guten.“ Am 2. April äußerte er sich gegen den Wiener Bürgermeister Weiskirchner und die Obmänner des Wiener Gemeinderats: „Clemenceau hat vor Beginn der Offensive im Westen (also vor 21. März) bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich bereit sei und ein Hindernis nur erblicke in dem Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus

Paris geantwortet, daß auf einer andern Basis nicht verhandelt werden könne. Nun gibt es keine Wahl mehr. Wir geben Deutschlands Interessen nicht preis, wie es uns nicht verlassen wird. Die Treue der Donau ist nicht geringer als die deutsche Treue ... Es gibt drei Arten von Kriegsverlängerern: die Defaitisten, die immer um Frieden bitten und dem feindlichen Angriffsgeist immer neue Nahrung zuführen; die Annexionisten und gewisse Führer im tschechischen Lager, welche die Feinde zur Hoffnung aufstacheln, daß die Monarchie bald wehrlos sein werde. Der elende, erbärmliche Masaryk ist nicht der einzige seiner Art. Es gibt auch Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie!" Diese Worte erregten großen Zorn bei den Tschechen, hatten aber auch noch eine andere tiefgreifende Wirkung. Clemenceau bestritt am 6. April, daß er an Oesterreich-Ungarn Eröffnungen gemacht habe; darauf antwortete Czernin am 7. April, daß im Juli 1917 Graf Revertera durch eine neutrale Mittelsperson im Namen der französischen Regierung aufgefordert worden sei, mitzuteilen, ob er Eröffnungen an die österreichische Regierung entgegennehmen könne. Auf seine bejahende Antwort traf im Auftrag des Kriegsministers Painlevé und mit Zustimmung des Ministerpräsidenten Ribot am 7. August der Major Graf Armand in Freiburg in der Schweiz mit seinem weitläufigen Verwandten Revertera zusammen; die Verhandlungen blieben aber ohne Ergebnis. Nach langer Pause, im Januar 1918, nahm Armand im Auftrag Clemenceaus wieder Fühlung; am 23. Februar fanden abermals Besprechungen statt, scheiterten aber wegen Elsaß-Lothringens. Czernin gab zu, daß auch von ihm in diesem oder einen ähnlichen Fall die Vorhand ergriffen worden sein möge; er halte es für keinen Vorwurf Friedensversuche gemacht zu haben. Das Wesentliche sei nicht, daß Verhand-

lungen eingeleitet wurden, sondern daß sie sich zerschlagen hätten. Darauf erwiderte wieder Clemenceau, daß Kaiser Karl selbst in einem Brief an die französische Regierung den Ansprüchen Frankreichs auf Elsaß-Lothringen beigepflichtet habe. Diese Behauptung rief ein Telegramm Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm vom 10. April hervor, worin er „diese erlogene Behauptung mit Entrüstung zurückwies.“ „Ich kämpfe für deine Provinzen genau so, als gälte es meine eigenen Lande zu verteidigen. Zwischen mir und dir, zwischen deinem und meinem Reiche besteht vollkommene Solidarität. Keine Intriguen, von wem sie immer ausgehen mögen, werden unsere Waffenbrüderschaft gefährden.“ Auf dies veröffentlichte Clemenceau am 12. April einen Brief des Kaisers an seinen Schwager, den Prinzen Sixt v. Bourbon, in dem die fraglichen Sätze enthalten waren. Der Kaiser Karl bezeichnete aber den Brief als gefälscht; in Wahrheit habe er geschrieben: *e r w ü r d e* die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen *u n t e r s t ü t z e n*, wenn sie *g e r e c h t* *w ä r e n*; das seien sie aber nicht. Von Belgien, dessen Herstellung einschließlicly seiner Kongo-Kolonie und dessen Entschädigung für die Kriegsleiden der Kaiser verlangt haben sollte, sei im echten Brief gar nichts gestanden. Darauf entgegnete Clemenceau wieder: der Originalbrief sei dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt und von diesem Ribot in Abschrift eingehändigt worden. Der Prinz (der in belgischen Diensten steht) sei zweimal bei Poincaré gewesen; das wäre nicht möglich gewesen, wenn der Prinz einen Brief in der Hand gehabt hätte, der das französische Recht auf Elsaß-Lothringen bestritt. „Kaiser Karl, in der Unmöglichkeit das Gesichte zu wahren, schwagt wie ein Irresinniger“. Den Schluß machte ein Telegramm des Kaisers Karl an den deutschen Kaiser: „Die Anschuldigungen Clemenceaus gegen mich sind so niedrig, daß ich nicht gesonnen bin über die Sache ferner

zu reden. Unsere weitere Antwort geben meine Kanonen im Westen. In treuer Freundschaft Karl, Wien 14. April.“ Am gleichen Tag erhielt der Graf Czernin auf sein Gesuch „allergnädigt“ seine Entlassung. Der Grund war, daß er von dem Brief des Kaisers an seinen Schwager vorher nicht in Kenntnis gesetzt war; eine solche Behandlung wichtigster Staatsfachen konnte er in der Tat nicht hinnehmen, und nun wurde er, der bei Kenntnis des Briefes seinen Vorstoß vom 2. April sicher unterlassen hätte, auch noch als Sündenbock in die Wüste gejagt. Zu seinem Nachfolger wurde Baron B u r i a n von Rajacz ernannt, der schon sein Vorgänger gewesen war. Der Chef des Generalstabs des Feldheeres, C o n r a d v. H ö h e n d o r f, erhielt am 13. Juli ebenfalls aus unbekanntem Gründen seine Entlassung. Am 30. wurde amtlich festgestellt, daß aus Schriftstücken, die bei italienischen Gefangenen gefunden wurden, sich ergab, daß die Absicht des am 15. Juni versuchten Vorstoßes über den Piave durch Verräterei eines gewissen Rudolf Paprekar und eines Leutnants Karl Stiny, eines fanatischen Jungtschechen, den Italienern vorher bekannt geworden war; sie hatten also Muße gehabt sich darauf einzurichten. Hierher gehört, daß der frühere Privatdozent der Soziologie der Hochschule zu Prag, Dr. B e n e š, in seiner Schrift: *détruisez l'Autriche!* (zerstört Oesterreich!) behauptet hat, daß von 600 000 tschecho-slowakischen Soldaten zu Anfang 1916 nicht weniger als 350 000 zu den Russen und Serben übergelaufen seien. Das 18., 28., 35., 36. und 88. Regiment gingen vollständig über, wobei das letztgenannte durch preußische Garde und ungarische honveds (Landwehr) unter ein Kreuzfeuer genommen wurde. „Alle tschechischen Parteien, sagte Benesč, waren entschlossen Oesterreich keine Treue zu halten; trotz der Zensur brachten die tschechischen Blätter feindselige Aufsätze; das Volk zeichnete keine Kriegsanleihe und lieferte der Regierung

keine Lebensmittel.“ So sahen unsere (von der Königlich-Preussischen Zeitung zu Kriegsbeginn als ein westliches Kulturvolk im Gegensatz zum östlichen Rußland angesehenen) Bundesgenossen tschechischer Nation aus!

Die Umwälzung im Innern Oesterreichs, von der oben die Rede war, führte zu einer völligen Auflösung der Donaumonarchie. Davon hat schon bei Oesterreich gesprochen werden müssen und es wird bei der Darstellung des Kriegsendes darauf zurückzukommen sein.

IV.

Rußland.

Die verfassunggebende Nationalversammlung, die Ende 1917 gewählt war, wurde am 18. Januar eröffnet und erkor mit 244 gegen 151 Stimmen, die auf die Bolschewistin Frau Spiridonowa fielen, den Gemäßigten Tschernow zum Präsidenten. Die Quittung erhielt sie sofort; am 19. wurde sie durch bolschewistische Matrosen gesprengt und unter der Erklärung, daß der ganze bürgerliche Parlamentarismus veraltet sei, die Gewalt den Sowjets übertragen, d. h. den von der proletarischen Masse gewählten Arbeiter- und Soldatenräten, deren Führer der Russe Lenin und der Jude Troßky (Blaustein) waren. Der „Rat der Volkskommissäre,“ d. h. das Ministerium, gab am 17. Januar die Absicht kund, die gesamte innere und ausländische Staatsschuld für null und nichtig zu erklären, als von der Bourgeoisie und nicht vom Volk aufgenommen. Am 25. Januar wurde verfügt, daß die Angehörigen der Marine dieselben Rechte wie die Angehörigen des Heers haben sollten, daß sie also an allen Vereinen teilnehmen und

ihre Vorgesetzten wählen und absetzen dürften. Die Morning-Post schrieb damals: „unsere Begeisterung für die Demokratie ist durch die russischen Ereignisse sehr abgekühlt. In Brest-Litowsk, im Verkehr mit den Deutschen, gebärden sich die Bolschewiki demokratisch; in St. Petersburg spielen sie den Zaren. Dort sind sie für Selbstbestimmung, hier für Militärgewalt; dort für den Krieg gegen den Krieg, hier für Maschinengewehre.“ Am 3. Februar nahm der Hauptkongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die Annullierung der Staatschuld und überdies ein Gesetz an, das alle bisherigen Eigentumsrechte am Lande aufhob und das Land bloß solchen vorbehielt, welche das Land selbst bearbeiten. Die Gehälter für die Geistlichkeit wurden aufgehoben, Staat und Kirche getrennt, alle Kirchengüter verstaatlicht, die Kirchen und Kultgegenstände aber den Religionsgesellschaften zu kostenlosem Gebrauch belassen, die Verpflichtung zum Besuch des Religionsunterrichts für erloschen erklärt, der religiöse Eid abgeschafft. Der Patriarch von Moskau antwortete auf diese Beschlüsse mit dem großen Kirchenbann, und als das Alexander-Newski-Kloster in St. Petersburg in Beschlag genommen wurde, veranstalteten tausende von russischen Frauen einen Sühn- und Bittumgang. Am 10. Februar wurde der Beschluß vom 3. über die Staatsanleihen bekannt gegeben, mit der Maßgabe, daß minder bemittelte Bürger (ein Begriff, den ein besonderer Ausschuß genauer feststellen sollte) bis zu 10 000 Rubel Ersatz in Anteilscheinen einer neuen Anleihe erhalten sollten, welche die russische soziale föderierte Räterepublik aufnehmen werde. Die Einlagen in Sparklassen wurden für unantastbar erklärt. Die besonderen Ausschüsse erhielten das Recht Ersparnisse, welche nicht durch Arbeit erworben seien, selbst wenn sie 5000 Rubel nicht übersteigen, für nichtig zu erklären. Am 12. Februar nahm der Volksrat alle Schiffsunternehmungen, Aktiengesell-

schaften und Großkaufhäuser als Staatseigentum in Anspruch und wies die Kapitalien der früheren Privatbanken der neu zu errichtenden Volksbank zu. Ab 1. Februar alten Stils = 14. Februar neuen Stils wurde der gregorianische Kalender eingeführt. Allen gegen diese Verfügungen erhobenen Klagen und Bedenken (auch des Auslandes) zum Trotz befahl der oberste Wirtschaftsrat am 8. März, daß das Gesetz über die Nichtigkeit der Staatsschuld sofort ausgeführt werde. Trotz wurde am 9. März zum Volkskommissär für das Auswärtige ernannt. Am 10. März verfügte Lenin die Verlegung der Residenz nach Moskau. Er wurde am 31. August nach einer Rede, die er in einer Arbeiterversammlung hielt, von zwei Frauen in ein Gespräch über Nahrungszufuhr verwickelt und von einem Mädchen Dora Kaplan zweimal in die Brust geschossen, wobei der Schulterknochen zersplittert und die Lunge verletzt wurde. Der Volkskommissär für das Innere, Uritskij, wurde von einem Fanatiker erschossen. Lenin kam aber doch mit dem Leben davon. Am 3. September wurde eine Verschwörung entdeckt, welche der englische Spion Vothart zum Sturz der Bolschewiki als der Verfechter des Friedens angezettelt hatte. Er hatte 1 200 000 Rubel zu Bestechungen verwendet, damit Hungerkrawalle hervorgerufen und Truppen zum Abfall verleitet würden. Es sollte eine neue Regierung, ein Direktorium von 3 Männern, eingesetzt und der Krieg an Deutschland wieder erklärt werden. Alle diese Dinge wurden durch eine Hausdurchsuchung in der englischen Botschaft zu St. Petersburg attennmäßig festgestellt. Am 21. September wurde gemeldet, daß nach der Prawda die Entente nicht weniger als 111 888 000 Rubel zum Zweck der Hervorrufung einer Revolution aufgewandt hatte. Da die Bolschewiki nicht davon abließen, in den übrigen europäischen Ländern ihre Grundsätze auszubreiten, brachen — ganz abgesehen von der Entente —

Deutschland, die Niederlande und die Schweiz im November alle Beziehungen zu Rußland ab, riefen ihre Vertreter zurück und stellten den Russen ihre Pässe zu. In Berlin wurde z. B. am 4. November entdeckt, daß der Kurier Joffe's Kisten mit blutrünstigen Aufrufen mitgebracht hatte, die für die Spartakusleute bestimmt waren, und auf dies am 5. der Bruch vollzogen. Die Speisekarten der Russen zeigten, daß die Bolschewiki so gut wie der satteste Bourgeois zu schmausen verstehen. Eine solche, im vornehmsten Papiergeschäft unter den Linden gedruckt, lautete:

Ambassade de Russie, diner 21 août 1918.

Hors d'oeuvres. Potage à l'orge parlé (Gerstensuppe).
 Truites (Forellen) au champagne. Canards rôtis
 (Entenbraten). Salade romaine. Sellerie à la Meille.
 Glaces (Eis) de Melba. Dessert (Nachtsch.)

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wurden am 10. Januar wieder aufgenommen, weswegen der englische Botschafter Buchanan schon am 3. Januar St. Petersburg verließ, um über Haparanda nach London zurückzukehren. Die Russen sperren sich namentlich bei der Frage, wer berechtigt sei für die Randländer zu sprechen, die bestehenden Körperschaften oder die ganze Volksmasse, dermaßen, daß General Hoffmann am 12. Januar erklärte: „Die russische Abordnung spricht gerade so, als ob die Russen siegreich in Deutschland stünden und die Bedingungen vorschreiben können. Die Tatsachen sind aber umgekehrt: wir stehen in Ihrem Land! Die kurländische Landesversammlung hat schon am 17. September 1917 sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnet und den Schutz des Deutschen Reiches angerufen. Am 11. Dezember 1917 hat der litauische Landrat, der von den Litauern in und außerhalb des Landes als die einzig be-

vollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch von der staatlichen Verbindung mit andern Völkern abgetrennt zu werden ausgesprochen. Am 27. Dezember 1917 hat die Stadtverordnetenversammlung von Riga eine ähnliche Bitte an die deutsche Regierung gerichtet, und ihrer Bitte hat sich die Rigaer Kaufmannskammer (die auch an die Stuttgarter Handelskammer ein Schreiben dieses Inhalts richtete), die Großgilde, 70 Rigaer Vereine und die Vertreter der Landbevölkerung angeschlossen. Endlich haben im Dezember 1917 Vertreter der Ritterschaft und der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden der Inseln Oesel, Dagö und Moon in verschiedenen Rundgebungen sich von ihren bisherigen Beziehungen zu Rußland losgesagt. Das sind rechtlich gültige Erklärungen; die Regierung der Bolschewiki dagegen gründet sich bloß auf die Macht, nicht auf das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes; erst am 31. Dezember haben sie die weißrussische Nationalversammlung mit Bajonetten und Maschinengewehren gesprengt und der Ukraine ein Ultimatum mit Waffendrohung gestellt.“ Ein zweiter Gegenstand der Meinungsverschiedenheit war, daß die Russen verlangten, die Volksabstimmung solle erst nach dem Abzug der deutschen Truppen stattfinden. Die Deutschen lehnten das ab, weil dann voraussichtlich die Bolschewiki einrücken und ihrerseits einen Druck ausüben würden. Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge; die Russen ließen ihren radikalen Ansichten freien Lauf und redeten offenbar zum Fenster hinaus, um in Deutschland auf ihre Gesinnungsgenossen aufreizend zu wirken. Da machte Trozkij diesem Spiel selbst ein Ende, indem er am 10. Februar den Kriegszustand ohne förmlichen Friedensschluß für beendet erklärte und die Entlassung des russischen Heeres anordnete, bzw. sie, die sich von selbst durch Weglaufen vollzog, anerkannte. Deutscherseits ließ man sich

auf eine dermaßen formlose Erledigung der Sache, welche keinerlei Bürgschaft der Dauer bot, natürlich nicht ein. Am 11. Februar reisten die Diplomaten des Vierbundes aus Brest ab, und am 16. Februar erfolgte nach einer Beratung im deutschen Hauptquartier die Erklärung: „mit dem Verzicht auf den Frieden hat das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Diese Nachricht ist der Kündigung gleich zu achten. Diese ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich nach jeder Richtung freie Hand vorbehalten.“ Am gleichen Tage erschien in Danzig eine Gesandtschaft Bevollmächtigter des estnischen Kleingrundbesitzes der Kreise Dorpat, Fellin und Pernau und bat um Befehung der genannten Kreise durch das deutsche Heer, da die Bolschewiki greulich daselbst haufen. Ein gleiches Gesuch kam von den Deutschen von Hapsal und von den deutschfreundlichen Esten. Ebenfalls am 16. Februar erließ die nach Brest gekommene ukrainische Abordnung einen Aufruf an das deutsche Volk, worin geklagt wurde, daß die Bolschewiki Banden losgelassen hätten, welche das Dasein der Ukraine bedrohen; das deutsche Heer habe die Macht zu helfen: es möge sie gebrauchen — „wir wissen, daß unsere Stimme gehört werden wird.“ Die von Kiew, das am 17. Februar von den Bolschewiki erobert wurde, nach Schitomir geflohene ukrainische Rada erließ am 19. Februar einen Funkspruch „an alle,“ in dem es hieß: „der eigentliche Grund, warum die Großrussen uns vernichten wollen, ist der natürliche Reichtum der Ukraine an Getreide, Zucker und andern guten Dingen. Es ist die alte historische Gewohnheit des unersättlichen großrussischen Volks, unseres alten Bedrückers, uns auszusaugen und zu berauben. Die Bolschewiki haben sich in nichts von dem Gedanken des zaristischen Ausbeutertums entfernt. Warum rauben sie nicht im Dongebiet, obwohl dort auch viel Korn wächst? Weil dort Groß-

russen sind, welche geschont werden, obwohl sie Gegner der bolschewistischen Revolution sind. Hört uns und steht uns bei, alle, alle, alle!"

Diese Stimmen konnten nicht überhört werden, und die deutsche Regierung beschloß zu helfen und die Russen mit den Waffen zum Frieden zu nötigen. Am 19. Februar wurden Dünaburg und Luczt besetzt, am 20. Minsk. Sofort erklärte der Rat der Volkstommissare am 20. durch Funkpruch, daß er (der am 18. die Entlassung des Heeres bestätigt hatte) angesichts der Lage bereit sei, den allgemeinen Frieden unter den von dem Vierbund gestellten Bedingungen anzunehmen. So lange darüber aber kein Einvernehmen erzielt war, dauerte unser Vormarsch an. Am 20. Februar rückten wir in Rowno ein, am 23. in Dubno. Im Norden gingen die Deutschen über den gefrorenen Moonsund und besetzten am 26. Sapjal, Wolmar und Wenden, in dessen Nähe sie alle Herrensitze von den russischen Banden verbrannt fanden, so daß nur noch die Mauern standen; im letzten Augenblick verhafteten die Bolschewisten noch 100 angesehenen Bürger von Wolmar und erschossen sie zum Teil im nahen Wald, mit ihnen eine 62jährige Frau. Estnische Truppen stellten sich unter deutschen Oberbefehl und fochten gemeinsam mit ihnen gegen die Banditen. Da ist es begreiflich, daß die Kopenhagener Berlingske Tidende schrieb: „Deutschland führt einen Kampf zum Schutze der Menschheitswerte gegen die blutige Anarchie.“ Am 25. Februar fielen Pernaun und die jedem Deutschen besonders teure Universitätsstadt Dorpat in die Hände der 18. Sturmkompanie und der 1. Schwadron des 16. Husarenregiments. Am 25. nahm Generalleutnant Frhr. v. Sedendorff nach einem Gefecht auch Reval. Zahlreiche Städte Livlands flaggten bei unserem Einmarsch. Süd-

lich von Plestau (Pßlow) fanden unsere Truppen noch starken Widerstand, brachen ihn aber und besetzten auch diese Stadt. Den Schluß machte die Einnahme von Narwa. In der Ukraine, an deren Befreiung sich die Oesterreicher anfangs nicht beteiligten, drang v. Linsingen bis Borissow an der Beresina vor (von 1812 her bekannt); Kiew wurde am 1. März von seinen Drängern befreit, und die Deutschen bemächtigten sich des Hafens von Odessa, Rostows am Don und zogen in der Krim ein, wo sie von den wohlhabenden und zahlreichen deutschen Kolonisten freudig empfangen wurden. Hier fanden sie die Zarinmutter und eine Anzahl Großfürsten, welche des deutschen Schutzes froh waren.

Angeichts dieser Erfolge beschloß der Hauptauschuß der Volkskommissäre am 24. Februar mit 126 gegen 85 Stimmen bei 26 Enthaltungen das deutsche Ultimatum anzunehmen, das nach der Mitteilung des Unterstaatssekretärs v. d. Busche vom 26. so lautete: 1) Der Krieg ist beendet; beide Nationen leben fortan in Frieden und Freundschaft. 2) Westlich der in Breßl genannten Linie, die von Dünaburg bis zur Ostgrenze von Kurland erstreckt wird, unterstehen die Gebiete der Hoheit Rußlands nicht mehr; aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland erwachsen ihnen keine Verpflichtungen. Deutschland und Oesterreich beabsichtigen das künftige Schicksal dieser Länder im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu regeln. Die östlich davon gelegenen Gebiete wird Deutschland nach dem allgemeinen Frieden räumen. 3) Livland und Estland werden von den russischen Truppen und der „roten Garde“ (den bolschewistischen Banden) geräumt und von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Einwohner sind sofort frei zu lassen. 4) Rußland schließt alsbald Frieden mit der ukra-

inischen Volksrepublik. Die Ukraine und Finland werden ohne Verzug von den russischen Truppen und der roten Garde geräumt. 5) Geräumt werden sofort die anatolischen Gebiete des ottomanischen Reiches, also die Bezirke Erduhan, Kars und Batum. Deren Bevölkerung hat das Recht, ohne russische Einmischung ihre staatlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten (d. h. der Türkei) durchzuführen; die Abschaffung der Kapitulationen wird anerkannt. 7) Das russische Heer wird einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile auf Friedensfuß gesetzt. 8) Die russischen Kriegsschiffe und die der Entente gehörigen werden in russische Häfen überführt. 9) Die Handelschiffahrt im schwarzen Meer und in der Ostsee wird sofort wieder aufgenommen, die Minen weggeschafft. 10) Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rußland von 1904 tritt sofort wieder in Kraft; alsbald werden Verhandlungen über einen neuen eröffnet, der die Meistbegünstigungsklausel bis mindestens 1925 enthalten muß. 11) Für Zivilschäden und den Aufwand auf die Kriegsgefangenen wird Ersatz geleistet. 12) Rußland verpflichtet sich jede Propaganda gegen die verbündeten Regierungen und ihre staatlichen und Heereseinrichtungen auch in den von Deutschland und Oesterreich besetzten Gebieten einzustellen. 13) Diese Bedingungen sind binnen 48 Stunden anzunehmen, russische Bevollmächtigte nach Brest zu senden, dort der Frieden binnen 3 Tagen zu unterzeichnen und binnen 14 Tagen für gültig zu erklären. Auf dieser Grundlage wurde am 3. März in Brest der Friede unterschrieben, für das Deutsche Reich durch v. Kühlmann, für Oesterreich-Ungarn durch Graf Czernin, für Bulgarien durch dessen Gesandten in Wien Tomaschow, für die Türkei durch den ehemaligen Großwesir Hakkı. Die bolschewistische Versammlung in Moskau genehmigte den

Frieden am 15. März mit 453 gegen 30 Stimmen. Bemerkenswert sei noch, daß die Beute, welche die deutschen Truppen im Osten seit 1. Dezember 1917 gemacht hatten, sich auf 3633 Kanonen, 7103 Maschinengewehre, 86 Grabenwaffen, 128 000 Gewehre, 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos, 800 Lokomotiven, 8000 Eisenbahnwagen belief; die Zahl der Gefangenen betrug 120 443. Das „Swenska Dagbladet“ von Stockholm aber schrieb: „mit dem Frieden von Brest ist das Ende der weltzerstörenden Ueberschwemmung der russischen Revolution gekommen. Wenn es ein Land gibt, das den Ehrennamen des Beschützers der kleinen Nationen verdient, so ist es Deutschland.“ Die Anhänger der „östlichen Orientierung“ freilich, die Deutschland mit Rußland gegen England verbündet sehen wollten, deren Wortführer Bernhard in der Bostischen Zeitung war, waren der Ansicht, daß wir mit der Verkleinerung Rußlands nur England und Japan genügt hätten; Indien sei nunmehr vor einem russischen Angriff sicher, und Japan könne sich Sibirien als Ziel seiner Ausbreitung wählen, statt Südostrasiens, wo es mit England zusammenstoßen müßte; auch brauche es eine Anlehnung an Deutschland nicht mehr. Der Vorwurf, daß der Brestener Friede ein brutaler Gewaltfriede sei, läßt sich angesichts seines Inhalts nicht aufrecht erhalten. Von Rußland wurde kein Pfennig Bußgeld verlangt, und nur die Länder von ihm abgetrennt, welche sich selbst loslösten; Livland und Estland wurden Rußland sogar noch belassen. Den Eindruck der Gewalt rief nur die Stellung des Ultimatums hervor; dies aber war durch das hinterhältige Hinziehen der Verhandlungen durch Trojky notwendig geworden.

Der Zar Nikolaus II. wurde am 5. März samt seiner Familie von Tobolsk, wo die Bauern ihm zur Flucht behilflich sein wollten, auf Befehl der Sowjets nach Zekaterinenburg gebracht. Um diese Zeit wurden die tschecho-

slowakischen Truppen, welche teils gefangen, teils übergelaufen waren und gegen Deutschland mitgekämpft hatten, der Regierung gefährlich, weil sie von ihr, die mit Deutschland Frieden geschlossen hatte, nichts mehr wissen wollten. Von England aufgereizt und unterstützt, ergriffen sie die Waffen gegen die Bolschewiki. Als Gefahr bestand, daß sie sich des Zaren bemächtigen könnten, wurde dieser am 16. Juli in Jekaterinenburg auf Befehl der Sowjets von der „roten Uralrepublik“ erschossen, damit er nicht von der Gegenrevolution auf den Schild gehoben werde. Nach den vorliegenden Berichten brach er auf dem Gang zum Richtplatz (vor welchem ihm nur drei Stunden Zeit zur Erledigung seiner Angelegenheiten gelassen waren) zusammen, wurde aufgerichtet und an einen Pfahl gestellt, und während er etwas sagen wollte, krachten die Salven. Georg V. von England ordnete eine Zwöckige Hoftrauer für den Zaren an — zu seiner Rettung hatte er nichts getan. Am 6. Dezember traf nach Reuter die Bestätigung ein, daß die Bolschewiki in Ulapjezk die Großfürsten Sergius, Nikolaus Nikolajewitsch, die Großfürstin Elisabeth Feodorowna und die Prinzen Johannes, Konstantin, Nikolaus und Paul ermordet hätten. Die Leichen wurden in einen Bergwerkschacht geworfen. Nach russischen Blättern wurde auch die Kaiserin mit ihren 5 Kindern von derselben Bande ermordet. Die Tschechoslowaken machten längere Zeit erhebliche Fortschritte und besetzten Simbirsk an der Wolga, wurden aber schließlich wieder zurückgeworfen. An der Murmanküste landeten die Engländer eine Heeresabteilung, besetzten am 5. August Archangel und veranlaßten die Errichtung einer von Moskau unabhängigen „Eismeer-Republik“, welche natürlich nur ein Feigenblatt für die englischen Eroberungsabsichten bilden sollte; auch im Eismeer wollte England herrschen. Daß die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach (der am 6. Juli „nach Beschluß

des Zentralkomités der Sozialrevolutionäre“ in Moskau durch einen gewissen Blumkin in seinem Empfangszimmer mit Handgranaten getötet wurde) auch mit englischen Umtrieben zusammenhängt, ist wahrscheinlich. Der Auslandskommissär Tschitscherin drückte sofort persönlich und für die Regierung seine Entrüstung über die grauenvolle Tat aus; der Aufruhr der Sozialrevolutionäre wurde niedergeschlagen, nachdem sie zwei Stunden das Hauptpostamt in ihrer Hand gehabt hatten. Die Bestrafung der Mörder Mirbachs ließ aber solange auf sich warten, daß auch dies zu dem Abbruch der Beziehungen am 5. November mitwirkte. Dieser Abbruch wurde dadurch herbeigeführt (S. 91), daß man in Berlin entdeckte, daß die Kuriere Toffe's ganze Kisten mit Flugblättern über die Grenze schmuggelten, in denen die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Umsturz nach dem Wunsch der „Spartakusgruppe“ aufgehetzt wurden. Auch rühmte sich Toffe durch Geld diese Richtung durch Vermittlung des Unabhängigen Cohn-Nordhausen unterstützt zu haben. Infolgedessen wurden der russischen Gesandtschaft alsbald ihre Pässe zugestellt.

Die baltischen Lande waren mit dem in Brest Erreichten nicht völlig zufrieden; sie wünschten 1) völlig von Rußland loszukommen, was nur Kurland, Riga und den drei Inseln gelungen war, und 2) zu einem Ganzen unter dem Szepter der Hohenzollern vereinigt zu werden. Der kurländische Landesrat ersuchte den Kaiser am 8. März, die Herzogswürde von Kurland anzunehmen und das Land durch Abschluß von Verträgen über das Militär-, Verkehrs-, Eisenbahn-, Münz- und Gewichtswesen möglichst enge an das Deutsche Reich anzuschließen, „in der Hoffnung, daß das ganze Baltienland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde.“ Am 12. März gelobte die livländische Ritterschaft durch ein

Telegramm dem Kaiser unwandelbare Treue; die Livländer, die Bewohner der ältesten deutschen Kolonie, werden immerdar mit Gut und Blut für die Größe des deutschen Vaterlandes eintreten. Am 15. März erschien eine Abordnung des kurländischen Landesrats (der der 20köpfige Ausschuss des aus 27 großen und 27 kleinen Grundbesitzern, aus 4 Rittern, 5 Geistlichen, 17 Städtern, hälftig Deutschen, hälftig Letten, bestehenden Landesversammlung ist) in Berlin und bot dem Kaiser die Herzogskrone von Kurland an. In dessen Auftrag antwortete der Reichskanzler Graf Hertling, daß das Herzogtum vom Deutschen Reich anerkannt und ihm dessen Schutz und Schirm beim Aufbau seiner Verfassung zugesichert werde. Der Kaiser empfinde tiefe Freude über den Antrag und werde nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen seine Entscheidung treffen. Die künftige Verfassung müsse auch eine Landesvertretung auf breiter Grundlage enthalten. Als Bevollmächtigter des Reichskanzlers für die baltischen Angelegenheiten wurde Graf Keyserling ernannt. Am 18. April beschloß der e s t n i s c h e L a n d t a g, daß das Land unter deutschen Schutz treten solle, und am 28. faßte der vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Oesel im Schloß zu Riga einstimmig mit großer Begeisterung den Beschluß, den Kaiser zu bitten, daß 1) das Reich Livland und Estland dauernd unter seinem militärischen Schutz behalte und sie bei ihrer endgültigen Loslösung von Rußland wirksam unterfüge; 2) den Wunsch auszusprechen, daß die genannten Lande mit den vorgelagerten Inseln ein einheitlicher, monarchischer und verfassungsmäßiger Staat werden und durch Personalunion unter dem König von Preußen an das Deutsche Reich angeschlossen werden. Militär-, Münz-, Verkehrs-, Zoll-, Maß- und Gewichtsverträge sollten mit Deutschland vereinbart werden. Der vereinigte Landesrat bestand aus 58 Mit-

gliedern, nämlich 3 deutschen Rittern, 3 deutschen Landgutsbesitzern, 13 Vertretern der Landgemeinden (9 Letten und 4 Esten), 20 Städtern (und zwar 13 Deutsche, 5 Letten, 2 Esten), 7 Geistlichen (4 deutschen, 1 Lette, 2 Esten), 1 Abgeordneter der Universität Dorpat und 1 des Gebiets von Petschori. Zusammen ergibt das 34 Deutsche, 16 Letten, 8 Esten. Der Kaiser antwortete am 14. April aus seinem Hofzug, daß er Gott danke, daß er ihn habe das Werkzeug der Befreiung der alten Ordenslande werden lassen und daß der ihm vorgetragene Wunsch mit Wohlwollen werde geprüft werden. Im Gegensatz zu dem vereinigten Landesrat stand der „estnische Nationalrat“, der aus radikalen und deutschfeindlichen Elementen bestand und am 4. Mai den englischen Auslandsminister Balfour ersuchte auf der Friedenskonferenz für Estlands Unabhängigkeit so weit als nur möglich einzustehen. Das auswärtige Amt in Berlin übermittelte die Erklärung der beiden Länder, wodurch sie sich von Rußland lossagten, am 19. Mai an den Gesandten der russischen Republik Joffe, der das Schriftstück nach Moskau weiter gab. Als Rechtsgrundlage machte das Schriftstück geltend, daß durch die „Abdankung“ des Zaren der Vertrag von 1710 erloschen und die Souveränität an die Ritter- und Landschaften zurückgefallen sei. Diese stützten sich außerdem auf Beschlüsse von 239 Vereinen und Verbänden, welche noch vor dem Einrücken der Deutschen den Anschluß an Deutschland verlangten und den Anstoß zu Landesversammlungen gegeben hätten, die dann aus ihrer Mitte den vereinigten Landesrat wählten. Der Brester Friede regle wohl das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland, das Recht binde die zwei Länder aber nicht an Rußland; vielmehr hätten sie das Recht freier Entscheidung über ihr Schicksal. Die Beschlüsse der verfassungsmäßigen Körperschaften der beiden Länder seien unwiderrufliche. Interessant ist, daß die „inter-

nationale Korrespondenz“ der Mehrheit der Sozialdemokratie im Juni 1917 schrieb: „Der estländische Landtag, welcher die Loslösung verlangt, ist nicht der Vertreter einer kleinen Anzahl von Abhängigen, sondern auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt, was Toffe in seiner Note (worin er den Empfang einer Abordnung ablehnt) einfach verschwiegen hat.“ Zur Kräftigung des Deutschtums erließ Hindenburg als Chef des Generalstabs des Feldheeres am 2. Juli eine Verordnung, laut deren alle Gutbesitzer, welche 660 Hektar Boden und darüber hatten, ein Drittel davon der Landgesellschaft Kurland zu Friedenspreisen verkaufen sollten, damit deutsche Bauern angesiedelt und das großartige Kolonisationswerk vollendet werden konnte, das im 13. Jahrhundert machtvoll begonnen, im 15. aber stecken geblieben war. Auf Wunsch der russischen Regierung fanden in Berlin Verhandlungen über die Ergänzung des Brester Friedens statt, die am 27. August zu drei Ergänzungsverträgen führten. Im ersten wurden Livland und Estland aus dem Verband mit Rußland entlassen. Im zweiten wurde vereinbart, daß Rußland seinem eigenen Vorschlag gemäß für den Unterhalt seiner Gefangenen und als Ersatz für Zivilschäden im Krieg 6 Milliarden Mark bezahlen solle. Im dritten Abkommen wurden privatrechtliche Fragen geregelt. Am 3. September nahm der russische Sowjet mit über 250 gegen 2 Stimmen diese Verträge an. Damit war das ganze baltische Land rechtlich frei; dagegen verpflichtete sich Deutschland weitere Ablösungen von Rußland nicht mehr anzuerkennen und namentlich Weißrußland zurückzugeben. Unter großer Beteiligung und Festesstimmung wurde am 15. September die Universität Dorpat, welche Zar Alexander III. gewaltsam in Jurjew umgenannt und russifiziert hatte, wieder eröffnet, am 1. Oktober auch die dortige tierärztliche Hochschule.

Leider hat der Zusammenbruch unserer Widerstandskraft alle die herrlichen Hoffnungen der Balten vernichtet. Im Waffenstillstand vom 11. November wurde die Zurückziehung der deutschen Truppen hinter die Grenzen des 1. August 1914 befohlen; die baltischen Deutschen verständigten sich mit dem gemäßigten Teil der Esten und Letten und es wurde in Reval die Republik Esti, in Riga die lettische Republik Latwija ausgerufen und Englands Hilfe gegen die Bolschewisten erbeten.

Die Ukraine hat am 9. Februar in Brest ihren Frieden mit den Mittelmächten abgeschlossen. Die Grenze gegen Oesterreich sollte die alte bleiben; von da an, wo Polen beginnt, sollte die Grenze über Tarnograd, Krasnostaw, Rabin, Melnik, Kameniek-Litowsk, Puschany und den Wygonowstojer-See laufen. Damit wurde der 1815 zu Kongreßpolen geschlagene Bezirk von Cholm (12 000 qkm, 200 000 Polen, 130 000 Ukrainer) zur Ukraine geschlagen (was in Polen und Galizien schäumende Erbitterung hervorrief und als „vierte Teilung Polens“ gebrandmarkt wurde). Die besetzten Gebiete sollten gleich nach endgültiger Anerkennung des Friedens durch die beiden Regierungen geräumt, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sofort hergestellt und bis 31. Juli der Austausch der landwirtschaftlichen und industriellen Ueberschüsse beider Teile so geregelt werden, daß ein gemeinsamer Ausschuss Menge und Art der Erzeugnisse feststelle; die übrigen Erzeugnisse wurden dem freien Verkehr überlassen. 1000 Mark in Gold sollten = 462 Rubel in Gold und 1000 Kronen = 393 Rubel 78 Kopfen sein. Durchgangsabgaben sollten nicht erhoben und ein endgültiger Handelsvertrag abgeschlossen werden; in- zwischen sollten die deutschen Verträge mit Rußland von 1894 und 1904 gelten. Der „Brotfriede“, der durch ein Abkommen vom 23. April ergänzt wurde, hat freilich die auf

ihn gesetzten Erwartungen Oesterreichs und Deutschlands nur sehr mangelhaft erfüllt. Die Rada, welche den Frieden abschloß, sorgte nicht genügend für die Bestellung der Felder, so daß der deutsche Oberbefehlshaber General v. Eichhorn durch einen Erlaß vom Anfang April sie befehlen mußte, und schließlich wurde der Plan entdeckt durch eine „ukrainische Besper“ alle Deutschen zu ermorden. Deshalb ließ v. Eichhorn den ukrainischen Kriegsminister Schukowski, den Abteilungschef im Ministerium des Innern Dajewski und die Frau des Ministers des Innern Tkatschenko verhaften. Die Rada wurde wegen sozialistischen Gebahrens am 2. Mai von den Bauern, die an ihrem Eigentum zäh hingen, gestürzt und der Reitergeneral Skoropadsky zum Hetman ausgerufen. Er erklärte, daß er auf ein gutes Verhältnis mit Deutschland entscheidendes Gewicht lege, und als am 30. Juli General v. Eichhorn samt seinem Adjutanten Dresseler durch Mordbuben mittelst Bomben bei einer Fahrt getötet wurde, richtete er eine Botschaft an das ukrainische Volk, in der er den Tod „dieses überzeugten Freundes der Ukraine“ schmerzlich beklagte. Am 4. September besuchte er den Reichskanzler in Berlin und fuhr von da zum Kaiser nach Wilhelmshöhe. Nach dem „Lokalanzeiger“ vom 9. September waren bis dahin aus der Ukraine 2181 Wagen mit Getreide, 4429 mit andern Lebensmitteln und 905 mit Rohstoffen gesandt worden. Am 10. September wurde in Kiew ein Vertrag mit den Zentralmächten abgeschlossen, nach dem die Ukraine diesen Getreide, Zucker und Rohstoffe und jene ihr Kohlen und Erzeugnisse von Mineralöl liefern sollten. Ende Oktober bildete Lysogub ein neues Ministerium, das aus Freunden einer Wiederherstellung der Verbindung der Ukraine mit Groß-Rußland bestand. Diese Freunde sind vor allem in den Kreisen der großrussischen Großgrundbesitzer und in denen der Gebildeten zu suchen, während die Masse

der Ukrainer sozialistisch und für die Selbständigkeit des Landes ist. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Widerstandskraft wurde Odessa von den Engländern besetzt und Skoropadsky durch die ukrainische Nationalpartei unter Petljura gestürzt, der sich den deutschen Truppen unfreundlich gegenüberstellte. Kiew fiel am 14. Dezember nach kurzem Kampf in seine Hand. Die Entente plante mit angeblich 700 000 Franzosen, Engländern, Italienern und Serben dem Bolschewismus in Moskau mit Gewalt ein Ende zu machen; bis jetzt ist aber nichts geschehen.

Polen. Am 8. Januar stattete der Regentschaftsrat mit dem Ministerpräsidenten Rucharzewski in Berlin einen Besuch ab, und der Fürst Lubomirski sagte dem Kaiser: „wir bringen E. Maj. höchste Verehrung und Dankbarkeit dafür dar, daß Sie unserem Vaterland das staatliche Leben in Gestalt einer unabhängigen Monarchie wieder gegeben haben. Wir Polen sind überzeugt, daß wir nach Verwirklichung der dem polnischen Staat zustehenden Rechte gemeinsam mit der deutschen Nation die großen Ziele verfolgen werden, die das Wohl der Menschheit und den allgemeinen Frieden verbürgen.“ Am 12. Februar trat aber das Ministerium Rucharzewski zurück, weil der Brester Friede das Cholmer Land der Ukraine zwies und die Ukraine solche Grenzen erhielt, daß sie um Galizien herumgriff und an Litauen, und damit an den deutschen Machtbereich, grenzte. Nach einer Zwischenverwaltung Ponikowski's wurde am 6. April Steczowski zum Ministerpräsidenten ernannt, der zu den Aktivisten gehörte, die im Zusammengehen mit den Mittelmächten den Staat ausgestalten wollten, und erklärte, daß er von den Versprechungen der Entente („Polen bis zum Meer“) sich nicht aus dem Gleichgewicht bringen lasse. Bei den Wahlen zum Staatsrat, der eine Art Volksvertretung sein sollte, drangen aber die Führer der Aktivisten, Graf

Nonikier und die Prinzen Radziwill, nicht durch. Weil die Passivisten ihm widerstrebten, trat auch Steczowski am 5. September zurück. Als das deutsche Waffenstillstandsgeſuch an Wilson am 5. Oktober erfolgte, schwoll die Begehrlichkeit und der Uebermut der Polen so hoch an, daß selbst der Regentſchaftsrat davon fortgeriſſen wurde und die Forderung der hiſtorischen Grenzen Polens, also der Zurücknahme Poſens und Weſtpreußens, ſich aneignete. Mitteltſt der in der Provinz Poſen gebildeten Soldatenräte wurde der größte Teil der Provinz den Polen ausgeliefert und ſelbſt die Heimkehr der etwa 800 000 deutſchen Soldaten aus dem Oſten gefährdet. Nach Berichten vom 25. November aus Waſchau zog eine 1000köpfige Menge vor das Hotel Bristol, in dem der deutſche Geſandte Graf Reſler wohnte, drang in das Hotel ein und verübte nach dem Blatt Robotnik Schulbubenſtreiche gegen den Geſandten. Am 13. Dezember brach die polniſche Regierung die Beziehungen zu Deutschland ab, „weil die deutſchen Behörden den polniſchen Interellen zuwider handelten und mit den Bolſchewiſten zuſammengingen,“ und erklärte ihren Anſchluß an die Entente.

K r i m. Am 30. April wurde Feboſia, am 1. Mai Sebaſtopol von den Deutſchen beſetzt, die ſogar im Kaukaſus einrückten. Die Regierung der Krim trat am 5. Auguſt mit dem Deutſchen Reich in Beziehung, indem ſie ihren Finanzminiſter Grafen Tatiſchſchew nach Berlin entſandte.

L i t a u e n. Eine im Dezember 1917 gewählte Landesverſammlung von etwa 220 Mitgliedern beſtellte einen Auſchuß, die Taryba, von 20 Mitgliedern. Dieſer wählte am 11. Juli den Herzog Wilhelm von Uraſch, Grafen von Württemberg, mit 13 Stimmen zum König von Litauen; 4 Sozialiſten ſtimmten für die Republik, 3 Mitglieder wollten jezt eine Wahl noch nicht vornehmen. Litauen hatte mit dieſer

Wahl Aussicht auf ein kluges, gewissenhaftes und gerechtes Regiment. Nach dem Sturz der Monarchie in Deutschland kam aber auch in Litauen der republikanische Gedanke zur Herrschaft.

F i n l a n d. Schweden erkannte Finland am 4. Januar als unabhängigen Staat an, und gleich darauf tat Deutschland dasselbe, nachdem seine Vorbedingung — eine Vereinbarung Finlands mit Rußland — erfolgt war. Hertling empfing die finnische Gesandtschaft am 6. Januar. Auch Frankreich tat am 5. Januar „rechtlich und tatsächlich“ dasselbe. Nun brach aber ein Bürgerkrieg zwischen den radikalen Sozialisten, die mit den Bolschewiki übereinstimmten, und dem bürgerlichen Bestandteil des finnischen Volks aus. Nach den Armbinden, die ihre Truppen anlegten, nannte man sie die rote und die weiße Garde. Am 28. Januar bemächtigte sich die rote Garde des Bahnhofs von Helsingfors, verjagte den Senat (die Regierungsbehörde) und nahm den Senatspräsidenten Swinhufvud gefangen; doch gelang es ihm bald zu entkommen. In dem nun losbrechenden Kampf befehligte General Mannerheim, der im Krieg den Russen gute Dienste geleistet hatte, die weißen Gardes, deren Zahl etwa 70 000 betrug und aus Bürgern und Bauern sich zusammensetzte, während die Roten aus Arbeitern und sozialistisch gesinnten Landleuten bestanden. Die Friedensverhandlungen mit Deutschland (die notwendig waren, weil Finland als ein unter den Zaren-Großfürsten stehendes Land an dem Krieg theoretisch wenigstens teilgehabt hatte) führten am 7. März zum Ziel. Es wurde vereinbart, daß 1) hinüber und herüber kein Ersatz der Kriegskosten gefordert werde, 2) Deutschland Finlands Selbstständigkeitsbestrebungen unterstützen sollte und 3) Finland sich verpflichtete keinen Teil seines Gebiets einer andern Macht abzutreten und kein Servitut darauf legen zu lassen, ohne daß es sich vorher mit Deutschland

verständige. Die bürgerliche finnische Regierung hat während der Verhandlungen zuerst Schweden, und als der Minister Eden das am 20. Februar ablehnte und jede Waffeneinfuhr nach Finland verbot, das Deutsche Reich um Hilfe gegen die Roten und ihre russischen Zuzügler, was ihr am 3. März zugesagt wurde. Die deutsche Regierung stellte dabei fest, daß sie zur Durchführung dieser Hilfe sich mit Zustimmung Finlands der Aalandsinseln bedienen werde. Ein weiteres Interesse habe Deutschland an den Inseln nicht, und es werde deren Zukunft im Einvernehmen mit Schweden lösen. Während Mannerheim nun zum Angriff schritt und am 29. März das finnische Manchester, Tammerfors, erstürmte, wurde die deutsche Unternehmung eingeleitet, die am 3. April zur Landung von 12 000 Mann auf Hangö und zur Besetzung dieses Hafens führte; auch die Aalandsinseln wurden besetzt, nachdem Schweden seine am 25. Februar daselbst gelandeten Truppen wieder zurückgezogen hatte. Am 12. April lief die deutsche Flotte in Helsingfors ein, am 30. wurde Wiborg von den Weißen genommen und am 4. Mai schlugen Deutsche und weiße Garde nach fünftägigem Kampf die Roten zwischen Lahti und Tavastehus vernichtend aufs Haupt; 20 000 Mann mußten sich ergeben, 50 Kanonen und 200 Maschinengewehre wurden erbeutet. Der Bizetanzler v. Bajer erklärte im Hauptauschuß des Reichstags am 7. Mai, daß die weiße Garde das finnische Volksaufgebot sei und die Roten aus Rußland so kräftig unterstützt worden seien, daß die kolossalen von uns erbeuteten Waffenvorräte alle russischen Ursprungs seien. Am 18. Mai fiel die finnische Grenzfestung gegen Rußland, Ino; am 20. wurde die seit der Kaiserzusammenkunft von 1905 berühmte „Birkeninsel“, Björkö, besetzt. Der Landtag trat am 15. Mai in Helsingfors wieder zusammen und wählte am 19. Swinhufvud zum Reichsverweser. Der Landtag bestand aus 51 Altfinnen, 25 Jungfinnen, 25 Agrariern (sozial-

stischen Bauern), 21 Schweden und nur noch 20 Sozialisten; die andern 60—70 waren wegen Anteils am Aufruhr flüchtig. Am 3. Juni über sandte der russische Auslandsminister Tschitscherin dem deutschen Gesandten Grafen Mirbach eine Note, laut deren Rußland gegen Abtretung der Festung Ino und des Grenzorts Raivola Finland den westlichen Teil der Murmanküste abtrat. Der englische Auslandsminister Balfour erklärte am 28. Juni, daß die Entente Finland nicht als Staat anerkenne, weil es offenkundig unter deutschem Einfluß stehe. Das hielt die Finen, welche ihr wahres Interesse anders beurteilten, nicht ab am 2. August dem Kaiser Wilhelm durch eine festliche Gesandtschaft das Großkreuz des finischen Freiheitsordens überreichen zu lassen. Eine Abänderung der Verfassung, welche der Errichtung einer demokratischen Monarchie die Wege ebener sollte, wurde zwar am 7. August mit 73 gegen 32 Stimmen genehmigt, also mit mehr als $\frac{2}{3}$ -Mehrheit. Da aber die vorgeschriebene $\frac{2}{5}$ -Mehrheit nicht erreicht war (dazu wären 90 Stimmen nötig gewesen), so war eine erneute Abstimmung gesetzlich erst nach Neuwahlen möglich. Das Regierungshaupt Praxivivi sagte: „Die Monarchie ist nicht veraltet; sie wirkt vielmehr sozial ausgleichend. Unser Volk muß alle Kraft einsehen, und ein König bedeutet einen Kraftzuschuß“. Der General Mannerheim gehörte zu den entschiedenen Monarchisten. Der Landtag griff jetzt auf § 38 der Landesverfassung von 1772 zurück, der ihm das Recht der Königswahl verlieh, und am 10. August stimmten 60 gegen 33 für die Monarchie. Am 9. Oktober wählte dann der Landtag nach vorheriger Anfrage den Schwager des deutschen Kaisers, den Prinzen Friedrich Karl von Hessen, gegen die Stimmen der Agrarier zum erblichen König von Finland. Der Prinz schob wegen des damals sich vollziehenden Umschwungs die Annahme der Krone noch hinaus, da er auf keinen Fall Finland durch

seine Person Schwierigkeiten machen wolle. Eine tadelnde Note Frankreichs wies die finnische Regierung in einer würdevollen, die Selbständigkeit der Entschlüsse des finnischen Volkes betonenden Antwort zurück.

V.

Skandinavien.

a. Dänemark. Im Februar stürmten bolschewistische Arbeiter wegen Arbeitslosigkeit infolge Mangels an Rohstoffen die Börse und verübten wüste Ausschreitungen. Anfangs März strandete der von einer deutschen Prisenmannschaft besetzte spanische Dampfer *Igoz Mende* an der dänischen Küste, und die Besatzung wurde in Verwahrung gebracht. Die deutsche Regierung erließ dagegen als gegen eine völkerrechtswidrige Handlung eine Einsprache. Die Neuwahlen zum Odelsthing (zweite Kammer), bei denen erstmals auch die Frauen ihr Wahlrecht ausübten, ergaben am 23. April für das ehrlich neutrale Ministerium Zahle 70 Abgeordnete (39 Sozialisten und 31 Radikale) und 69 Gegner (22 Konservative, 46 Liberale, 1 Wilden). Die Sozialisten gewannen 7, die Konservativen 14, die Liberalen 3 Wahlkreise. Die Wahlen zum Lagthing (erste Kammer) verschafften den Liberalen, den Konservativen, den kirchlichen Listen und der Erwerbspartei 1571 Wahlmänner, den Radikalen und Sozialisten nur 1339. Auch hier ergab sich also ein Anwachsen der Rechten, die im Lagthing sogar die Mehrheit erlangte. Da aber die zweite Kammer am 5. Juni Zahle mit 70 gegen 62 Stimmen ihr Vertrauen bezeugte, so blieb er im Amt. Am 26. Juni wurde eine Besprechung der Minister der drei skandinavischen Staaten in Kopenhagen gehalten, wobei man sich über unparteiische Neutralität, gegenseitige wirtschaftliche Hilfe auch nach dem Krieg, übereinstimmen-

des Vorgehen in der Sozialpolitik, Einschränkung des Fremdenzuzugs wegen der erschwerten inneren Ordnung, Ernährung und über Unterbringung Obdachloser verständigte. Am 21. September meldete Reuter aus Washington, daß die Vereinigten Staaten mit Dänemark ein Handels-Schiffahrtsabkommen schloßen. Darnach erhält Dänemark jährlich 352 000 t Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände, hat aber dafür Schiffsraum zur Verfügung zu stellen und darf von der Einfuhr nichts an die Mittelmächte abgeben. Der nordschleswigsche dänische Abgeordnete Hansen betrieb bei der dänischen Regierung Schritte zu einer Abstimmung in ganz Nordschleswig von der Flensburger Förde an über die Frage des Anschlusses an Dänemark.

b. I s l a n d. Im Juni wurde die Insel von der Entente zu einem Abkommen gezwungen, durch das ihr der gesamte Vorrat, auch der schon an dänische und schwedische Firmen verkaufte, überlassen werden mußte. Anfangs August stellte der dänisch-isländische Ausschuß den Entwurf eines Vertrags fertig, der am 1. Dezember in Kraft treten soll. Darnach soll Island ein unabhängiger Staat sein, der nur noch in Personalunion mit Dänemark steht. Dieses besorgt aber die auswärtige Politik Islands, jedoch unter Beziehung isländischer Beamten. Von England werden diese Bestrebungen gefördert, um Island leichter in die Hand zu bekommen.

c. N o r w e g e n. Nach einer Mitteilung vom 7. Januar hat die norwegische Handelsflotte 1917 durch Berenkungen und Minen 434 Schiffe mit 627 000 t verloren. Am 30. April unterzeichnete der Gesandte Ransen in Washington ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, das am 27. Mai veröffentlicht wurde. Darnach sollte Norwegen von den Verbündeten soviel Lebensmittel und Rohstoffe erhalten, als die Bedürfnisse der Verbündeten

zuliefern; dafür mußte es sich verpflichten, den Mittelmächten außer 48 000 t Fischen und Fischkonserven keinerlei Lebensmittel zu liefern. Am 30. Juni wurde berichtet, daß Lord Northcliffe einem norwegischen Zeitungsmann sagte: „durch seine großen Schiffsbestellungen bei amerikanischen Werften, die 75% aller Bestellungen ausmachten, hat Norwegen die Werften der Union-Staaten so gefördert, daß diese nun große Massen von Truppen nach Europa hinüberwerfen können. $\frac{3}{4}$ aller Stahlschiffe wurden am stillen Ozean erbaut, davon 90% für Norwegen. Dieses Land ist unser Bundesgenosse; ich gebe Ihnen einen Händedruck.“ Große Ehre! Im Oktober fanden Neuwahlen zum Storting statt, wobei die Rechte wie in Dänemark erheblich gewann.

d. S c h w e d e n. Am 5. Januar wurde gemeldet, daß der rabiate Englandsfreund, der sozialdemokratische Führer Branting, als Finanzminister habe zurücktreten müssen, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er — nach Berichten des russischen Gesandten Gulkewitsch an Kerenstj — bei der englischen Bestechung der schwedischen Presse die Hände im Spiel gehabt hatte. Der Schriftsteller Eduard Spengler schrieb am 24. Januar in den Basler Nachrichten: „Schweden hat übergenug vom Krieg und besonders von der Art, wie die Vereinigten Staaten die Neutralen behandeln. Die Zuneigung zu den Mittelmächten hat dadurch sehr zugenommen. Einzig die Anhänger der von England herübergekommenen Sekten, die alljährlich von englischen Bischöfen besucht und bearbeitet werden, sind die Freunde des Inselreichs. Ihnen gesellen sich die Sozialdemokraten zu, welche in Frankreich das Land der die Gleichheit verkündenden Revolution sehen. Die bürgerlichen Kreise jedoch und die Bauern, die nie Knechtschaft und Leibeigenschaft kannten, wahren ihre Freundschaft Deutschland, der Donaumonarchie und der Türkei. Sie sind sehr stolz darauf, daß sie sich (im Gegensatz zu den Schweizern)

keine Verträge gefallen lassen, welche eine souveraineté suédoise suspendue zur Folge hätten.“ Die liberale Regierung unter Leitung des Professors Eden bewilligte aber doch im März den B.-Staaten 400 000 t Schiffsraum, wofür die B.-St. Getreide lieferten. Es hieß sogar, daß unter der Hand noch 600 000 t geliehen wurden, was die Wirkung unseres Unterseebotskriegs natürlich sehr beeinträchtigte. Am 14. Juli wurde gemeldet, daß Schweden sich gegen England verpflichtet habe, nur noch 125 000 t Holzmasse und 50 000 t Papier (statt 150 000 t) an Deutschland zu liefern. Da Schweden 700 000 t hervorbringt und England nur 50 000 bezieht, so wurde die schwedische Holzindustrie sehr geschädigt; auch ergriff Deutschland Gegenmaßnahmen, indem es schwedisches Holz nicht mehr durch seine Gewässer gehen ließ. Der Oberingenieur Edermann und der Direktor Sundwall bezeichneten am 21. August das Schiffsabkommen als der schwedischen Erzindustrie äußerst schädlich; da ihr Absatz nach England gering sei, müsse sie viele Arbeiter entlassen. Am 13. April wurden alle Baumwoll- und Leinenwaren rationiert und eine Kleiderkarte eingeführt. Der Minister des Auswärtigen, Bankdirektor Wallenberg, stiftete am 14. April die Hälfte seines Vermögens, 20 Mill. Kronen, für kirchliche Zwecke, besonders Jünglingsvereine und Seminare. Am 8. Juli fand die Eröffnung einer „schwedischen Messe“ in Göttingen statt, die von 525 Ausstellern besichtigt wurde; über ein Viertel davon entfiel auf die Eisen- und Stahlindustrie. Am 17. September stattete König Haakon VII. von Norwegen in Stockholm einen Besuch ab. Die Angelegenheit der Alandsinseln ist unter Finland erwähnt.

e. S p i z b e r g e n. Am 21. September wurde gemeldet, daß die Engländer unter Führung von Salisbury Jonas den deutschen Besitz auf Spitzbergen wegnahmen und die drahtlose Station zerstörten. Im Ebeltoft-Hafen hielten sie

die englische Flagge. England, das ohnehin die größten Kohlen- und Eisengruben Europas hat, beschäftigte im Winter 1917—18 auf Spitzbergen 800 Arbeiter, die 80 000 t Kohlen förderten. Neben den Briten waren auf der Insel interessiert die Deutschen, Schweden, Norweger und Amerikaner. Eine darüber berufene Konferenz wurde 1914 durch den Weltkrieg gesprengt.

VI.

Die Balkanhalbinsel.

a. Die Türkei. Der 1909 abgesetzte Sultan Abdül Hamid, der in der letzten Zeit in Konstantinopel gefangen gehalten wurde, starb am 10. Februar in einem Alter von 76 Jahren (geb. 1842) und wurde mit allen einem Sultan zukommenden Ehren begraben. Der Senat genehmigte am 20. Mai ein Gesetz, das die Verlängerung der Abgeordneten-aufträge bis zum Ende des Krieges aussprach, mit 35 gegen 1 Stimme. Die Friedensschlüsse mit der Ukraine, Rußland und Rumänien fanden am 30. März die Zustimmung der Kammer. Der stellvertretende Minister des Aeußeren, Halil, sagte dabei: „wir haben wie die Löwen gekämpft und das Recht errungen, für ewig als edle unabhängige Nation zu leben. Gott ist mit uns; England, das Rußland gegen uns aufhetzte, ist seiner Bestrafung nahe.“ Am 3. Juli abends 7 Uhr folgte Sultan Mehamed V. (als Prinz Reschad 1844 geboren) nach kurzer Krankheit 74jährig seinem Bruder Abdül Hamid im Tode nach. Der Thron ging, da Jussuf Ized-din im Februar 1916 gestorben war, auf den nunmehr ältesten Prinzen über, nämlich auf Mehameds V. jüngsten Bruder Bahid-ed-din über (geb. 12. Januar 1861), als vierter Sohn Abdül Medschids). Er nahm den Namen Mehamed VI. an. Die Einwohner von Kars, Erdehan

und Batum beschlossen am 18. Juli, gemäß dem ihnen in Brest-Litowsk zugebilligten Recht selbständiger Entscheidung, mit 83 000 gegen 2000 Stimmen den Anschluß an die Türkei. Ein schwerer Schlag für die deutschfreundliche Richtung in Konstantinopel war der Tod des Botschafters in Berlin, Hakkı Pascha (geb. 1863), der am 30. Juli nach achttägiger schwerer Krankheit starb. Er war 1908 Minister des Innern, 1909—11 Großwesir und kam 1912 nach Berlin. Sein Nachfolger wurde Rıfaat. In der Nacht vom 19. zum 20. August wurde die Hauptstadt ohne großen Erfolg von Fliegern angegriffen; Ende August wüteten daselbst verheerende Brände. An dem neuen Sultan wurde am 2. September die Zeremonie der Schwertumgürtung in der Vorstadt Ejub vorgenommen; der Scheich der Senussi Achmed umgürtete ihn dabei nach Vorlesung der vorgeschriebenen Gebete mit dem Schwert des Kalifen Omar. Der Großwesir Talaat kam am 7. September nach Berlin und am 14. ins Hauptquartier. Auf der Breslauer Messe hielt am 5. September erstmals eine Mohammedanerin, die Gattin des Obersten Hakkı Bey, eine Ansprache auf den Kaiser und den Sultan und auf einen ehrenvollen Frieden. Leider zerrannen alle lange und wahrlich nicht ohne Grund gehegten Hoffnungen auf einen solchen. Am 8. Oktober mußten Talaat und der Kriegsminister Enver Pascha, die im Oktober 1914 den engen Anschluß an Deutschland durchsetzten, ihre Entlassung nehmen. Der englandfreundliche Tewfik, der frühere Botschafter in London, brachte kein Kabinett zusammen. Aber gleichwohl konnte der deutschfreundliche İzzet Pascha, der am 14. Oktober Großwesir und Kriegsminister wurde und Djawid Bey als Finanzminister beibehielt, nichts anderes tun als bei dem völligen Versagen der Kräfte des Widerstandes am 27. Oktober Verhandlungen mit den Gegnern einleiten, worüber unten berichtet werden wird. Infolge dieser Dinge wurde Konstantinopel von den

Engländern und Franzosen besetzt und der Sultan zur Ernennung Tewfik zum Großwesir veranlaßt.

b. Griechenland. Am 20. Januar meldete ein französischer Bericht, daß bei einem Gefecht westlich vom Wardar die Haltung der Griechen „besonders glänzend“ gewesen sei. Am 3. Februar wurden auf Beschluß von Venizelos die früheren Minister Lambros und Stuludis, sowie der Obersthofmeister Ipsilanti verhaftet. Am 1. April wurde laut Neuter gegen den in der Schweiz befindlichen König Konstantin selbst ein kriegsgerichtliches Verfahren eröffnet. Am 2. August erfolgte ein Todesurteil gegen den Obersten Dantaktis, weil sein Regiment an einem Aufbruch in Serria teilgenommen hatte. Erwähnt sei noch, daß das Echo de Bulgarie Anfangs März den Geheimvertrag veröffentlichte, durch den Serbien und Griechenland 1913 die Beraubung Bulgariens verabredeten in einem Zeitpunkt, wo Bulgarien noch mit dem Schwert die Sache des Balkanbundes verteidigte.

c. Rumänien. Der rumänische Gesandte in Petersburg Diamandi wurde am 15. Januar „wegen grausamer Unterdrückung der (bolschewistischen) russischen Soldaten durch die rumänische Regierung“ verhaftet, von Lenin aber auf den Protest des diplomatischen Korps wieder freigegeben, nachdem der Gesandte der Vereinigten Staaten versprochen hatte, daß er der rumänischen Regierung in seinem Namen eine Erklärung gegen jene Maßregeln übersenden wolle. Sie bestanden wesentlich darin, daß die Rumänen die bolschewistischen Heeresauschüsse an ihrer Front aufhoben und die Russen entwaffneten: wozu wohl ausreichender Grund vorlag. Lenin stellte am 28. Januar Diamandi seine Pässe zu und befahl dann der 9. russischen Armee, sie solle wenn möglich den König Ferdinand verhaften. Zwischen Sereth und Pruth kam es zu einer förmlichen Schlacht zwischen beiden Heeren, infolge deren 3200 Russen auf österreichischen Boden

übertraten. Bei Rischinew wurden die Russen am 25. Januar zurückgeschlagen. Die bolschewistische „Iswestija“ veröffentlichte Ende Januar, nachdem Bratianu am 28. Januar durch General Averescu ersetzt worden war, geheime Berichte des russischen Gesandten in Jassy, wonach Bratianu am 29. Mai 1917 seine tiefste Entrüstung darüber aussprach, daß Rußland von einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen rede, und England sich ihm anschloß. Bratianu wies darauf hin, daß Rumänien als Lohn für seinen Angriff 116 000 qkm in Siebenbürgen und Ungarn versprochen worden seien (darunter Gebiete mit ukrainischer, serbischer und bulgarischer Bevölkerung!). Wenn bekannt werde, daß Rußland keine Einverleibungen zulassen wolle, so werde das rumänische Heer gar nicht wissen, wofür es den Krieg fortsetzen solle. Das sei ein deutsches, kein rumänisches Programm und werde Rumänien auch noch die Dobrudscha kosten. Am 1. Februar brachte die „Iswestija“ ein Schriftstück, laut dessen die rumänisch-jüdischen Tageschriftsteller Hontigmann und Jagum vom russischen auswärtigen Amt monatlich je 300 Rubel erhielten, wofür sie die russischen Eier in die Pariser Presse zu legen hatten. Die Friedensverhandlungen begannen am 24. Februar in Bukarest mit v. Kühnmann, Graf Czernin, Tontschew und Hakti. Da die Rumänen sich sehr widerhaarig zeigten, wurde der Waffenstillstand zum 5. März gekündigt, worauf jene am 3. die ihnen gestellten Bedingungen annahmen. Am 6. März wurde auf diese hin der Vorfrieden auf Schloß Bucea bei Bukarest abgeschlossen, aus dem am 7. Mai der im Schloß Cotroceni unterzeichnete endgültige Friede von Bukarest hervorging. Nach diesem Frieden, der nichts über die vielfach erwartete Absetzung des treubruchigen Königs Ferdinands enthielt, wurde der Süden der Dobrudscha an Bulgarien zurückgegeben, der Norden aber an alle vier Mächte abge-

treten (solange bis sich die Türken und die Bulgaren über das Gebiet rechts der unteren Maritza geeinigt hätten; dann sollte die ganze Dobrudscha bulgarisch werden). 2) Rumänien behielt einen Handelsweg ans Meer über Constanza. 3) Oesterreich erhielt die Gebirgspässe von Siebenbürgen nach Rumänien (etwa 5000 qkm). 5) Rumänien gestand zu, daß die Delbezirke einer Pachtgesellschaft für 90 Jahre übergeben werden sollten; den Handel mit Del sollte eine Monopolgesellschaft betreiben, und Deutschland und Oesterreich erhielten Sicherheit für Deckung ihres Delbedarfs. Bis zum allgemeinen Frieden blieb das deutsche Oberkommando Herr der Delbezirke. 6) Ebenso wurden den Mittelmächten Sicherheiten für den Bezug des rumänischen Getreides für 1918 und 1919 und nötigenfalls für sieben weitere Jahre gegeben. 7) Sofort sollten acht rumänische Divisionen demobilisiert werden, der Rest nach Abschluß des russisch-rumänischen Friedens. 8) Die Rumänen hatten das noch von ihnen besetzte ungarische Gebiet zu räumen, die Durchfuhr von Truppen der Mittelmächte durch die Moldau und Bessarabien (das die Rumänen besetzt hatten und behalten wollten) zu gestatten und zu fördern und die bei ihnen befindlichen Truppen der Entente mit freiem Geleit zu entlassen. Kammer und Senat genehmigten den Frieden am 28. und 29. Juni. Der konservative *Marghioman* bildete am 19. März ein neues Kabinett an Stelle des von *Averescu* geleiteten und verschaffte sich durch Neuwahlen eine Mehrheit. Er verhandelte mit Bessarabien und konnte am 10. April melden, daß der bessarabische Landesrat mit 86 gegen 3 Stimmen die Vereinigung des Landes mit Rumänien beschlossen habe, das dadurch 45 632 qkm mit 2½ Millionen Einwohnern gewinnen würde. Die Rumänen machen davon etwas über die Hälfte aus; die kleinere Hälfte besteht aus Bulgaren, Ukrainern, Türken und den um *Akerman* sitzenden Deutschen. Mit der Ukraine war

die Frage allerdings noch zu regeln. Gegen Bratianu wurde von der Kammer die Erhebung der Anklage beschlossen, weil er ohne Befragung der Kammer russische Truppen habe durch Rumänien marschieren lassen, weil er die rumänische Flotte den Russen überlassen und das Heer schlecht gerüstet habe. Der Prozeß wurde aber so geführt, daß er als Spiegelfechtereie erschien, und Bratianu wurde sogar zu Kronratsitzungen beigezogen. Am 3. August ging ein Gesetz über die Rechte der Juden durch. Am 30. August wurde ein weiteres Gesetz eingebracht, nach welchem der Großgrundbesitz zur Lösung der Bauernfrage gehalten sein sollte einen Teil seines Landes an Bauern zu verpachten, und zwar binnen drei Monaten. Von Grundbesitzungen von 100—250 ha sollte $\frac{1}{10}$, von solchem mit 250—500 $\frac{1}{5}$, von solchem mit 500—1000 $\frac{1}{3}$, bei 30 000 ha 95% (= 28 500 ha) verpachtet werden müssen. Die Staatsgüter sollten alle verpachtet werden. An Gesellschaften sollte nur ausnahmsweise verpachtet werden, der Regel nach an Einzelne, jeweils auf 3 Jahre. Der Kronprinz Carol heiratete in Obessa ein rumänisches Edelräulein Zizi Lambrino und erhielt von seinem Vater dafür 75 Tage Festungshaft. Festgestellt kann werden, daß die Deutschen es fertig gebracht haben, daß 1917 wieder $\frac{9}{10}$ des Landes angebaut waren, daß sogar mehr Weizen geerntet wurde als 1915, daß wieder $1\frac{1}{2}$ Mill. t Korn, Delfrüchte und Futtermittel ausgeführt wurden und Deutschland seiner Volksernährung 37, Desterreich-Ungarn 57 Tage lang aus rumänischen Erzeugnissen bestritt. Am 12. Februar 1917 wurden täglich 6 t Rohöl gefördert, am 30. April 1918 aber 387. Der Umschwung des Krieges veranlaßte die Rumänen, nachdem am 10. November General Coanda statt Marghilomans das Ministerpräsidium übernommen hatte, ohne jeden Grund an Deutschland abermals den Krieg zu erklären, mit einer bei ihnen nicht mehr auffallenden Treulosigkeit. Sie wollten damit erreichen, daß

sie bei den Friedensverhandlungen mittun und den 1916 ihnen entgangenen Raub einheimfen könnten. Coanda löste die Kammer Marghilomans wieder auf, ordnete Neuwahlen auf den 3. Januar an und erklärte alle von der aufgelösten Kammer beschlossenen Gesetze für ungültig. Am 18. Dezember meldete Reuter, daß *Bratianu* als Ministerpräsident berufen sei und auch der andere Hauptkriegsbeher *Lake Jonescu* wieder ins Kabinett trete.

d. *Serbien und Montenegro*. Am 27. Februar trat *Pasitsch* als Ministerpräsident zurück, blieb aber dann doch im Amt, weil die *Skupstina* auf *Korfu* sich für die Fortsetzung des Krieges aussprach. Graf *Czernin* erklärte am 2. April, daß Bulgarien gewisse von Bulgaren bewohnte Gebiete erhalten müsse; Oesterreich wolle aber Serbien nicht vernichten, sondern seine Entwicklung durch die Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen fördern. Der Zusammenbruch Bulgariens hatte die Befreiung des drei Jahre besetzten Landes zur Folge. Am 29. September rüdte französische Reiterei in *Uesküb* ein, am 11. Oktober wurde *Mitrowitza* besetzt, am 15. *Nisch*. Am 4. November wurde *Belgrad* befreit, und am 6. hielt König *Peter* dort wieder seinen Einzug. Die Führer der südslawischen Bewegung nahmen ihn als König des südslawischen Reiches in Aussicht, und am 29. November erklärte die große *Skupstina* von *Montenegro* einstimmig den alten König *Nikita* (*Nikolaus*, geb. 1841) für abgesetzt und beschloß die Angliederung *Montenegros* an das südslawische Reich. In *Bosnien* herrschte die gleiche Stimmung.

e. *Albanien*. In diesem Land fanden Kämpfe mit wechselndem Erfolg zwischen den Italienern, Engländern, Franzosen hier, den Oesterreichern dort statt. Am *Dewoli* wurden die Franzosen am 14. Juni nach zwölfstündigem Kampf zurückgeschlagen. Am 16. Juli mußten die Oester-

reicher unter dem General Pflanzer-Baltin hinter die Linie Berat - Fieri zurückgehen; dann stießen sie aber am 31. Juli in 30 Kilometer Frontbreite wieder nordwestlich von Berat vor, und ebenso waren sie am oberen Dewoli und an Semeni im Vorteil. Nach Bulgariens Rücktritt vom Krieg mußte der tapfere österreichische Heerführer seine Erfolge preisgeben; er räumte Berat, Elbassan, Prishtina, Piszren und am 15. Oktober Durazzo, am 20. Alessio. Damit war Albanien in der Hand der Entente.

f. Bulgarien. Am 13. März kamen 30 bulgarische und makedonische Großkaufleute und Industrielle von der Leipziger Messe her nach Berlin und nahmen unter Führung des Balkanvereins gewerbliche und kaufmännische Anwesen in Augenschein. Am 17. Juni trat der hervorragende und zuverlässige Staatsmann Radoslawow, der stets für das Bündnis mit den Mittelmächten eingetreten war, vom Ministerpräsidium zurück; wie der sozialistische Schriftsteller und Abgeordnete Wendel im Oktober in der „Neuen Zeit“ lehrreicher Weise gesagt hat, hatten das Friedensangebot des deutschen Kaisers vom 12. Dezember 1916 und die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 den Glauben der Bulgaren an Deutschlands Widerstandskraft erschüttert, und daß die Verbündeten ihnen den Norden der Dobrudscha solange vorenthielten, als nicht Bulgaren und Türken über der letzteren Anspruch auf Rückgabe des von der Türkei 1915 abgetretenen unteren rechten Markhaufers sich verständigt hätten: das schlug dem Faß vollends den Boden aus. Der Nachfolger Radoslawows wurde Malinow, der als Freund der Entente galt, aber gleichwohl versicherte, daß er unter den gegebenen Umständen an dem Bündnis festhalten wolle. Die Iswestija hat freilich Schriftstücke des russischen Gesandten in Stockholm veröffentlicht, nach denen Zar Ferdinand schon länger durch den Berliner Gesandten Rizow, der sich stets als

großen Deutschenfreund gab, in Stockholm wegen eines Sonderfriedens anklopfen ließ und daß er gegen die Zusicherung seines Thrones den Abfall in Aussicht stellte, während er dem Kaiser Karl (bei dessen Besuch im bulgarischen Hauptquartier am 18. Mai) und später den Königen Ludwig von Bayern und Friedrich August von Sachsen, als sie nach Sofia kamen, die tröstlichsten Versicherungen über seine Bundestreue abgab; ebenso dem deutschen Kaiser am 29. August in Nauheim. Am 4. September wurde eine deutsche Kunstausstellung in Sofia eröffnet und vortreffliche Telegramme zwischen dem König und dem deutschen Gesandten Grafen Oberndorff gewechselt. Malinow erbat damals, wie glaubhaft versichert wird, dringend zwei deutsche Divisionen, da die Front sonst bedroht sei, erhielt aber eine abschlägige Antwort, da wir alles im Westen nötig hätten. Freilich standen in Rußland und Polen rund 730 000, in Rumänien unter Mackensen 120 000 deutsche Soldaten. Nun erfolgte am 15. September der große Stoß der Entente an der Cerna; die Franzosen, Engländer und Serben brachen in einer Tiefe von 30 Kilometern durch die bulgarische Stellung durch, überschritten das Ridschegebirge zwischen Cerna und Wardar, nahmen Demir Kapu und warfen die Bulgaren auf das Labunagebirge zurück. Das Heer löste sich in wilder Flucht auf; die Soldaten warfen alles weg, um sich zu retten. Am 25. September fielen Istitip und Kotschana in die Hände der Serben. Nun bat Malinow am 26. September, drei Tage nachdem endlich der Großwesir Talaat in Berlin in die Rückgabe der ganzen Dobrudscha — viel zu spät! — gewilligt hatte, die Sieger um einen Waffenstillstand. Während die Engländer Strumiza einnahmen und französische Reiterei in Uesküb einritt (29. September), wurde verhandelt und am 29. mit General Franchet d'Espèrey in Saloniki ein Stillstand abgeschlossen, laut dessen die Bulgaren sofort ihr Heer auf

Friedensfuß setzten, große Borräte an Waffen und Geräte auslieferten, auf die 1915 eroberten Gebiete formell verzichteten, den Abzug der Deutschen und Oesterreicher (die zu spät zwölf Divisionen nach dem Wardar in Bewegung setzten) verhießen und dem Einmarsch der Sieger in Bulgarien sich unterwarfen. Die Zahl der Bulgaren, die in Gefangenschaft gerieten, wird auf 65 000 angegeben. Serbien wurde völlig befreit; Ende Oktober erschienen die Franzosen schon bei Widdin an der Donau. Zar Ferdinand dankte am 4. Oktober zu Gunsten seines ältesten Sohnes Boris (geb. 1894) ab und siedelte nach Coburg über.

VII.

Italien.

Am 27. Februar wurden der Generalsekretär der sozialistischen Partei Lazzari und ihr zweiter Sekretär Bombacci wegen ihrer Werbetätigkeit für den Frieden, welcher die Widerstandskraft des Landes in strafbarer Weise vermindere, zu zwei Jahren elf Monaten Gefängnis bzw. zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus verurteilt. Graf Cadorna wurde infolge des glanzvollen deutschen und österreichischen Vormarsches bis zum Piave am 10. Februar als Mitglied des Kriegsrats der Entente abgesetzt und erhielt den früheren Kriegsminister Giardino zum Nachfolger. Der General Alfieri wurde im Kriegsministerium durch General Zupelli ersetzt. Das Wahlrecht wurde Ende April auf alle Kriegsteilnehmer ausgedehnt, ebenso auf die Analphabeten vom 30. Jahr an. Das Ministerium Orlando erhielt Ende April ein Vertrauensvotum mit 272 gegen 42 Stimmen; da aber die Zahl der Abgeordneten 508 beträgt, so hatten sich gegen 200 Abgeordnete der Abstimmung enthalten. Am 15. Mai wurde eine Abkunft mit Deutschland über den Austausch

Schwerverwundeter und über die Behandlung der Gefangenen unterzeichnet. Bei der steigenden Schwierigkeit der Ernährung — in Florenz gab es im Mai nur 82 gr Fleisch samt Knochen in der Woche! — wurde am 22. Mai ein besonderes Ministerium für Ernährung geschaffen und Crespi anvertraut. Am 13. Juli berichtete die amtliche Stefanische Agentur, daß die Generale Cadorna, Porro und Capello vom Kriegsgericht ihres Dienstgrades und ihrer Pension für verlustig erklärt und zur Disposition gestellt worden seien. Am 14. August wurde berichtet, daß der deutsche Gesandtschaftspalast, der Palazzo Caffarelli auf dem Kapitol, vom römischen Pöbel geplündert und die Bilder der kaiserlichen Familie und viele Kunstgegenstände, namentlich die farbigen Fenster der Gesandtschaftskapelle, wo einst Richard Rothe predigte, zerstört worden seien. Nach erprobtem Verfahren wurde der Polizeikommissär, der zu spät gegen den Pöbel eingeschritten war, mit heuchlerischem Augenaufschlag entlassen, wie 1915 der Präfekt von Mailand nach den dortigen Plünderungen — man kann ihn ja später wieder die Treppe hinauffallen lassen! Einen Beleg für die Stimmung in Italien gibt die Rede, welche am „Geburtstag Roms“, am 21. April 1918, der Rektor der Turiner Universität hielt. „In Rom steht der Thron, den der Barbarenherrscher seinen vorbedachten Siegen errichtet hat! Er darf nicht dort bleiben! Dort darf nur der Thron des italienischen Volkes stehen!“ und der Bürgermeister von Turin, Graf Froba, erklärte: „mit allen Italienern verlangt auch Turin, daß selbst die leiseste Spur des Barbarenschänders für immer vom Boden des Vaterlandes verschwinde!“ Man wird zugestehen müssen, daß der Pöbel Roms ein gelehriger Schüler dieser Kulturträger gewesen ist und das Wort des persischen Satrapen an Histiaios bei Herodot gilt: „Du hast den Schuh gemacht, und Aristagoras hat ihn angezogen!“ Am 18. August bericht-

teten die Times, daß Galli, der Vorsitzende der italienischen Kohlenkommission in London, gesagt habe, daß nur noch die acht größten Städte Italiens Gas hätten und nur 2—3 Stunden täglich. Petroleum und Kerzen seien nur schwer zu erhalten und für die Masse des Volkes viel zu teuer, so daß sie nach Sonnenuntergang im Dunkeln sähe. Um Holz zum Feuern zu haben, müßten die Eisenbahnen im Monat für 50 000 t Olivenholz kaufen, und doch beruht auf der Olive und ihrem Erzeugnis ein gut Teil von Italiens wirtschaftlicher Kraft; auch braucht ein Delbaum 30 Jahre, bis er etwas trägt. Im letzten Winter waren die Spitäler ohne Kohlen, und doch ist der Winter in Oberitalien strenger als in England! Der Kongreß der Sozialisten faßte am 5. September einen Beschluß gegen den Krieg. Am 4. Oktober wurde festgestellt, daß die italienische Handelsflotte seit 31. Dezember 1914 nicht weniger als 550 Dampfer mit 1 940 000 t Frachtraum verloren hatte. Am 1. Mai 1918 waren noch 275 Dampfer mit 1 009 000 t vorhanden, am 30. September noch 900 000 t.

VIII.

Frankreich.

Anfangs Januar wurde mitgeteilt, daß die dritte Kriegsanleihe, obwohl sie zu einem Kurs von 68,6 (bei 4% = 5,83%) ausgegeben war, nur 10¼ Milliarden ergeben hatte, was als zu wenig erschien. Das Ministerium Clemenceau - Pichon erhielt am 11. Januar für seine Losung: „Krieg bis zur Wiedergutmachung des Mißbrauchs der Gewalt, bis zur Herstellung des Rechts in den internationalen Beziehungen und bis zum Triumph der Demokratie“ 377 gegen 113 sozialistische Stimmen. Am 9. März griff Clemenceau das „Blöken nach Frieden“ scharf an und erhielt 400 Stimmen gegen 75. Cail্লাux wurde am

14. Januar nach dem Gefängnis La Santé gebracht, weil angeblich zu Florenz in der banca Italiana ein Schließfach gefunden worden war, das ihm gehörte und das Wertpapiere in großem Betrag enthielt, die man als deutsche Bestechungsgelder ansehen zu dürfen sich den Anschein gab; auch sollten wichtige militärische Papiere entdeckt worden sein, nach denen Caillaug „der Bazaine von 1918“ sein sollte. Am 17. April ward der wegen verräterischer Beziehungen zu Deutschland verhaftete und am 5. Februar vor Gericht gestellte Bolo Pascha nach kriegsgerichtlichem Urteil erschossen, weil er den Figaro für die Deutschen habe ankaufen wollen und weil er mit dem Deutschland ergebenen Vicelönig Abbas Hilmi von Aegypten in der Schweiz verhandelt habe. Jedermann war überzeugt, daß das Beweismaterial zum größten Teil gefälscht sei. Am 15. Mai wurde der Leiter des (1913 zur Förderung der Freundschaft mit Deutschland gegründeten) Blattes le Bonnet rouge, Duval, zum Tod verurteilt, seine Mitschuldigen zu 10 Jahren Zuchthaus. Er selbst wurde am 15. Juli erschossen. Hier mögen drei bemerkenswerte Äußerungen verzeichnet sein. Der Cri de Paris schrieb Mitte Mai: „wenn wir je die Feigheit hätten auf Elsaß-Lothringen zu verzichten und Frieden zu schließen, so würden England und die Vereinigten Staaten das nicht tun, weil sie die Welt vom deutschen Militarismus befreien wollen. Sie würden unsere Nahrungsversorgung einstellen und uns ebenso blokieren, wie sie Deutschland blokieren, und wir würden die fürchterlichste Hungersnot erleiden.“ Das hieß: wir müssen weiterkämpfen oder verhungern. Ende August erklärte der frühere Minister Painlevé im Prozeß gegen den einstigen Minister des Innern Malon, der auch als „Defaitist“, als Flaumacher angeklagt war: „Das Heer empfand wegen des Scheiterns der Offensive vom 16. April 1917 die größte Enttäuschung. Man wollte ursprünglich am Damenweg binnen weniger Stunden

sehr weit in die deutschen Linien eindringen; aber wir mußten erkennen, daß wir fast gar nicht vom Fleck gekommen waren, weil eine Menge unzerstörter Maschinengewehrnesten vorhanden war. Mehrerer Truppen bemächtigte sich die bitterste Enttäuschung, und von der Front drangen zu uns Klagen, Beschuldigungen, Zornesausbrüche. Dann verbreitete sich dieselbe Stimmung auch im Hinterland. Unser Heer hatte in 6 Wochen ebenso schwere Verluste wie in den 4 Monaten der Sommeschlacht. Einige Regimenter meuterten.“ Liest man die französischen Blätter vom April 1917 nach, so wird die damalige Offensive als „ein sehr großer Erfolg“ ausgeschrien (so vom Petit Journal), als ein Schlag allerersten Rangs, als glänzend gelungen (so von der Liberté). Endlich schrieb das Journal du peuple am 11. Mai: „trotz des Heldenmuts unserer Soldaten steht nach 45 Kriegsmonaten die allgemeine Lage in größtem Kontrast zu all den scheinheiligen Versicherungen, die man uns vom ersten Tage an gemacht hat. Großrußland, Finland, die Ukraine und Rumänien haben, freiwillig oder gezwungen, mit Deutschland Frieden geschlossen; Estland, Livland und Kurland, Litauen und Polen stehen unter dem Joch, das wir von ihnen abwenden oder das wir zerbrechen wollten; der Orient fällt in die Hand der Deutschen. Und da träumt man von den Absichten der Japaner, die am andern Ende der sibirischen Bahn stehen! Pichon hat selbst in einem Gespräch zugegeben, daß Mitteleuropa nicht bloß verwirklicht, sondern die Eroberung des Orients dazu gekommen ist. Nicht nur, daß die uns gesteckten Ziele nicht erreicht sind: die Ereignisse haben in einem großen Teil Europas das zuwege gebracht, was wir unter Vergeudung des kostbaren Blutes unserer Mitbürger zu verhindern bestrebt waren.“ So wurde unsere Lage gegen die Mitte des Jahres von unsern Feinden aufgefaßt. Und das Ende?

Der Minister *Malvy* wurde am 7. August vom Senat als Staatsgerichtshof mit 101 gegen 81 Stimmen zur Verbannung ohne Verlust der Ehrenrechte, aber seiner Abgeordnetenstelle, verurteilt, ebenso zum Ersatz der Kosten. Von der Anklage des Verrats wurde er freigesprochen; aber er habe den Plan gefasst, der auf Untergrabung der Disziplin und der moralischen Kraft abzielte, das Blatt dieser Richtung unterstützt und unterstügt notorische Anarchisten zu verfolgen. Er habe geglaubt so handeln zu sollen, um die heilige Einigkeit zu erhalten und Unordnung zu verhüten; allein die französischen Sozialisten hätten anders gehandelt und die Schuldigen ausgestoßen. Im Grund wurde *Malvy* also verurteilt, weil er die Kriegsmüdigkeit des französischen Volks kannte und pazifistische Flugschriften nicht verfolgte. *Clemenceau* war mit dem Ausgang des Prozesses nicht zufrieden; er hatte Verurteilung wegen Verrats erwartet. Der Mörder von *Jaurès*, *Billain*, wurde am 18. Januar abermals Ärzten zur Untersuchung seines Geisteszustandes übergeben; gesühnt ist seine Tat nach über vier Jahren noch immer nicht, während die „Pazifisten und Defaitisten“ rasch und streng abgeurteilt wurden.

Mit 1. Januar trat ein neues Steuergesetz in Kraft, das Kriegsgewinne im Betrag von unter 100 000 Fr. mit 50%, solche mit über 500 000 Fr. mit 80% besteuerte. Die Erbschaftsteuer wurde auch auf Kinder erstreckt, im Betrag von $\frac{1}{4}$ % bis 12%; sind Kinder nicht da, so werden 24%, bei Nichtverwandten 36% erhoben. Die Schenkungssteuer beläuft sich auf $2\frac{1}{2}$ —31%; die Quittungssteuer beträgt 20 Cent. für 100 Fr. Eine Luxussteuer legt 10% auf Waren, Getränke und Lebensmittel. Im Februar kam auf, daß die französische Regierung durch ein geheimes, dem Parlament nicht mitgeteiltes Abkommen vom 5. Februar 1915 (erweitert am 4. Oktober 1915) sich verpflichtet hatte, die Zinsen der russischen Anlehen einstweilen selbst zu zahlen.

Anfangs Februar verfügte Poincaré die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Französisch West- und Aequatorialafrika. Nach dem Temps hat Frankreich bis Anfang August aus dem menschenarmen Afrika 580 000 Soldaten und 238 000 Arbeiter gezogen; dabei wirkten Zwang, Alkohol und Prämien mit. Trotzdem mußte am 1. August die französische Jahresklasse 1920 eingezogen werden, was die Kammer mit 358 gegen 61 Stimmen gestattete, weil Clemenceau erklärte: „Das ist die letzte Anstrengung, welche wir in diesem Krieg zu machen haben.“ Leider hat er Recht behalten. Die Sozialisten hielten Ende Juli ihre Jahresversammlung und gaben Marx' Schwiegersohn Longuet 1544 Stimmen, während der Regierungssozialist und Kriegsschürer Renaudel nur 1172 Stimmen erhielt; das bedeutete eine Rundgebung für den Verständigungsfrieden.

Am 14. Februar erschien ein Verbot gegen das Kuchenbacken; ebenso durfte Lugschokolade und Milchzuckerwerk nicht mehr bereitet werden. Am 24. Mai wurde wegen der Kohlennot den Gasthöfen befohlen, den Gästen nur noch Samstags und Sonntags warmes Wasser zu verabreichen. Am 1. Juni wurde die Brotkarte auf das ganze Land ausgedehnt und drei fleischlose Tage in der Woche eingeführt. Am 20. Juli wurden sie wieder aufgehoben. Am 24. Juli wurde ein Zentralrat aller Verbündeten in London gegründet, der die Lebensmittel beaufsichtigen und verteilen sollte.

IX.

England.

Am 19. Januar schrieb der Professor an der Londoner Universität Hearnshaw: „wir stehen vor einer Hungersnot, wie sie im Mittelalter nicht vorkam. Wir müssen durch diese

Hölle hindurch, wie unsere Soldaten durch die Hölle des Feuers.“ Ab 2. Februar wurden in den Wirtschaften z w e i fleischlose Tage in der Woche eingeführt; der Fleischanteil wurde von 340 gr auf 170 herabgesetzt, an Brot von 220 auf 269 gr vermehrt; an Fett und Butter wurden täglich 42 gr gewährt. Gardiner schrieb anfangs Februar in dem Daily-News: „wir treiben dem Niagara der Welt-hungersnot entgegen, wenn nicht die falschen Kriegsziele aufgegeben werden“ (als solche forderte Lloyd George am 5. Januar in einer Rede an die Gewerkschaften Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich; Selbstregierung für alle Völker Oesterreich-Ungarns; Befriedigung der Italiener durch Vereinigung aller Gebiete ihrer Rasse mit Italien; Aufrechterhaltung des türkischen Reichs mit Konstantinopel als Hauptstadt, aber nationale Regierungen in Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina; Internationalisierung des Bosphorus und der Dardanellen; die deutschen Kolonien zur Verfügung der Friedenskonferenz, welche die Interessen und Wünsche der Eingeborenen berücksichtigen muß; Wiedergutmachung des von Deutschland angerichteten Schadens; Herstellung von Serbien, Montenegro, Rumänien, Belgien). Am 7. April wurde in ganz Großbritannien die Fleischkarte eingeführt.

Betreffs des H e e r w e s e n s wurde am 25. Januar ein Gesetz in 3. Lesung angenommen, nach welchem durch Nachmusterung noch weitere 450 000 Mann herausgepreßt werden sollten. Die Regierung verlangte am 18. Februar die Ermächtigung, 2 Millionen Soldaten unter der Fahne zu halten, und am 10. April beschloß das Unterhaus die Erstreckung der Dienstpflicht von 50 auf 55 Jahre mit 323 gegen 100 Stimmen. Das Unterhaus bewilligte am 7. März 600 Mill. Pf. = 12 Milliarden Mark für den Krieg, am 2. August 700 Mill. Pf. = 14 Milliarden Mark, und Bonar Law bezifferte am

23. April - den Gesamtbedarf für das laufende Jahr auf 2 972 197 000 Pf. = fast 60 Milliarden Mark.

Große Schwierigkeiten bereitete der Widerstand der Iren gegen den Plan die bisher bloß für England, Schottland und Wales bestehende Dienstpflicht auch auf die grüne Insel auszudehnen. Am 6. März starb der Führer der regierungsfreundlichen Nationalisten John Redmond; die Sinn-Fein-Organisation, welche alle und jede Verbindung Irlands mit England verwarf und die volle Selbständigkeit Irlands als einer Republik forderte, verbreitete sich bis ins letzte Dorf. „Wilson hat, so rief der Sinnfeinführer De Valera in Freemans Journal am 12. März aus, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündigt: solange Irland nicht frei ist, solange ist das nur eine Redensart!“ Als das Unterhaus am 17. April die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland mit 201 gegen 43 Stimmen annahm und den Antrag verwarf, daß vorher ein irisches Parlament in Dublin sich über die Frage äußern solle, da erklärte Dillon, daß das eine neue Kriegsfront schaffen heiße, daß die Einziehung von 100 000 Iren die Landwirtschaft lähmen und die Hungersnot herbeiführen werde, und von 30 irischen Bischöfen verwarfen 27 die Dienstpflicht. Auf dies wurden am 21. April alle irischen Bahnen unter Militärverwaltung gestellt, und auf Grund des über die ganze Insel verhängten außerordentlichen Kriegszustandes ließ Marschall French, der am 6. Mai statt Winborne's zum Lordleutnant von Irland ernannt wurde, am 18. Mai die zu Sinnfein gehörigen Parlamentsmitglieder Plunkett, de Valera, Griffith, Dillon und Cosgrave und die Gräfin Mindkiewicz verhaften. Am 3. Juli wurde der Verein Sinn-Fein aufgelöst, und da Frenchs Befehlzug statt 50 000 Rekruten nur 7000 ergab (das protestantische Ulster verhielt sich so ziemlich ebenso ablehnend wie die katholischen Bezirke), so wurde am 1. Oktober die Dienstpflicht für Irland

eingeführt. Was daraus entstanden wäre, läßt sich nicht sagen, weil die Annahme des Waffenstillstandes durch Deutschland am 11. November die Ausführung der Maßregel unnötig machte. Wir fügen noch einige bemerkenswerte Äußerungen an. Reuter meldete am 25. Mai, daß seit 6. November 1914 eine Verbindung der Sinnfeiner mit Deutschland bestehe; an jenem Tage habe der Staatssekretär Zimmermann eine Botschaft Sir Roger Casements durch den deutschen Botschafter Bernstorff in Washington empfangen, nach der die Iren über den Krieg aufgeklärt und alle irischen Gefangenen entsprechend bearbeitet werden sollten. Der Osteraufstand von 1915 wurde von Deutschland anberaumt und eine Landung in Aussicht gestellt. Am 11. April 1918 sei ein deutscher Agent gelandet, um die Offensive im Westen durch einen irischen Aufstand zu unterstützen (auf Irland standen 80 000 Engländer, um die Insel niederzuhalten), sei aber verhaftet worden. Die Sinnfeiner haben diese Angaben bestritten. Dann ist der Artikel in Freemans Journal vom 11. Januar wichtig, der besagte: „England lebt in der Angst, daß es Irland, das Helgoland des atlantischen Ozeans, verlieren könnte. Es weiß, daß ihm Irland ungleich wichtiger ist als seine überseeischen Gebiete zusammen; durch den Besitz Irlands kann England Europa beherrschen und den Welthandel beaufsichtigen. England verfehlt nie den Grundsatz anzuwenden: „was dein ist, das ist mein, und was mein ist, gehört mein allein.“ Wie viel besser wäre die Welt daran, wenn die irischen Häfen weder englisch, noch deutsch, noch holländisch wären, sondern das, was sie sein sollen: irisch.“ Endlich schrieb der Manchester Guardian, das angesehenste liberale Provinzblatt Englands, Ende Oktober: „eine etwa von Irland gestellte Forderung, daß es auf der Friedenskonferenz vertreten sein solle, wäre genau so berechtigt wie das Verlangen der Tschechoslowaken und der Südslawen. Man

darf keinen Unterschied machen zwischen Irland und irgend einer andern unterjochten Nation.“ Ein Wahlflugblatt der Sinnfeiner vom August stellte fest, daß von den kleinen Völkern, die mit Irland verglichen werden können, Serbien jährlich 104 Millionen Mark brauche, Griechenland 108, die Schweiz 140, Belgien 140, Norwegen 144, Dänemark 190; Irland aber müsse 474 aufbringen — so werde es von England ausgefogen!

Die Wirkung des Unterseebootkriegs suchte Lloyd George durch die Erklärung vom 24. Mai herabzusehen, daß erstmals im April die Neubauten die Versenkungsziffern übertroffen hätten. Am 25. Juli sagte er, daß das erstmals im Juni der Fall gewesen sei. Darnach hat er am 24. Mai falsch ausgesagt, oder auch beidemale. Die Wochenschrift *Truth* (Wahrheit) schrieb am 7. März: „Im August 1917 hat Lloyd George angegeben, daß im ersten Halbjahr 1917 zusammen 484 000 t Handelschiffraum erstellt worden seien; im zweiten Halbjahr würden 1 090 000 t fertig werden. Nach Bonar Laws Angaben im Unterhaus sind aber wenig mehr als 60% dieser Ziffern gebaut worden. Lloyd George hat versprochen, daß 1917 unser Schiffsraum um 1 904 000 t vermehrt werden werde; tatsächlich hat er nur um 1 333 477 t zugenommen. Das sind 42% weniger, als der Minister annahm.“ Ebenso stellte der angesehenste Fachmann Archibald Hurd im *Daily Telegraph* vom 25. Februar fest, daß die Neubauten abnehmen statt zuzunehmen. „Das ist der Grabstein aller der wundervollen Vorhersagungen vom letzten Herbst. Im ganzen Jahr 1917 haben wir 1,1 Mill. t gebaut statt 2 Millionen.“ Der Unterseekrieg hat leider nicht bewirkt, was wir Deutsche hofften; er hat England nicht ausgehungert, er hat seine Handelsflotte nicht so geschwächt, daß sie nicht mehr fahren konnte, und er hat die Amerikaner nicht abgehalten soviel Truppen nach Europa zu werfen, daß die

Uebermacht unser heldenhaftes Heer in steigendes Gedränge brachte. Aber jener Krieg hat doch Großes gewirkt und uns befähigt, länger Stand zu halten, als irgend jemand hätte glauben sollen. Die Möglichkeit besteht, daß er, wenn Deutschland entschlossen war, lieber bis zum letzten Mann zu kämpfen als sich zu unterwerfen, uns einen erträglichen Frieden erwirkt hätte. Die Möglichkeit besteht, wenn auch nicht die Gewißheit! Die Kohlenförderung Englands betrug 1918 schätzungsweise 30 Millionen t weniger als 1917, und der Abgeordnete Seeley befürchtete am 16. Oktober den industriellen Zusammenbruch Englands und die Niederlage im Krieg, wenn das so fortgehe.

Das Oberhaus stimmte am 11. Januar dem Frauenstimmrecht mit 134 gegen 69 Stimmen zu, ebenso am 24. Januar der Verhältniswahl mit 132 gegen 43. Das Unterhaus aber lehnte diese Wahlart am 30. Januar mit 223 gegen 113 Stimmen ab. Am 14. Dezember fanden auf Grund des neuen Wahlgesetzes, das auch den 30jährigen Frauen das Wahlrecht einräumte und die Zahl der Wähler von 8 357 000 auf 21 Millionen (davon 6 Millionen Frauen) erhöhte, die Neuwahlen zum Unterhaus statt. Sie ergaben 334 Unionisten, 127 Liberale und 10 Arbeiter von der regierungsfreundlichen Coalition, zusammen 471. Die Opposition bestand aus 37 Liberalen, 48 unabhängigen Unionisten, 65 Arbeitern, 70 Sinnfeinern, 7 irischen Nationalisten und 5 Mitgliedern kleiner Gruppen, zusammen 233. Drei Kreise standen noch aus. Das Bezeichnende der Wahl war 1) der völlige Sieg Lloyd Georges (also der Kriegsparteiler) über Asquith, der selbst durchfiel (ebenso wie Mac Kenna und Runciman), also die Niederlage der Gemäßigten, und 2) die fast gänzliche Vernichtung der regierungsfreundlichen irischen Nationalisten. In Irland beherrscht Sinnfein das Feld, und diese Partei schickte sich sofort an, die Errichtung der irischen selbständigen

Republik zu betreiben. Nach der unionistischen Morning Post waren wahlberechtigt 21 611 211 Personen. Gewählt haben 10 755 268 = 49,3%. Für die Coalition stimmten 3 527 613 Unionisten, 1 460 683 Liberale, 1 541 174 Arbeiter. Für die Opposition stimmten 587 889 Unionisten, 1 330 978 Liberale, 2 457 648 Arbeiter, 330 010 Nationalisten, 497 522 Sinnfeiner, 406 791 Unabhängige. Das ergäbe 6 529 490 für Lloyd George, 5 590 838 für die Opposition; Mehrheit 938 652. Nach dem Telegraph erhielt die Coalition 5 293 976 Stimmen, die Opposition 4 690 699; Mehrheit also doch bloß 603 277. Daraus geht hervor, daß die Wählerziffern für die Sieger weniger günstig waren, als die Ziffern der Abgeordneten.

Die Verluste der Engländer betragen vom 1. April bis 30. September 34 259 Offiziere und 527 469 Mann.

X.

Belgien. Niederlande. Schweiz. Spanien. Portugal.

a. Belgien. Am 24. Januar veröffentlichte die belgische Regierung in Havre ihre Antwort vom 24. Dezember an den Papst, der am 1. August 1917 zum Frieden aufgefordert hatte. Sie verlangte darin Genugtuung, Schadenersatz und Bürgschaften für später und dankte dem Papst dafür, daß er in einer Ansprache an die Kardinäle vom 21. Januar 1918 „die Ungerechtigkeit mißbilligt“ und geruht habe der belgischen Regierung zu versichern, daß er damit unmittelbar auf den deutschen Einbruch in Belgien gezielt habe. Am 25. April verfügten der Generalgouverneur v. Falkenhausen und der Generalquartiermeister gemeinsam, daß für Flandern und die Wallonei deutsche Gerichte eingesetzt würden, welche nach den Landesgesetzen, aber nach deutschem Verfahren in Zivil- und Strafsachen urteilen sollten. Am 15. Mai wurde in 10 Gemeinden der Provinz Lüttich, in

20 der Provinz Luxemburg das Deutsche zur ausschließlichen Amtssprache erklärt. Der Ministerpräsident de Brocquille trat am 3. Juni zurück; an seine Stelle kam der Flame Cooreman (1852 geboren, Abgeordneter von Gent, 1908—12 Präsident der Abgeordnetenkammer), ein gemäßigter Klerikaler und geschickter Geschäftspolitiker, aber kein zuverlässiger Anwalt der flämischen Interessen. Der „Rat von Flandern“, der schon am 22. Dezember für die volle Unabhängigkeit Flanderns sich ausgesprochen hatte, erließ am 23. Juni eine Erklärung an das deutsche Volk, in der er einen flämischen Staat mit eigener Verwaltung, eigenen Gerichten, eigenem Landtag als sein Ziel bezeichnete; eine gewisse Verbindung mit der Wallonei für gewisse Dinge wollte er zugestehen, um so mehr als Flandern die wirtschaftlichen Kräfte der Wallonei nicht missen könne. Flandern müsse sich wirtschaftlich eng an Deutschland anlehnen, und zwar dauernd und durch gesicherte Verträge; es biete Deutschland alle Bürgschaft, daß Belgien nicht wieder Aufmarschland für seine Feinde werde. Der Generaldirektor vom Unterrichtsministerium Henquine forderte am 26. Juli den König Albert in einem offenen Brief auf, in die von Hertling dargebotene Hand einzuschlagen und für Frieden auf der Grundlage der Freigabe Belgiens, der Rückerstattung der deutschen Kolonien und der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit Deutschlands einzustehen. Am 1. September setzte der deutsche Generalgouverneur die drei Schulordnungen für Flandern in Kraft, nach welchen (auf Grund der belgischen Gesetze von 1883, 1910 und 1914 über die Unterrichtssprachen in den Mittelschulen (Gymnasien), über das Studium der modernen Sprachen in den Mittelschulen und über das Volksschulwesen) die „niederländische“, d. h. flämische, Sprache als alleinige Unterrichtssprache in den Volks- und Mittelschulen Flanderns eingeführt wurde. Niemand sollte ein Amt in Staat, Provinz

und Gemeinde erhalten, der nicht über den erfolgreichen Besuch einer Schule mit niederländischer Sprache sich ausweise. Auf die „freien,“ d. h. die Klosterschulen fand die Verordnung keine Anwendung. Mit dem Zusammenbruch Deutschlands zerstoben alle diese Errungenschaften der Flamen; am 23. November hielt König Albert seinen triumphierenden Einzug in Brüssel. Die Mitglieder des Rats von Flandern mußten die Flucht ergreifen, und der Gemeinderat von Gent verlangte — wohl unter dem Druck von oben — am 6. Dezember die sofortige Unterdrückung der flämischen Universität und die Herstellung der französischen.

b. **Niederlande.** Am 9. Februar wurde ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Niederlanden abgeschlossen, nach welchem diese gegen Lieferung von Lebensmitteln einen Teil ihres Schiffsraums für die Verbündeten außerhalb der Sperrzone fahren lassen sollten. Lebensmittel nach Deutschland und Oesterreich sollten die Niederlande nicht abgeben dürfen. Die Sache war aber damit nicht erledigt; weil Deutschland nicht imstande war den Niederlanden Weizen zu liefern, gab der Minister des Auswärtigen am 18. März der Entente die Vermehrung des Schiffsraums zu, um Weizen zu bekommen. Das „allgemeine Handelsblatt“ schrieb damals, weil die Verbündeten das Fahren der niederländischen Schiffe auch in der Sperrzone verlangten: „wir nennen eine Raqe eine Raqe und die verbündeten Regierungen Schurken.“ Wilson belegte am 20. März die niederländischen Schiffe in den Vereinigten Staaten mit Beschlagnahme. Mit Deutschland wurde am 1. August vereinbart, daß es fünf Monate lang je 120 000 t Kohlen liefere, die Tonne zu 90 Gulden bar und weiter zu 30 Gulden, auf die Deutschland ein Kredit eingeräumt wurde. Die Wahlen zu den Generalstaaten (zweite Kammer), wobei erstmals auch die Frauen wählen durften und die Verhältnis-

wahl Platz griff, ergaben am 3. Juli 10 Liberale, 5 Demokraten, 25 Sozialisten, 7 Christlich-Historische, 13 Antirevolutionäre (= Protestantisch-Konservative), 30 Katholiken und 10 von kleinen Parteien (wie Wirtschaftsbund, Christlich-Soziale, Mittelstand). Da die Kammer 100 Mann zählt, so hielten sich die Rechte (20 protestantische und 30 katholische Abgeordnete) und die Linke die Wage; die ersten hatten aber 7 Wahlkreise gewonnen (5 katholische, 2 protestantische), und so bildete am 8. September der Führer der Katholiken, Ruys de Beerenbrouck, ein Ministerium, das, an sich neutral, doch eher zu Deutschland als zur Entente neigte. Zum bolschewistischen Rußland brach die Regierung am 8. November die Beziehungen ab, weil von dort aus der Bolschewismus überall geschürt wurde. Den Zusammenbruch der Monarchie in Deutschland wollten die Roten in den Niederlanden auch auf ihr Land ausdehnen; aber die Regierung ließ sich nicht einschüchtern; England drohte mit Sperrung der Zufuhr, und am 18. November fand im Haag eine große Kundgebung für die Monarchie statt. Die Königin erschien mit ihrem Gemahl, dem Prinzen Heinrich, und ihrem (30. April 1909 geborenen) 9jährigen Töchterchen Juliana in der Öffentlichkeit im Wagen, dessen Pferde von den Soldaten ausgespannt wurden; im Triumph wurde der Wagen von ihnen sodann auf den Exerzierplatz gezogen, wo begeisterte Ansprachen gehalten wurden.

c. L u g e m b u r g. Zwischen der Großherzogin Adelheid und der Kammer entstanden Meinungsverschiedenheiten, weil die letztere, in der die Linke eine kleine Mehrheit hatte, die Verfassung demokratisch-republikanisch abändern wollte. Die Neuwahlen vom 5. August ergaben 25 Klerikale und 2 ihnen nahe stehende Unabhängige = 27; dazu 8 Liberale, 5 Demokraten, 5 Sozialisten, 2 Unabhängige der Linken = 20. Das Ministerium mußte abtreten, und es wurde ein Koalitions-

fabrikt gebildet. Infolge des Waffenstillstandes räumten die Deutschen das Land. Am 14. November verlangte die Kammer unter dem Druck der deutschen Vorgänge die Berufung einer verfassunggebenden Versammlung, welche über die Staatsform entscheiden sollte; bis dahin solle die Großherzogin sich der Ausübung ihrer Rechte enthalten. Der Antrag auf sofortige Verkündung der Republik wurde abgelehnt.

d. S c h w e i z. Der Bundesrat verbot am 18. Januar das weitere Erscheinen des Lausanner Heftblattes *l'après-guerre*, das den wirtschaftlichen Verkehr mit den Mittelmächten zu verhindern suchte. Am 27. Mai erhielt die *Gazette de Lausanne* eine Verwarnung durch den Bundesrat, weil sie schrieb, der amerikanische Botschafter Gerard in Berlin sei gezwungen gewesen, vier Jahre unter Schurken zu leben. Der Professor in Lausanne Sirven-Stählin nannte im August Deutschland den gemeinsamen Feind, und sein Kollege Ballol rief aus, daß am Tage des Sieges in der Schweiz so gut Freudenfeuer leuchten werden wie in Savoyen. Die Ruhestörer von Zürich (s. den vorigen Jahresbericht S. 107) wurden vom Militärgericht am 19. Januar zu $1\frac{1}{2}$ —10 Monaten Gefängnis verurteilt, wegen Meuterei und Beihilfe dazu. Der mit Frankreich am 29. Dezember 1917 geschlossene Vertrag, laut dessen Frankreich Lebensmittel und Sämereien lieferte und dafür $2\frac{1}{2}$ Millionen Franken zur Erleichterung der Einfuhr geliehen erhielt, wurde vom Bundesrat bestätigt. Auch mit Deutschland kam am 15. Mai ein Abkommen zustande, wonach für die Tonne deutscher Kohle 180 Franken gezahlt werden sollten und Deutschland eine gewisse Aufsicht über die Verwendung seiner Kohlen bekam. Der Bundesrat war einstimmig für diese Vereinbarung; da trat plötzlich Frankreich dazwischen, bot eine monatliche Lieferung von 85 000 t an und drohte für den Fall der Durchführung des Abkommens mit Deutschland mit einem Wirt-

schaftskrieg bis aufs Messer. Es war sehr fraglich, ob Frankreich sein Angebot auch verwirklichen konnte; sein Zweck war lediglich Durchkreuzung des erwähnten Abkommens. Der Antrag auf Einführung direkter Bundessteuern, wodurch die Hauptlast der Abgaben auf $\frac{1}{20}$ der Bevölkerung gewälzt werden sollte, wurde vom Volk am 2. Juni abgelehnt, indem die katholischen und romanischen Kantone den Ansturm der industriellen deutschen Kantone abwehrten. Die Verhältniswahl für die Bundesversammlung, welche der Nationalrat am 20. Juni mit 78 gegen 71 Stimmen verworfen hatte, fand in der Volksabstimmung vom 13. Oktober eine Mehrheit von 297 000 gegen 147 000 Stimmen; dadurch wird die langjährige Herrschaft der radikalen Partei voraussichtlich gebrochen werden. Am 11. November entstand, unter der Einwirkung der deutschen Vorgänge, ein Generalsstreik, der auf den Sieg des Sozialismus abzielte. Der Bundesrat ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern stellte Militär bereit, und am 14. November wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem die Unzufriedenheit der Aufforderung an die Soldaten, nicht zu schließen, für den Ernstfall erkannt war.

e. S p a n i e n. Die Kammer wurde am 3. Januar aufgelöst und Neuwahlen für Anfang März angeordnet. Den Gemeinden gewährte die Regierung am 17. Februar das Recht, ihre Alcalden selbst zu wählen. Die Wahlen ergaben nach den Nachrichten vom 6. März 95 Demokraten, 39 Anhänger der liberalen ententefreundlichen Romanones, 93 Konservative, 27 Jaimisten (Karlisten, Anhänger des Prinzen Jaime), 19 Republikaner, 3 catalonische Separatisten, 7 baskische Nationalisten, 6 Sozialisten, 9 Reformisten und 2 „katholische“ Abgeordnete. Zum erstenmal hatte keine der zwei großen Parteien eine Mehrheit, weder die Liberalen noch die Konservativen; aber entschieden gab sich die Stimmung des Landes für die Erhaltung der Neutralität kund. So

war der ehemalige Rektor der Universität Salamanca, Unamuno, ein Kriegsheger, durchgefallen, ebenso sein Gesinnungsgenosse Ferrouge und Alvarez; der Anhang von Romanones war klein, und die Hauptstadt hat den erklärten Freund Deutschlands, den Dichter Jacinto Benavento, gewählt. Die Wahlen zum Senat ergaben am 13. März 43 Konservative, 8 Anhänger Maura's von der äußersten Rechten, 13 andere Konservative, 5 Jaimisten, 46 Demokraten, 16 Anhänger Romanones, 6 unabhängige Liberale, 32 Integrierten, 3 Rationalisten, 8 Regionalisten, 2 Republikaner, 1 Katholike, 1 Unabhängigen, 6 unabhängige Liberale — also auch eine bunte Musterkarte politischer Meinungen. Der König sollte nach einer Vereinbarung der Parteien die Militärreform (Vermehrung des Heeres um 65 000 Mann, Solberhöhung, Erhöhung der Offiziersgehälter) zunächst durch kgl. Erlaß durchführen. Am 23. März trat Maura an die Spitze eines Koalitionsministeriums, dem Romanones als Unterrichtsminister angehörte. Maura's Standpunkt zum Krieg geht aus seinen Worten hervor: „Es ist unwahr, daß für die Unabhängigkeit der kleinen Staaten gestritten wird. Unwahr ist auch, daß man dem Militarismus ein Ende machen will; denn das Streben nach Herrschaft zur See ist ebenso Militarismus wie das nach Herrschaft zu Lande, nur mit dem Unterschied, daß das zweite Streben sich gar auf die ganze Welt erstreckt. Die englische Herrschaft in Gibraltar hindert uns an der Beherrschung unserer eigenen Küstengewässer. Unsere Verbindung mit Spanisch-Marokko hängt vom Wohlwollen Englands ab. Wenn es England mit seinen Versicherungen Ernst ist, so muß es Gibraltar an Spanien zurückgeben.“ Was es höchstens gegen sehr hohes Entgelt tun wird. Ein Gesetzesentwurf vom 22. Mai sah für die Zeit vom 1. Juli 1919 die Einführung der Goldwährung vor; von da ab sollten alle Zahlungen über 50 Pesetas in Gold erfolgen. Am

15. Juli wurde ein Spionage-Gesetz angenommen. Am 20. August beschloß der spanische Ministerrat, weil die deutschen Torpedierungen 20% der spanischen Handelsflotte zerstört hätten, weitere Verluste durch Torpedierung aus den in spanischen Häfen liegenden deutschen Schiffen zu ergänzen. Im Oktober wurden, obwohl Deutschland Einsprache erhoben und tunlichste Befriedigung der spanischen Wünsche zugesichert hatte, in der Tat 21 000 t deutschen Schiffsraums mit Beschlagnahme belegt — wohl auch eine Wirkung unseres Zusammenbruchs. Im Dezember trat Romanones an die Spitze des Ministeriums und erklärte am 18. Dezember den deutschen Botschafter Prinzen Ratibor als hinfort nicht mehr genehme Person. Infolgedessen reiste der Prinz mit einigen von demselben Verdikt betroffenen Beamten der Gesandtschaft aus Madrid ab und hinterließ den Grafen v. Bassowicz zur Führung der Geschäfte.

f. P o r t u g a l. Sidonio Paës wurde am 28. April nach der abgeänderten Verfassung mit allgemeiner direkter Wahl (vorher stand die Wahl bei dem Parlament) mit 500 000 von 880 000 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. In der Abgeordnetenkammer hatte die Regierung unter 155 Mitgliedern 117 Anhänger, im Senat 48 von 77. Bei der Wahl waren auch die Analphabeten zugelassen worden, was die Zahl der Wähler verfünffacht hatte. Paës war früher Professor der Mathematik an der Universität Coimbra, 1912 bis 16 portugiesischer Gesandter in Berlin und galt als ein Deutschland Verständnis entgegen bringender Mann. Am 29. Juli wurde die englische Gesandtschaft in Lissabon zum Rang einer Botschaft erhoben — formell eine Ehre für Portugal, tatsächlich ein Zeichen seiner unbedingten Abhängigkeit von England. Am 18. November brach ein allgemeiner Streik aus, und am 16. Dezember wurde der Präsident der Republik durch radikale Fanatiker mit drei Revolvergeschüssen getötet.

. XI.

Afrika.

a. Marokko. Ende August brachen nach dem Echo des Paris Wüstenstämme bei Tafilet ins französische Gebiet ein. Es fanden schwere Kämpfe statt, und wegen erheblicher Verluste mußten Verstärkungen abgesandt werden.

b. Aegypten. Der des Landes beraubte Khedive Abbas Hilmi wurde bei seiner Anwesenheit in Berlin von dem Staatssekretär v. Hinzte am 24. Juli zu einem Essen geladen, wobei ihn der Gastgeber als den rechtmäßigen Fürsten Aegyptens begrüßte, das seiner segensreichen Regierung Wohlstand und Blüte verdanke und das seiner Wiederkehr hoffend entgesehe. In unerschütterlicher Zuversicht vertrauen wir auf unser Recht, dem unser Schwert zum Sieg verhelfen wird! Der Khedive antwortete: „als die Türkei in den Krieg eintrat, konnte für mich ein Zweifel nicht bestehen, daß mein Platz an der Seite meines hohen Souveräns, des Sultans, sein müsse, und ich kann versichern, daß auch die Herzen meines armen, von roher Gewalt getnebelten Volkes für die Sache des Bierbundes schlagen. Die Aegypter wissen wohl, welche der beiden Mächtegruppen in Wahrheit das Wohl der unterdrückten Nationalitäten verfißt.“

c. Tripolis. Ende Juli stellten die italienischen Zeitungen fest, daß die Lage sehr schlecht sei und die „Kolonie“ sich in vollem Aufstande befinde. Der General Ameglio wurde deshalb durch Avioni ersetzt und 1285 Millionen Lire für den Krieg in Libyen bewilligt. Damit erreichen Italiens Ausgaben für diesen Zweck schätzungsweise über drei Milliarden.

d. Südafrika. Der Führer der Nationalisten Herzog erklärte im März: „Die Südafrikaner wollen nicht für England in Flandern bluten!“ Und im April sagte er

zu Paars in Kapland: „Unter dem Wort Freiheit verstehe ich das Recht eines Volkes innerhalb seiner eigenen Grenzen für sein Tun und Lassen der Welt verantwortlich zu sein. Wir aber hängen ab von der Willkür des englischen Parlaments; wir besitzen das Recht nicht nach unserem Ermessen mit andern Völkern in Freundschaft oder Feindschaft zu leben. Nach diesem Recht mit allen friedlichen Mitteln zu streben sind wir vollauf befugt.“ Zugleich erklärte er sich als entschiedener Gegner des Kriegs und der Wegnahme der deutschen Kolonien. General Smuts, welcher diese Kolonien behalten wolle, könne nicht im Namen der Südafrikaner sprechen. Effelen, ein Anhänger Bothas, war dafür, den Krieg zu Ende zu führen und dann die Reform der Verfassung in dem von Herzog angedeuteten Sinn zu erwägen.

XII.

Afien.

a. C h i n a. Am Anfang des Januar wurden von den Bolschewiki der Geheimbericht des russischen Gesandten Krupensky in Tokio bekannt gegeben, aus dem ersichtlich war, durch welchen Druck des Raubverbandes China im März 1917 in den Krieg gegen Deutschland getrieben worden ist. Japan forderte damals Ueberlassung der deutschen Erbschaft in Schantung und aller deutschen Kolonien nördlich vom Aequator. China wollte als Belohnung eine Zollerhöhung, Nachlaß der Straf gelder für den Boxeraufstand von 1900 und Schutz gegen Deutschland, falls dieses später seinen Besitz zurückfordern sollte. Am 16. Mai schlossen China und Japan einen Vertrag betreffs eines gemeinsamen Vorgehens, im Fall ein Eingreifen in Sibirien und der Mandschurei gegen die „deutsche Gefahr“ nötig werde. Es sollten Tausende deutscher Kriegsgefangener von den Russen bewaffnet wor-

den sein und Sibirien bedrohen. Reuter meldete am 24. Mai, daß der chinesische Ministerpräsident Tuan Tschj Yen gesagt habe: „Deutschland hat uns, nachdem der Pöbel zwei Missionare ermordet hatte, gezwungen, Tjingtau abzutreten, und hat damit die Zerstückelung Chinas eingeleitet. Alle Völker bewundern den hohen Idealismus, der England in den Krieg trieb, um Belgien und die allgemeine Moral zu verteidigen. Wir bitten den Himmel, daß er Englands Waffen segne.“ Dazu ist hinzuzufügen, daß der amerikanische Gelehrte Hornbeck 1916 schrieb: „Zählt man alles zusammen, was Deutschland in Kiautschou an Leistungen, an gerechter Verwaltung, an Hebung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der Einwohner aufweisen kann, so läßt sich urteilen, daß keine der Mächte, die sich an der chinesischen Küste niederließen, eine bessere Rechtfertigung aufzuweisen hat als die Deutschen.“ Am 5. August erklärte die chinesische Regierung, daß sie Truppen in Sibirien einrücken lasse, ohne Rußlands Gebietsstand zu gefährden, und daß sie es im Einklang mit den Vereinigten Staaten und Japan tue. Keine Macht wollte die andere allein den Beutezug machen lassen! Am 9. September wurde vom sogenannten Parlament Hju Schih Tschang zum Präsidenten der Republik gewählt, ein Mann, dem gemäßigte Ansichten zugeschrieben wurden und der als langjähriger Freund Quanschikais, dessen Staatssekretär er war, und als Vormund des jungen Mandschukaisers großes Ansehen genoß. Ein Aufstand in Tibet gegen China scheint erfolgreich gewesen zu sein; die Stadt Chamello ergab sich im Juli aus Hunger den Aufstrebenden.

b. J a p a n. Anfangs Januar wurden in Europa durch die Veröffentlichungen der Iswestija geheime Verträge bekannt, welche 1907, 1910 und 1912 zwischen Japan und Rußland abgeschlossen wurden. Weil England 1911 in sein Bündnis mit Japan die Klausel einfügte, daß es gegen einen

Staat, mit dem es einen Schiedsvertrag habe (d. h. gegen die Vereinigten Staaten) Hilfe nicht zu leisten habe, verbündeten sich Japan und Rußland 1912 dahin, daß sie England und den V. St. nötigenfalls bewaffnet entgegentreten wollten. Damals sagten führende japanische Blätter, daß die Engländer sich aus China trollen sollten; Japan und Rußland hätten gegen England gemeinsame Interessen zu wahren. Nach dem Berner Tagblatt vom 22. März betonte der japanische Gesandte in der Schweiz, daß es Unsinn sei zu behaupten, Japan werde Truppen nach Europa schicken. Japan habe 21 Divisionen = 300 000 Mann, von welchen 30 000 gegen Deutschland aufgeboten, aber längst wieder entlassen worden seien. Japan brauche sein Heer, um den Besitz von Korea und Formosa zu sichern; an andere Eroberungen denke es nicht. Der russische Krieg habe 100 000 Tote und 500 000 Beschädigte gekostet, die mit ihren Familien jetzt noch unterstützt werden müßten. Am 6. April kam die Meldung, daß japanische und englische Marinetruppen in Wladiwostok gelandet seien, um Leben und Eigentum zu schützen. Die Stadt ist 1860 als Militärposten gegründet worden und hatte noch 1880 nur 7300 Seelen, 1911 aber 93 000. Die japanischen Truppen befehligte der Admiral Cata. Die Regierung betonte, daß es sich nur um eine vorübergehende Besetzung handle. Natürlich. Der russische vorläufige Kommissär für das Auswärtige, Tschitscherin, lud die Vertreter der Entente in Moskau zu sich ein und erhob gegen das Vorgehen bestimmtesten Einspruch; die fremden Truppen müßten sofort das Gebiet der russischen Volksrepublik wieder verlassen. Ebenso legte der vollziehende Hauptauschuß von Sibirien Einsprache ein; die Arbeiter und Bauern Sibiriens würden jedem Versuch der japanischen Imperialisten, irgend einen Teil Sibiriens zu besetzen, kräftigen Widerstand entgegenzusetzen. Ueber ganz Sibirien wurde der Belagerungszustand

verhängt. Die Ententevertreter antworteten Tschitscherin, daß es sich um ein bloß örtliches Vorgehen handle; der Vertreter der B. St. soll sein Mißfallen über Japans Maßnahmen bekundet haben. Der Minister des Auswärtigen Motono trat am 24. April zurück; sein Amt übernahm der Minister des Innern, Goto. Unter ihm ging das sibirische Unternehmen weiter. Im Juni tat sich eine autonome sibirische Republik in Charbin auf, nachdem die Sowjetrepublik beseitigt war, und Japan und die B. St. sagten dem neuen Staat Hilfe zu. Am 17. Juli wurde gemeldet, daß die Vereinigten Staaten und Japan — keines traut dem andern über den Weg — gemeinsam in Sibirien einzugreifen beschlossen hätten, um die Tschechoslowaken gegen die Deutschen und Oesterreicher zu schützen. Japan wünsche dauernde Freundschaft mit Rußland und werde nach Erreichung des Ziels seine Truppen zurückziehen. Die einige tausend Mann starken Japaner standen unter dem Befehl des Generals Kiuto, die Amerikaner unter Generalmajor Graves. Diese Truppen drangen dann in Sibirien eine ziemliche Strecke weit vor. Am 24. September meldete die Evening Post, daß ein Kronrat in Tokio anfangs Juni beschlossen habe, das Heer, das 21 Divisionen zu 4 Regimentern = 84 Regimentern zählte, auf 42 zu 3 = 126 Regimenter zu erhöhen und die Flotte auf 24 Linienfahrer und 8 Kreuzer zu bringen. Die Mehrkosten wurden auf 1060 Millionen Yen veranschlagt. Ende September trat das Ministerium Terautsch zurück, und Saonyi bildete ein neues Kabinett.

c. **Turkestan.** Anfangs Januar wurde bekannt, daß am 23. Dezember 1917 den Grundsätzen der russischen Revolution gemäß eine außerordentliche Versammlung der Muselmänner beschlossen habe, Turkestan als selbständige Republik und Glied der russischen Bundesrepublik einzurichten. Am 15. Januar trat der Nationalrat der neuen Republik zu-

jammen, der zu $\frac{2}{3}$ aus Muselmännern, zu $\frac{1}{3}$ aus Andersgläubigen bestand, und wählte eine vorläufige Regierung.

d. **Persien.** Lord Curzon sagte am 23. Januar im Oberhaus, daß die südpersische Polizeitruppe kein Teil des britischen Heeres, aber für Persien ganz notwendig sei. Der Vertrag mit Rußland von 1907 werde angesichts der Veränderung der russischen Dinge als vorläufig aufgehoben angesehen. Für später müßten drei Dinge erfüllt werden: 1) die Befriedigung des persischen Nationalgefühls, 2) Sicherheit der Straßen, 3) Schutz der gesetzmäßigen Handelsinteressen. Am 29. Januar sandte Troktsch an den persischen Gesandten ein Schreiben, daß der Vertrag von 1907, als gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des persischen Volks gerichtet, für immer ungültig sei und die russische Volksregierung Persien von den Agenten des Zarismus und der imperialistischen Bourgeoisie säubern werde, welche gleicherweise Feinde des persischen und des russischen Volkes seien. In Berlin wurde am 29. Januar eine deutsch-persische Gesellschaft gegründet, deren Vorsitz der frühere Staatsminister v. Hentig übernahm; der Perser Tagi Zadah wurde zweiter Vorsitzender. Die Geschäftsstelle sollte in der Tauenzienstraße 19a sein. Der Arbeit der Gesellschaft wurde aber durch den Kriegsausgang ohne Zweifel mindestens vorerst ein Ende gesetzt. Die persische Regierung erklärte Anfangs Mai alle Verträge, welche die Unabhängigkeit des Landes angetastet hätten, für null und nichtig. Aber England setzte im August die Ernennung seines Anhängers Mostafared Dauleh zum Ministerpräsidenten durch, und der britische Militärbevollmächtigte Major Stokes bildete aus allerlei persischen und indischen Abenteurern eine Truppe, mit der er Englands Zwecke verfolgen konnte. Am 16. August kam ein Vertrag mit der Türkei, Georgien und Aserbeidschan zustande, der die Petroleumzufuhr aus Baku regeln sollte. Die Türkei

befetzte im August Täbris, um Persien vor völliger Aufsaugung zu retten.

e. I n d i e n. Am 22. März erschienen in Berlin der Fürst Mahendra Pratap, der ein Führer der indischen Selbstständigkeitsbewegung ist, im Frühjahr 1915 vom Kaiser empfangen wurde und damals ein eigenhändiges Schreiben S. Maj. an den Emir von Afghanistan erhielt; dieser blieb aber neutral. Der Fürst kam diesmal von St. Petersburg, wo ihm Trozky und Toffe angeblich ihre Zustimmung zu seinem Gedanken der Befreiung Indiens durch Rußland und Deutschland bezeugten. Der indische Nationalkongreß bot laut Nachricht vom 20. April Großbritannien 5—10 Millionen Soldaten an, falls dieses 1) ein indisches Parlament, 2) eine indische Nationalregierung, 3) ein von indischen Offizieren befehligtes Heer und 4) eine indische Flotte zugestehet. Es bestand in Indien eine starke Gärung, weshalb Frau Besant, eine zum Hinduismus übergetretene Pfarrwitwe, die in hinreißenden Reden für die indische Freiheit wühlte, im Mai vorübergehend verhaftet wurde. Der Staatssekretär für Indien, Lord Montagu, der Indien zwecks besserer Kenntnisnahme der Stimmung bereist hatte, kam damals nach London zurück und legte anfangs August dem König einen Reformentwurf vor. Dieser sah vor einen Staatsrat, der in der Mehrzahl aus Beamten bestehen sollte, und eine gesetzgebende Versammlung von 100 Mitgliedern, zu $\frac{2}{3}$ gewählt, zu $\frac{1}{3}$ ernannt. Die Gehälter des Staatssekretärs für Indien und seiner Beamten sollten künftig vom britischen Reichshaushalt bestritten werden. Das Unterhaus sollte alljährlich einen Ausschuß für indische Dinge ernennen. Die indische Nationalpartei war damit nicht zufrieden. Der Richter am „hohen Hof“ zu Madras, Sir Subramanyam Aiyar, der über Indiens Unterdrückung einen Brief an Wilson gerichtet hatte, wurde wegen dieses Briefs, den Montagu „das schändlichste Denkmal dieses Krieges“

nannte, mit Strafverfolgung bedroht, aber „in Hinsicht auf sein hohes Alter, seine versagende Gesundheit und seine vergangenen richterlichen Dienste“ verschont und auch Frau Besant wieder frei gelassen.

f. **K a u k a s u s.** Die Vertreter von Daghestan, Terek, Stawropol, Kuban und der Küste des schwarzen Meeres erklärten am 15. Mai, daß sie einen von Rußland unabhängigen Staat bilden wollten. Ebenso erklärte **G e o r g i e n**, das bis 1810 ein eigener Staat gewesen ist, die Herstellung seiner Unabhängigkeit; die Hauptstadt ist Tiflis. Dabei haben deutsche Truppen mitgewirkt, und in den Ergänzungsverträgen zum Frieden von Brest-Litowsk wurde die Unabhängigkeit Georgiens auf Deutschlands Betreiben von Rußland anerkannt.

XIII.

Australien.

Am 8. Januar mußte der Ministerpräsident Hughes zurücktreten, weil die Mehrheit des Volks gegen die Heerespflicht war; sein Nachfolger wurde der Arbeiterführer Tudor. Nach einer Meldung vom 16. Februar betrugen die australischen Verluste bis 31. Dezember 43 000 Tote, 57 000 Kranke, 4000 Vermißte, 115 000 Verwundete; zusammen 219 000 Mann. Die Zahl der Australier im englischen Heer war 270 000, die der Neuseeländer 80 000, von welchen 40 000 verwundet, 10 000 getötet wurden. Manche Beurteiler bezeichneten die Australier und Kanadier als den besten Teil des britischen Heeres. Durch eine lange Dürre gingen nach einem Bericht der Times vom 15. August in Neusüdwales bis zum Juli 2 Millionen Schafe zu Grunde. Der dann einsetzende Regen half dem allgemeinen Notstand ab.

XIV.

Amerika.

a. C a n a d a. Anfangs März wurde festgestellt, daß bei den Wahlen für die unionistische Regierung 158 282 bürgerliche und 19 150 Soldatenstimmen mehr abgegeben worden waren als für die Opposition. Unter den Soldaten stimmten für diese nur 15 116. Von den 220 Abgeordneten zum „Haus der Gemeinen“ waren etwa 140 für die Regierung, 80 gegen sie. Nach Nationalitäten sind die Canadier letztmals 1881 gezählt worden; damals gab es 1 289 000 Franzosen, 1 591 000 Angelsachsen, 957 000 Iren, 319 000 von andern Völkern. Die Franzosen waren bei den Aufständen von 1795, 1837, 1841 und 1890 stets für Erhaltung der Zusammengehörigkeit mit England eingetreten, weil sie von diesem Schutz gegen die drohende Unterdrückung durch die Angelsachsen erhofften. Heute streben sie nach Errichtung eines selbständigen Staates, der besonders an den Provinzen Quebec (1 750 000 Franzosen) und Ontario (250 000 Franzosen) seinen Rückhalt hätte. In den übrigen Provinzen leben 500 000 Franzosen in Zerstreuung.

b. Vereinigte Staaten. Das Repräsentantenhaus nahm das Frauenstimmrecht am 12. Januar mit 272 gegen 126 Stimmen an. Das Heer bestand nach der Mitteilung des Staatssekretärs des Kriegs Baker am Anfang des Jahres aus 110 856 Offizieren und 1 428 650 Mann; die Kosten wurden für 1918 auf 7527 Millionen Dollars — über 30 Milliarden Mark angeschlagen, was gegen 1915 den fünffachen Betrag ausmacht. Der General Crowder erklärte, daß über die Kriegsdauer jährlich 700 000 Mann eingestellt werden müßten, und ein im Senat eingebrachtes Gesetz schrieb vor, daß alle, welche am 5. Januar 1917 das 21. Jahr zurückgelegt hätten, in die Heereslisten einzuschreiben seien. Wegen

schwerer Mißstände im Heereswesen verlangte der Senator Chamberlain, eine Hauptstütze Wilsons, daß ein dreiköpfiges Kriegskabinet zur Aufsicht eingesetzt werde. Wilson lehnte das aber als Beschränkung seiner Präsidialbefugnisse ab. Die North American Review klagte im Februar, daß die V. St. 14mal größere Kriegskosten hätten als Deutschland. Wilsons Vertrauensmann, Oberst House, meldete im Februar, daß es den Truppen in Frankreich an Lebensmitteln und Artillerie fehle; der Ausschuß des Kongresses stellte Anfangs April fest, daß ihnen von daheim kein Gewehr, kein Maschinengewehr, kein Geschütz habe mitgegeben werden können, und daß England und Frankreich diese Truppen ausrüsten und selbst das Ausbildungspersonal herüberschicken müßten. Im Flugzeugwesen war, wie Wilsons Vertrauensmann Borgleur im Mai selbst erklärte, trotz der Ausgabe von fast einer Milliarde seit elf Monaten nichts geleistet worden; nicht ein amerikanisches Flugzeug befinde sich an der Front. Um so staunenswerter ist es, daß England und Frankreich es fertig brachten, die große, über eine Million betragende amerikanische Truppenmasse in Frankreich mit allem Notwendigen reichlich auszurüsten. Im Senat wurde am 26. März geklagt, daß trotz des im September 1916 errichteten Schiffahrtsamtes erst zwei Schiffe fertig gestellt seien. Maclay, der Leiter des englischen Schiffahrtsamtes, erklärte damals: „wenn die V. St. nicht mehr leisten, ist die Lage hoffnungslos; denn die Unterseeboote versenken erheblich mehr als das doppelte, was wir Engländer bauen“. Wilson selbst wurde im Mai von Oberst Harvey in der North American Review heftig angegriffen, weil er seinem einen Schwiegersohn Adoo das einflußreiche und einträgliche Staatssekretariat des Schatzes, einem andern die Leitung der größten staatlichen Munitionsfabrik übertragen habe. Andere behaupteten, daß eine Untersuchung in dem Augenblick eingestellt worden sei, wo sich ergab, daß Wil-

fons Frau, eine geb. Bolling, und ihr Bruder in Voraus-
sicht einer Rede Wilsons Aufträge an die Börse gegeben
hatten und Adoo auf seinem Amtszimmer durch einen ge-
heimen Draht mit dem Hauptsitz der Börse, mit Wallstreet,
verbunden war. Wilson sei als Präsident ein reicher Mann
geworden und habe den Krieg in der Absicht begonnen, die
Darlehen des amerikanischen Großkapitals nicht gefährden zu
lassen. Relata referimus — ob diese Anklagen Grund haben,
vermögen wir diesseits des Wassers nicht zu entscheiden.
Sicher aber hat der Bürgermeister Thompson von Chicago
(derselbe, der 1917 Joffre zu empfangen ablehnte (s. vorige
Jahresübersicht S. 122), als Kandidat zum Senat Recht ge-
habt im Juni zu sagen: „Wilson ist 1916 wieder gewählt
worden, weil er Bürgerschaft für den Weltfrieden zu bieten
schien; aber unsere Mahnungen waren fruchtlos. Genau
90 Tage nach seinem Amtsantritt ersuchte er den Kongreß um
die Kriegserklärung. Wir müssen nun den Krieg um unserer
nationalen Ehre willen durchführen; aber Wilsons Regierung
hat sich unfähig erwiesen im Frieden und noch mehr für den
Krieg. Dieser wird wesentlich im Interesse einer Piraten-
bande geführt, welche sich als Vorkämpferin für Patriotismus
und Freiheit gebärdet. Unser Volk wird unter dem Deck-
mantel der patriotischen Notwendigkeit von dem Autokraten
Wilson der Selbstregierung beraubt. Ich halte fest an
Washingtons Grundsatz, daß wir uns von den Zwistigkeiten
Europas fernhalten sollen.“ Darauf antwortete Wilson am
4. Juli am Grab Washingtons: „wir kämpfen im Sinn
Washingtons für Vernichtung aller Willkür und für eine
Friedensorganisation, welche alle Rechtsverletzung verhüten
soll.“

Selbst in der Times schrieb John Hay Ende März, daß
die künstliche Kriegsbegeisterung in den V. St. zu einem plötz-
lichen Ende gekommen sei. Gleichwohl fiel eine Miß Rant,

die gegen den Krieg war, laut Bericht vom 3. September bei ihrer Bewerbung um einen Sitz im Senat gerade durch die Stimmen der Frauen durch, und der Deutschenhaß glühte an vielen Orten immer heller auf, so daß viele ihre deutschen Familiennamen durch englische ersetzten, weil täglich Tausende von Deutschen verhaftet und in Baracken gesperrt wurden, ohne zu wissen weshalb, und die meisten deutschen Geschäfte wurden geschlossen oder durch watschichte Amerikaner geführt. Der öffentliche Gebrauch der deutschen Sprache wurde als Staatsverbrechen verfolgt, und es gab nur noch zwei größere deutsche Zeitungen, die New-Yorker Staatszeitung und die New-Yorker Handelszeitung. Auch von diesen, die aber beide notgedrungen auch ins Kriegshorn stießen, mußte die erste Ende Juni „wegen finanzieller Schwierigkeiten“ ihr Erscheinen einstellen, und damals löste sich auch der „deutsch-amerikanische Verband“ auf, der alle deutschen Vereine mit 2 Millionen Mitgliedern umschloß, „um an dem Kampf für die Freiheit teilzunehmen“. Das Eigentum der Hamburg-Amerikalinie und des Norddeutschen Lloyd in den V. St. wurde am 12. März mit Genehmigung des Senats in Beschlag genommen. Der ganze sozialistische Parteivorstand wurde nach der Angabe von Debbs, der 1916 gegen Wilson kandidierte und 1½ Millionen Stimmen erhalten hatte, im Juni wegen Deutschfreundlichkeit verhaftet und zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. „15 000 Agenten schnüffelten überall nach Verrätern, und schwere Haftstrafen wurden erkannt.“ Wilsons Macht wurde am 27. Februar noch erhöht, indem der Senat das Gesetz annahm, das die sämtlichen Eisenbahnen bis 18 Monate nach dem Krieg unter die Oberaufsicht des Präsidenten stellte; er darf die Routen für Menschen- und Frachtverkehr nach seinem Ermessen feststellen.

Die Volksroheit entlud sich wie üblich in vielen Fällen von Volksjustiz („Lynch“), so daß die Wochenschrift New

Republic im September verlangte, daß man mit unnachsichtiger Strenge dagegen einschreite, weil es dem Ruf der B. St. in der ganzen Welt schade. Selbst die „Gebildeten“ täten nichts dagegen, ermutigten vielmehr gar noch den Mob. In Texas waren 1917 nicht weniger als 17 Fälle, in andern Staaten je 12—14 vorgekommen, auch gegen Deutsche. Im Zusammenhang mit solchen Dingen nahm der Senat am 30. August das Gesetz an, welches vom 10. Juni 1919 an die Erzeugung und den Verkauf alkoholischer Getränke unbedingt untersagt, also den vollen Triumph der Temperenzler besiegelte. Hier mag auch erwähnt werden, daß nach Berichten von Mitte August die Kriegsheher 50 Soldaten von der Front kommen ließen, welche in öffentlichen Vorträgen behaupteten, daß die Deutschen den belgischen und französischen Kindern vergifteten Zucker und Handgranaten zum Spielen gäben und sich an ihrem Todeskampf ergöhten. Der Obergeneral Pershing war so anständig zu erklären, daß für solche Aussagen nicht die geringsten tatsächlichen Unterlagen vorhanden seien und solche, die derartiges verbreiten, alsbald zur Front zurückgesandt und zum Widerruf gezwungen werden müßten. Dieselben Lügner hatten verbreitet, einem Amerikaner von 17 Jahren seien die Ohren abgeschnitten und andern Tuberkelkeime zum Essen gegeben worden! Die Frankfurter Zeitung brachte aus einer amerikanischen Zeitschrift ein Bild von einem durch Deutsche gekreuzigten Soldaten.

Am 1. November wurde ein neues Flottenprogramm bekannt gegeben, nach dem 156 neue Schiffe für 2,4 Milliarden Mark erbaut werden sollten — trotz des kommenden Völkerbundes. Darunter sollen 10 Linienfahrer und 6 Kreuzer von einer bisher unerreichten Größe sein. Die amerikanische Flottenmannschaft wird, wenn die eingestellten Leute einmal ausgebildet sind, zahlreicher sein als die britische, und am 22. November erhielt der Marineauschuß des Reprä-

sentantenhauses die Mitteilung, daß 1920 die Flotte 800 Schiffe zählen werde statt 400 im Jahre 1917. Mit dieser Flotte solle die Freiheit der Meere, die zu Wilsons am 8. Januar 1918 in seiner Botschaft an den Kongreß aufgestellten 14 Punkten gehört, wirksam geschützt werden. Allerdings das einzige Mittel, das bewährt ist. Die Ausgaben sollen zum Teil durch eine Einkommenssteuer im Ertrag von 1600 Millionen Mark gedeckt werden; diese Steuer ist auch vom Repräsentantenhaus am 23. September fast einstimmig angenommen worden.

Die Wahlen zum Repräsentantenhaus vom 5. November suchte Wilson durch eine Botschaft an das Volk, in der er eine demokratische Mehrheit als zur Unterstützung seiner Politik notwendig bezeichnete, in seinem Sinn zu lenken. Sie ergaben aber 231 Republikaner und nur 195 Demokraten, dazu einen einzigen Sozialisten (Berger von Wisconsin) und 1 Unabhängigen. 7 Wahlkreise hatten kein sofortiges Ergebnis. Die Zahl der Repräsentanten ist 435. Der neue Kongreß wird am 5. März 1919 zusammentreten.

Nach Abschluß des Waffenstillstandes teilte der amerikanische Pressedienst am 7. Dezember mit, daß die Verluste der U. S. so zu beziffern sind: im Gefecht gefallen 28 363, an Wunden gestorben 12 101, an Krankheit 16 034, aus anderen Ursachen gestorben 1980, vermißt 14 290, verwundet 189 955. Die Amerikaner hätten 44 000 Deutsche gefangen und 1400 Kanonen erbeutet. An Handelsschiffen waren 145 mit 354 149 t torpediert worden. Die Deutschen hatten 3323 Amerikaner gefangen.

c. Mittelamerika.

a. M e x i k o. Die mexikanische Regierung und das Haus Pearson vereinbarten am 12. Januar, daß die Bahn über

Tehuantepec von der Regierung betrieben werden soll, ebenso der Hafen von Puerto. Am 8. März erging ein Gesetz, daß die Schiffskapitäne alle Waren, die auf der amerikanischen schwarzen Liste stehen, an die Empfänger abzuliefern haben, bei 50 Peso Strafe für jedes Collo. Carranza wollte damit dem Ausschluß des deutschen Handels abwehren, der auch einen Eingriff der V. St. in die mexikanische Selbständigkeit bedeuten würde; der Präsident war wie von jeher für ehrliche Neutralität. Mit dem ganz unter dem Einfluß der V. St. stehenden Cuba wurden am 24. Mai die diplomatischen Beziehungen durch Abberufung der Gesandten abgebrochen. Der Grund wurde nicht angegeben. Vgl. S. 164.

b. **G u a t e m a l a.** Dieser Staat erklärte nach einem Briefwechsel der Regierung mit Lansing am 23. April an Deutschland den Krieg „zur Aufrechterhaltung der Rechte Amerikas und der Menschheit“, bis der preußische Militarismus aufhöre, freie Länder zu bedrohen. Der Schwäbische Merkur bemerkte dazu sehr richtig: „amerikanische Grammophonplatte!“ Guatemala ist wegen seiner Kaffeeausfuhr ganz von den V. St. abhängig und muß ihnen, wenn auch ungern, zu Willen sein.

c. **H o n d u r a s** erklärte am 12. Juli an Deutschland den Krieg, **R i c a r a g u a** (laut Reuter) am 7. Mai, ebenso an Deutschlands Verbündete. **C o s t a r i c a** folgte dem Beispiel am 24. Mai. Bei allen diesen Republiken steht es ähnlich wie bei Guatemala; sie müssen nach mehr oder weniger Widerstand der Losung folgen, die von Washington ausgeht.

d. Südamerika.

a. **B r a s i l i e n.** In diesem Land wurde Alves zum Präsidenten, Mersira zum Vizepräsidenten gewählt. Am 26. Juli wurde gemeldet, daß die halbe Kaffee-Ernte von Santos aus Mangel an Schiffen nicht ausgeführt werden

konnte. An Oesterreich-Ungarn wurde am 14. September, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, der Krieg erklärt. Es war höchste Zeit, das noch anzubringen, da die Doppelmonarchie 4—5 Wochen nachher auseinanderfiel.

b. A r g e n t i n i e n. Den Antrag auf Abschaffung der Gesandtschaft in Berlin und der beim Vatikan lehnte die Kammer ab. Der Präsident Irigayen war für unbedingte Neutralität und gutes Einvernehmen mit Deutschland; er hielt dafür, daß der Austausch von Getreide und Wolle, von Häuten und ölreicher Leinfaat gegen deutsche Fabrikate für Argentinien äußerst nützlich sei. Das Landesinteresse sei zu wichtig, als daß (wegen Lugburgs Taktlosigkeiten) ein Bruch entstehen dürfe (s. vorige Jahresübersicht S. 127). Am 18. Mai richtete Irigayen deshalb eine Botschaft an den Kongreß: „Friede und Freundschaft mit allen Völkern! Es besteht kein Grund, diese Haltung zu ändern. Unsere gerechten Beschwerden sind von Deutschland mit Achtung aufgenommen und auf ehrende Weise berücksichtigt worden.“ Der Präsident strebte nach wirtschaftlichem und politischem Zusammenschluß der lateinischen Staaten Amerikas, um ein Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß der V. St. zu schaffen. Er suchte auch eine eigene argentinische Handelsflotte zu bauen und durch Anlage von Freihäfen den Absatz der Landeserzeugnisse zu vermehren. Der deutsche Geschäftsträger Graf Dönhoff wurde als beglaubigt anerkannt. Am 5. August schrieben die Times, daß 2 Millionen t Korn abgesetzt seien, aber 2½ Millionen t aus Mangel an Schiffsraum unverkäuflich daliegen. Weil es an Brennstoff fehle, seien für 100 Mill. Dollar Mais verbrannt worden.

XV.

Die Kirchen.

a. Die evangelischen Kirchen. Der Dr. Hensley Henson, der öffentlich erklärt hatte, daß man die Geburt Jesu von einer Jungfrau und die Auferstehung Jesu leugnen und doch in der Kirche bleiben könne, wurde im April vom König auf Vorschlag des ersten Ministers Lloyd George zum Bischof von Hereford ernannt. Dagegen erhob die English Union Church heftigen Widerspruch und forderte, daß der, welcher diese beiden von allen christlichen Kirchen übereinstimmend angenommenen Lehren verwerfe, nicht zum Priester der Kirche von England gewählt werden dürfe. Der König dürfe in seiner Eigenschaft als oberster Bischof der Kirche vom ersten Minister nicht beeinflusst werden. Der Vorgang brachte eine kritische Zuspitzung des Verhältnisses von Kirche und Staat. „Vor 4 Jahren, sagte Lord Halifax im Correspondant vom 25. Mai S. 633, wurde die Trennung der walisischen Kirche vom Staat noch vielfach lebhaft bekämpft; nach den nunmehrigen Erfahrungen würden die Glieder der Kirche keinen so lebhaften Widerstand mehr leisten, wenn die Sache, die damals entschieden wurde, heute zur Frage stünde. Die Kirche wird sich auf ihre geistlichen Interessen beschränken, kann aber keine staatliche Einnischung mehr dulden. Die Trennung der Kirche vom Staat wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.“

„Die gesamten protestantischen Kirchen der Niederlande“ hatten ein Zeugnis abgelegt, gerichtet an alle Obrigkeiten, worauf das moderamen der reformierten Kirche Bayerns laut der allgemeinen evangelischen Kirchenzeitung Nr. 483 (Juni) antwortete: „wir unterscheiden von der Schuld vor Gott die Schuld vor den Menschen. So willig wir unter die erste uns beugen, so entschieden sind wir überzeugt, daß die menschl-

liche Schuld am Ausbruch und an der Fortsetzung des Weltkrieges nicht beim deutschen Volk und seiner Regierung liegt. Da wir im Verteidigungskrieg stehen, so halten wir es für Christenpflicht, unsere Gemeinden in der Heimat und ihre Streiter draußen mit Gottes Wort zum Ausharren, zur Treue und zum Gehorsam zu mahnen . . . Wir überlassen es dem Herrn und seiner Gerechtigkeit, wie er richten will.“

Die Bestrebungen der tschechischen Protestanten, die Reformierten und die Lutheraner ihrer Nation zu einigen und darauf eine auf den Hujitismus gegründete kraftvolle „Los von Rom! Bewegung“ zu entwickeln, haben wenig Erfolg gehabt, da beide Richtungen ihre Eigenart nicht aufgeben wollten. Zusammen zählen sie gegen 200 000 Seelen.

Am 30. Juni hielten die „protestantischen Christuskirchen Nordamerikas“ in Paris eine Zusammenkunft mit den beiden protestantischen Kirchen Frankreichs von dem Augsburgischen und dem reformierten Bekenntnis. Der amerikanische Generalsekretär Macfarland erklärte: „die Amerikaner waren in Gefahr im Mammondienst zu versinken; aber das Eintreten gegen den in Preußen verkörperten Materialismus hat dieser Gefahr vorgebeugt und dem amerikanischen Volk den Frieden der Seele wieder gegeben.“ Die Augsburgische Postzeitung vom 7. August sah darin ein Zeichen, daß die Dollarwut die Amerikaner nicht alle beherrsche, sondern dort eine Stätte des Idealismus sei.

Ende August wurde in Eisenach der evangelische Pfarrer-tag abgehalten, wobei 15 000 Pfarrer durch 80 Abgesandte vertreten waren. Ein Antrag des Dekans Deißmann von Weilburg auf Errichtung einer evangelischen Reichssynode neben dem evangelischen Kirchenausschuß wurde angenommen, ebenso einer auf Herausgabe eines deutsch-evangelischen Gesangbuchs. Zum Vorsitzenden wurde Superintendent Kockelke von Schwelm gewählt.

Die „Studienhilfe“ in Württemberg (s. Jahresübersicht 1917 S. 128) hatte am 1. Oktober ein Vermögen von 302 109 Mark 15 Pfg., das dreifache des ursprünglich Erhofften. Für das Vaterland gefallen waren bis dahin 171 württembergische Theologen, darunter 63 Pfarrer und Pfarrverweser und 108 Stiftler. Die Zahl der im Krieg gefallenen Tübinger Stadtstudenten und der Obergymnasiasten, die Theologie studieren wollten, ließ sich noch nicht genau feststellen.

Der Umsturz der alten Verfassungen seit dem 9. November rückte die Trennung von Kirche und Staat in ganz Deutschland in greifbare Nähe. Die Evangelischen verlangten in diesem Fall für ihre Kirchen die Gewährung der Rechte anerkannter öffentlicher Körperschaften mit dem Besteuerungsrecht, in Württemberg auch die Rückgabe des 1806 vom Staat eingezogenen Kirchenguts gemäß Artikel 77 der Landesverfassung.

Am 17. November ereignete sich im Berliner Dom ein großes Aergernis. Als der Oberhofprediger Dryander auf der Kanzel war, hielt ein Mann von der Empore herab eine Rede und sagte: Jesus Christus ist uns Wurst! Der Prediger bedeckte sein Gesicht mit den Händen, viele Frauen weinten. Die Gemeinde stimmte den Choral an: eine feste Burg ist unser Gott, und warf den frechen Störefried zur Kirche hinaus. Er hatte den Verein „freie Erde“ gegründet, der den Pfarrern das Recht bestritt in der Kirche ohne Widerspruch zu reden, und hatte tags zuvor in der Sache an den „Kultminister“ Hoffmann telephont. Da ist er unbestreitbar mit seinem Anliegen an die richtige Schmiede gekommen.

b. R ö m i s c h - k a t h o l i s c h e K i r c h e. Am 12. Januar schrieb die Kölnische Volkszeitung, das bekannte führende Zentrumsblatt vom Rhein, daß der päpstliche Osservatore Romano über die österreichischen Fliegerangriffe auf Padua und die Beschädigung dortiger

Kirchen sich sehr aufrege; die gleichen Vorgänge aber in Trier, Freiburg und andern deutschen Städten und der entsetzliche Kindermord in Karlsruhe am Fronleichnamstag 1916 (s. Jahresübersicht S. 36) hätten den Osservatore zu ähnlichen Äußerungen nicht veranlaßt. Dabei stehe die volle Neutralität des Papstes selbst gegenüber allen Kriegführenden doch außer Frage. Hierzu vgl. Belgien, S. 135.

Die französischen Katholiken suchten den Weltkrieg zur Herstellung der 1905 abgebrochenen Beziehungen der französischen Republik zum Vatikan zu benutzen. Der bekannte katholische Führer Denys Cochin, der einige Zeit im Weltkrieg auch Mitglied der Regierung war, sondierte auf einer politischen Reise nach Rom den Staatssekretär Kardinal Gasparri über die Stellung der Kurie zu dem Recht Frankreichs auf den Schutz der Katholiken im Orient und erhielt folgende Antwort: der Anspruch Frankreichs beruhe 1) auf den Kapitulationen, 2) auf Anordnungen des heiligen Stuhls an die religiösen Gemeinschaften der Levante und 3) auf einigen vom heiligen Stuhl der französischen Nation in Anerkennung der Verdienste Frankreichs im Orient erteilten Vorrechten. „Je m'empresse de dire que le Saint-siège ne fera rien en ce qui le concerne pour abolir ou diminuer en quelque manière que ce soit le protectorat de la France. Tous les religieux et toutes les religieuses du rite latin en Orient sont obligés par un ordre formel du Saint-Siège de demander, en cas de besoin, protection au représentant de la France seulement, en omettant de s'adresser aux représentants des autres nations, y compris les représentants de la propre nation. Man sieht daraus, daß der Papst Benedikt XV. Frankreich trotz dessen Kirchenfeindschaft die Hand weit entgegenstreckt und sich hütet durch Abschaffung jenes Schutzrechts den Gegensatz zu vertiefen.

In der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar tagte die

internationale katholische Union zum zweiten Mal während des Kriegs in Zürich. Den Vorsitz führte der Ständerat Würz aus Sarnen; aus Deutschland war u. a. Erzberger erschienen. Es wurde beschlossen, am Ort der Friedensverhandlungen eine katholische Geschäftsstelle zu errichten und die Regierungen zu ersuchen, daß sie ihren Abgesandten einen katholischen Sachverständigen begeben möchten.

Am 13. März beschloß die Congregation der Riten die Prüfung von zwei der Jungfrau von Orleans zugeschriebenen Wundern vorzunehmen, die zur Grundlage ihrer Heiligsprechung dienen könnten. In französischen Kreisen machte das einen sehr guten Eindruck. Der Großpönitentiar Kardinal v. Rossum wurde am 13. März zum Präfecten der Congregatio de propaganda fide (zur Glaubensausbreitung) ernannt, als Nachfolger des Kardinals Serafini. Ein motu proprio des Papstes ordnete am 10. Mai an, daß am Peter- und Paulstag (29. Juni) als am Tag des Beschirmers der Christenheit von allen Priestern ein Meßopfer für das Volk dargebracht werde, damit Gott den Völkern wieder Ruhe und den Sinn wahrer Brüderlichkeit verleihe. „Das heilige Meßopfer ist besonders wirksam, weil es dem himmlischen Vater denjenigen als Opfer darbietet, der sich selbst zur Erlösung aller dahingegeben hat und stets Fürbitte für uns einlegt. Es gilt vor allem den Zorn Gottes zu besänftigen, der durch die umfassende große Verderbtheit der Menschen beleidigt ist.“

An Pfingsten wurde die Kodifikation des kanonischen Rechts in Kraft gesetzt, für welche schon Pius X. einen Kardinalsausschuß gebildet hatte. „Weil von den Staatsregierungen nichts mehr zu erwarten ist, mußte die Kirche sehen, wie sie sich weiterhin aus eigener Kraft erhalten und befestigen kann, und es lag nahe, diese im Wesentlichen geistigen Kräfte zu disziplinieren, zu straffen,

zu ordnen. Das ist der Sinn dieser Zusammenstellung. Sie soll alle katholischen Geistlichen und Rechtsgelehrten mit ihrem Geist erfüllen, der so auf andere übergeht, und dafür, daß die Bestimmungen dieses Gesetzbuches auch buchstäblich befolgt werden, sorgt ein System geistlicher Strafen. Die Kirche erkennt mit dieser Maßregel aber auch an, daß eine neue Zeit angebrochen ist, wo der Staat der Kirche seine Arme nicht mehr leiht.“ (Frankfurter Zeitung 25. Mai.)

Als Bischof Paul v. Keppeler von Rottenburg auf seiner Firmungsreise auch nach Schwäbisch-Hall kam, besuchte er nach der Heilbronner Neckarzeitung vom 17. Juni auch die Kapelle des evangelischen Diakonissenhauses, wo sich die Verwundeten mit dem Pflegepersonal zu seiner Begrüßung versammelt hatten. Der Schwesternchor empfing den Bischof mit einem Gesang und Pfarrer Weisser hielt eine Ansprache, in der er den hohen Gast im Namen des Hauses und der Verwundeten herzlich willkommen hieß. Der Bischof dankte dem Hause, von dem so viel Segen ausgehe bis hinein in den Feuergürtel, bezeichnete das einträchtige Wirken der Schwestern beider Bekenntnisse als ein Muster des konfessionellen Friedens, dessen Förderung ihm sehr am Herzen liege, und richtete väterliche Worte des Dankes und der Ermunterung an die Verwundeten. Gewiß ein trostreicher Vorgang in trüber Zeit.

Die mexikanische Verfassung vom 5. Februar 1917 verbietet, wie erst im Juli 1918 in Deutschland bekannt wurde, in Artikel 70 allen ausländischen Priestern die Vornahme gottesdienstlicher Handlungen; infolge davon wurden alle italienischen, französischen und spanischen Priester aus Veracruz ausgewiesen. Die protestantische Mission wurde wohlwollend behandelt; es gab eine große Zahl einheimischer Missionare. Artikel 5 der Verfassung verbietet alle Verträge, wodurch die menschliche Freiheit beschränkt wird (also Ordens-

gelübde). Grundbesitz darf die Kirche künftig nicht mehr erwerben; was sie hat, wird eingezogen. Die Schulen müssen alle staatlich sein. In Bolivia war die Regierung anders gesinnt; sie wies dem päpstlichen Internuntius einen neuen Palast an.

Am 11. Juli gab die chinesische Republik die Absicht zu erkennen, einen Gesandten beim Vatikan zu halten, und die Kurie wollte den Monsignore Petrelli, der in Japan persona gratissima war, als Nuntius nach Peking schicken. Da erhob Frankreich wegen seines Protektorats (S. 162) Schwierigkeiten, und Denys Cochin begründete das so: „die Kirche als Beschützerin der Katholiken aller Nationen hat in einigen Ländern die Fürsorge für sie einer bevorzugten Nation übertragen. Diese Stellung hat Frankreich an der Levante und im äußersten Osten, und ein päpstlicher Nuntius würde dort Frankreich ausschalten.“ Da auch Portugal am 26. Juli die Absicht kundgab, seine 1910 abgebrochenen Beziehungen zur Kurie herzustellen, konnte Cochin schreiben: „das künftige Europa wird katholischer sein als das bisherige. Die Absicht der Russen, dem griechischen Schisma die Herrschaft in Konstantinopel zu verschaffen, konnte auf Rom nicht angenehm wirken; der Großfürst Nikolaus hatte kaum Lemberg erobert, so schickte er den Erzbischof Szeptycki nach Sibirien. Der Sturz des Zarentums, welches das katholische Christentum so hart verfolgte wie einst die römischen Cäsaren, hat diese Gefahr beseitigt und den Vatikan für die Entente günstig gestimmt. (Vgl. Jahresübersicht für 1917, S. 132). Das Papsttum verbürgt unsere individuelle Unabhängigkeit, rettet die Freiheit unseres Urteils, erhebt den Menschen über die Stufe eines einfachen sozialen Atoms und trägt dazu bei, ihn zum freien Bürger zu machen, indem es ihn vom blinden Kultus des Staats befreit.“ (Correspondant 10. August, S. 394 und 398.)

Der außerordentliche Geschäftsträger Caretti berichtete der Kurie, daß in A u s t r a l i e n, wo es vor 50 Jahren eine katholische Kirche nicht gab, heute 7 Erzbischöfe und 18 Bischöfe im Amte stehen. Ebenso gehe es in Neuseeland und Tasmanien beständig vorwärts.

Die Absicht der revolutionären Regierung in Berlin, die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen (S. 161), gab dem Kardinalerzbischof von Köln, v. Hartmann, Veranlassung bei der Regierung den schärfsten Widerspruch gegen dieses Vorgehen einzulegen, sowohl an sich, als weil diese Maßregel jedenfalls nur im verfassungsmäßigen Weg durchgeführt werden darf. Am 7. Dezember erhielt er die Antwort, daß vorerst nur allgemeine Erwägungen über diese Sache stattfinden.

Zweites Buch.

Der Weltkrieg.

I.

Der Krieg im Westen.

Paris wurde am 28. Januar, am 8. und 12. März mit Fliegerbomben beworfen, beim zweiten Angriff mit 23 000 Kilogramm; es sollten damit die französischen Würfe auf die offenen Städte Trier, Mannheim, Eplingen und Stuttgart (10. März) heimgegeben werden. Anfangs Februar, also zehn Monate nach der Kriegserklärung der V. St., übernahmen etwa 70 000 Amerikaner einen Teil der Front; Anfangs Februar gab die New-York-Times ihre Zahl auf 100 000 an, die vorerst, da sie noch nicht zuverlässig genug schienen, nicht in Divisionen, sondern nur regimenterweise zwischen Engländer und Franzosen eingelegt wurden. Der englische Generalstabschef Robertson trat am 16. Februar zurück, weil er sich dem Kriegsrat, in dem Haig und Petain Sitz und Stimme erhielten, nicht unterordnen wollte; auch in England selbst bestand dagegen eine starke Gegnerschaft. Robertson übernahm den Oberbefehl im englischen Westbezirk auf der Insel selbst. Am 12. März sagte Haig in seinem Bericht: „ein deutscher Offizier bediente, als alle 8 Mann seines Geschützes gefallen waren, dieses allein und machte 8 Tanks durch 8 Treffer gefechtsunfähig. Er wurde wiederholt von Granatplittern und Maschinengewehrkegeln ge-

troffen, hielt aber aus. Von einem plagenden Geschöß schwer getroffen, konnte er nicht mehr aufstehen, versuchte aber gleichwohl das geladene Geschütz noch abzufeuern, wobei er getötet wurde. Von Offizier und Kanone blieb keine Spur. Es war der schönste Erweis von Heldentum, der mir je vorgekommen ist.“ Am 15. März flog in Comneuve bei Le Bourget vor Paris ein Munitionslager in die Luft, in dem statt 200 000 Granaten 1 500 000 untergebracht worden waren; die Verwüstung war entsetzlich.

Seit vielen Wochen bereiteten Hindenburg und Ludendorff einen gewaltigen Vorstoß vor, der unvermeidlich ersahien, weil die am 30. Januar in Paris gehaltene Konferenz des Raubverbandes die auf Frieden gerichteten Reden Czernins vom 24. Januar und Hertlings vom 28. Januar kurzerhand abgelehnt hatte; die Rede Czernins war dabei, wie die Daily News feststellte, gefälscht worden, als ob er gesagt habe, man verteidige gegenseitig die gemachten Eroberungen, während er von der Verteidigung des ursprünglichen Besitzstandes gesprochen hatte. Alle deutschen Truppen wurden systematisch für den großen Angriff eingeübt und Hauptproben in Gegenwart Hindenburgs vorgenommen. Als alles bereit war, erfolgte am 21. März morgens 2 Uhr ein furchtbares Trommelfeuer auf der 80 Kilometer breiten Linie von Cambrai - St. Quentin - La Fère. Um 9.40 begann der Sturm. Ueberall wurden die feindlichen Stellungen im ersten Anlauf überrannt, 25 000 Gefangene gemacht, 400 Kanonen erbeutet. Am 23. März wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, daß Paris durch ein bei Krupp besonders angefertigtes Geschütz aus einer Entfernung von mehr als 160 Kilometern mit Erfolg beschossen werde; alle Viertelstunde erfolgte ein Schuß. 10 Menschen wurden beim ersten Schuß getötet, 15 verwundet. Im Verfolg des Sieges erstürmten die Generale Otto

v. Below, der Masuren- und Isonzoheld, und v. d. Marwitz nach gewaltigem Ringen das vor Jahresfrist aufgegebene *Bapaume*; auch Peronne wurde zurückerobert, und der Kronprinz warf Engländer, Franzosen und Amerikaner zwischen Somme und Dife zurück. 45 000 Gefangene, über 600 Kanonen, Tausende von Maschinengewehren wurden als Beute gemeldet; ungeheure Massen von Schießbedarf, Geräthen, Nahrungsmitteln, Kleidern und Stiefeln fielen in die Hände der Sieger. Am 26. März nahmen die beiden Generale Ervillers und Miraumont; der württembergische General v. Hofacker, auch ein Sieger vom Isonzo, erzwang den Uebergang über die Somme und erstürmte die Höhen von Maisonnette, Barleuz und Biaches. Der General v. Hutier nahm Royon und Rone nach blutigem Straßenkampf, und ebenso *Albert*, das nie bezwungene, vor dem unser Heer drei und ein halbes Jahr gelegen war. Am 28. März durchstieß der Kronprinz die französische Stellung bei St. Quentin 60 Kilometer tief und erstürmte Montdidier. Der Rückzug der Franzosen artete hier in wilde Flucht aus; sie warfen haufenweise Gewehre, Patronentaschen, Helme und Mäntel weg. Schon lag Doullens unter deutschem Feuer, und die Eisenbahn Paris-Compiègne-Amiens war unterbrochen. Die Zahl der Gefangenen stieg auf 70 000, die der gewonnenen Kanonen auf 1100. Der Angriff schritt unausgesetzt voran; am 4. April fiel Moreuil; am 9. nahmen v. Böhn und seine Unterfeldherren v. Schöler und Wichura das Gelände bis zum Dife-Aisne-Kanal und das festungsartige Coucy le Château. Am 9. April bemächtigte sich v. Quast der englischen Linien zwischen Armentières und dem La Bassée-Kanal; Sigt v. Arnim nahm Messines, und die Stadt *Armentières* wurde trotz ihrer drei betonierten Verteidigungslinien am 12. April durch Umklammerung von Norden und Süden her zu Fall gebracht. Die Zahl der Gefangenen belief sich damals auf 112 000, die

der erbeuteten Kanonen auf 1500. Am 16. April wurden die Höhen von Wytschaete, wo so viel Blut geflossen war, und Bailleul, dann Estaires und Merville erstürmt; am 17. Poelcapelle, Langemarck und Paschendale. Die Verluste der Engländer beliefen sich schon am 5. April nach deutscher Schätzung auf 600 000 Mann; die der Franzosen waren ebenfalls sehr schwer. Aber das letzte Ziel, Amiens, wurde nicht erreicht; 6 Kilometer davor, bei dem eroberten und wieder verlorenen Villers Bretonneux, kam der Angriff zum Stillstand, und damit wurde auch die Absicht, den Zusammenhang zwischen der französischen und der englischen Front zu zerreißen, leider nicht verwirklicht. Ihr Erfolg hätte wohl den völligen Sieg, die Zurückdrängung der Engländer ans Meer, auf Dünkirchen und Calais und vielleicht über das Meer selbst, bedeutet. Der Correspondant vom 10. November, S. 524 behauptet, Hindenburg habe dieses Ziel im Auge gehabt und damit das vom deutschen Standpunkt aus Bessere erstrebt; Ludendorff aber habe sich von Paris behezen lassen und gemeint, diese Stadt müsse fallen, wenn der Sieg gewonnen werden solle. Am 25. April führte Sigt v. Arnim den herrlichen Schlag, daß er den 156 Meter hohen Kemmelberg durch preußische und bayerische Regimenter den Franzosen und Engländern entriß und damit die hohe Warte Flanderns in deutschen Besitz brachte. Der französische Bericht wußte noch am 30. April nichts von diesem Schlag zu berichten. Daily Mail aber schrieb damals: „Wir können nicht gleichzeitig ein großes Schiffsbauprogramm durchführen und ein neues großes Heer aufstellen. Unsere Truppen stehen von Archangel bis Hongkong auf der ganzen Welt zerstreut und müssen mit Nachschub und Proviant versorgt werden. So ist heute Englands Kraft aufs äußerste angestrengt. Sie gleicht einem Licht, das an beiden Enden brennt. Doch ist bei der drohenden Niederlage den gegenwärtigen Machthabern jedes,

auch das verzweifeltste Mittel recht. Und doch wird die Stunde kommen, da ein zweiter Lord Chatham, wie der erste 1778 dem Unterhaus die Unmöglichkeit Amerika zu besiegen bewies, den jetzigen Beherrschern Englands sagen wird: man kann Deutschland nicht besiegen!“ Das von den Deutschen in 4 Wochen eroberte Gebiet hatte einen Flächeninhalt von 4100 qkm, während die Gegner 1916 und 1917 in 44wöchigen Schlachten nur 561 qkm gewannen.

Die bisherigen deutschen Erfolge, obschon sie nicht zum Zerbrechen der feindlichen Einheitsfront führten, waren doch so erheblich, daß die lange vergebens angestrebte Radikalkur nun doch beliebt wurde und allem englischen Selbstgefühl zum Trotz Lloyd George, der immer Folgerichtige, am 2. Mai die Ernennung des Marshalls Foch zum Oberfeldherrn der verbündeten Heere an der Westfront durchsetzte. Foch war der richtige Mann für diesen Posten, und indem Lloyd Georges Telegramm an den Gesandten Reading in Washington: „daß die V. St. ihre Truppen schleunigst nach Europa werfen, ist eine Lebensfrage,“ dort nicht ungehört verhallte, wurde auch eine solche Auffüllung der Heere der Verbündeten bewirkt, daß die deutsche Hoffnung auf die „Zermürbung der feindlichen Streitkräfte“ durch unsere Angriffe leider gänzlich vereitelt wurde. Einer meiner Lehrer, der über vier lange Jahre in Brest Kriegsgefangenen schmachtete, hat mir erzählt, daß er siebenmal mit blutendem Herzen mitansah, wie das von Wilson mit Beschlagnahme belegte frühere deutsche Riesenschiff „Baterland“ (über 54 000 t!) ganze Divisionen amerikanischer Truppen auf der Reede von Brest landete und je in 23 Tagen Hin- und Herfahrt vollendete.

Ob diese Nachschübe aber so massenhaft wurden, daß sie entscheidend ins Gewicht fielen, erfolgte, nach Abwehr zweier starker Versuche, den Kemmelberg zurückzuerobern (4. und

20. Mai), am 27. Mai ein zweiter wichtiger Vorstoß der Deutschen. Die Heeresgruppe des Kronprinzen Wilhelm brach an diesem Tage über sumpftiges Gelände hinweg, ohne ein Sprungbrett zu haben, gegen den so oft hart umkämpften Damenweg westlich von Craonne vor, nahm ihn in glänzendem Ansturm bis Laffaux und Malmaison und machte 15 000 Gefangene. Am 29. Mai fiel das bisher unbezwungene Soissons in die Hände der Deutschen und die Forts der Westfront von Reims wurden genommen. Am 31. Mai waren schon 45 000 Gefangene gemacht und weit über 400 Geschütze erobert; „der Schlag vom 27. war furchtbar,“ gestand die Victoire. Am 30. Mai erreichten die Deutschen bei Fère-en-Tardenois die Marne, den Schicksalsfluß, an dem sich 1914 ihr herrlicher Siegeslauf gebrochen hatte. Die Breite des Angriffs betrug 50, dann 80 Kilometer, die Tiefe 52 Kilometer; 3000 qkm fruchtbarsten Landes wurden in vier Tagen besetzt. Ungeheure Vorräte an allen Dingen, darunter ein ganzer Flugzeughafen bei Magneux mit prächtigem Material, wurden erbeutet. Die Flucht der Franzosen war so eilig, daß begonnene Arbeiten halb fertig liegen blieben, das halbgekochte Essen auf dem Herd stand. Die Zahl der seit 21. März Gefangenen belief sich am 6. Juni auf 185 000, die Zahl der eroberten Geschütze auf 2240, die der Maschinengewehre auf viele tausend. Am 9. Juni wurde den Franzosen südwestlich von Royon der Wald von Thiescourt entzissen; schwerste Gegenangriffe, bei denen über 100 Tanks mitwirkten, scheiterten und 66 Tanks wurden zusammengeschoffen. Nach dem Bericht des Wolffschen Telegraphenbüros vom 15. Juni wurde am Kemmel ein Offizier mit 5 Mann von den Engländern abgeschnitten. Als die Deutschen später an dieser Stelle voringen, fand man alle sechs getötet, auf einem Haufen liegen; mehreren waren die Augen ausgestochen, und die dazu be-

nutzten Dolche lagen mitsamt den Augen auf der Brust des Offiziers. Die andern Leichen waren roh verstümmelt. Die Zahl der seit 21. März unverwundeten Gefangenen belief sich am 1. Juli auf 191 454, von denen 94 939 Engländer und 89 099 Franzosen waren; der Rest waren Belgier, Portugiesen und Amerikaner. Kanonen waren 2446 erbeutet, Maschinengewehre 15 027. Mit den Verwundeten waren weit über 200 000 Feinde gefangen. Die englischen Verluste wurden von amtlicher englischer Seite bis 3. Juni auf 21 097 Offiziere und 337 918 Mann beziffert.

Soweit war alles im Ganzen noch gut gegangen, obschon das Bollwerk Compiègne nicht genommen und Paris also noch nicht unmittelbar bedroht war. Von einer dritten Offensive erhoffte man nun die Entscheidung. Der Angriff begann am 15. Juli, indem das Heer des Generals v. Böhn zwischen Jaulgomme und Dormans die Marne überschritt, und östlich von Reims die Generale v. Mudra und Einem v. Rothmaler von Brunay bis Tahure zum Angriff übergingen. Ueberall wurden die ersten französischen Stellungen erstürmt und 3000 Gefangene gemacht; östlich von Reims wurden die oft genannten Berge, der Cornillet-, Keil-, Del- und Fichtelberg, anscheinend ohne Widerstand, besetzt; die mit schwerem Feuer belegten Höhen antworteten nicht. Das hatte aber seinen Grund darin, daß der General Gouraud, der ostwärts von Reims die Hochfläche von Moronvillers mit dem Hochberg und anderen Bergen besetzt hielt, nach deutschem Muster in seiner ersten Linie nur schwache Posten gelassen und die Masse seiner Truppen hinter der Römerstraße aufgestellt hatte. Wie sich bald ergab, waren die Franzosen (durch Verrätereie oder durch geschicktes Ausfragen von Gefangenen) vorher genau über Ort und Zeit des deutschen Angriffs unterrichtet und hatten ihre Gegenmaßregeln in aller Bequemlichkeit treffen können. „Die Römerstraße, sagt ein französischer

Bericht, wurde das Grab der Deutschen, die in der Meinung, Sieger zu sein, gegen sie vordrangen und von unserem Feuer zermalmt wurden.“ Damit war der deutsche Vorstoß, der gleichzeitig auf Chalons und Epernay zielte, auf dem linken Flügel gebrochen, und der rechte Flügel, der über die Marne vorgedrungen war, in eine gefährliche Sachstellung geraten. Deutscherseits wurde das erkannt und der Vorstoß sofort abgebrochen. Aber Foch und Petain nutzten die Lage unverzüglich aus. Unter Einsatz gewaltiger Massen an Menschen und Geschützen und hunderten von Tanks — die Amerikaner nahmen den Franzosen ein großes Frontstück ab und machten sie frei — ließ Foch am 18. Juli den General Mangin, der zur Heeresgruppe Fayolle gehörte, auf Fère-en-Tardenois vorgehen, gegen die rechte deutsche Flanke, während gleichzeitig die Armee Degoutte und die Abteilung Mitry von dem bei Moronvillers siegreich gewesenem Heer des Generals Maistre in die linke Flanke der Deutschen stießen. Der deutsche Bericht wußte davon zu erzählen, daß die Franzosen südwestlich von Soissons-Neuilly und nordwestlich von Chateau-Thierry nach anfänglichem Eindringen in unsere Linien zurückgeschlagen worden seien; der französische dagegen meldete, die deutsche Offensive bei Reims sei gebrochen und bei Soissons 20 Dörfer von Franzosen und Amerikanern zurückerobert. Jedenfalls mußten die Deutschen am 20. Juli das linke Marneufer wieder räumen, und es war ein schlechter Trost, daß gesagt wurde, wir hätten dieses Ufer nur besetzt, um unserem Angriff eine breitere Grundlage zu geben und den Feind zur Gegenoffensive zu veranlassen. Am 26. und 27. Juli mußte unsere Front bei Fère-en-Tardenois bis Bille-en-Tardenois „planmäßig zurückverlegt“ werden; ein feindlicher Stoß gegen die neuen Stellungen brach am 29. durch deutschen Gegenstoß völlig zusammen, und die Times schrieben damals: „Die Deutschen haben anscheinend unererschöpfliche Re-

serven. Ihr Hauptziel besteht darin, ihren Menschenvorrat unverfehrt zu erhalten. Wir können das planmäßige Uebergewicht nur dann erlangen, wenn mehrere Millionen Amerikaner kommen.“ Am 8. August erfolgte aber ein plötzlicher Angriff der Engländer und Franzosen; das 4. englische Heer unter Rawlinson und das 1. französische unter Debenney brachen unter dem Schutz natürlichen und künstlichen Nebels und von 3—400 Tanks schneller Fahrt in einer Tiefe von 10—12 Kilometer in die deutschen Linien zwischen Ancre und Alore ein. Nicht weniger als 14 000 Gefangene wurden gemacht. Am 9. August erfolgte ein weiterer Einbruch in einer Tiefe von 5 Kilometern zwischen Rosières und Hangeest; dabei ging Montdidier wieder verloren, und der auf Amiens gerichtete deutsche Keil war entfernt. Nun gewann Foch auch ein großes Stück der deutschen Front zwischen Albert-Soissons. Am 19. August ging Merville wieder verloren. Am 18. und 19. August leiteten starke Vorstöße einen Durchbruchversuch zwischen Dize und Aisne ein, der indeß in unseren Schlachtfstellungen durch unsere tapferen Regimenter gebrochen wurde. Aber am 22. August mußte Albert geräumt werden, am 27. die Trümmer von Chaulnes und Roye, am 28. Royon und Bapaume, bald auch Peronne, am 31. der Kemmelberg. Am 3. September stand der Kronprinz wieder östlich von Soissons. Die Amerikaner zwangen ihre Gegner, am 12. September den seit dem 29. September 1914 von den Bayern besetzten, 25 Kilometer tief in die französische Front hineinragenden Bogen von St. Mihiel östlich von Verdun zu räumen; andernfalls wäre die deutsche Besatzung dort abgeschnürt worden. Die Amerikaner wollen dabei 13 300 Gefangene gemacht haben. Am 26. September erfolgte nach elfstündiger Feuervorbereitung in der Champagne und zwischen Argonnen und Maas ein auf breiter Front geführter französischer und amerikanischer Angriff, der

zum Verlust von Tahure, Varennes, Malancourt und Montfaucon führte. Die Belgier entriß uns am 30. September Dixmuiden, das seit 1914 uns gehörte, und Paschendale. Bei Cambrai wurden acht Angriffe von unseren Truppen heldenmütig abgeschlagen, Villers Guislain verloren und wieder gewonnen. Die Amerikaner, deren Zahl schon Ende Juli glaubhaft auf 1 250 000 geschätzt wurde, mußten damals Apremont wieder aufgeben. Aber die Bedrängnis der deutschen Front war trotz allen Heldentums der Truppen so groß, daß Ludendorff damals von dem Prinzen Max das sofortige Nachsuchen eines Waffenstillstandes verlangt hat (S. 16). Die deutsche Linie wurde nicht durchbrochen, aber beständig zurückgedrängt. Am 1. Oktober fiel St. Quentin, am 2. Lens mit seinen reichen Kohlengruben und Armentieres, am 9. Oktober Cambrai, am 11. Oktober der Chemin des dames, während die 115. elsässische Division unter Generalmajor Kundt 17 Tage lang ihre Stellung bei Romagne an der Maas behauptete. Am 12. fiel Laon an die Feinde zurück, am 18. die flandrische vier Jahre behauptete Küste mit Ostende, der Unterseebootsbasis, und Brügge, am gleichen Tag die großen französischen Städte Tourcoing, Roubaix, Lille und Douai. Das waren furchtbare Schläge, einer nach dem andern; die Rechnung, daß die Franzosen bis 1941 brauchen würden, um an den Rhein zu kommen, stimmte nicht mehr; vielfach liefen leider Deutsche, wie mir Augenzeugen berichten, in hellen Haufen davon oder zum Feinde über, wovor Hindenburg schon im September in einem Tagesbefehl unter Hinweis auf die schlechte Behandlung der Gefangenen durch die Franzosen hatte warnen müssen (S. 32) — leider ohne vollen Erfolg. Es soll aber nicht vergessen werden zu sagen, daß nach glaubhafter Angabe etwa die Hälfte des Heeres nach wie vor sich pflichtgetreu und heldenhaft hielt; namentlich die Württemberger hat Ludendorff ausdrücklich wegen ihrer Zuverlässigkeit,

Ausbauer und Manneszucht hoch gerühmt, und an der Lignyhöhe bei Verdun hielten vier württembergische Kompagnien in ihrer Stellung wie die Spartaner in den Thermopylen, während preussische Garde an ihrer Seite zurüdging. Am 26. Oktober erhielt Ludendorff, dessen Kraft unter den übermenschlichen Anstrengungen der letzten Monate zu zerbrechen begann, den Abschied, mit der Ehrung, daß sein Regiment Nr. 39 für immer das Regiment Ludendorff heißen sollte. Wie man auch über seine Rolle im Weltkrieg urteile, er bleibt immer unser größter Heerführer, und der Correspondant vom 16. November S. 524 erklärt: „Foch wollte mit den Engländern links, den Amerikanern rechts, den Franzosen in der Mitte, den Deutschen, die bei Amiens in ein Wespennest sich gesetzt hatten, ein kolossales Sedan bereiten; aber der Generalquartiermeister zog sich aus der Klemme durch einen Rückzug, den Fachmänner als eine Leistung ersten Rangs bezeichnen.“ Am 1. November wurde General Gröner Ludendorffs Nachfolger als Generalquartiermeister; als hervorragender Eisenbahnmann sollte er den in Aussicht stehenden Rücktransport des Heeres leiten. Nach heißen Kämpfen wurde am 1. November Valenciennes geräumt; die Deutschen, rief General Gouraud aus, weichen nur Schritt für Schritt! und Pall Mall schrieb: „Die Deutschen zeigen so große Tapferkeit und Entschlossenheit, daß es Wahnsinn wäre zu meinen, der Sieg sei schon errungen!“ Am 4. November nahm der Feind Quesnoy. Am 7. erschien die deutsche Abordnung, die den Waffenstillstand vereinbaren sollte, vorschriftsmäßig bei Guise und ward vor Marschall Foch geführt. Noch dauerte der Kampf bis zum 11. fort; als er endete, hatten die Deutschen am 9. den westlich der Schelde gelegenen Teil von Tournai aufgegeben, hielten aber das östliche Ufer mit dem Rest der Stadt; sie behaupteten noch Maubeuge und an der Maas Sedan,

während Dun in die Hände der Amerikaner geriet. Am 11. November um 11 Uhr vormittags begann der Waffenstillstand; am 12. richtete Hindenburg ein Abschiedswort an sein Heer: „ihr habt den Feind bis zuletzt von unsern Grenzen fern gehalten ... Unsere Regierung hat sich zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe hervor, den wir in vier Jahren gegen eine Welt von Feinden bestanden haben.“ Es muß zur gerechten Würdigung dessen, was unser herrliches Heer auch noch in diesen Wochen eines unvermeidlich gewordenen, unaufhaltsamen, aber gleichwohl meisterhaft durchgeführten Rückzugs geleistet hat, darauf hingewiesen werden, daß unsere Bewaffnung, an und für sich der Masse nach von jeher der feindlichen weit unterlegen, allmählich beim Ausgehen der Rohstoffe auch der Beschaffenheit nach immer minderwertiger wurde. Der Engländer Harty hat (Correspondant vom 25. Oktober 1918, 344) festgestellt, daß die Granatdillen der Deutschen aus blankem Eisen waren, daß die Kautschukreifen durch Drahtfedern ersetzt werden mußten, daß die Rinnen der Kanonen und der Gewehre sich reißend schnell abnutzten und die Munitionserzeugung immer schwieriger wurde. Ueberwunden durch massenhafte Ueberzahl an Menschen und an Material, aber nicht besiegt — das darf man auf den Ehrenstein eines Heeres schreiben, das vom Euphrat bis zur Lys, von der Ancre bis zur Donau und zum Don über vier Jahre allen Feinden getrotzt und Kaiser- und Königreiche zertrümmert hat, um zuletzt der Uebermacht der ganzen Welt zu erliegen. „Germania contra mundum“ = „Deutschland gegen die Welt,“ war ein Artikel des englischen Spectator überschrieben; er sagt die Wahrheit und gibt den Aufschluß, warum es so kam. Fragen muß man freilich: warum ist Hindenburg nicht gleich 1914

nach seinem Kräfteverweis bei Tannenberg zum obersten Leiter des Kriegs bestellt worden? Warum blieb er zwei Jahre auf einem Posten zweiten Rangs? Hätte er nicht damals, da wir noch in voller Kraft standen, das Schicksal gemeistert? Was für einen Teil der Schuld trägt die Leitung Falkenhayns? Den letzten Beweis ungebrochener innerer Kraft gaben Hindenburg, Gröner und das Heer dadurch, daß die im Waffenstillstand uns auferlegte fast unlösbare Aufgabe des Rückzugs von der Schelde über den Rhein binnen 4 Wochen mustergültig durchgeführt wurde. In voller (nur gelegentlich in den Etappen durch plötzliche Kopflosigkeit und Zuchtlosigkeit gestörter) Ordnung sind 3—4 Millionen Mann mit dem weitaus größten Teil ihres Materials und ihrer Vorräte bis anfangs Dezember auf das rechte Rheinufer zurückgelangt als besiegte Sieger, aber hoffentlich als Quelle künftiger Kraft und verheißungsvoller Aussaat in trübster Zeit.

II.

Der Krieg im Osten.

Vgl. hierüber S. 93. Das Wesentliche ist Folgendes. Der Krieg im Osten war mit Verkündigung des Waffenstillstandes vom 17. Dezember zu Ende gegangen. Da aber in Brest-Litowsk ein endgültiger Friede zunächst nicht zustande kam, wurden die Feindseligkeiten deutscherseits am 18. Februar wieder aufgenommen und führten zur Besetzung von Livland und Estland bis Narwa. In der Ukraine rückten Deutsche und Oesterreicher* auf den Wunsch der Rada zur Abwehr der Bolschewiki ein; dabei drangen die Deutschen bis zur Beresina und bis zum Don vor, wo Koftow besetzt wurde, und bis in die Krim. Es mag noch bemerkt sein, daß am 10. Juni 10 000 Bolschewiki von der kaukasischen Grenzstadt Jaisk her am Ostufer des schwarzen Meeres landeten. Sie fanden aber bei den württembergischen Truppen des Generals

Knörzer einen heißen Empfang; 3000 wurden im Kampf getötet, während die Verluste der Deutschen gering waren. Durch den Waffenstillstand vom 11. November wurde Deutschland verpflichtet, seine Truppen aus dem ganzen Osten zurückzuziehen, was natürlich sehr erheblichen Schwierigkeiten unterlag.

III.

Der Krieg auf dem Balkan.

Auch hierüber ist S. 120 ff. bereits das Nötige bemerkt worden. Nach mancherlei Kämpfen in Albanien und Makedonien erfolgte am 15. September ein großer Vorstoß der Ententeheere unter dem Befehl des französischen Generals Franchet d'Esperey, der die bulgarische Front aufrollte und Bulgariens Zusammenbruch und das Ende des Kriegs zur Folge hatte.

IV.

Der Krieg in Italien.

Am 29. Januar erstürmten die Oesterreicher und Ungarn in dem Kampfgebiet zwischen Asiago und Brenta den Col del Rosso und Col di Val bella und machten 2500 Gefangene. Am 10. März wurde Neapel Gegenstand eines österreichischen Luftangriffs, wobei durch 26 Bomben einiger Schaden angerichtet wurde. Ein großer Angriff der Italiener im Etschtal und am Monte Asolone wurde am 24. Mai von den Kaiserjägern abgeschlagen; dagegen drangen die Italiener in dem Brückenkopf am Piave bei Capo Sile ein und machten Gefangene. Ihr Angriff auf den Perticaberg am 9. Juni scheiterte. Am 15. Juni erfolgte ein groß angelegter österreichischer Vorstoß gleichzeitig auf der Hochfläche der sieben Gemeinden und am Piave, der zunächst glückte und über

10 000 gefangene Engländer, Franzosen und Italiener einbrachte. An drei Stellen des unteren Piave wurde dieser Fluß in der Gegend von San Dona überschritten, Capo Sile und der Montello erobert, 30 000 Gefangene gemacht und 120 Kanonen erbeutet. Aber nun stießen die Oesterreicher auf zähe Gegenwehr, und am 24. Juni mußte ihre Heeresleitung melden, daß wegen Hochwassers, das die Verbindung der über den Fluß gesetzten Truppen mit dem linken Ufer schwer gefährdete, und wegen der Unbilden der Witterung die Truppen wieder auf das linke Ufer zurückgenommen worden seien; auch der Montello mußte wieder geräumt werden. Die Offensive am Piave scheiterte also ebenso wie 3—4 Wochen später die deutsche bei Reims und an der Marne. „Der gestrige Tag, schrieb General Diaz, hat unsern Sieg gekrönt. Der Feind mußte über den Fluß zurückgehen; das rechte Piaveufer bis auf einen kurzen Abschnitt bei Musile ist wieder in unserm Besitz. Wir haben mehr als 40 000 Gefangene gemacht und eine ungeheure Beute an Waffen und Kriegsgerät jeder Art eingebracht.“ Der österreichische Bericht gestand „den Uferwechsel“ zu, sprach aber von 50 000 Gefangenen (darunter 1100 Offizieren), die seit dem 11. Juni gemacht worden seien. Der ungarische Ministerpräsident Bekerele gab am 29. Juni im Abgeordnetenhaus nähere Mitteilungen über den Vorstoß, an dem 33 ungarische und 37 österreichische Regimenter beteiligt gewesen seien. Von den drei Piavebrücken sei die oberste wegen des Hochwassers eingestürzt und habe die zwei unteren mit sich gerissen. Somit konnten die Truppen nicht mehr mit Nahrung und Munition versehen werden; doch seien Hungertodesfälle „bei uns“ (!) nicht vorgekommen. Die Operation habe dem Feinde mehr Schaden getan als der österreichisch-ungarischen Armee; diese habe 12 000 Gefangene verloren und 50 000 gemacht. Von einer Niederlage könne man also nicht sprechen. Der

schweizerische Militärschriftsteller Stegemann urteilte: „Die Oesterreicher und Ungarn unter Boroewitsch sind in Ordnung zurückgegangen, ohne daß ihre Nachhuten abgeschnitten wurden, abgesehen von der bei San Dona. Das spricht für tüchtige Führung und gute Haltung der Truppen und gegen einen italienischen Sieg. Diaz war nicht im Stande dem Feind über den Piave zu folgen.“

Weil der Col del Rosso und der Monte di Val Bella sich nur mit großen Opfern hätten halten lassen, wurden sie am 1. Juli aufgegeben und am 6. Juli das ganze Piavedelta geräumt. Die Italiener meldeten damals 22 000 Gefangene und 65 eroberte Geschütze. Dann trat Ruhe ein, die erst am 16. September einem großen italienisch-amerikanischen Angriff zwischen Etsch und Brenta Platz machte. Dabei wurde mit großer Erbitterung gefochten; die Italiener nahmen am 24. Oktober den Sisemol, konnten ihn aber nicht behaupten. Westlich der Brenta wurde der Caprile und Asolone von ihnen ebenso erobert und wieder verloren; der Monte Spinuccia wechselte fünfmal den Besitzer. Auch an den folgenden Tagen scheiterten alle Anstürme der Verbündeten; der amtliche österreichische Bericht rühmt die herrliche Haltung besonders der Regimenter von Klagenfurt, Debreczin, Warburg und Eger. In der Nacht zum 27. Oktober vollzogen die Verbündeten den Uebergang über den Piave abwärts von Vidor und brachen 1—3 Kilometer tief in die österreichische Stellung ein, die aber dann durch Reserven „abgeriegelt“ wurde. Die Einbruchstellen wurden am 28. und 29. Oktober, indem Engländer und Italiener nördlich und südlich des Montello über den Fluß setzten, erweitert. „Unserem Entschluß den Frieden herbeizuführen Rechnung tragend, sagt der Bericht Boroewitschs, werden unsere Truppen die besetzten Gebiete Italien räumen.“ So geschah es, und das Heer löste sich dann ebenso auf wie die Monarchie. Am 30. Oktober fuhr die ita-

lienische Flotte in Fiume ein; auf Befehl Kaiser Karls wurde die österreichische Flotte dem neuen südslawischen Teilkstaat der Monarchie überantwortet. Am 3. November ergriff ein italienischer Torpedojäger, festlich von der Bevölkerung empfangen, Besitz vom Hafen von Triest. Am 4. November kam der Waffenstillstand zum Abschluß. Er bestimmte 1) daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden sollten. 2) Alle kaiserlichen Truppen, welche von der Nordsee bis zur Schweiz (Schulter an Schulter mit den Deutschen an der Westfront) operieren, werden auf Friedensfuß gesetzt und zurückgezogen. 20 Divisionen (statt 17 Korps) dürfen auf Friedensfuß beisammen gehalten werden. Die Hälfte der gesamten Artillerie wird abgeliefert. 3) Das Gebiet von der Umbraspitze über die Quellen von Etsch und Eisack und den Brenner, über die Oetz und Ziller bis Tarvisberg und Udria nach Dalmatien samt dessen Inseln wird vollständig geräumt; ebenso ein Stück von Krain (Udria, Adelsberg, Schneeberg) und Tirol bis Franzensfeste. Das ganze Kriegsmaterial und alle Eisenbahnen dieser geräumten Gebiete verbleiben an Ort und Stelle. 4) Die Verbündeten haben für ihre Truppen freie Bewegung auf jeder Straße und Eisenbahn und jedem Wasserweg Oesterreich-Ungarns; sie dürfen alle strategischen Punkte besetzen und gegen Bezahlung Requisitionen machen. 5) Die deutschen Truppen haben binnen 15 Tagen Oesterreich-Ungarn zu räumen, ebenso den Balkan und Italien; soweit das nicht rechtzeitig geschieht, werden sie an Ort und Stelle festgehalten. 6) Die Ortsverwaltung der geräumten Gebiete steht unter der Aufsicht der Stationsbefehlshaber der besetzenden Heeres-teile. 7) Die Kriegsgefangenen, die Oesterreich in Händen hat, werden sofort, aber ohne Gegenseitigkeit, heimgesandt. An diese Land-Bedingungen schlossen sich „Seebedingungen“, denen zufolge 15 österreich-ungarische Tauchboote, solche die 1910—18 erbaut worden waren, und alle in österreichisch-

ungarischen Gewässern befindlichen deutschen Tauchboote auszuliefern waren; ferner sollten 3 Schlachtschiffe, 3 leichte Kreuzer, 9 Zerstörer, 1 Minenleger und 6 Donaumonitore ausgeliefert, Pola und alle Land- und Seebefestigungen dasselbst besetzt werden. Die österreichisch-ungarischen Unterhändler gaben zu Protokoll: „sofern der Artikel 4 (über die freie Bewegung der Verbündeten) so ausgelegt würde, daß die Verbündeten freie Bewegung zu einem Angriff auf Deutschland haben sollten, müßte dagegen Einsprache eingelegt werden.“ Das Armeecommando aber erklärte dem österreichischen Staatsrat, daß es infolge der vollständigen Auflösung des Heeres sich den Bedingungen der Sieger habe unterwerfen müssen. Von dieser Auflösung hat man auch in Württemberg einen Beleg erhalten. Zwar die 17 000 Mann Oesterreicher, die von Westen her kommend durch das Nagoldtal zogen, hielten leidlich Ordnung; dagegen haben 2½ Divisionen, die Ende November über Heilbronn marschierten, dort 6000 Pferde, 2 Motorbatterien und andere Geschütze einfach stehen lassen und sich zerstreut. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden unnachlässig durchgeführt. Die Italiener besetzten Bozen, Brigen und Meran, den Brenner und Franzensfeste. Bayerische Truppen, welche um den 6. November in Innsbruck und Gastein eingerückt waren, um die deutsche Grenze auf alle Fälle gegen einen Angriff von Süden her zu decken, zogen sich nach dem Stillstand vom 11. November vorschrittsgemäß wieder zurück. Die Italiener rückten, wie es heißt, auch in Salzburg ein. Ein amerikanischer Zerstörer erschien aber am 24. November in Fiume und erklärte es für eine südslawische Stadt, in welcher die Italiener nichts zu suchen hätten. Die Bukowina wurde um den 24. November von den Rumänen besetzt und dabei die ukrainischen Dörfer des Landes geplündert. Der deutsche Staatsrat legte gegen die Absicht der Italiener, Südtirol mit

200 000 deutschen Bewohnern zu behalten, am 14. November nachdrücklich Einsprache ein.

V.

Der türkische Krieg.

Am 20. Januar führten die Kriegsschiffe Sultan Jawus Selim (früher Göben) und Medilli (früher Breslau) einen Vorstoß gegen Imbros aus und zerstörten den Monitor Raglan (4—5000 t) und einen kleineren Monitor, dazu einen Transportdampfer von 2000 t, die Signalstation und mehrere Munitionslager. Bei der Rückfahrt lief aber Medilli auf eine Mine und sank; der Selim geriet bei Raggara in den Dardanellen auf Grund, kam jedoch wieder los.

In Palästina erreichten die britischen Truppen am 26. Februar Kujun el Bahr, etwa 3 Kilometer von der Mündung des Jordans ins tote Meer. Ueber die Zeit der großen Hitze ruhten die Waffen. Am 20. September aber erfolgte unter dem Befehl des Generals Allenby ein großer englischer Angriff, sowohl an der Küste als an der Bahn von Jerusalem nach Nablus (Sichem), der die Türken zum Rückzug auf Tul-Kerne zwang. Am 21. September rückten die Engländer in Nazareth ein und meldeten 18 000 Gefangene, 120 erbeutete Kanonen. Die Engländer trieben die Türken dann von links her gegen den Jordan, dessen Tal die britische Reiterei sperrte. Infolge davon wurden die 7. und 8. türkische Armee größtenteils abgeschnitten; die Zahl der Gefangenen wuchs auf 50 000. Haifa ging verloren; am 30. September ergaben sich weitere 10 000 Mann bei Cica, südlich von Amman, und der aufriührerische „König von Hedschas“, Hussein, unterstützte — heiliger Krieg hin, heiliger Krieg her — mit seinen Beduinen die englischen Truppen, wobei 7000 Mann gefangen wurden. Am 2. Oktober besetzten die Engländer Damastus,

am 6. Beirut, worauf in Konstantinopel Talaat und Enver gestürzt wurden. Am 26. Oktober zogen in Aleppo, das 300 Kilometer nördlich von Damaskus liegt, englische Reiter mit einem Park von Tanks ein, welchen die Türken nichts entgegen setzen konnten. Seit dem 27. Oktober wurde über einen Waffenstillstand verhandelt, indem der türkische Gesandte in Bern im Namen seiner Regierung den Gesandten Englands und Frankreichs ein Angebot machte, das auf Waffenstillstand und Frieden abzielte. Der militärische Zusammenbruch der Türkei war so vollständig, wie der Bulgariens und Oesterreichs. Daraus ergab sich die herbe Notwendigkeit eines Sonderfriedens. Das war nicht erhebend, aber begreiflich. Die Bedingungen des Waffenstillstands vom 31. Oktober waren: 1) die Dardanellen und der Bosphorus werden geöffnet, der Zugang zum schwarzen Meer der Entente freigegeben, die Forts an beiden Meerengen durch verbündete Abteilungen besetzt. 2) Das türkische Heer wird sofort auf Friedensfuß gesetzt, alle Kriegsschiffe zur Festhaltung ausgeliefert. 3) Die Verbündeten dürfen alle diejenigen strategischen Punkte besetzen, die sie zu besetzen belieben, besonders auch den Taurus-tunnel. 4) Serbien und der Kaukasus (wo tatarische Freischaren am 14. September Baku eingenommen hatten, was die Moskauer Regierung zu einer neuen Kriegserklärung an die Türkei bestimmte) werden von den türkischen Truppen geräumt; alle Garnisonen, die noch im Hedschas, in Assyr, Yemen, Syrien, Mesopotamien stehen, ergeben sich. 5) Die Kriegsgefangenen werden sofort auf freien Fuß gesetzt. 6) Die Offiziere in Tripolis und der Cyrenaica werden gefangen; alle Häfen daselbst, einschließlich Misurata, werden geräumt. 7) In einem Monat müssen alle deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsleute und Bürgerliche, die in der Türkei sind, entfernt sein. 8) Die Türkei bricht alle Beziehungen zu den Mittelmächten ab. 9) Sie gesteht den Verbündeten

das Recht zu, Armenien zu besetzen. 10) Bis zum 15. November muß Mossul geräumt und das türkische Heer in Kilikien hinter den Fluß Bozanti zurückgenommen sein. Bereits am 10. November traf ein englischer Ausschuß in Konstantinopel ein, am 13. November eine englisch-französische Flotte; zum britischen Oberkommissär in Konstantinopel wurde der Vize-Admiral Galtherpe bestellt.

VI.

Der Krieg in Ostafrika.

Bei Anfang des Kriegs bestand, wie das Wolffsche Telegraphische Büro am 12. Januar halbamtlich mitteilte, die Schutztruppe aus 216 Europäern und 2540 Farbigen, die Polizeitruppe aus 45 und 214. Erwachsene Deutsche, die zur Fahne gerufen werden konnten, waren im Lande 2400 vorhanden, wozu 240 Mann von Handelsschiffen kamen; von diesen 2640 Mann waren 2000 wehrfähig. Am 2. April 1915 hatte der Oberbefehlshaber v. Lettow-Vorbeck 3000 Europäer, weil er von der Königsberg 322, vom Vermessungsschiff Möwe 102 und aus Mozambique 105 Europäer hatte an sich ziehen können, 7500 Askaris und 2000 Hilfskrieger; am 11. Februar 1916 waren es noch 1697 Europäer und 6250 Askaris. Als Höchstzahl der Streitkräfte können 3000 Europäer und 13 000 Farbige angesetzt werden. Wenn der Funkpruch aus Lyon damals behauptete, daß v. Lettow-Vorbeck mit 1700 Deutschen und 9500 Farbigen in Portugiesisch-Afrika eingedrungen sei, so ergibt sich, daß der Gesamtbetrag der deutschen Verluste damals sehr klein gewesen sein muß. v. Lettow setzte sich in der Provinz Quillimane fest und brachte hier den Portugiesen am 9. Juni bei Namacurra eine Niederlage bei, wobei 14 portugiesische Offiziere gefangen wurden. Nach Berichten vom 20. August, die in der Nordd. Allg. Z.

erschienen, räumten seit der englisch-belgischen Herrschaft Genickstarre, Schlafkrankheit und Pocken fürchterlich unter den Eingeborenen auf, die unter deutschem Regiment gesunderlich weit besser behütet gewesen waren. Monatlich starben 30 000 Träger, meist aus unserem Gebiet, zum Teil aus dem Kongo, aus britischen und portugiesischen Landesteilen. Deutschostafrika wurde völlig ruiniert, so daß es fraglich erschien, ob es je wieder hochkommen werde. Und dabei versandten die Engländer lügenhafte Angaben über unsere Behandlung der Eingeborenen, um dartun zu können, daß wir das Recht auf Kolonien verwirkt hätten! Dem gegenüber sagte der Abgeordnete Morel Bugton am 25. Januar in Manchester: „die Zurückbehaltung der deutschen Kolonien ist mit dem Weltfrieden unvereinbar, und Deutschland erhält dadurch ein Recht zu sagen, daß es für seine Verteidigung kämpfe. Das Beste wäre, die Kongoakte von 1885 auf ganz Tropisch-Afrika auszudehnen, durch Vereinbarung die Kolonien zu tauschen, aber die bestehenden Souveränitätsrechte anzuerkennen.“

Ende August wurden die Deutschen nach englischen Angaben bei Rhaimitai auf den Rigone zurückgeworfen, 1 Major und 2 Leutnants gefangen, 2 Mann getötet, 50 verwundet. Die Deutschen zogen sich nach Luima zurück; gegen die Portugiesen brach aber ein Aufstand der Eingeborenen von Singual aus und sie wurden von diesen geschlagen. Ende August fielen mehrtägige Kämpfe bei Rhamivone und Zioma vor, wobei 7 und 11 deutsche Kompagnien erfolgreich fochten. Die tapfere Schar blieb unbesiegt, bis der Waffenstillstand vom 11. November die bedingungslose Räumung Ostafrikas vorschrieb. Jetzt erst streckte der heldenhafte Mann, der über vier Jahre lang den zehnfach überlegenen Feinden getrotzt hatte, am 14. November bei Gomerre im Norden Rhodesias, südlich von Kasama, die Waffen; sie wurden ihm aber von den Gegnern in Anerkennung seiner Tapferkeit be-

lassen und die Ueberführung der Farbigen in ihre Heimat, die der Deutschen aus Abercorn am Südennde des Tanganykasees nach Rotterdam zugestanden. Das Heer bestand noch aus 30 Offizieren, 125 andern Europäern, 1165 Askaris und 1998 Trägern; darunter waren 13 Häuptlinge, die uns bis zuletzt Treue gehalten haben. Auch 819 eingeborene Frauen waren bei dem Heere.

VII.

Der See- und Luftkrieg.

a. Der Seekrieg. Das Sperrgebiet wurde am 8. Januar in den Meeren um die capverdischen Inseln, Dakar, die Azoren und Madeira erweitert, um die Zufuhren aus dem B. St. besser verhindern zu können. Nach den Mitteilungen der Admiralität sind durch den Unterseebootkrieg versenkt worden im Februar 680 000 t, im März 689 Tausend, im April 652, im Mai 614, im Juni 521, im Juli 550, im August 420, im September 440. Nach dem Gesuch um Waffenstillstand wurde der Krieg eingestellt. Im ersten Jahr des uneingeschränkten Unterseekrieges, vom 1. Februar 1917 bis 31. Januar 1918, sind $9\frac{1}{2}$ Millionen Brutto-Register-tonnen versenkt worden = $14\frac{1}{2}$ Millionen Gewichtstonnen. Der Gesamttraum der Handelsflotte der ganzen Welt wurde am 1. August 1914 auf 49,01 Millionen Brutto-Register-tonnen berechnet; von diesen entfielen auf Küstenschiffe, Fischerboote und Yachten etwa 32 Millionen, so daß 17 Mill. für Ozeanfahrer übrig blieben. Von dieser Gesamtsumme sind also in einem Jahr $9,5$ Millionen zerstört worden; übrig blieben $7,5$ Millionen. Sie verteilten sich, da die Gesamtzahl der Ozeanschiffe ursprünglich 8800 betrug, auf etwa 4000 Schiffe. Die Neubauten wurden 1917 aufs Jahr beziffert für England mit $1,55$ Millionen, für die B. St. auf 1 Million,

für Japan auf 0,3, für Italien auf 0,1 = 3 Millionen, so daß dreimal so viel Tonnen versenkt worden wären, als neu gebaut sein sollen. Ohne Zweifel hat der Unterseekrieg unsern Gegnern hart zugesetzt, und das ist in Erschwerung der Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln, der verbündeten Länder mit Kohlen sehr scharf empfunden worden; aber die durchschlagende Wirkung, die unsere Admiralität mit Sicherheit erhoffte und verkündete, ist nicht eingetreten. Weder ist England verhungert, noch ist sein Schiffsraum so vermindert worden, daß es nicht mehr genügend Fahrten ausführen konnte, noch ist die Herüber-schaffung von Vorräten und Menschen aus Amerika unmöglich gemacht oder ernstlich erschwert worden. Zwar gab die Admiralität an, daß vom 1. Februar bis 31. Dezember 1917 zusammen 27 Truppentransportschiffe in den verschiedenen Meeren versenkt worden seien, ebenso 265 Schiffe, die Kriegsmaterial, besonders Munition, beförderten; mit diesen Lasten hätte man, so hieß es, 50 Divisionen zu je 15 000 Mann einen Monat lang versorgen können. Darnach ist aber schließlich auch die Zahl der Schiffe zu bemessen, die unbeschädigt durchliefen; denn daß unsere Feinde an Zahl und Ausrüstung uns immer überlegener wurden, haben wir nur zu deutlich erfahren. Nach der amtlichen englischen Aufstellung vom 4. Dezember hätten die Verluste der Welttonnage im ganzen Krieg betragen 15 033 786 t, der Zuwachs durch Neubau 10 849 527, durch Erbeutung feindlichen Schiffsraums 2 392 675; zusammen 13 242 202. Der Nettoverlust beträgt also 1 791 584 t. Von erheblicher Bedeutung war jedenfalls die brutale Heranziehung des neutralen Schiffsraums von Norwegen, Schweden und den Niederlanden zu den Fahrten des Raubverbands, durch den er einen guten Teil seiner Einbuße ausgleichen konnte. Sie wurde erzwungen durch die Drohung, sonst die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen den betreffenden Staaten zu entziehen.

Um unsere Tauchbootbasis in Ostende und Zeebrügge in die Hand zu bekommen und den Unterseekrieg zu unterdrücken, griffen in der Nacht vom 11. zum 12. April englische Kriegsschiffe beide Plätze mit Geschützen schwersten Kalibers und mit Luftbomben an. Sie wurden aber durch unsere Batterien mühelos abgeschlagen und ein Torpedoboot in Brand geschossen und erbeutet. Am 22. und 23. April erfolgte ein erneuter stärkerer Handstreich gegen beide Plätze, der mit großer Kühnheit ausgeführt wurde. Vier englische Seekompagnien sollten die Mole von Zeebrügge überrumpeln und alle Anlagen und die Schiffe zerstören. Fünf kleine Kreuzer, 3 Zerstörer und eine Anzahl von Zerstörern wurden dabei vernichtet, wobei allerdings die Engländer angaben, daß die Kreuzer alte Kästen von 20—30 Jahren gewesen seien und absichtlich versenkt wurden, um die Ausfahrt zu sperren. Von 400 Seesoldaten gelangten 40 auf die Mole, wo sie in erbittertem Nahkampf überwältigt wurden. Die Gitterbrücke der Mole wurde zum Teil gesprengt, aber bald wieder hergestellt; die Anlagen selbst blieben unverfehrt, die Ausfahrt offen. Die englischen Verluste beliefen sich dabei auf 185 Tote (darunter 9 Offiziere) und 364 Verwundete (darunter 24 Offiziere). Vermißt wurden 2 Offiziere und 14 Mann. Zum dritten Mal griffen die Engländer Ostende am 10. Mai früh 2½ Uhr an, wieder umsonst; ihr Schiff *Vindictive* sank außerhalb des Fahrwassers. Am 26. Mai wurde der erste deutsche Unterseekreuzer bei St. Vincent durch ein britisches Tauchboot torpediert. Am 11. Juni erlitt das österreichische Linienschiff *Szen Itwan* (1914 fertig, 21 730 t) in der Adria dasselbe Schicksal, im November das Linienschiff derselben Macht *Viribus Unitis*. Das deutschfreundliche Genfer Blatt *la feuille* berichtete am 24. Juni, daß ein englischer Offizier, dessen Frau aus Neufchatel war, vom König Georg V. empfangen und

mit einem hohen Orden ausgezeichnet worden sei, obwohl er die Besatzung eines durch Geschützfeuer versenkten Unterseeboots, die um Hilfe rief, nach dem Vorgang des Baralong und King Stephen hatte ertrinken lassen. Am 20. Juli gelang es einem deutschen Tauchboot an der Nordküste Islands ein großes Transportschiff zu versenken; es war aber nicht das ursprünglich deutsche „Vaterland“ (54 282 t, S. 171), wie man zunächst glaubte, sondern die niederländische Justitia (32 000 t). Am 2. August trat v. S o l g e n d o r f f, der Chef des Admiralstabs, zurück (geb. 1853) und erhielt den Admiral S c h e e r (geb. 1863, den Helden vom Stagerrad) zum Nachfolger. Am 5. August wurde die von den B. St. in Beschlag genommene Kronprinzessin Cecilie, jetzt Mount Vernon, torpediert. Am 11. August erschienen 25 britische Linienschiffe an der ostfriesischen Küste, wobei aber — auch nach englischer Angabe — 6 englische Motorboote durch unsere Seestreitkräfte zerstört wurden; dabei stürzte ein Zeppelin bei Ameland ab. Am 22. August wurden bei einem Angriff auf die Bewachung von Dünkirchen 4 Torpedobootzerstörer getroffen. Am 23. August gelang es uns bei Dünkirchen 2 englische Torpedoboots zu versenken. Der Staatssekretär der Marine C a p e l l e, dessen falsche Vorhersagungen über den Unterseebootkrieg so viel Unheil anrichteten, ging am 20. September in Urlaub, um nicht wiederzukehren, und wurde durch den Admiral v. M a n n ersetzt. Mit dem Verlust von Ostende und Zeebrügge (18. Oktober) hatte der Seekrieg ein Ende. Daß unsere Flottenmannschaft, die das Landheer vor einer englischen Landung an der flandrischen Küste decken sollte, nicht mehr zum Kampf zu bringen war (S. 19) ist ein schmachlicher Schluß des Krieges und der Grabstein der Waffenehre einer Flotte, die einst unser Stolz war. Bisher war es als selbstverständliche Pflicht des Soldaten angesehen, daß er sein Leben für das Vaterland hingeben soll, und die

Verantwortung für die Durchführung des Grundsatzes hatten die Befehlshaber zu tragen. Die meuterische Mannschaft hat nach dem Grundsatz gehandelt, daß sie selbst in des Vaterlandes schwerster Not nach ihrem Ermessen gehorchen dürfe oder auch nicht. Eine solche Flotte hat keinen Wert, und je schneller sie verschwindet, desto besser.

Ein erfreuliches Beispiel seemännischer Tüchtigkeit hat dagegen der Hilfskreuzer *Wolf* gegeben, der am 23. Februar nach 15monatlicher Abwesenheit im atlantischen, indischen und stillen Ozean mit 700 Gefangenen, einigen Kanonen und einer großen Menge von Gummi, Kupfer, Messing, Zink, Kakaobohnen und Kopra im Wert von vielen Millionen Mark glücklich in die Heimat zurückkehrte. Der Kapitän des *Wolf*, Berger, sagte zu einem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros: „als ich im Dezember 1915 auslief, fand ich in den englischen Gewässern und im atlantischen Ozean noch einen regen Schiffsverkehr. Bei der Rückreise wurden im südlichen atlantischen Ozean nur noch vereinzelte Schiffe angetroffen. Besonders auffallend war die Verkehrsstille im nordatlantischen Ozean. Die fernen Ozeane, besonders der pazifische, sind buchstäblich vereinsamt.“ Ist das wahr?

Bis 31 März 1917 verlor die Entente 24 Linienschiffe (mit 368 800 t, und zwar England 13, Frankreich 4, Italien 4, Rußland 3), der Vierbund 3; die Gegner verloren 25 Panzerkreuzer (mit 332 750 t), der Vierbund 6.

b. Der Luftkrieg. Im Jahr 1917 küßten unsere Gegner im Westen und Osten 2647 Flugzeuge und 244 Fesselbälle ein, die Deutsche 735 und 34. Durch Bomben und Geschüßkugeln ihrer eigenen Landsleute sind in 27 Monaten, seit September 1915, 44 023 Franzosen und Belgier getötet worden. London wurde am 30. Januar durch Flugzeuge

stark beschossen, ebenso am 16. Februar, an welchem Tag auch Dover, Dünkirchen und die französische Nordküste heimgesucht wurde. Paris wurde am 31. Januar mit 14 000 kg Bomben belegt. Zeppeline griffen am 13. März Hartlepool an, wobei laut Reuter 6 Häuser zerstört, 30 beschädigt wurden. In der Nacht vom 12. zum 13. April überflogen 4 Zeppeline England und beschossen Birmingham, Nottingham, Sheffield, Leeds, Hull und Grimsby. Ein Zeppelin drang nach englischen Berichten fast bis an die Nordwestküste vor. In der gleichen Nacht wurde Paris von Fliegern und von der weittragenden Kanone beschossen. Der erfolgreichste deutsche Luftkämpfer, Freiherr Manfred v. Richthofen, der 80 Siege erfochten hatte, erlag am 21. April an der Somme einem vom Boden aus abgefeuerten Zufallstreffer, während er einem Feind nachfolgte, und wurde von den Engländern mit hohen kriegerischen Ehren begraben. Am 20. Mai fand ein Angriff auf London statt, am 22. auf Paris. Der Absturz eines Zeppelin bei Ameland am 11. August ist schon oben S. 192 erwähnt worden. Am 24. August wurden auf verschiedene feindliche Städte 7500 kg Bomben abgeworfen, vom 15. bis 23. September 322 000 kg.

VIII.

Die Verhandlungen.

In der ersten Hälfte des Jahres fanden noch lebhaftere Verhandlungen über eine Festigung und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses statt. Damit hingen ohne Zweifel die Besuche zusammen, die Kaiser Karl am 12. Mai und 14. August in Begleitung des auswärtigen Ministers Baron Burian in dem deutschen Hauptquartier machte. In einem halbamtlichen Artikel wurde betont, daß Rußland aufgehört habe, eine Gefahr für die Mittelmächte zu bedeuten.

daß diese aber von anderer Seite aus der ganzen Welt mit Vernichtung bedroht würden. Ein verstärktes Verteidigungs-
bündnis lasse sich mit dem Gedanken eines Völkerbundes wohl vereinigen. Am 9. Juli begannen in Salzburg gemeinsame Beratungen über die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen beider Reiche, hatten aber keinen rechten Fortgang. Wie Graf Czernin am 12. Dezember 1918 vor Wiener Politikern und Zeitungsmännern mitgeteilt hat, half Deutschland der verbündeten Monarchie monatlich mit 100 Millionen Mark, um die österreichisch-ungarische Valuta zu stützen; schließlich betrug die gelieferte Summe über 4 Milliarden Mark. Czernin hat bei dem gleichen Anlaß bekannt gegeben, daß nach seiner Ansicht nach der Schlacht von Gorlice und dem raschen Fall der russischen Festungen eine Veränderung der Psyche bei manchen unserer Feinde sich vorbereitete, welche die Hoffnung auf einen Frieden — allerdings mit Opfern unsererseits — als sehr aussichtsreich erscheinen ließ. Uebermenschliche Anstrengungen seien von Oesterreich-Ungarn in diesem Sinn bei Deutschland gemacht worden. Aber die Militärpartei in Deutschland, die eine unermessliche Machtfülle an sich gerissen hatte, habe jeden gestürzt, der Frieden schließen wollte; das politische Gegengewicht gegen diese Militärpartei habe gefehlt, und Ludendorff vollends, die einzige Kraftnatur in ganz Deutschland, habe alles durch die Potsdamer Brille gesehen und nur von einem Siegfrieden etwas hören wollen. Im April 1917 habe er, Czernin, dem Kaiser Karl eine Denkschrift überreicht, die dieser an Kaiser Wilhelm mit der Erklärung seiner Zustimmung weiter gab und die Folgendes besagte: „unsere militärische Kraft geht ihrem Ende entgegen; im Spätsommer oder Herbst muß Schluß gemacht werden. Im Innern Deutschlands wird es nicht wesentlich anders stehen; es ist auch am Ende seiner Kraft, und wenn die Monarchen nicht einen wenn auch schlechten Frieden

schließen, so wird es das Volk über ihre Köpfe weg machen, und die Wucht der revolutionären Vorgänge wird alles wegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben.“ Diese Erklärung des Grafen fand in der Presse Zustimmung, aber auch scharfen Tadel wegen seines Angriffs auf Ludendorff und damit auch Hindenburg.

Seit jener Zeit hatte sich die Notlage besonders in Oesterreich noch sehr verschärft. Am 20. August hielt Solf, der Staatssekretär der Kolonien, in Berlin eine Rede, worin er auf die Notwendigkeit künftigen Zusammenarbeitens der Völker verwies, und am 12. September erklärte der Vizekanzler v. Bayer in Stuttgart, daß Belgien hergestellt, der Ostfriede aber aufrecht erhalten werden solle. Baron Burian ließ am 14. September durch eine neutrale Vermittlung an alle kriegsführenden Mächte den Vorschlag gelangen, ohne Unterbrechung des Kriegs in naher Zeit an einem neutralen Ort zu einer unverbindlichen Besprechung über den Frieden zusammenzutreten. Der Vorschlag wurde von Lansing sofort damit beantwortet, daß er namens der V. St. Erörterungen über Dinge ablehnte, über welche sie sich klar ausgesprochen hätten. Am 16. September sagte Balfour im Kolonialinstitut: die unglücklichen Bevölkerungen der deutschen Kolonien (!) dürften nicht wieder unter deutsche Herrschaft zurückkommen und dieses durch seine überseeischen Flottenstützpunkte (!) die Aufsicht über Verbindungslinien unseres Reichs erhalten und Herr der ganzen Linie des Verkehrs sein (!!). Wann die Deutschen sich auch in Wilsons Farben kleiden, so komme die gepanzerte Faust doch überall zum Vorschein. Deutschland erhebe ungeheure Ansprüche im Osten und spreche nichts von einer Entschädigung Belgiens. Am 26. September wurde die Welt durch das bulgarische Waffenstillstandsgesuch vom 25. überrascht, von dem v. Bayer am 12. offenbar noch keine

Ahnung gehabt haben kann, und damit begann die rasche Aufrollung des Vierbundes. Am 30. September verlangte Ludendorff das sofortige Nachsuchen um einen Waffenstillstand (s. S. 16), und nachdem Prinz Max am 3. Oktober die Würde des Reichskanzlers angetreten hatte, erfolgte am 4. eine österreichisch-ungarische und am 5. eine deutsche Note an Wilson, in welcher dessen 14 Punkte vom 8. Januar 1918 (darunter Gutmachung des Unrechts gegen Frankreich vom Jahre 1871, Errichtung eines gesamtpolnischen Nationalstaats mit Zugang zum Meere, Völkerbund und Freiheit der Meere) und seine anderen Bedingungen angenommen und um sofortigen Waffenstillstand nachgesucht wurde. Wilson antwortete am 8. Oktober, daß er wissen müsse, ob Deutschland die 14 Punkte so annehme, daß nur noch die praktischen Einzelheiten zu regeln seien, und ob das Angebot nur für diejenigen Gewalten gelte, die bisher Krieg geführt hätten. Ein Waffenstillstand sei erst nach Räumung der besetzten Gebiete möglich. Darauf erwiderte der neue Staatssekretär des Auswärtigen Solf am 12. Oktober, daß die deutsche Regierung die Vorschläge Wilsons als die Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens angenommen habe und man also nur über die praktischen Einzelheiten sich zu verständigen habe. Deutschland nehme an, daß auch die Gegner sich auf Wilsons Boden stellen. Es sei im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn bereit, die besetzten Gebiete zu räumen, und bitte den Präsidenten, zu diesem Zweck den Zusammentritt eines gemischten Ausschusses zu veranlassen. Die jetzige deutsche Regierung sei in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags gebildet und der Reichskanzler in jeder seiner Handlungen auf den Willen dieser Mehrheit gestützt. Auf dies erwiderte Lansing am 14. Oktober, daß der Abschluß des Stillstandes Sache der militärischen Stellen sei, daß der Stillstand die Fortdauer der gegenwärtigen Ueberlegenheit der verbündeten

Seeere sicher stellen müsse, daß aber, solange die Deutschen zu Wasser und zu Lande unmenschliche Praktiken ausüben, von einem Stillstand keine Rede sein könne; endlich müsse jede willkürliche Macht vernichtet werden, die geheim und nach eigenem Belieben den Weltfrieden stören könne. Diese Bedingung müsse vor dem Frieden erfüllt werden.

Am 18. Oktober richtete Lansing eine Note an Oesterreich-Ungarn, worin er erklärte, daß die V. St. den tschechoslowakischen Nationalrat in Paris (unter der Leitung des geflüchteten Prager Professors Masaryk) als eine tatsächlich kriegsführende Regierung anerkannt hätten, welche die Autorität habe, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten. Der Präsident sei also nicht mehr in der Lage die bloße Autonomie dieses Volkes als Grundlage des Friedens anzunehmen, sondern müsse darauf bestehen, daß der Nationalrat, und nicht er, Wilson, Richter darüber sei, welche Handlungen Oesterreich-Ungarns die Auffassung der Tschechoslowaken von ihrem Recht und ihrer Bestimmung als eines Mitglieds der Familie der Nationen befriedige.

Am 20. Oktober erging eine neue deutsche Note des Inhalts: die deutsche Regierung gebe dem Präsidenten anheim, eine Gelegenheit zur Regelung der Einzelheiten der Räumung zu schaffen. Sie lege Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben worden sei. Zerstörungen zur Durchführung eines Rückzugs werden immer notwendig sein und seien völkerrechtlich gestattet. Der Sachverhalt möge durch einen neutralen Ausschuß festgestellt werden. Den Unterseebootskommandanten seien Befehle zugegangen, welche die Torpedierung von Passagierdampfern künftig ausschließen. Bei der Entscheidung über Krieg und

Frieden stehe nunmehr der deutschen Volksvertretung eine Mitwirkung zu; auch könne von jetzt an keine Regierung ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags ihr Amt führen. Darauf antwortete Lanfing am 23. Oktober, der Waffenstillstand müsse so abgeschlossen werden, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland unmöglich sei. Das deutsche Volk besitze noch keine Mittel, die Militärbehörden seinem Willen zu unterwerfen; die Macht des Königs von Preußen die Regierung zu beaufsichtigen sei noch unerschüttert. Die B. St. können bloß mit einer Regierung verhandeln, welche Sicherheiten für eine verfassungsgemäße Haltung biete. Wenn die Aussicht bestehen bleibe, daß die B. St. später mit den militärischen Behörden und der monarchischen Autorität, welche Deutschland jetzt habe, verhandeln müßten, so dürfe Deutschland keinen Frieden verlangen, sondern müsse sich ergeben. Die Antwort Solfs vom 27. Oktober wies darauf hin, daß der jetzigen deutschen Regierung die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig zustehen und auch die militärischen Gewalten ihr untergeordnet seien. Der Präsident möge nun die Verhandlungen über den Waffenstillstand beginnen und den Frieden der Gerechtigkeit einleiten. Die Schmach, die in allem diesem Zurückweichen lag, und die Gewißheit schwerer nationaler Schädigung trieben den 82jährigen General v. Ahlborn in Braunschweig am 2. November in Verzweiflung, so daß er sich am Fuß der Bismarcksäule erschoss.

In diesem Augenblick erfolgte am 27. Oktober das Gesuch der Türkei um Frieden und am 27. Oktober die Note des an Burians Stelle zum auswärtigen Minister der Doppelmonarchie ernannten Grafen Andrassy an Wilson, daß Oesterreich-Ungarn, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, d. h. ohne sich

weiter um Deutschland zu kümmern, in Verhandlungen über Frieden und sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten einzutreten wünsche. Gleichzeitig bat er Frankreich, England, Japan und Italien ihn bei Wilson zu unterstützen; Oesterreich-Ungarn wolle nicht mit seinen drei Verbündeten zusammen unterhandeln; es könne nicht warten; es brauche Frieden, um seine innere Neugestaltung durchzuführen.

Am 5. November teilte Wilson der deutschen Regierung mit, daß die Verbündeten die Grundsätze, die er am 8. Januar 1918 und in seinen späteren Ansprachen niedergelegt habe, angenommen hätten, mit Ausnahme der Forderung der Freiheit der Meere, bezüglich deren einige Auffassungen existierten, welche die Verbündeten nicht annehmen könnten, und unter der Voraussetzung, daß die Wiederherstellung der besetzten Gebiete den Ersatz für allen von den Deutschen zu Land und zu Wasser und in der Luft gegen die Zivilbevölkerung angerichteten Schaden einschließen solle. Wilson sei mit diesen Voraussetzungen einverstanden. Marschall Foch sei ermächtigt, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

Infolge davon reiste die deutsche Abordnung am 6. November unter der Leitung der Generale v. Winterfeld, der bis zum Krieg Militärbevollmächtigter in Paris war, und v. Gündell zu Foch ab, der sie im Wald von Compiègne empfing. Von Zivilisten war der Staatssekretär Erzberger mitgegangen. Am 9. November wurden die Waffenstillstandsbedingungen nach Berlin mitgeteilt, die im wesentlichen Auszug Folgendes besagten: 1) Der Stillstand tritt 6 Stunden nach seiner Unterzeichnung in Kraft. 2) Die Deutschen räumen sofort binnen 14 Tagen Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen. Was an Truppen nach dieser Zeit noch auf dem zu räumenden Boden steht, wird

festgehalten („interniert“) oder Kriegsgefangen. 3) Abzugeben sind 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge. 4) Das linke Rheinufer wird ebenfalls und zwar binnen 25 Tagen geräumt; Mainz, Coblenz und Köln werden mit einem Umkreis von 30 Kilometern Tiefe von den Verbündeten besetzt. 5) Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone von 30 bis 40 Kilometern Tiefe gezogen. Sie ist von den Deutschen in 11 Tagen zu räumen. 6) Auf dem linken Rheinufer darf nichts weggeführt werden; alle Fabriken und Eisenbahnen müssen unverfehrt bleiben. 7) 5000 Lokomotiven, 150 000 Wagen, 10 000 Kraftwagen sind abzugeben. 8) Die feindlichen Besatzungstruppen werden von Deutschland unterhalten. 9) Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen, ohne Fristsetzung. 10) Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest sind aufgehoben. 11) Ostafrika ist bedingungslos aufzugeben. 12) Der Bestand der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes ist zurückzuerstatten. 13) Die Kriegsgefangenen werden ohne Gegenseitigkeit zurückgegeben. 14) 100 Unterseeboote, 8 leichte Kreuzer, 6 Dreadnoughts werden abgeliefert. Die übrigen Kriegsschiffe werden in den neutralen oder alliierten Häfen festgehalten und überwacht. 15) Die freie Durchfahrt durch das Kattegat wird gesichert. Die Minenfelder werden weggeräumt und alle Forts und Batterien besetzt, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte. 16) Die Blokade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden. 17) Alle von Deutschland über die Neutralen verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben. 18) Der Stillstand dauert 30 Tage.

Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß diese Bedingungen, die deutscher Seits wohl oder übel angenommen werden mußten, an Härte, ja Grausamkeit alles übertrafen,

was man befürchtet hatte, obschon die den Türken und den Oesterreichern gestellten Forderungen einen Vorschmack des zu Erwartenden gegeben hatten. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die Abgabe von 5000 Kanonen, da wir schon vorher an Material sehr unterlegen waren, allein hinreichte, uns die Fortsetzung des Krieges unmöglich zu machen, und die Besetzung des linken Rheinufers also unter dem Gesichtspunkt der Sicherung völlig unnötig und nur aus sehr argen Hintergedanken zu erklären war. Die Kürze der für die Räumung gestellten Frist bei gleichzeitiger Ablieferung fast eines Fünftels des deutschen Eisenbahnmaterials (150 000 Wagen von 800 000!) machte die Einhaltung der Frist fast unmöglich. Ganz besonders barbarisch war die Fortdauer der Blockade, durch welche (bei den durch die Stillstandsbedingungen noch erhöhten Transportschwierigkeiten) die Gefahr einer Hungersnot nahe rückte, der wir durch Aufgebot aller Kraft und Umsicht vier Jahre lang entgangen waren. Die Versuche, durch eindringliche, fast flehentliche Vorstellungen an Wilson bei Foch (12. November) eine nachträgliche Milderung der harten Bedingungen zu erwirken, hatten nicht viel Erfolg; es gelang nur die Zahl der abzugebenden Kraftwagen auf 5000 zu ermäßigen und die Erstreckung der Frist für die Räumung des linken Rheinufers von 25 auf 30 Tage, also um 5 Tage, zu erreichen; auch wurde die Tiefe der neutralen Zone rechts vom Rhein auf 10 Kilometer ermäßigt und Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln in dem den Alliierten notwendig erscheinenden Maß versprochen. Andererseits wurden die Forderungen noch nachträglich verschärft, indem Foch die Herausgabe aller Unterseeboote verlangte (es wurden in der Tat 122 abgeliefert) und bei den Lokomotiven die stärksten und besten haben wollte. Empörend war, daß entgegen dem Wortlaut die Saargegend in die Verwaltung Elsaß-Lothringens einbezogen, also die Ein-

verleibung auch dieses Gebiets in Frankreich in Aussicht genommen wurde. Wenn es gelang, alle Truppen mit der Hauptmasse ihres Materials rechtzeitig auf das rechte Rheinufer herüberzubringen, so dürfen Hindenburg und Gröner auch das noch als Lehtes ihrem Ruhmeskranz anfügen. Die Belgier besetzten den Norden der Rheinprovinz mit Düsseldorf, die Engländer Köln (6. Dezember), die Amerikaner Trier und Coblenz, die Franzosen Mainz.

Als am 11. November früh 5 Uhr der Stillstand unterzeichnet war, so daß er um 11 Uhr beginnen konnte und die Nachricht davon nach London gelangte, wurde Lloyd George im Unterhaus begeistert begrüßt. Er verlas den Text der Bedingungen und sagte: „Heute morgen endete der grausamste und fürchterlichste Krieg, der je die Menschheit zerfleischte. Ich hoffe, daß an diesem ereignisreichen Morgen der letzte aller Kriege zu Ende kam. (Lang anhaltender Beifall.) Es ist jetzt keine Zeit zum Reden, und unsere Herzen sind voll Dankbarkeit, für die es keine Worte gibt. Ich beantrage deshalb sofort die Vertagung des Hauses, um in der Kirche jetzt Gott unsern Dank für die Befreiung aus großer Gefahr darzubringen.“ Darauf begab sich das ganze Unterhaus in feierlichem Zug zur Kirche. England hatte Grund zu stolzer Freude. Es war der wahre Sieger in dem größten Krieg der Geschichte, der Herr der Welt. Rußland, der einzige gefährliche Feind für Indien, zertrümmert, Frankreich und Italien seine Vasallen, die Vereinigten Staaten mit dem Augenblick, da Deutschlands Wehrlosigkeit feststand, aus ihrer Schiedsrichterstellung herausgeworfen, Japan im Osten vereinzelt, die Landbrücke von Kairo über Jerusalem, Damaskus, Aleppo, Bagdad nach Indien gesichert — die kühnste Phantasie hätte 1914 einen solchen Erfolg nicht zu träumen gewagt.

Nachdem die Verhandlungen über eine Verlängerung des

Stillstandes über den 17. Dezember hinaus am 12. in Trier wieder aufgenommen worden waren, wurde am 13. daselbst beschlossen, diese Verlängerung bis zum 17. Januar mit dem Vorbehalt der Zustimmung der Verbündeten zur weiteren Erstreckung bis zum Abschluß des Vorfriedens auszusprechen. Das Oberkommando der Verbündeten behielt sich vor (wenn es das für angezeigt finden sollte, um sich weitere Sicherungen (!) zu verschaffen) die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur holländischen Grenze zu besetzen, dies aber sechs Tage vorher anzuzeigen. Namens des amerikanischen Lebensmittelaufsehers Hoover teilte Foch mit, daß die in Deutschland liegenden $2\frac{1}{2}$ Millionen t Schiffsraum unter Aufsicht der Verbündeten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müßten. Die Schiffe sollten selbstverständlich deutsches Eigentum bleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden können. Ein Ausschuß in Paris sollte die Lebensmittel aufkaufen, einer in London sie verteilen und verfrachten. Ab 18. Dezember sollte Deutschland täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen abliefern, während der letzten 20 Tage täglich 150 und 3200. Statt des noch nicht schleppreifen Linienschiffs Madensen sollte das Schiff Baden abgeliefert werden.

Am 4. Dezember verließ Wilson — trotzdem die Verfassung der V. St. dem Präsidenten verbietet das Land zu verlassen — auf dem Kriegsschiff Georg Washington New-York und landete am 13. Dezember in Brest, von wo er sofort nach Paris weiterfuhr, um persönlich an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Documentarischer Anhang.

1) Wilsons 14 Punkte.

Washington, 8. Januar. (Reuter.)

Präsident Wilson übergab heute dem Kongreß eine Botschaft, in der einleitend auf die Besprechungen von Brest-Litowsk hingewiesen wird, auf welche die Aufmerksamkeit der Kriegführenden gelenkt wurde, um festzustellen, ob diese Besprechungen möglicherweise zu einer allgemeinen Friedenskonferenz auszudehnen wären.

Während die Vertreter Rußlands eine festumschriebene Darlegung der Grundsätze gaben, unter denen sie zum Friedensschluß bereit seien, legten die Vertreter der Mittelmächte ihrerseits die Grundlinien einer Vereinbarung vor, die, kurz gesagt, bedeutet, daß die Mittelmächte jeden Fußbreit des von ihnen besetzten Bodens zu behalten beabsichtigen. Die Vermutung ist berechtigt, daß die allgemeinen Grundsätze der zuerst von den Mittelmächten vorgeschlagenen Vereinbarung von den liberaleren Staatsmännern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns herrühren, während die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung auf die militärischen Führer zurückzuführen sind. Die Vertreter Rußlands bestanden im wahren Geiste der Demokratie darauf, daß die Konferenz mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern offen vor der ganzen Welt als Zuhörerschaft abgehalten werde. Was auch das Ergebnis der Verhandlungen von Brest-Litowsk sein möge, die Vertreter der Mittelmächte haben die Welt mit ihren heutigen Zielen bekanntzumachen versucht und ihre Gegner zur Bekanntgabe von deren Zielen herausgefordert. Es gibt keine Verwirrung der Meinungen unter den Gegnern der Mittelmächte, keine Unsicherheit über die Grundsätze und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten. Es ist noch eine Stimme, die nach einer Festlegung der Grundsätze und Absichten verlangt: die des russischen Volkes. Seine Auffassung von dem, was recht und menschlich ist, wurde mit Offenheit und menschlicher Sympathie dargelegt, die die Bewunderung jedes Menschenfreundes hervorruft. Das russische Volk wünscht, daß wir sagen, was wir wünschen, und daß wir unsere An- und Absichten klar legen. Es ist unser inniger Wunsch einen Weg zu finden, um dem russischen Volk zu helfen, seine weitgesteckten Hoffnungen auf Freiheit und dauernden Frie-

den zu erfüllen. Wir wünschen, daß die Friedensvorgänge, wenn einmal begonnen, vollkommen öffentlich stattfinden und daß sie künftig keinerlei geheime Vereinbarung irgend welcher Art in sich schließen.

Nachdem Wilson die Gründe dargelegt hatte, die Amerika zum Eintritt in den Krieg veranlaßten, zählt die Botschaft folgende Punkte als Programm des künftigen Weltfriedens auf:

1. Alle Friedensverträge sind öffentlich und sind öffentlich zustande zu bringen. Es dürfen keinerlei geheime internationale Vereinbarungen irgend welcher Art getroffen werden, sondern die Diplomatie ist offen und vor aller Welt zu betreiben.
2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden wie im Kriege mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zur Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.
3. Beseitigung, so viel wie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter den Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.
4. Entsprechende Garantien müssen gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.
5. Eine freie, weitherzige, unbedingte und unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes fußen, daß bei der Entscheidung aller solcher Fragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.
6. Wir müssen ferner die Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einverständnis in allen Fragen, die sie betreffen, verlangen zwecks freier Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Rußland eine unbeeinträchtigte, unbehinderte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik erringen zu helfen, um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählter Staatseinrichtung willkommen heißen zu können. Darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.
7. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wieder aufgerichtet werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, daran es in gleicher Weise wie alle anderen freien

Nationen sich erfreuen soll, zu beschränken. 8. Das ganze französische Territorium muß befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden, ebenso soll das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringen zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat, wieder gut gemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder sicher gestellt wird. 9. Es muß eine Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand durchgeführt werden. 10. Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sicher gestellt zu sehen wünschen, sollte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden. 11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt werden und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden. Serbien muß einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten, und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müssen durch freundschaftlichen Verkehr gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Untertanentreue und Rationalität bestimmt sein. Auch müssen internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverfehrtheit des Landbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden. 12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen ottomanischen Kaiserthums muß unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden; aber die anderen Rationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen eine unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollten dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden. 13. Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Verträge garantiert sein müßte, sollte errichtet werden. 14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantien für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen wie der kleinen Nationen.

Bezüglich dieser wesentlichen Berichtigungen von Unrecht und Durchsetzung des Rechts fühlen wir uns mit allen

Regierungen und Völkern, die sich gegen die verbündeten Kaiserreiche vereinigt haben, in enger Gemeinschaft. Wir werden bis zum Ende für Vereinbarungen und Vertragsbedingungen solcher Art zusammenstehen. Wir sind willens, zu kämpfen und den Kampf fortzusetzen, bis diese erreicht sind, aber nur, weil wir die Vorherrschaft des Rechtes, sowie einen gerechten und dauerhaften Frieden wünschen, wie er lediglich durch die Beseitigung der hauptsächlichlichen Kriegursachen erzielt werden kann, was durch dieses Programm erreicht werden kann. Wir haben keine Eifersucht auf die Größe Deutschlands, und dieses Programm enthält nichts, was diese Größe beeinträchtigt. Wir sind nicht neidisch auf die deutschen Errungenschaften oder das deutsche Ansehen, was Wissenschaft oder Unternehmungsgeist anbelangt, die ihm einen so glänzenden und beneidenswerten Namen gemacht haben. Wir wollen Deutschland nicht schädigen oder ihm, was seinen rechtmäßigen Einfluß oder seine Machtstellung anbelangt, im Wege stehen. Wir wollen es auch nicht mit den Waffen oder durch feindliche Handelsverträge bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Nationen der Welt zu Vertragsbedingungen von Recht und Rechtlichkeit sowie Billigkeit zu vereinigen. Wir wünschen nur, daß es einen Platz der Gleichheit unter den Völkern der Welt einnehme, statt eines solchen der Herrschaft. Ebenso nehmen wir uns nicht heraus, irgend eine Abänderung seiner staatlichen Einrichtungen zu verlangen; aber es ist, wie wir offen bekennen müssen, notwendig und zwar als Vorbedingung für einen Meinungsaustrausch mit ihm, daß wir wissen, für wen seine Unterhändler sprechen, wenn sie zu uns sprechen, nämlich ob für die Reichstagsmehrheit oder für die Militärpartei, bzw. für Leute, deren Glaubensbekenntnis imperialistische Vorherrschaft ist.

Wir haben nun sicherlich mit Ausdrücken gesprochen, die dazu bestimmt sind, irgend einen weiteren Zweifel oder eine weitere Frage nicht zuzulassen. Ein deutlich erkennbarer Grundsatz zieht sich durch das ganze Programm, das ich umrissen habe: es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und Nationalitäten, um gerecht auf dem gleichen Fuße der Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, ob sie nun mächtig oder schwach sind. Solange dieser Grundsatz nicht zur Grundlage gemacht wird, kann kein Teil des Gebäudes der internationalen Gerechtigkeit sicher stehen. Das Volk der Vereinigten Staaten kann

keinen anderen Grundsatz zulassen, und zu seiner Geltendmachung ist es willens, sein Leben, seine Ehre und alles, was es besitzt, einzusetzen. Der sittliche Gipfelpunkt dieses größten und letzten Krieges für die menschliche Freiheit ist erreicht worden, und das amerikanische Volk ist bereit, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unversehrtheit und Hingebung dafür einzusetzen.

2) Brief Kaiser Karls an den Prinzen Sigt von Bourbon.

Paris, 12. April. (Havas.)

Es wird folgende amtliche Erklärung veröffentlicht:

In dem Lügengewebe muß Halt gemacht werden. Da Kaiser Karl unter dem Auge von Berlin die lügnerischen Ableugnungen des Grafen Czernin auf seine Rechnung nimmt, so legt er der französischen Regierung die Verpflichtung auf, den Beweis zu erbringen.

Folgendes ist der Wortlaut des handschriftlichen Briefes, der am 31. März 1917 vom Prinzen Sigt von Bourbon, dem Schwager des Kaisers von Oesterreich, Herrn Poincaré, dem Präsidenten der Republik, und mit Zustimmung des Prinzen sofort dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt wurde:

Mein lieber Sigt! Das Ende des dritten Jahres dieses Krieges, der so viel Trauer und Schmerz in die Welt gebracht hat, nähert sich. Alle Stämme meines Reiches sind enger als jemals geeint in dem gemeinsamen Willen, die Unversehrtheit der Monarchie auch um den Preis schwerster Opfer zu wahren. Dank ihrer Einigkeit und des großmütigen Zusammenwirkens aller Rationalitäten meines Reiches hat die Monarchie seit fast drei Jahren den schwersten Stürmen standhalten können. Niemand wird die militärischen Vorteile bestreiten können, die meine Truppen besonders auf dem Balkankriegsschauplatz davongetragen haben.

Frankreich seinerseits hat eine Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rüchhaltslos die staunenswerte herkömmliche Tapferkeit seiner Armee und den Großmut des gesamten französischen Volkes. Ebenso ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obwohl wir augenblicklich Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit der Ansichten oder Ansprüche mein Reich von Frankreich trennt und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich in

Verbindung mit denjenigen, die in der ganzen Monarchie herrschen, ganz und gar auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern werden, für welchen keine Verantwortung auf mir ruht. In Anbetracht dessen und um diesen Empfindungen einen bestimmten Ausdruck zu geben, bitte ich Dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinem Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden unter Wahrung seines gesamten afrikanischen Besitzstandes, unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste wird bekommen können. Serbien wird in seiner Unabhängigkeit wiederhergestellt werden, und als Unterpfand unseres guten Willens sind wir geneigt, ihm einen billigen und natürlichen Zugang zum adriatischen Meere zu gewährleisten, wie auch weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Oesterreich-Ungarn seinerseits muß als unerläßliche und Grundbedingung verlangen, daß das Königreich Serbien in Zukunft jede Beziehung abbricht und jede Gemeinschaft unterdrückt mit einer Gruppe, deren politisches Ziel sich auf die Zerstückelung der Monarchie richtet; besonders mit der Narodna Obrana, die es in loyaler Weise und mit allen Mitteln seiner Macht von jeder politischen Agitation innerhalb und außerhalb der Grenzen Serbiens nach dieser Richtung abhalten und dafür unter Garantie der Mächte der Entente eine Sicherheit geben wird.

Die Ereignisse, die sich in Rußland zugetragen haben, nötigen mich, mit meinen Gedanken über diesen Gegenstand bis zu dem Tage, wo eine gesetzliche und endgültige Regierung dort wieder eingesetzt wird, zurückzuhalten. Nachdem ich Dir also meine Gedanken auseinandergesetzt habe, bitte ich Dich, Deinerseits, nachdem Du mit diesen beiden Mächten unterhandelt hast, die Meinung, in erster Linie diejenige Frankreichs und Englands in dieser Hinsicht mir zu erklären, um so das Terrain für eine Verständigung vorzubereiten, auf Grundlage deren amtliche Vorbesprechungen eingeleitet und zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt werden können. Indem wir alle hoffen, daß wir auf diese Weise beiderseits den Leiden so vieler Millionen Menschen und so vieler Familien in Traurigkeit und Angst ein Ziel setzen können, bitte ich Dich,

an meine höchst aufrichtige und brüderliche Zuneigung zu glauben.
Ged. Karl.

Nachdem Graf Czernin in seiner Note vom 8. April die Existenz dieser Verhandlung, die auf die Initiative einer Persönlichkeit in einem viel höheren Rang als dem seinigen stattgefunden hat, anerkannt hat, ist nun die österreichische Regierung an der Reihe, sich über den von ihr zugestandenen Versuch und über die Einzelheiten der Verhandlungen ihrer Delegierten zu erklären.

3) Totenfeier in Helsingfors.

N. (G.R.G.) 4. Mai 1918.

Am 18. April 1918 wurden in Helsingfors die beim Einmarsch und bei den Straßenkämpfen gefallenen deutschen und finnischen (weiße Garde) Soldaten unter großer Beteiligung der Bevölkerung beerdigt. In der Umi Päiva-Zeitung erschien folgender Artikel in finnischer und deutscher Sprache:

Zu der Beerdigung der deutschen Helden. Heute empfängt das finnische Vaterland in seinen Schoß die deutschen Männer, welche im Kampf für die Befreiung unserer Hauptstadt ihr Leben hingegeben haben. Das ferne, unbekannte Land in seinem grauen Vorfrühling, das sie wahrscheinlich zum erstenmal sahen, sollte das Land werden, wo sie zum letzten Male das Licht erblickten und dessen Erde, noch gefroren, jetzt über ihre kaltgewordenen Herzen fällt. Mit tiefer Dankbarkeit und wohlbewußt seiner Verpflichtung nimmt das finnische Volk das teure Opfer entgegen, welches diese Söhne des tapferen, glorreichen und sittlich großen Volkes und das gesamte deutsche Volk uns dargebracht haben. Der Grabhügel, der heute unter den Bäumen unseres ältesten Friedhofes im Herzen der Hauptstadt zugeschüttet wird gehört zu unseren teuersten Gräbern. Es wird bis auf künftige Zeiten das Unterpfand des brüderlichen Bündnisses zwischen dem deutschen und finnischen Volke gegen die Tyrannei und Barbarei bilden. An diesem Grabe schwören wir den Eid, der von künftigen Geschlechtern erneuert werden wird: nie soll der Fuß des Unterdrückers die Erde betreten, wo neben den gefallenen finnischen Helden als Unterpfand der Freiheit die Asche der für die Menschheit und Kultur gefallenen deutschen Krieger ruht. Der Segen des finnischen Volkes über diese Ruhestätte!

4) Die Verfassung der russischen Sowjet-Republik.

I. Allgemeine Bestimmung über die Verfassung der russischen sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik.

Die für die jetzige Uebergangszeit berechnete Grundaufgabe der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik besteht in der Errichtung der Diktatur des Stadt- und Dorfproletariats und des ärmsten Bauerntums zum Zwecke der vollständigen Niederwerfung der Bourgeoisie, der Beseitigung der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen und der Einführung des Sozialismus, in dem es weder eine Einteilung in Klassen, noch eine Staatsgewalt geben wird.

1. Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft der werktätigen Bevölkerung Rußlands, die in Stadt- und Dorfsowjets vereinigt ist.

2. Die Sowjets derjenigen Provinzen, die nach ihrem nationalen Bestande und nach ihren Volksitten zusammengehören, werden in autonome Provinzialverbände vereinigt, an deren Spitze die Provinzialkongresse der Sowjets und deren Vollzugsorgane stehen.

3. Die Provinzialsowjetsverbände schließen sich auf föderativer Grundlage zusammen zur russischen sozialistischen Republik, an deren Spitze der allrussische Kongreß der Sowjets und in der Zeit zwischen dessen Tagungen der allrussische Zentral-Exekutiv-Ausschuß stehen.

4. Um den Arbeitern wirkliche Gewissensfreiheit zu sichern, wird die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt, die Freiheit der religiösen und antireligiösen Propaganda wird allen Bürgern zuerkannt.

5. Um den Arbeitern eine wirkliche Freiheit der Meinungsäußerung zu sichern, schafft die Sowjet-Republik die Abhängigkeit der Presse vom Kapital ab und übergibt alle technischen und materiellen Mittel zur Veröffentlichung von Zeitungen, Broschüren, Büchern und allen anderen Presse-Erzeugnissen in die Hände der Arbeiterklassen und der besitzlosen Bauern. Zugleich sichert sie deren freie Verbreitung im ganzen Lande zu.

6. Um den Arbeitern die wirkliche Versammlungsfreiheit zu sichern, anerkennt die Sowjet-Republik das Recht ihrer Bürger zur freien Veranstaltung von Versammlungen, Umzügen usw. und stellt der Arbeiterklasse und den besitzlosen Bauern alle zur Beran-

staltung von Volksversammlungen geeigneten Lokale mit Beleuchtung und Beheizung zur Verfügung.

7. Um den Arbeitern die wirkliche Vereinsfreiheit zu sichern, bricht die Sowjet-Republik die wirtschaftliche und politische Gewalt der besitzenden Klassen und beseitigt damit alle Hindernisse, die bisher in der bürgerlichen Gesellschaft die Arbeiter und Bauern an der Ausnützung der Organisations- und Handlungsfreiheit verhinderten. Sie erweist dabei den Arbeitern und besitzlosen Bauern jede Mithilfe materieller und anderer Art.

8. Um den Arbeitern den tatsächlichen Zutritt zur Wissenschaft zu sichern, stellt sich die Sowjet-Republik die Aufgabe, den Arbeitern und besitzlosen Bauern volle und allseitige kostenfreie Bildung zur Verfügung zu stellen.

9. Die Sowjet-Republik anerkennt die Arbeit als eine Pflicht aller Bürger der Republik und verkündigt die Losung: Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen.

10. Zum Zwecke des allseitigen Schutzes der Errungenschaften der großen Arbeiter- und Bauern-Revolution anerkennt die Sowjet-Republik die Verpflichtung aller Bürger zum Schutze des sozialistischen Vaterlandes und führt daher die allgemeine Dienstpflicht ein. Das Ehrenrecht, die Revolution mit der Waffe in der Hand zu schützen, steht nur den Arbeitern zu. Die nicht arbeitenden Elemente haben andere militärische Verpflichtungen zu erfüllen.

11. Von der Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen ausgehend, gewährt die Sowjet-Republik alle politischen Rechte der russischen Bürger den auf dem Gebiete der russischen Republik zu Arbeitszwecken sich aufhaltenden Ausländern, die zur Arbeiterklasse oder zur Bauernschaft gehören, wenn sie keine fremde Arbeit benötigen; die örtlichen Sowjets haben das Recht, solchen Ausländern ohne erschwerende Formalitäten die Rechte der russischen Staatsangehörigkeit zuzuerkennen.

12. Die Sowjet-Republik gewährt allen Ausländern, die wegen politischer oder religiöser Vergehen verfolgt werden, das Asylrecht.

13. Die Sowjet-Republik anerkennt gleiches Recht für die Bürger, unabhängig von ihrer Rassen- und National-Zugehörigkeit, und erklärt die Errichtung oder Bildung irgendwelcher Privilegien oder Vorrechte auf dieser Grundlage, oder ebenso irgend eine Form von Unterdrückung nationaler Minderheiten oder Ein-

schränkung ihrer Gleichberechtigung als den Grundlagen der Republik widersprechend.

14. Im Gesamtinteresse der Arbeiterklassen entzieht die Sowjet-Republik einzelnen Personen und einzelnen Gruppen die Rechte, die sie zum Schaden der Interessen der sozialistischen Revolution ausnützen.

II. Aufbau der Sowjet-Gewalt.

A. Organisation der Zentralgewalt.

I. Der allrussische Sowjetkongreß.

15. Der allrussische Sowjet-Kongreß ist die höchste Behörde der russischen sozialistischen Föderativ-Räte-Republik.

16. Der allrussische Sowjet-Kongreß besteht aus den Vertretern der städtischen Sowjete, die auf 25 000 Wähler einen Vertreter entsenden, und aus den Vertretern der Gouvernements-Sowjet-Kongresse, die einen Abgeordneten auf 125 000 Bewohner entsenden.

17. Der allrussische Sowjet-Kongreß wird vom allrussischen Zentral-Exekutiv-ausschuß (Z. E. A.) mindestens zweimal im Jahre einberufen.

18. Der Z. E. A. beruft den allrussischen Sowjet-Kongreß zu außerordentlicher Sitzung ein auf eigenen Antrieb oder auf Verlangen der Sowjete von Gebieten, die mindestens ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Republik umfassen.

19. Der allrussische Sowjet-Kongreß wählt den Z. E. A. von höchstens 200 Mitgliedern.

20. Der Z. E. A. ist vor dem allrussischen Sowjet-Kongreß vollkommen verantwortlich.

21. Der allrussische Sowjet-Kongreß ist die höchste Behörde in der Republik. In der Zeit zwischen Tagungen des Kongresses stellt der Z. E. A. diese Behörde dar.

II. Der allrussische Zentral-Exekutiv-Ausschuß.

22. Der Z. E. A. ist das höchste gesetzgebende Verwaltungs- und Kontrollorgan der Republik.

23. Der Z. E. A. bestimmt die allgemeine Richtlinien der Tätigkeit der Arbeiter- und Bauern-Regierung und aller Organe der Sowjet-Gewalt im Lande, vereinigt und bringt in Übereinstimmung die Arbeiten für die Gesetzgebung und Verwaltung und überwacht die Durchführung der Sowjetverfassung, die Verfügungen

der allrussischen Sowjet-Kongresse und der Zentralorgane der Sowjet-Gewalt.

24. Der 3. E. U. prüft und bestätigt die Projekte der Dekrete und anderer Vorschläge, die von den einzelnen Ressorts unterbreitet werden, und erläßt ebenso eigene Dekrete und Verfügungen.

25. Der 3. E. U. beruft den allrussischen Sowjet-Kongreß ein, dem er über seine Tätigkeit, über die allgemeine Politik und über Sonderfragen Bericht erstattet.

26. Der 3. E. U. bildet den Rat der Volkskommissäre für die allgemeine Verwaltung der Angelegenheiten der Republik und Abteilungen (Volkskommissariate) für die Leitung bestimmter Verwaltungszweige.

27. Die Mitglieder des 3. E. U. arbeiten in den Abteilungen (Volkskommissariaten) oder führen besondere Aufträge des 3. E. U. aus.

III. Der Rat der Volkskommissäre.

28. Dem Rat der Volkskommissäre liegt die allgemeine Verwaltung der Angelegenheiten der Sowjet-Republik ob.

29. Zur Durchführung dieser Aufgabe erläßt der Rat der Volkskommissäre Dekrete, Verfügungen und Instruktionen und trifft überhaupt alle zur richtigen und schnellen Förderung des staatlichen Lebens erforderlichen Maßnahmen.

30. Der Rat der Volkskommissäre benachrichtigt sofort den 3. E. U. von allen seinen Anordnungen und Beschlüssen.

31. Der 3. E. U. hat das Recht, jeden Beschluß des Rates der Volkskommissäre aufzuschieben oder aufzuheben.

32. Alle Beschlüsse und Entscheidungen des Rates der Volkskommissäre, die eine wichtige allgemeinpoltitische Bedeutung haben, werden dem 3. E. U. zur Durchsicht und Bestätigung unterbreitet. Maßnahmen, die sofort durchgeführt werden müssen, kann der Rat der Volkskommissäre unmittelbar veranlassen.

33. Die Mitglieder des Rates der Volkskommissäre stehen an der Spitze der einzelnen Volkskommissariate.

34. Es werden 18 Volkskommissariate gebildet: a) Auswärtiges; b) Krieg; c) Flotte; d) Inneres; e) Justiz; f) Arbeit; g) soziale Versorgung; h) Volksaufklärung; i) Post und Telegraph; k) nationale Angelegenheiten; l) Finanzen; m) Verkehr; n) Landwirtschaft; o) Handel und Industrie; p) Volksversorgung; q) Verwaltung der Güter der Republik; r) Staatskontrolle; s) oberster Rat für Volkswirtschaft; t) Hygiene.

35. Bei jedem Volkskommissariat wird ein Kollegium gebildet, dessen Mitglieder vom Räte der Volkskommissäre bestätigt werden.

36. Der Volkskommissär hat das Recht, alle Fragen, die dem betreffenden Kommissariat unterstehen, von sich aus zu entscheiden, indem er sein Kollegium davon benachrichtigt. Wenn das Kollegium mit einer Entscheidung des Volkskommissärs nicht einverstanden ist, kann es, ohne die Geltung der Entscheidung aufzuhalten, dagegen beim Räte der Volkskommissäre oder beim Vorsitz der 3. E. A. Beschwerde erheben. Das Recht steht auch den einzelnen Mitgliedern des Kollegiums zu.

37. Der Räte der Volkskommissäre ist dem allrussischen Sowjet-Kongress und dem 3. E. A. verantwortlich.

38. Die Volkskommissäre und die Kollegien bei den Volkskommissariaten sind dem Räte der Volkskommissäre und dem 3. E. A. verantwortlich.

39. Der Titel eines Volkskommissärs steht ausschließlich den Mitgliedern des Rates der Volkskommissäre zu, der die allgemeinen Angelegenheiten der Sowjet-Republik leitet, und kann keinem anderen Vertreter zuerteilt werden.

IV. Die Kompetenzen des allrussischen Sowjet-Kongresses und des allrussischen Zentral-Exekutiv-Ausschusses.

40. Der Zuständigkeit des allrussischen Sowjet-Kongresses und in der Zeit zwischen seinen Tagungen des 3. E. A. unterliegen alle Fragen von allgemein staatlicher Bedeutung, insbesondere:

- a) Bestätigung, Ablehnung und Ergänzung der Verfassung; b) allgemeine Leitung der inneren und äußeren Politik; c) Feststellung der Grenzen der Zuständigkeiten, ebenso Abtretung von Teilen des Gebietes der Republik oder Verzicht auf Rechte, die ihr zustehen; d) Feststellung der Grenzen und Zuständigkeiten der Bezirks-Sowjetverbände und Entscheidung von Streitigkeiten zwischen diesen; e) Aufnahme neuer Mitglieder der Rätereublik und Anerkennung des Ausscheidens einzelner Teile aus der Föderativrepublik; f) allgemeine administrative Einteilung des Gebietes der Republik; g) Festsetzung von Maß, Gewicht und Geld auf den Gebieten der Republik; h) Beziehungen mit fremden Mächten, Kriegserklärung und Friedensschluß; i) Abschluß von Anleihen, Handels- und Zollverträgen und finanziellen Vereinbarungen; k) Feststellung der Grundlagen und des allgemeinen Planes der gesamten nationalen Wirtschaft und ihrer einzelnen Teile; l) Bestätigung des Budgets; m) Feststellung allgemein staatlicher Steuern und Ab-

gaben; n) Feststellung der Grundlagen der Organisation der bewaffneten Macht; o) allgemein verbindliche Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit, Zivil- und Strafgesetzgebung usw.; p) Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung, Ernennung und Absetzung sowohl einzelner Mitglieder des Rates der Volkskommissäre, wie auch des gesamten Rates, Bestätigung des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre; q) Erlass allgemeiner Anordnungen über die Erwerbung und den Verlust des Rechts der russischen Staatsangehörigkeit und über die Rechte der Ausländer auf dem Gebiete der Republik; r) das Recht der Amnestie.

41. Außerdem unterliegen der Zuständigkeit des allrussischen Sowjetkongresses und des Z. E. U. alle Fragen, die sie selber als ihrer Zuständigkeit unterliegend betrachten.

42. Der ausschließlichen Zuständigkeit des allrussischen Sowjet-Kongresses unterliegen a) die Feststellungen, Ergänzungen und Abänderungen der Grundlagen der Sowjet-Verfassung; b) die Genehmigung von Friedensverträgen.

43. Die Entscheidung von Fragen, die in den Punkten c und d Art. 40 aufgeführt sind, steht dem Z. E. U. nur dann zu, wenn der allrussische Sowjet-Kongress nicht einberufen werden kann.

B. Organisation der örtlichen Sowjet-Gewalten.

V. Die provinziellen Sowjetkongresse.

44. Der provinzielle Sowjetkongress besteht aus den Vertretern der Stadt-Sowjets und der Kreis-Kongresse, und zwar so, daß in den Städten auf 25 000 Einwohner, in den Kreisen auf 5000 Wähler ein Abgeordneter entfällt. Doch darf die Gesamtzahl der Abgeordneten für eine Provinz 500 nicht übersteigen.

45. Der Provinzial-Kongress wird von seinem Exekutiv-Ausschuß mindestens zweimal im Jahre einberufen.

46. Ein außerordentlicher Provinzial-Kongress wird vom E. U. auf eigenen Antrieb oder auf Verlangen der örtlichen Sowjets von Ortschaften einberufen, die zusammen mindestens ein Drittel der Einwohner der ganzen Provinz umfassen.

47. Der Provinzial-Kongress wählt einen E. U. von höchstens 25 Mitgliedern.

48. Der E. U. ist dem Provinzial-Kongress verantwortlich.

49. In den Grenzen seiner Zuständigkeiten ist der Provinzial-Kongress die höchste Behörde der Provinz. In den Zeiträumen zwischen seinen Tagungen stellt der E. U. die oberste Behörde dar.

(Das sechste Kapitel (Artikel 50 bis 54) umschreibt die Befugnisse der Provinzial-Kongresse und ihrer Ausschüsse.)

VII. Die Gouvernements-Sowjet-Kongresse.

55. Der Gouvernements-Kongreß besteht aus Vertretern der Kreis-Kongresse, wobei auf 10 000 Einwohner, in den Städten auf 2000 Wähler 1 Abgeordneter kommt, im ganzen jedoch höchstens 300 Delegierte für das ganze Gouvernement.

56. Der Gouvernements-Kongreß wird von seinem Exekutiv-ausschuß mindestens einmal in 3 Monaten einberufen.

57. Ein außerordentlicher Gouvernements-Kongreß wird von seinem Exekutiv-ausschuß entweder von Amts wegen einberufen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Bevölkerung des Gouvernements.

58. Der Gouvernements-Kongreß wählt einen Exekutiv-ausschuß von höchstens 25 Mitgliedern.

59. Der Exekutiv-ausschuß ist dem Gouvernements-Kongreß verantwortlich.

60. In den Grenzen seiner Zuständigkeit ist der Gouvernements-Kongreß die höchste Gewalt im Gouvernement. In den Zeiträumen zwischen den Kongressen stellt seine Exekutiv-ausschuß die oberste Gewalt dar.

(Das achte Kapitel (Artikel 61 bis 63) umschreibt die Befugnisse der Gouvernements-Kongresse und ihrer Ausschüsse.)

IX. Kreis-Sowjet-Kongresse.

64. Der Kreis-Kongreß besteht aus Vertretern der Dorf-Sowjets, und zwar kommt 1 Delegierter auf 1000 Einwohner, jedoch höchstens 300 Delegierte auf den ganzen Kreis.

Die Dorf-Sowjets derjenigen Ortschaften, die weniger als 1000 Einwohner haben, werden für die Wahl der Delegierten in den Kreis-Sowjets miteinander vereinigt.

An den Kreis-Sowjets nehmen Vertreter der Sowjets solcher Städte teil, deren Einwohnerzahl nicht über 10 000 beträgt.

65. Der Kreis-Kongreß der Sowjets wird von seinem Exekutiv-ausschuß einberufen und zwar mindestens einmal in drei Monaten.

66. Ein außerordentlicher Kreis-Kongreß wird vom Exekutiv-ausschuß entweder von Amts wegen einberufen, oder, wenn eine Anzahl Sowjets und Ortschaften es verlangen, deren Einwohner-

zahl nicht weniger als ein Drittel der Einwohnerschaft des ganzen Kreises beträgt.

67. Der Kreis-Kongreß wählt einen Exekutivauschuß von nicht mehr als 20 Mitgliedern.

68. Der Exekutivauschuß ist dem Kreis-Kongreß der Sowjets verantwortlich.

69. In den Grenzen seiner Zuständigkeit ist der Kreiskongreß die höchste Gewalt im Kreis; in der Zeit zwischen den Kongreßsitzungen ist der Exekutivauschuß die höchste Instanz.

(Das zehnte Kapitel (Art. 70 und 71) umschreibt die Befugnisse der Kreis-Kongresse und ihrer Ausschüsse.)

XI. Die Stadtsowjets.

72. In Städten werden Abgeordneten sowjets so einberufen, daß auf 1000 Köpfe der Bevölkerung je ein Abgeordneter kommt; jedoch darf die Zahl der Abgeordneten nicht unter 50 und nicht über 1000 betragen.

73. Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Vollzugsorgan, und zwar auf je 50 Mitglieder 1 Vertreter; jedoch muß dieses Vollzugsorgan aus mindestens 3 und höchstens 16 Mitgliedern bestehen.

(Variante zu Punkt 73.) Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Exekutivkomitee und zwar auf je 25 Mitglieder einen Vertreter; jedoch muß dieses Komitee aus mindestens 5 und höchstens 40 Mitglieder bestehen.)

74. Die Wahl der Mitglieder des Stadtsowjets gilt für drei Monate.

75. Der Stadtsowjet wird von seinem Vollzugsorgan mindestens einmal in der Woche einberufen.

76. Eine außerordentliche Versammlung des Stadtsowjets wird von seinem Vollzugsorgan einberufen entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Sowjets.

77. Das Vollzugsorgan ist dem Stadtsowjet voll und ganz verantwortlich.

78. In den Grenzen seiner Zuständigkeit ist der Stadtsowjet die oberste Gewalt im Bezirk der Stadt.

(Das zwölfte Kapitel (Art. 79 bis 81) umschreibt die Befugnisse der städtischen Sowjets.)

XIII. Die Bezirksowjetkongresse.

82. Der Bezirkskongreß der Sowjets besteht aus Abgesandten aller Dorffowjets des betreffenden Bezirks, und zwar so, daß auf 10 Sowjetmitglieder ein Abgesandter kommt. (Sowjets, die weniger als zehn Mitglieder zählen, entsenden zum Bezirkskongreß je 1 Vertreter.)

83. Der Bezirkskongreß wird von seinem Vollzugsorgan mindestens einmal im Monat einberufen.

84. Die außerordentlichen Bezirkskongresse der Sowjets werden vom Vollzugsorgan entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder der Bezirksowjets einberufen.

85. Der Bezirkskongreß der Abgesandten wählt ein Vollzugsorgan von nicht mehr als 10 Mitgliedern.

86. Das Vollzugsorgan des Bezirkskongresses ist dem Kongreß voll und ganz verantwortlich.

87. In den Grenzen seiner Zuständigkeit ist der Bezirkskongreß die oberste Gewalt im Bezirk. In der Zeit zwischen den Kongressen ist das Vollzugsorgan die oberste Instanz.

(Das vierzehnte Kapitel (Art. 88 und 89) umschreibt die Befugnisse der Bezirks-Sowjet-Kongresse und ihrer Ausschüsse.)

XV. Die Dorffowjets.

90. In Ansiedlungen (Dörfern), Kosalendörfern (Staniza), kleinen Ortschaften, Farmen (Chutor), Gehöften (Aul) usw. werden die Abgeordnetenowjets so gewählt, daß auf 100 Seelen der Bevölkerung ein Abgeordneter kommt; jedoch dürfen nicht weniger als drei und nicht mehr als 50 Abgeordnete auf eine Ansiedlung kommen. In denjenigen Ortschaften, in denen es durchzuführen ist, werden die Verwaltungsfragen unmittelbar durch die allgemeine Versammlung der Wähler der Ortschaft entschieden.

91. Zur Ausführung der laufenden Arbeit wählen die Sowjets aus ihrer Mitte ein Vollzugsorgan, das aus nicht mehr als fünf Mitgliedern besteht.

92. Die Zahl der Sowjetmitglieder gilt für drei Monate.

93. Der Dorffowjet wird durch das Vollzugsorgan mindestens zweimal im Monat einberufen.

94. Eine außerordentliche Versammlung des Sowjets beruft das Vollzugsorgan entweder von Amts wegen oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Sowjetmitglieder ein.

95. Das Vollzugsorgan der Sowjets ist dem Sowjet verantwortlich.

96. In den Grenzen seiner Zuständigkeit ist der Sowjet die oberste Gewalt in seiner Ortschaft. Wo Verwaltungsfragen unmittelbar durch die allgemeine Versammlung der Wähler entschieden werden, stellt diese Versammlung die oberste Instanz dar.

5) Bernhard Shaws Urteil über die Engländer
(aus: the man of destiny).

Die Engländer sind eine Rasse für sich. Kein Engländer ist zu niedrig, um Strupel zu haben; kein Engländer ist hoch genug, um von ihrer Tyrannei frei zu sein. Aber jeder Engländer wird mit einer gewissen wunderbaren Macht geboren, die ihn zum Herrn der Welt macht. Wenn er eine Sache wünscht, dann sagt er niemals selbst, daß er sie wünscht. Er wartet geduldig, bis in seinem Geist — kein Mensch weiß wie — die brennende Ueberzeugung Herr wird, daß es seine moralische und religiöse Pflicht ist, diejenigen zu besiegen, die die Sache besitzen, die er wünscht. Dann wird er unwiderstehlich. Wie der Aristokrat tut er, was ihm beliebt, und errafft, was er begehrt; wie der Krämer verfolgt er seine Absicht mit dem Fleiß und der Stetigkeit, die aus starker religiöser Ueberzeugung und tiefem Gefühl für moralische Verantwortlichkeit entspringen. Er kommt nie in Verlegenheit wegen einer wirksamen moralischen Haltung. Als der große Vorkämpfer für Freiheit und nationale Unabhängigkeit erobert und annektiert er die halbe Welt und nennt es Kolonisation. Wenn er einen neuen Markt für seine schundigen Manchester Waren braucht, schickt er einen Missionar, um den Eingeborenen das Evangelium des Friedens zu verkünden. Die Eingeborenen töten den Missionar, sofort eilt er zu den Waffen, um das Christentum zu verteidigen; er kämpft für es, er macht Eroberungen für es und nimmt den Markt als eine Belohnung des Himmels. Zur Verteidigung seiner Inselküsten steckt er einen Kaplan an Bord seines Schiffes, nagelt eine Flagge mit einem Kreuz darauf an die oberste Mastspitze und segelt bis ans Ende der Welt, mit Bersenkung und Brand alle vernichtend, die ihm die Herrschaft zur See streitig machen wollen. Er rühmt sich, daß ein Sklave frei ist, in dem Augenblick, in dem er britischen Boden betritt; und dabei verkauft er die Kinder seiner Armen im Alter von 6 Jahren, um sie unter der Peitsche in seinen

Fabriken 16 Stunden lang täglich arbeiten zu lassen. Er selbst macht zwei Revolutionen und erklärt dann der französischen Revolution den Krieg im Namen von Ordnung und Gesetz. Es gibt nichts so schlecht oder so gut, was man die Engländer nicht tun sieht; aber man wird einen Engländer nie im Unrecht finden. Er tut alles aus Prinzip. Er bekämpft dich aus patriotischen Prinzipien; er beraubt dich aus Geschäftsprinzipien; er behandelt dich unverschämt aus mannhaften Prinzipien, er stützt seinen König aus loyalen Prinzipien und schlägt seinem König das Haupt ab aus republikanischen Prinzipien. Sein Lösungswort ist immer „Pflicht“; und er vergift nie, daß die Nation, die ihre Pflicht auf die ihrem Interesse entgegengesetzte Seite gehen läßt, verloren ist.

Register.

- | | | |
|-------------------------|-----------------------------|---------------------------|
| Abbas 126. 133. | Flandern, Rat von 136 f. | Osteuropainstitut 40. |
| Adler 78. | Grande 26. | Ostmarkenverein 42. |
| Ahlborn 199. | Hartmann, Prof. 79. | Palaestina, pro 29. |
| Albrecht, Herzog 53. | Hartmann, v., Kardinal 166. | Payer, v. 7. 13. 21. |
| 58. 64. | Indenburg 24. 32. | Polen 42. 105. |
| Alkoholiker 42. | Sinze 13. | Preußenbund 33. |
| Benavento 141. | Hessing, v. 49. | Rabinowiz 52. |
| Benesch 87. | Hoffmann, General 91. | Radoslawow 121. |
| Berg, v. 5. 17. | Huffarek 74. | Reichsfinanzhof 10. |
| Berlin, los von! 24. | Irland 131. | Reinhardt 25. |
| Brest-Litowsk 91 ff. | Kämpf 12. | Revolution 19. 47. |
| 102. | Rapp 61. | 51. 56. |
| Bucher 63. | Karl I., Kaiser 77. 195. | Scheuch 17. 25. |
| Butarester Friede 117. | Kühlmann 12 f. | Schwander 65. |
| Chamberlain 31. | Lambrino, Zizi 119. | Seidler 71. 74. |
| Caffarelli, Palast 124. | Laubheu 39. | Storopadsky 104. |
| Cholm 103. 105. | Lenin 90. | Solf 16. |
| Czernin 85. 87. 195. | Lichnowsky 7. | Spartakus 23. |
| Daimler 35. 38. 56. | Ludendorff 60. | Studienrat 43. |
| Dallwig 63. 65. | Ludwig III. 51. | Taggelder 11. |
| Delbrück 17. | Mag, Prinz 15. 21. | Tisza 81. 83. |
| Dittmann 28. | Mehemed V. u. VI. 114. | Valentini 5. |
| Ebert 21. | Mühlon 8. | Waluta 34. 37. |
| Eichhorn 104. | Nikolaus II. 97. | Wahlreform in Preußen 44. |
| Eisner 50. 52. | Oberlehrer 43. | Wertverein 29. |
| Enver 115. | | Westmark 64. |
| Fehrenbach 12. | | Wilson 5. |
| Finnland 107. | | Zellulosegarn 39. |

180 —
 82 39
 20 —
 67 29
 48 —
 18 25
 251 33
 225 —
 33 28
 49 70
 40 25
 20 56
 35 60
 21 —
 10 —
 100 —
 70 24
 166 14
 58 55
 48 45
 24 —
 66 60
 5 90
 13 77
 20 80
 22 80
 17 80
 38 98
 61 13
 20 20
 111 91
 32 —
 9 20
 3 60
 257 44
 13 17
 220 50
 22 —
 30 —
 46 76
 3 —
 99 10
 30 —

Eibelshausen 36 62
 Eichen 12 68
 Eichlinghofen 89 —
 Eifel 178 —
 Eibersfeld 1312 18
 Elenz 135 10
 Ebnberg 40 66
 Eaternberg 110 43
 Eobstraße 76 62
 Eibing 56 —
 Eiler 58 —
 Emden 33 10
 Ecker 87 25
 Ende 22 53
 Enger 13 35
 Eitel-Middelich 43 68
 Erndrebrück 34 —
 Essen-Altendorf 692 05
 " Ruhr 345 50
 " Rütterscheid 204 55
 Essenberg 59 32
 Friedrichsthal (Saar) 108 —
 Früljar 16 50
 Gebhardshain 91 —
 Gellentirchen 281 19
 Gemen 14 70
 Gerthe 516 54
 Gevelsberg 100 65
 Godesberg 212 10
 Girmar 36 81
 Gütterwiderhamm 65 —
 Gosenbach 32 10
 Großbruch 5 20
 Großengottern-Martini 71 74
 Groß-Richtenbach 58 —
 Gritten 31 55
 Güterloß 350 02
 Haan 26 40
 Hagen 616 90
 Haele 39 10
 Haiger 50 —
 Halle i. Westf. 280 —
 Hamm i. Westf. 314 65
 Hamme 19 78
 Hauxminkeln 199 09

Hörbach
 Hontrop
 Hörbe
 Hörter
 H. St. Hausen b. Wanne
 Holz (Kr. Saarbr.)
 Homburg-Hochheide
 Homburg (Niederb. Pf.)
 Homburg (Kambez)
 H. Hatingen
 Hordbruch-Hirchfeld
 Hrummenau
 Hottenstein
 Hüllen
 Hüllhorst
 Hüllenbusch
 Hünen-Courl
 Igeboe
 Jöllendek
 Jüchen
 Kotterswerth
 Kall
 Kamen ref.
 " luth.
 Karnap
 Kattenstroh
 K. ternberg b. Essen
 Ketzend. g
 Kirchberg
 Denzen
 Tillendorf
 Gebenhausen
 Heden
 Heingenbach
 Halyborn
 Niederkostens
 Kedershausen
 Röden
 Hagenberg
 Kircken
 Kirchengern
 Klein-Englis
 Kleinhammer

112 91
 74 55
 74 80
 15 60
 48 40
 164 40
 80 —
 7 81
 70 23
 46 35
 59 72
 89 33
 16 39
 44 46
 27 —
 94 25
 20 47
 110 39
 96 37
 14 25
 80 —
 6 70
 124 93
 108 65
 11 55
 3 40
 4 75
 5 45
 2 75
 2 85
 10 —
 3 20
 5 80
 4 61
 11 15
 82 50
 114 30
 20 —
 71 —



89100024249



b89100024249a



89100024249



B89100024249A